

## SCHLUSS

### *Zusammenfassung und Resümee*

An den nationalsozialistischen Kranken- und Behindertenmordaktionen wirkten bestimmte regionale Anstaltsträger- und Fürsorgebehörden in einem weit größeren Ausmaß mit, als die historische Forschung bislang meist annahm. Zu diesen besonders exponierten regionalen Behörden, deren Rolle bislang nicht eingehend untersucht worden war,<sup>1</sup> zählte – neben den Innenministerien in Dresden und Stuttgart sowie dem preußischen Provinzialverband in Stettin – auch der Bezirksverband Nassau in Wiesbaden. Bisher richtete sich der Blick besonders auf andere, weniger engagierte regionale Anstaltsträger. Dadurch stand entweder nur deren – vermeintlich passive – „Konfrontation“<sup>2</sup> mit den Verbrechen der zentralen Organisation „T4“ oder aber die aktive, auftragsgemäße Beteiligung an der „Durchführung“ durch „Selektion [und] Organisation [...] auf regionaler Ebene“<sup>3</sup> im Vordergrund. Während derartige „geforderte“ Tätigkeiten – wie die Meldebogenausfüllung oder die Wegverlegung der Patienten – von *allen* Anstaltsträgerbehörden geleistet wurden, gab es *einzelne* Regionalbehörden, die mit Initiative über die reine Erfüllung der Erwartungen hinausgingen. Damit unterstützten diese Verwaltungen – darunter der Bezirksverband Nassau – die „T4“-Gasmordaktion als besondere Kooperationspartner der zentralen Mordorganisation in erheblicher Weise, indem sie in den Jahren 1940/41 Immobilien oder Personal für die „T4“-Gasmordanstalten zur Verfügung stellten, oder sie engagierten sich nach dem „Euthanasiestopp“ besonders bei der Fortsetzung der Kranken- und Behindertenmorde durch Medikamente und Nahrungsentzug.

Die Übernahme einer solche Sonderrolle durch den Bezirksverband Nassau hatte zwei Hauptbedingungen: Entscheidend war zunächst, dass die politischen Beamten an der Verbandsspitze die Ideologie der so genannten „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ überzeugt verfochten. Ebenso wichtig war aber auch, dass die Verbandsverwaltung insgesamt Mittel und Wege fand, diesen politischen Willen in die Tat umzusetzen und dabei zugleich die Verbandsinteressen – machtpolitischer und wirtschaftlicher Art – zu verfolgen. Nur die Allianz von Überzeugung und Pragmatismus, von Intention und Struktur konnte eine derart weit gehende Mitverantwortung des Bezirksverbandes für die NS-„Euthanasie“-Verbrechen hervorrufen. Als scheinbare Legitimation genügte eine wie auch immer geartete „Erlaubnis von oben“ – zunächst durch Hitler, später recht allgemein durch beteiligte „Berliner Stellen“. Besonders Landeshauptmann Traupel und Anstaltsdezernent Bernotat – beide SS- und langjährige Parteimitglieder – personifizierten den ideologischen Anspruch, den Bezirksverband als eine dezidiert nationalsozialistische Fürsorgeverwaltung zu positionieren, z. B. durch ihre gezielte Personalpolitik – die Besetzung von Schlüsselstellen mit SS-Mitgliedern. Sie konnten ihre Ziele aber nur deshalb so unangefochten durchsetzen, weil u. a. der Verwaltungs- und Personaldezernent sowie der Kämmerer, beide einst Mitglieder von „Weimarer Parteien“, sich anscheinend ohne Bedenken in den Dienst der neuen Politik stellten. Sie bemühten sich auch unter den Bedingungen des NS-Staats weiterhin darum, den (vordergründigen) Nutzen des Bezirksverbandes zu mehren. Indem sie eine „saubere“ Verwaltungsführung und eine einträgliche Etatgestaltung höher ansetzten als das Wohl der Patienten, leisteten sie mit ihren Fachabteilungen einen Beitrag auch zur Umsetzung der rassenpolitischen Ziele, selbst wenn es in den Abteilungen auch Beamte gab, die diese Ziele nicht teilten.

<sup>1</sup> Wichtige Anhaltspunkte für die Rolle der jeweiligen Behörden liefern allerdings zum PV Pommern: Bernhardt, Anstaltspsychiatrie (1994); zum Mdl Sachsen: Schilter, Ermessen (1999); zum Mdl Württemberg: Stöckle, Aktion (1996), sowie weitere Beiträge im Sammelband Pretsch, „Euthanasie“ (1996); sowie insgesamt für deren Rolle bei den dezentralen Mordaktionen: Faulstich, Hungersterben (1998).

<sup>2</sup> Sueße/Meyer (1988), in Bezug auf den PV Hannover. – Ausgehend vom PV Westfalen formuliert auch Behr, Provinzialverbände (1987), S. 44: Die „Rassenideologie [...] konfrontierte die Provinzialverbände [...] mit dem Problemkreis der ‚Euthanasie‘“.

<sup>3</sup> Walter, Psychiatrie (1996), S. 704, S. 719, in Bezug auf den PV Westfalen.

Die Entwicklung im Bezirksverband Nassau zeigt prototypisch, dass bei den „Euthanasie“-Verbrechen zunehmend die Vertreter der Verwaltung die Richtung bestimmten – und immer weniger die Vertreter der Medizin, die ursprünglich mit einem vermeintlich „idealistischen“ Ansatz das Thema „Euthanasie“ eingebracht und vorangetrieben hatten. Nach der öffentlichen Unruhe und damit dem Debakel der „T4“-Gasmordaktion, bei der Ärzte eine bestimmende Rolle gespielt hatten, nahmen ab 1941 – sowohl in der Berliner Zentrale als auch in einzelnen Regionen – zunehmend die Verwaltungsexperten das Heft in die Hand. Sie organisierten mit verwaltungstechnischen, strukturellen Mitteln – z. B. Verlegungen aus Luftkriegsgründen, Nahrungsentzug durch Änderung des Haushaltsplans – die möglichst unauffällige und „reibunglose“ Fortsetzung der Kranken- und Behindertenmorde. Diese Entwicklung entsprach in den Landesheilanstalten des Bezirksverbandes Nassau einer bereits seit Ende der 1930er Jahren vorangetriebenen Ausrichtung, wonach Macht und Einfluss der ersten Verwaltungsbeamten gestärkt wurden – auf Kosten des Einflusses der ärztlichen Direktoren. Ohne dass deshalb die Mitverantwortung der Medizin an den NS-„Euthanasie“-Verbrechen geschmälert würde, gilt doch grundsätzlich, dass Ärzte im Zeitverlauf zunehmend als bloß noch ausführende Organe der Mordpolitik wirkten, während die wichtigen Entscheidungen – nämlich welche und wie viele Menschen ermordet werden sollten – von der Verwaltung ausgingen.

Manche preußischen Provinzial- und Bezirksverbände konnten in der NS-Zeit ein erhebliches Maß an Eigenmächtigkeit bewahren oder erlangen. Während nämlich das *Prinzip* der kommunalen Selbstverwaltung suspendiert wurde, blieben die *Verwaltungen* der Selbstverwaltungskörperschaften erhalten. Für den Bezirksverband Nassau zeigt sich, dass gerade durch die nationalsozialistischen Gleichschaltungsmaßnahmen die Macht der Verbandsverwaltung sogar gesteigert wurde. Auf der einen Seite nämlich entfiel 1933/34 durch Abschaffung des Kommunallandtags das parlamentarische Gremium, das bislang die Verwaltung kontrolliert hatte. Auf der anderen Seite aber wurde eine Anbindung der Verbände an die Staatsverwaltung vergleichsweise locker vollzogen, indem der Oberpräsident als Person die Leitung des Verbandes übernahm. Anders als bei jenen Provinzialverbänden, bei denen der Oberpräsident zugleich Gauleiter war und zudem am Sitz des Provinzialverbandes residierte,<sup>4</sup> nahm der formale Leiter des Bezirksverbandes Nassau, Philipp Prinz von Hessen, als schwacher Oberpräsident im fernen Kassel, der zudem häufig im Ausland weilte, kaum Einfluss auf Politik und Verwaltungsführung des Wiesbadener Verbandes. Dieses Machtvakuum gab der Verbandsverwaltung die Möglichkeit, die Ausrichtung des Verbandes in sehr weit gehendem Maße selbst zu bestimmen. Dass aber der Bezirksverband dieses Machtvakuum so extensiv zum Schaden von Leib und Leben der Patienten nutzte, dazu bedurfte es des Willens seiner leitenden Beamten und zumindest einer Bereitwilligkeit der übrigen Verwaltungsbeamten, diesen politischen Willen durch ein vermeintlich „normales“ Verwaltungshandeln zu erfüllen.

Dass Mitarbeiter des Bezirksverbandes Nassau während des „Dritten Reiches“ überhaupt an den „Euthanasie“-Verbrechen beteiligt sein konnten, geht zurück auf die langjährige Zuständigkeit des Verbandes für die finanzielle Fürsorge und für die Anstaltsunterbringung von psychisch kranken oder geistig behinderten Menschen. Dieser Fürsorgebereich war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Preußen generell den Provinzialverbänden übertragen worden, ebenso wie nach und nach auch andere Zuständigkeiten, etwa im volkswirtschaftlichen Bereich (z. B. Straßenbau und Wirtschaftsförderung) oder auf dem Gebiet der Kultur. In der preußischen Provinz Hessen-Nassau kamen diese Aufgaben, um regionale Rücksichten zu nehmen, nicht wie sonst dem Provinzialverband, sondern den beiden Bezirksverbänden mit Sitz in Kassel und Wiesbaden zu. Der Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden konstituierte sich wie die anderen Verbände – nach ständischen Anfängen – als Organ der kommunalen Selbstverwaltung. Anfangs verstand der Verband sich durchaus als Sachwalter regionaler

<sup>4</sup> Dies war z. B. der Fall beim PV Westfalen (Gauleiter u. OP Dr. Alfred Meyer in Münster) oder beim PV Pommern (Gauleiter u. OP Franz Schwede-Coburg in Stettin).

und lokaler Interessen gegenüber dem preußischen Staat; die Stadt- und Landkreise als Träger konnten in dem noch jungen Verband ihr Repräsentationsorgan sehen.<sup>5</sup>

Mit zunehmender Aufgabenausweitung und zugleich steigender finanzieller Abhängigkeit von staatlichen Finanzmitteln drohte sich der Bezirksverband in der Weimarer Zeit zunehmend von seinen Ursprüngen – und seinen Trägern – zu entfernen. Seine Bedeutung als gewichtige Institution im Gefüge des gesamtstaatlichen Gemeinwesens wuchs, da die Aufgabenwahrnehmung auf den verschiedenen genannten Gebieten durch den Bezirksverband reibungslos vonstatten ging und die Tätigkeit dem Staat – sowohl Preußen als auch dem Reich – daher zugute kam. Einerseits konnte die Autonomie der Kommunen als Träger des Verbandes durch die verschiedensten Aufgabenzuweisungen des Staates an den Verband in der Weimarer Zeit leiden. Andererseits wurden die demokratischen Partizipationsmöglichkeiten während der Weimarer Zeit erst geschaffen. Durch direkte Wahlen konnte das Volk nun die Besetzung des Kommunallandtags, des parlamentarischen Gremiums des Bezirksverbandes, vornehmen und über die Parteien Einfluss auf die Geschicke des Verbandes ausüben. Die Politisierung führte in den 1920er Jahren zu einer bestimmenden Position der „Weimarer Parteien“ im Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden. Die Leitung des Verbandes – die Ämter sowohl des Landeshauptmanns als auch der Landesräte – wurde während der Weimarer Republik von Wahlbeamten wahrgenommen, die weitgehend der SPD, dem Zentrum oder der DDP angehörten. Die Demokratisierung und Politisierung des Verbandes konzentrierte sich jedoch auf die Verbandsspitze. Der große Teil der übrigen Belegschaft der Wiesbadener Zentralverwaltung des Bezirksverbandes scheint sich dagegen dem Gedanken eines „unabhängigen Fachbeamtentums“ verpflichtet gesehen zu haben, dem die politische Lenkung und Kontrolle eher als Hindernis denn als Bereicherung erschien.<sup>6</sup>

Insofern riefen manche Umstrukturierungen nach der nationalsozialistischen „Machtübernahme“ 1933 beim Gros der Belegschaft des Verbandes anscheinend kein Bedauern hervor – so die Abschaffung des Kommunallandtags als Vertretungskörperschaft und des Landesausschusses als Exekutivorgan. Indem der Wiesbadener Bezirksverband – nun unter der Bezeichnung „Bezirksverband Nassau“ – 1934 im Sinne des Führerprinzips der Leitung des Kasseler Oberpräsidenten unterstellt wurde, kam es zwar zu einer Annäherung an die Staatsverwaltung, aber formal nicht zu einer Eingliederung. In der Praxis war die Position des Bezirksverbandes nach den Umwälzungen sogar gestärkt: Die Verbandsverwaltung in Wiesbaden konnte jetzt, ohne die bisherige Kontrolle durch die kommunalen Politiker, die eigenen Geschicke bestimmen, zumal auch der neue Oberpräsident Philipp Prinz von Hessen im fernen Kassel nur wenig eigenen Einfluss geltend machte. Weder von oben – vom Staat – noch von unten – von den Stadt- und Landkreisen – ging nun zunächst ein nennenswerter Einfluss aus, der die eigenmächtige Entwicklung der Verbandsverwaltung behindert hätte. Das Wesen der kommunalen Selbstverwaltung war also zwar abgeschafft worden, aber der Selbstverwaltungsverband – der Bezirksverband – ging selbst gestärkt aus dieser Änderung hervor.<sup>7</sup>

Von den Möglichkeiten der Beamtenentlassung aus politischen Gründen, die das Berufsbeamtenengesetz 1933 bot, machte der Bezirksverband nur zurückhaltend Gebrauch. Lediglich drei Spitzenbeamte, die dem Zentrum oder der SPD angehört hatten, wurden offiziell aus politischen Gründen in den Ruhestand versetzt, wenige andere – überwiegend ebenfalls politisch motivierte – Pensionierungen geschahen formal mit Hinweis auf Umstrukturierungsmaßnahmen. Entscheidend für das weitere Wirken des Bezirksverbandes war, dass zwar einzelne Posten wie die des Landeshauptmanns (Wilhelm Traupel) und des politischen Dezernenten (Fritz Bernotat) mit zuverlässigen Nationalsozialisten besetzt wurden, dass man aber ansonsten *mit* dem bisherigen Spitzenpersonal weiterarbeitete: Die Schlüsselpositionen des Verwaltungs- und Personaldezernenten (Max Kranzbühler), des Fürsorgedezernenten (Ludwig Johlen) und des Kämmerers (Willi Schlüter) behielten weiterhin jene Landesräte, die 1920 als Kandidaten der „Weimarer Parteien“ ins Amt gewählt worden waren und die sich nun ohne Wenn und Aber

---

<sup>5</sup> Siehe Kap. I. 1.

<sup>6</sup> Siehe Kap. I. 2.

<sup>7</sup> Siehe Kap. II. 1. b).

dem neuen Staat zur Verfügung stellten. Damit gewährleisteten sie eine erhebliche Kontinuität der Verwaltung und trugen zugleich die Neuausrichtung unter nationalsozialistischen Vorzeichen aktiv mit.<sup>8</sup>

Insgesamt ließ sich unter der Beamtenschaft ein erhebliches Maß an Anpassung an die neuen Verhältnisse feststellen. Nur vereinzelt kam es zu Reibungen, insgesamt aber herrschte ein pragmatisches Bemühen um eine Fortsetzung der „korrekten“ Verwaltungsführung – unabhängig vom System – vor. Die ideologische Neuausrichtung der Verwaltung geschah also überwiegend *mit* dem bisherigen Personal und nicht *gegen* dieses. Das war insbesondere deshalb möglich, weil demokratische Überzeugungen sich – wenn überhaupt – bei vielen Mitarbeitern der Zentralverwaltung des Bezirksverbandes nicht so fest verankert hatten, dass sie ein Aufbegehren zur Folge gehabt hätten. Hinzu kam, dass die Beamten- und Angestelltenschaft durch verschiedenste Maßnahmen an den NS-Staat gebunden wurde – sei es durch den Eid auf den „Führer“, sei es durch die Organisation in den Verbänden RDB (Reichsbund Deutscher Beamten) bzw. DAF (Deutsche Arbeitsfront), sei es durch die Ideologisierung der Beamtenausbildung. Besonders durch das Deutsche Beamtengesetz von 1937 machte das „Dritte Reich“ deutlich, dass es die Beamten als wichtige Institution des Staates anerkannte.<sup>9</sup>

Während also das traditionelle Personal sich ganz überwiegend integrierte, trug seit 1933 die bevorzugte Einstellung „alter Kämpfer“ zu einer deutlichen strukturellen Veränderung der Belegschaft des Bezirksverbandes bei. Die langjährigen Parteimitglieder machten schließlich in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre etwa 15 Prozent der Belegschaft der Wiesbadener Zentralverwaltung des Bezirksverbandes aus. Hier – wie auch in den Anstalten des Verbandes – konnten sie Kontrollfunktionen übernehmen und damit die ohnehin vorhandene Anpassungsbereitschaft der traditionellen Belegschaft noch forcieren. Diese Bereitschaft spiegelt sich auch in einem hohen Organisationsgrad der Mitarbeiter in der NSDAP wider, was 1945 zur Folge hatte, dass zwei Drittel der Belegschaft des Landeshauses (zunächst) aus dem Dienst entlassen werden mussten. Während sich Ähnliches auch für entsprechende andere Verwaltungen feststellen lässt, ist die besondere Bevorzugung von SS-Mitgliedern als Besonderheit des Bezirksverbandes Nassau anzusehen. Hier wirkte sich die SS-Mitgliedschaft sowohl von Landeshauptmann Traupel als auch von dessen Adjutanten Bernotat aus, die dafür sorgten, dass Schlüsselstellen in der Verwaltung und in den Anstalten (Juristen, Ärzte) nach Möglichkeit mit SS-Mitgliedern besetzt wurden. Letztlich gelang beim Personal eine relativ weit gehende Integration von traditioneller und neuer Belegschaft. Einige überzeugte Meinungsführer wurden gestützt durch ein Gros von bereitwilligen Mitwirkenden.<sup>10</sup>

In vielfältiger Weise drang der Nationalsozialismus in den Arbeitsalltag des Bezirksverbands Nassau ein und wirkte sich auch in der Hervorhebung bestimmter Tätigkeitsfelder durch den Verband aus. Mit verschiedensten – auch symbolischen – Maßnahmen formierte der Bezirksverband sich als nationalsozialistische Verwaltung, als Teil des „Dritten Reichs“. Rituale im Alltag, Aufmärsche und Flaggenparaden trugen dazu bei, den Eindruck einer Ubiquität des Nationalsozialismus zu vermitteln. Selbst bei Betriebsfeiern oder -ausflügen stand die Betonung von Topoi aus der nationalsozialistischen Ideologie im Vordergrund.<sup>11</sup> Nicht zuletzt durch Übernahme bestimmter Aufgaben auf den Gebieten der Wirtschaftspflege und der Kulturförderung positionierte der Bezirksverband sich eindeutig als Teil der „neuen Zeit“. Dies bedeutete beispielsweise Unterstützungsleistungen bei Prestigeprojekten des NS-Staats wie dem Autobahnbau, bei landwirtschaftlichen Siedlungsprojekten für „Jungbauern“ oder bei Maßnahmen zur Stärkung einer kulturellen landschaftlichen oder völkischen Identität: etwa der Gründung verschiedener landeskundlicher Institute oder dem Ausbau der Loreley als „Gauthingstätte“. Indem der Bezirksverband Nassau sich also auch an Maßnahmen beteiligte, die selbst im Rückblick

---

<sup>8</sup> Siehe Kap. II. 1. a).

<sup>9</sup> Siehe Kap. II. 2. a).

<sup>10</sup> Siehe Kap. II. 2. b).

<sup>11</sup> Siehe Kap. II. 3. a).

mitunter als die – vermeintlich – „guten Seiten des Nationalsozialismus“ charakterisiert werden, bot er der Belegschaft eine zusätzliche Möglichkeit zur positiven Identifikation mit ihrer Arbeitsstelle.<sup>12</sup>

Zugleich positionierte der Verband sich aber auch eindeutig mit einer antikirchlichen – zunächst insbesondere antikatholischen – Haltung und beteiligte sich so an der staatlichen Kampagne zur „Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens“<sup>13</sup>. Das Vorgehen gegen einen regimekritischen katholischen Beamten des Verbandes in den Jahren 1935 und 1936 kann hier als exemplarischer Fall gelten, der *auch* als Abschreckung für weitere Kritiker dienen sollte. Nachdem nationalsozialistische Schlägertrupps versucht hatten, den Betroffenen einzuschüchtern, und der Staat ein Sondergerichtsverfahren angestrengt hatte, bemühte der Bezirksverband sich, mit dienstrechtlichen Mitteln gegen ihn vorzugehen. Damit stellte der Bezirksverband demonstrativ seine konfessionsfeindliche Haltung unter Beweis.<sup>14</sup>

In den Jahren 1936 bis 1939 betrieb der Bezirksverband Nassau eine in diesem Ausmaß reichsweit einzigartige Politik der „Entkonfessionalisierung“ des Anstaltswesens. Indem er seine wirtschaftliche Macht als Landesfürsorgeverband – als Kostenträger der Anstaltsunterbringung – in die Waagschale warf, trieb er katholische Anstaltsträger im Regierungsbezirk Wiesbaden gezielt in den Ruin, um sich anschließend deren Immobilien anzueignen und die dort untergebrachten Patienten in eigene Anstalten zu übernehmen. In einem nie da gewesenen Maße wirkte sich im Zusammenhang mit diesen Repressionsmaßnahmen die aus dem 19. Jahrhundert übernommene „Fehlkonstruktion“ negativ aus, wonach der Bezirksverband sowohl Einrichtungsträger (somit Konkurrent der freien Träger) als auch Kostenträger der Anstaltsunterbringung (also Geldgeber der freien Träger) war – eine Konstellation, die nach Abschaffung demokratischer Kontrollmechanismen den leitenden nationalsozialistischen Beamten, die mit krimineller Energie agierten, einen Hebel zur Ausschaltung der konfessionellen Anstaltspflege in die Hand gab. Der eigens in Verbindung mit der Frankfurter Gauleitung gegründete und von Anstaltsdezernent Bernotat geführte „Verein für Volkspflege e. V.“ sprang dort mit Repressionen ein, wo der Bezirksverband dazu als öffentliche Verwaltung formal nicht in der Lage war. Bei der evangelischen Anstalt Scheuern setzte der Bezirksverband 1937 seine Machtmittel so erpresserisch ein, dass die Anstaltsleitung sich veranlasst sah, dem Landeshauptmann bzw. dessen Beauftragten Bernotat die Führung der Anstalt zu überlassen. Mit dieser Gleichschaltung einer Einrichtung der Inneren Mission, die nun „eine Nazi-Einrichtung mit christlichem Mantel“<sup>15</sup> wurde, schuf der Bezirksverband einen Präzedenzfall. Sein Versuch, mit Hilfe von Himmler und Heydrich diese Methode der kalten Ausschaltung des konfessionellen Einflusses anderen Reichsteilen zur Nachahmung zu empfehlen, scheiterte an Rücksichtnahmen auf die NSV, die ihrerseits das Erbe der konfessionellen Wohlfahrtspflege antreten wollte. Bei seiner Politik der „Entkonfessionalisierung“ verfolgte der Bezirksverband zunächst machtpolitische, antikirchliche Absichten. Eine langfristige Planung im Hinblick auf die späteren „Euthanasie“-Verbrechen lässt sich hierbei noch nicht konstatieren. Allerdings waren neben dem reinen Machtstreben auch wirtschaftliche Interessen und rassenpolitische Ziele von Belang: Die Patienten sollten durch Mittelkürzungen und Vernachlässigung mittelfristig billiger untergebracht werden – auf Kosten ihres Wohlergehens. Im Rückblick ist festzustellen, dass ohne die Maßnahmen der 1930er Jahre eine derart umfassende und unangefochtene Mitwirkung des Bezirksverbandes bei den späteren Kranken- und Behindertenmorden nicht möglich gewesen wäre; die Ausschaltung der konfessionellen Träger leistete einem umfassenden und schnellen Zugriff auf die untergebrachten Menschen Vor-schub.<sup>16</sup>

Die „Rasse“, ab 1933 Paradigma der staatlichen Politik, wurde seitdem auch zum Maßstab für sämtliche Maßnahmen im Fürsorgebereich des Bezirksverbandes. Während das „Dritte Reich“ Juden sowie Sinti und Roma als „außereuropäische Fremdrassen“ klassifizierte, stufte die offizielle Doktrin

<sup>12</sup> Siehe Kap. II. 3. b).

<sup>13</sup> Parole von RMdI Wilhelm Frick (Juli 1935), hier zit. n. v. Norden, *Widersetzlichkeit* (1994), S. 73 f.

<sup>14</sup> Siehe Kap. II. 3. c).

<sup>15</sup> Klee, „Euthanasie“ (1983), S. 268.

<sup>16</sup> Siehe Kap. III. 1.

psychisch Kranke oder geistig Behinderte aus einem „rassenhygienischen“ Blickwinkel als „minderwertig“ ein. Der Bezirksverband beteiligte sich an der Ausgrenzung der Juden, beispielsweise durch separierende Anstaltsunterbringung der psychisch kranken Juden. Durch Unterhaltung einer „Abteilung Erb- und Rassenpflege“ ab 1934 verlieh der Bezirksverband Nassau dem Thema „Rassenhygiene“ eine prominente Bedeutung unter seinen Tätigkeitsfeldern. Mit zwei Sterilisationsabteilungen beteiligte der Bezirksverband sich an den zwangsweisen Unfruchtbarmachungen nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“; mehrere ärztliche Direktoren arbeiteten als Richter am Frankfurter Erbgesundheitsobergericht mit. Der Leiter der „Abteilung Erb- und Rassenpflege“ beim Bezirksverband, Dr. Wilhelm Stemmler, machte sich einen Namen durch Aufbau und Leitung der Arbeitsgemeinschaft der Landesobmänner für die „erbbiologische Bestandsaufnahme“ beim Deutschen Gemeindetag. Mit großem Einsatz versuchte er in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre, die „rassenhygienische“ Erfassung von kranken und behinderten Menschen voranzutreiben. Es bleibt festzuhalten, dass all diese „rassenhygienischen“ Ansätze *nicht* in einer direkten Kontinuitätslinie zu den anschließenden „Euthanasie“-Verbrechen stehen. Die – ohne Rücksichtnahme auf die Rechte Einzelner – durchgeführten Zwangmaßnahmen bis 1939 hatten das Ziel verfolgt, *Krankheiten* aus dem „Erbgang“ zu beseitigen. Ab 1939 aber waren diese aufwändigen Methoden nicht mehr gefragt; nun ging es darum, die *Kranken* selbst aus der „Volksgemeinschaft“ zu „beseitigen“, sie zu ermorden. Für den Bezirksverband Nassau zeigt sich, dass für die rassenpolitischen Maßnahmen vor und nach diesem Bruch größtenteils nicht dieselben Personen verantwortlich waren.<sup>17</sup>

Bereits Ende der 1930er Jahre wurden ärztliche Positionen (einschließlich der „rassenhygienischen“ Postulate) zunehmend in den Hintergrund gedrängt durch eine Dominanz der Verwaltung. Das von Bernotat 1937 übernommene Anstaltsdezernat des Bezirksverbandes schwor die Landesheilanstalten mithilfe der dortigen ersten Verwaltungsbeamten auf eine rigide Sparpolitik zu Lasten der Patienten ein. Indem der Verband den ärztlichen Direktoren 1938 die Zuständigkeit für den Haushaltsplan und die Verantwortung für die Wirtschaftsbetriebe der Anstalt entzog und an ihrer Stelle die Verwaltungsleiter damit betraute, förderte er diese Neuausrichtung. Der Bezirksverband betrieb in den Anstalten nun eine extreme Überbelegung, eine Verschlechterung der Personalausstattung, eine Kürzung der Nahrungsmittel und eine Reduzierung sonstiger Sachmittel. Dies war eine Ausrichtung, bei der eine Mitwirkung von Ärzten kaum noch erforderlich schien. Die im Reichsvergleich weitgehend beispiellosen Kürzungen scheinen sich vor Kriegsbeginn noch nicht in erhöhten Sterberaten ausgewirkt zu haben, dennoch stehen sie in einer Linie mit den Kranken- und Behindertentötungen in den Anstalten des Bezirksverbandes durch Nahrungsmittelentzug. Bereits vor Kriegsbeginn machten sowohl Landeshauptmann Traupel als auch Anstaltsdezernent Bernotat keinen Hehl aus ihren kranken- und behindertenfeindlichen Absichten. Der Direktor der Landesheilanstalt Eichberg, Dr. Wilhelm Hinsin, kündigte daher Ende 1937 seine Stelle wegen der „ungenügende[n] Berücksichtigung ärztlicher Gesichtspunkte“<sup>18</sup> und da die „Euthanasie [...] am Horizont“<sup>19</sup> stand.<sup>20</sup>

Die Auseinandersetzungen um die künftige Raumordnung im Bereich Hessen und Hessen-Nassau, verbunden mit machtpolitischen Interessen, erschütterten insbesondere 1940 den Bezirksverband Nassau. Ursache hierfür war der von Landeshauptmann Traupel mit Unterstützung des Oberpräsidenten Philipp Prinz von Hessen verfolgte Plan, den Bezirksverband Nassau faktisch aufzulösen und seine Aufgaben von Kassel aus, wo Traupel inzwischen in Personalunion als Landeshauptmann amtierte, mit erledigen zu lassen. Indem Traupel eine hessisch-nassauische Provinzialidentität förderte, machte er sich den Frankfurter Gauleiter Sprenger zum Feind, dessen Plänen zu einem „Reichsgau Rhein-Main“ er damit in die Quere kam. Sprenger verhinderte Traupels Vorhaben nach einem harten Machtkampf

<sup>17</sup> Siehe Kap. III. 2.

<sup>18</sup> LWV, Best. 3/27, Bl. 67 f., Dr. Hinsin, Eichberg, an LH Traupel (27.12.1937).

<sup>19</sup> HStA Wi, Abt. 461 Nr. 32442 Bd. 4, Bl. 101 Zeugenaussage Dr. Wilhelm Hinsin im Eichberg-Prozess, 6. Hv-Tag (10.12.1946).

<sup>20</sup> Siehe Kap. III. 3.

und sorgte bei den obersten Staats- und Parteiautoritäten dafür, dass Traupel kapitulieren musste. Dabei kam dem Gauleiter zugute, dass die Wiesbadener Beamtenschaft des Bezirksverbandes ihrerseits ein Interesse daran hatte, die Verlegung ihrer Dienststelle nach Kassel zu verhindern. Die Auseinandersetzungen führten auch zum Zerwürfnis zwischen Traupel und seinem langjährigen Protegé Bernotat und produzierten eine machtpolitische Konstellation, die den Wiesbadener Anstaltsdezenten mit Unterstützung des Gauleiters zur faktischen Nummer eins im Bezirksverband Nassau werden ließ. Da Bernotat in der Frage der Kranken- und Behindertenmorde ein besonders radikales Vorgehen anstreben sollte, begünstigte dieses Resultat eine herausragende Rolle des Bezirksverbandes Nassau bei den nun folgenden NS-„Euthanasie“-Verbrechen.<sup>21</sup>

Diese Kranken- und Behindertenmorde waren Teil der umfangreichen nationalsozialistischen Genozidverbrechen, die insbesondere die Ermordung der Juden sowie der Sinti und Roma beinhalteten und deren gemeinsame ideologische Basis das „Ideal“ einer „rassereinen“, starken „Volksgemeinschaft“ war, die sich im expansionistischen Krieg eines „Volks ohne Raum“ beweisen sollte. Die Institution, die 1939 im Auftrag Hitlers die so genannte „Euthanasie“ durchführen sollte, entstand als ein nur wenig fest gefügtes Konglomerat unter Führung der Kanzlei des Führers und unter Mitwirkung des Reichsministeriums des Innern und der SS. Erst später – nach 1945 – benannte man mit dem Kürzel „T4“ zusammenfassend diese Mordorganisation, die nach außen hin unter verschiedenen Decknamen aufgetreten war. In vielfältiger Weise war „T4“ bei der Vorbereitung der Gasmordaktion auf die Zusammenarbeit regionaler Unterstützer angewiesen, um die Kranken- und Behindertenmordaktion zu realisieren. Bereits im Dezember 1939 entwickelte der Bezirksverband Nassau Aktivitäten zur U.-k.-Stellung des Eichberger Direktors Mennecke, der dann für „T4“ als so genannter „Gutachter“ an der Selektion der kranken und behinderten Menschen für die Gaskammer mitwirkte. Damit wurde Mennecke noch vor Anstaltsdezentern Bernotat zum Kontaktmann zwischen „T4“ und dem Bezirksverband. Auf Dauer aber kam Bernotat – wie allen Anstaltsdezenten in den jeweiligen Reichsteilen – die Rolle als eine Art „Sonderbeauftragter“ für „T4“ zu. Diese Funktion brachte zunächst die Überwachung der „T4“-Meldebogenerfassung in den Anstalten des Bezirks mit sich. Bernotat stellte – gemeinsam mit anderen leitenden Beamten des Bezirksverbandes – teils durch Druck, teils durch Unterstützung sicher, dass die Anstaltsleiter die Erfassung schnell bewerkstelligten. In diesem Punkt unterschied der Bezirksverband Nassau sich noch nicht wesentlich von den entsprechenden Behörden in anderen Reichsteilen.<sup>22</sup>

Dies änderte sich, als „T4“ Ende 1940 den Standort einer weiteren Gasmordanstalt suchte. „T4“ hatte ursprünglich das Deutsche Reich in vier Einzugsgebiete aufgeteilt und in jedem eine Gasmordanstalt eingerichtet, wo Anstaltspatienten aus dem betreffenden Gebiet ermordet werden sollten. Die bisherigen „T4“-Anstalten waren durchgehend in Reichsteilen platziert worden, die eine weitgehend monolithische Führungsstruktur aufwiesen. So lag beispielsweise in den Ländern Württemberg, Anhalt und Sachsen die Verantwortung für die Anstaltsträgerbehörde, das Amt des Gauleiters, des Reichsverteidigungskommissars und des Reichsstatthalters jeweils in einer Hand, zum Teil erwiesen sich dort auch die Psychiatriedezernenten als ausdrückliche Befürworter der Krankentötungen. Diese Herrschaftskonstruktion scheint entscheidender für die Standortwahl gewesen zu sein als praktische Gründe, etwa Erreichbarkeit oder Infrastruktur einer Anstalt. Als „T4“ dann im westlichen Einzugsgebiet einen Ersatz für die ursprüngliche Anstalt Grafeneck/Württemberg suchte, wurde die Berliner Organisation beim Bezirksverband Nassau deshalb fündig, weil dort führende Beamte die Bereitschaft zeigten, ihre Anstalt Hadamar per Pachtvertrag kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Der Leiter der „T4“-Inspektionsabteilung, Kaufmann, organisierte die Übergabe der Anstalt in direkter Kooperation mit Anstaltsdezentern Bernotat, der auch Unterstützungsleistungen des Bezirksverbandes bei Umbau und Einrichtung der Anstalt sicherstellte.<sup>23</sup>

---

<sup>21</sup> Siehe Kap. IV. 1.

<sup>22</sup> Siehe Kap. IV. 2. a).

<sup>23</sup> Siehe Kap. IV. 2. b).

Mindestens 25 Pflege- und Verwaltungskräfte aus den Anstalten Hadamar, Herborn und Weilmünster wurden ab 1940 und 1941 an „T4“ abgeordnet, erhielten ihre Bezüge aber weiterhin vom Bezirksverband. Sie wirkten nun entweder im Wirtschaftsbereich der Mordanstalt Hadamar oder bei der Verschleppung der Opfer in die Gaskammer mit. In mehreren Fällen war vom Bezirksverband bewusst ausgewählt worden, wer hierfür als „geeignet“ erschien und wer nicht. Anstaltsdezernent Bernotat sorgte für die Einschwörung der Betroffenen auf die Schweigepflicht, konnte aber entsprechend dem „T4“-Usus im Falle einer Arbeitsverweigerung oder Kündigung eine weitere Mitwirkung nicht erzwingen. Neben dem Bezirksverband Nassau kümmerte sich auch das Frankfurter Arbeitsamt – in Kooperation mit NSDAP-Gauleitung und -Ortsgruppen in Frankfurt – um die Akquirierung von zusätzlichem Personal: Mehr als 30 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wurden so zwischen Oktober 1940 und Sommer 1941 über das Arbeitsamt für verschiedene „T4“-Anstalten dienstverpflichtet; mindestens 20 von ihnen waren anschließend im Verwaltungs- oder Wirtschaftsbereich der Hadamarer Anstalt eingesetzt. Vereinzelt vermittelte Bernotat auch solche Personen an „T4“, die nicht dem Bezirksverband angehörten, wie etwa den Arzt Hans Bodo Gorgaß, einen Angestellten der von Bernotat geführten Anstalt Kalmenhof in Idstein. Soweit bekannt stellte kein anderer Anstaltsträger im Deutschen Reich im selben Ausmaß und mit demselben Engagement wie der Bezirksverband Nassau Mitglieder seiner „Gefolgschaft“ freiwillig zur Mitwirkung in einer „T4“-Gasmordanstalt ab. Hier erwies sich wie schon bei der Standortwahl, dass „T4“ den regionalen Anstaltsträgern nicht nach einem festen Schema begegnete, sondern flexibel mit jenen Behörden kooperierte, von denen Unterstützung für das Mordprogramm zu erlangen war.<sup>24</sup>

Dies gilt in gleichem Maße für die Einrichtung der so genannten „Zwischenanstalten“. Indem der Bezirksverband all seine Landesheilanstalten (außer Hadamar) und zusätzlich die großen von Bernotat geführten Privatanstalten in den Dienst der „T4-Aktion“ stellte, knüpfte er durch diese fünf Einrichtungen das reichsweit dichteste Netz solcher „Zwischenanstalten“. Sowohl „T4“ als auch der Bezirksverband stellten durch Informationen und Appelle die Mitwirkung der Anstalten sicher. Strafanrohungen betrafen – soweit sie überhaupt erforderlich schienen – allein das Gebot zur Geheimhaltung. Insgesamt fungierten die Anstalten und ihre Belegschaften keineswegs als Befehlsempfänger von „T4“, sondern sie trugen durch ihre aktive Mitwirkung dazu bei, 1941 eine weitgehend reibungslose Verlegung mehrerer tausend Menschen zur Ermordung in Hadamar zu organisieren. Dazu zählte auch die Verschleierung der Verlegung in die „Zwischenanstalt“ gegenüber den auswärtigen Kostenträgern der Anstaltsunterbringung. Die Möglichkeit, Todeskandidaten als „gute Arbeiter“ zurückzustellen, räumte den Anstaltsdirektoren eine Machtstellung ein, die sie noch enger in die „T4-Aktion“ einband; diese Mitwirkung der „Zwischenanstalts“leitungen sollte aber später für den „nassauischen“ Bereich in keinem Fall zu einer rechtskräftigen Verurteilung führen.<sup>25</sup>

Zwischen Januar und August 1941 wurden mehr als 10.000 psychisch kranke oder geistig behinderte Menschen aus dem westlichen Reichsgebiet – von den Provinzen Hannover, Westfalen und Rheinprovinz bis hin zu den Ländern Baden und Württemberg – in der Hadamarer Gaskammer ermordet. Weit mehr als die Hälfte der 10.000 aber stammte aus der Provinz Hessen-Nassau oder aus dem Land Hessen; allein aus dem Zuständigkeitsgebiet des Bezirksverbandes Nassau wurden annähernd 2.800 Menschen in der „T4“-Anstalt Hadamar umgebracht. In dieser hohen Zahl von einheimischen Opfern spiegelt sich auch die besondere kranken- und behindertenfeindliche Aktivität des Bezirksverbandes Nassau wider, denn nur durch die Überbelegungspolitik der Vorjahre war es überhaupt möglich, dass nun so viele Patienten aus dem Bezirk Wiesbaden den Hadamarer Morden zum Opfer fallen konnten. Es ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, dass sich unter den 10.000 Mordopfern auch die über 300 jüdischen Psychiatriepatienten befanden, die bis dahin noch in Anstalten der genannten Reichsteile untergebracht gewesen waren. An der eigentlichen Verübung der „T4“-Morde 1941 vor Ort in Hadamar war der Bezirksverband – über die genannten Vorbereitungen und die Personalabordnung hinaus –

---

<sup>24</sup> Siehe Kap. IV. 2. c).

<sup>25</sup> Siehe Kap. IV. 3. a).

nicht mehr beteiligt. Aber in vielfältiger Hinsicht befasste auch die Wiesbadener Zentralverwaltung sich während der Gasmordaktion damit. Bernotat und sein Anstaltsdezernat fungierten als permanente Kontaktstelle für „T4“; der Anstaltsdezernent steuerte soweit erforderlich die Aufnahmen der auswärtigen Patienten in die „Zwischenanstalten“. Andere Abteilungsleiter strebten danach, aus der „T4-Aktion“ Nutzen für den Bezirksverband zu ziehen. Gegenüber der Öffentlichkeit versuchte der Verband die Gratwanderung zwischen Verheimlichen der Mitwirkung an einer illegalen Aktion und Betonung der eigenen „Leistung“ und Bedeutung.<sup>26</sup>

Während der Gasmorde erfüllte der Bezirksverband Nassau eine Art Pufferfunktion zwischen der Organisation „T4“ und den Angehörigen der Mordopfer. Eine Besuchssperre in den „Zwischenanstalten“ sollte dort die Unruhe mindern und die Geheimhaltung steigern, wirkte aber zum Teil auf Angehörige eher beunruhigend. Durch Verlegungsmitteilungen trug der Bezirksverband zur Desinformation der Angehörigen bei. Der dabei verwandte Hinweis auf eine Anordnung des Reichsverteidigungskommissars sollte den Eindruck vermitteln, die Verlegungen geschähen aus Kriegsgründen; real hatten die Reichsverteidigungskommissare jedoch keinerlei Funktion in diesem Zusammenhang. Einigen Angehörigen gelang es noch, bei Anstaltsdezernent Bernotat eine ausnahmsweise Besuchserlaubnis zu erlangen; in seltenen Einzelfällen genehmigte der Bezirksverband eine Entlassung aus der „Zwischenanstalt“, wenn die Geheimhaltung durch ein forsches Auftreten der Angehörigen gefährdet schien; in anderen Fällen scheiterten Rettungsversuche. Alle Bemühungen um Geheimhaltung fruchteten nicht, sodass sich im Bezirk – und besonders in der Stadt – Wiesbaden Kenntnisse und Gerüchte über die Hadamarer Morde binnen weniger Wochen verbreiteten. Multiplikatoren aus Kreisen der Justiz und der Kirchen trugen dazu bei, die Unruhe in der Bevölkerung auch der Regimespitze zu vermitteln. Der von Hitler daraufhin verfügte „Euthanasiestopp“ im August 1941 bedeutete zwar ein Ende der *Gasmorde* in Hadamar, freilich aber kein Ende der Morde an kranken und behinderten Menschen insgesamt.<sup>27</sup>

Unmittelbar nach dem „Stopp“ von 1941 bemühten „T4“ und der neu eingesetzte Reichsbeauftragte für die Heil- und Pflegeanstalten im Innenministerium, Dr. Linden, sich um eine Nutzungsplanung für den bisher psychiatrisch genutzten Anstaltsraum – insbesondere um dessen Inanspruchnahme für Zwecke außerhalb des Fürsorgebereichs zu unterbinden. Das war auch ein Zeichen dafür, dass die bisherige Mordaktion mit einem ärztlichen Impetus als „gesundheitspolitische Maßnahme“ intendiert gewesen war und nicht unmittelbar etwaigen Kriegserfordernissen hatte gehorchen sollen. Exemplarisch zeigt die Nutzung der Landesheilanstalt Herborn in den Jahren 1941 bis 1945 das Scheitern dieser Anstrengungen: Nachdem der Bezirksverband – entsprechend seiner formulierten Präferenz zugunsten von Kinder- und Jugendfürsorgeprojekten – dort kurzzeitig ein Kinderlandverschickungsheim betrieben hatte, musste die Anstalt schon bald als Wehrmachtlazarett zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Abbruch der Hadamarer Gasmorde suchte „T4“ neue, zum Teil auch vorübergehende Einsatzfelder für sein Personal, um dessen Entlassung zu vermeiden und es für eine erwartete Wiederaufnahme der so genannten „Aktion“ bereit zu halten. An einem „Osteinsatz“ vieler Hadamarer „T4“-Mitarbeiter Anfang 1942 in Weißrussland, der angeblich der Bergung verwundeter Soldaten galt, nahm auch abgeordnetes Personal des Bezirksverbandes teil. Umgekehrt stellte „T4“ 1941/42 dem Bezirksverband ohne Kostenerstattung Kräfte für die Mitwirkung in seinen Landesheilanstalten zur Verfügung und bekräftigte so die enge Kooperation, die sich zwischen beiden Institutionen im Rahmen der „T4-Aktion“ ergeben hatte. Dass „T4“ ab 1942 maßgeblich am Betrieb der Vernichtungslager der „Aktion Reinhard“ mitwirkte, zeigt auch die Verknüpfung der rassenideologischen Genozidplanung, die sowohl Kranke und Behinderte als auch Juden sowie schließlich Sinti und Roma einschloss.<sup>28</sup>

Erst nach Unterbrechung der Gasmorde offenbarten sich Differenzen zwischen zwei Fraktionen der am Krankemord Beteiligten über die Zukunft der Psychiatrie. Der Eichberger Direktor Dr. Mennecke

---

<sup>26</sup> Siehe Kap. IV. 3. b).

<sup>27</sup> Siehe Kap. IV. 3. c).

<sup>28</sup> Siehe Kap. V. 1. a).

suchte Anschluss an eine Gruppe hochrangiger „T4“-Ärzte, die sich als „Psychiatriefraktion“ innerhalb der Mordorganisation charakterisieren lassen. Inspiriert von diesen strebte er nach einem „Zukunftsprojekt“, das Forschung und Therapie mit der Tötung insbesondere von behinderten Kindern zusammenbringen sollte. Diese Integration sollte die Tötungen legitimieren, die beispiellose Gelegenheit zur Forschung nutzen und zugleich die Existenzberechtigung der Psychiatrie als Fachgebiet sichern. In der Realität aber erwiesen sich etwaige therapeutische Bestrebungen in den Anstalten des Bezirksverbandes als Farce, nicht zuletzt weil Anstaltsdezernent Bernotat eine Gegenposition zu den Psychiatern und besonders zu Mennecke einnahm. Bernotat konnte gewissermaßen als regionaler Protagonist einer „Partei- und Verwaltungsfraktion“ gelten, die jegliche Anstrengung zur Heilung psychisch Kranker für überflüssig hielt. Entsprechend dienten auch die „Kinderfachabteilungen“ Eichberg und Kalmenhof in der Praxis – trotz anders lautender Bekundungen – ausschließlich dem Mord an behinderten Kindern, wenn auch Gehirne der Ermordeten der Forschung zur Verfügung gestellt wurden. Indem Bernotat sich durchsetzte, legte er den Grundstein für ein noch drastischeres Engagement des Bezirksverbandes bei der Wiederaufnahme der Krankenmorde.<sup>29</sup>

Der Regierungsbezirk Wiesbaden war im Zweiten Weltkrieg eines jener vier bis fünf Gebiete im Deutschen Reich, in denen regional verantwortete Krankenmorde in größerer Zahl begangen wurden. Bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn, spätestens 1940, stiegen die Sterberaten in den Anstalten des Bezirksverbandes so rapide an, dass man von einer gezielten Aushungerung ausgehen muss, die eine drastische Verschärfung der Sparpolitik der 1930er Jahre darstellte. Dies geschah also zeitlich bereits etwa ein Jahr vor den Hadamarer „T4“-Gasmorden, aber in Kenntnis des Beginns der zentralen Mordaktion. Bereits kurz nach dem so genannten „Euthanasiestopp“ vom August 1941 traten – wahrscheinlich noch 1941 – neben den Nahrungsmittelentzug in den Anstalten des Bezirksverbandes nun die Morde durch Medikamente. Diese informelle, regionale Fortsetzung der Krankentötungen war bei „T4“ bereits im Herbst 1941 als erwünscht bezeichnet worden. Für die Anstalt Eichberg sind in der Folge Eingaben oder Einspritzungen von tödlichen Mitteln, wie es bei Kindern ohnehin schon praktiziert wurde, auch für erwachsene Patienten bewiesen, für die Anstalt Weilmünster sind sie mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen. Zahlreiche Nutzungen des Anstaltsraumes für psychiatriefremde Zwecke verringerten zusätzlich die Überlebenschancen der Patienten. Von den insgesamt etwa 6.000 Patienten, die während des Zweiten Weltkriegs in diesen beiden Anstalten verstarben, sind etwa drei Viertel als Opfer dieser regionalen Mordinitiative anzusehen, wobei sich das Verhältnis von Medikamentenmord und Nahrungsentzug nicht beziffern lässt; in Weilmünster spielte in jedem Fall der Nahrungsentzug die entscheidende Rolle.<sup>30</sup>

Der Nahrungsentzug in den Anstalten des Bezirksverbandes ist als gezielte Mordmethode und nicht als Ergebnis äußerer Ernährungsschwierigkeiten zu werten. Er wurde mithilfe verwaltungstechnischer Mittel hervorgerufen: nicht Ärzte und Pflegekräfte in den Anstalten trugen in erster Linie die Verantwortung für den Nahrungsmangel, sondern die leitenden Beamten in der Zentrale des Bezirksverbandes sowie die Verwaltungsbeamten in den jeweiligen Anstalten. Der Nahrungsentzug war eine Methode, die am ehesten geeignet war, Verantwortlichkeiten zu verwischen. Der erste Schritt war die Festlegung eines extrem niedrigen Beköstigungssatzes von zuletzt 44 Reichspfennig (pro Patient und Tag) im Etat, der in der Zentralverwaltung des Bezirksverbandes aufgestellt wurde. Bereits mit diesem Satz, der 1944 sogar kritische Nachfragen des Frankfurter Oberbürgermeisters hervorrief, war eine auch nur lebenserhaltende Ernährung kaum mehr möglich. In einem zweiten Schritt aber sorgte eine zusätzliche Senkung der *tatsächlichen* Lebensmittelgaben noch unter diesen offiziellen Satz vollends für den Entzug der Lebensgrundlage. Hierfür waren die ersten Verwaltungsbeamten und ihre Mitarbeiter in den Anstalten vor Ort verantwortlich. Die etatmäßig bereitgestellten Mittel kamen nicht als Lebensmittel den Patienten zugute, da sie teilweise gar nicht erst ausgegeben wurden oder da die beschafften

<sup>29</sup> Siehe Kap. V. 1. b).

<sup>30</sup> Siehe Kap. V. 2. a).

Lebensmittel an andere Anstalten und Parteistellen abgetreten wurden oder – wie für die Anstalten Eichberg und Kalmenhof festgestellt – durch Korruption von der Belegschaft entzogen wurden.<sup>31</sup>

Im Zusammenhang mit dem Nahrungsmittelentzug wurde eine Haushaltspraxis des Bezirksverbandes weitergeführt, die in ihren Grundzügen bis in die 1930er Jahre zurückreichte. Seit Beginn seiner Sparpolitik hatte der Bezirksverband nämlich auf Kosten seiner kommunalen Träger profitiert, indem er die tatsächlichen Ausgaben stärker senkte als die entsprechenden Pflegesätze, die er den Stadt- und Landkreisen als Hauptkostenträgern der Anstaltsunterbringung in Rechnung stellte. Um die fällige Senkung der Kosten zu verhindern und das Geld in seinem Etat zu halten, richtete der Verband umfangreiche Rücklagenfonds für die Anstalten ein, weswegen sich ein jahrelanger Disput mit der Stadt Frankfurt, die für mehr als die Hälfte der kommunalen Beiträge an den Bezirksverbandes aufkam, entspann. Frankfurt wollte nicht akzeptieren, dass der Bezirksverband sich auf Kosten seiner Beitragszahler sanierte.<sup>32</sup> Der Verband setzte diese Politik auch fort, als 1941 die zahlreichen Gasmorde die Zahl der Anstaltspatienten drastisch verringert hatte. Nun diente die Unsicherheit über die Zukunft der Anstalten dem Kämmerer des Bezirksverbandes, Schlüter, als Argument gegen die Senkung des Pflegesatzes. Mittlerweile aber konnten die Stadt- und Landkreise sich dennoch als Nutznießer betrachten, denn durch den zahlreichen Mord sparten sie jährlich zum Teil mehrere hunderttausend Reichsmark an Pflegekosten. So entwickelte das Frankfurter Fürsorgeamt selbst auf Anfragen hin keinerlei Interesse, dem tausendfachen plötzlichen Tod seiner Fürsorgeempfänger nachzugehen.<sup>33</sup> Die Interessenslage kehrte sich aber mit den Hungermorden um: Der Bezirksverband Nassau zog Nutzen daraus, dass er die Patienten möglichst lange zu möglichst geringen Kosten in seinen Anstalten dahinsiechen ließ, denn in dieser Zeit erhielt er die – zudem überhöhten – Pflegekosten von Kostenträgern wie der Stadt Frankfurt. Bis zum Schluss des „Dritten Reichs“ setzte der Bezirksverband die bisherige Praxis fort und verhinderte unter anderem durch Verschleierungen im Haushalt sowohl die Senkung der Umlage der Stadt- und Landkreise als auch die Senkung der Pflegesätze für die Anstaltsunterbringung. Bis 1945 brachte der Verband die Überschüsse, die er so auf Kosten der Kommunen und zu Lasten der Patienten erzielte, durch Schuldentilgung, in Rücklagefonds und für Zwecke von Straßenbau und Kultur unter.<sup>34</sup>

Auch bei den neuerlichen systematischen Morden in der Anstalt Hadamar (1942–1945) wurden wirtschaftliche Belange des Bezirksverbandes in Betracht gezogen. Das Paradoxon, dass der Bezirksverband den Anstalten insgesamt durch die Massenmorde auf längere Sicht mangels Pflegekosten die Existenzbasis entzogen hätte, konnte nur dadurch aufgelöst werden, dass erstens hauptsächlich auswärtige Patienten aufgenommen wurden, an deren Pflegesätzen der Bezirksverband sich grundsätzlich nicht beteiligen musste, dass zweitens die Menschen nicht sofort nach der Aufnahme ermordet wurden, sondern erst nachdem einige Zeit die Pflegekosten für sie eingenommen worden waren (bei nur geringen Ausgaben), und dass drittens der Reichsbeauftragte für die Heil- und Pflegeanstalten im Innenministerium, Linden, quasi ständig eine Wiederbelegung frei gewordener Anstaltsbetten mit weiteren auswärtigen Patienten garantierte. Anhand der Anstalt Hadamar, wo 1942 bis 1945 mehr als 4.400 Menschen aus den verschiedensten Reichsteilen ermordet wurden, entschlüsselt sich nun auch für diesen Zeitraum das System von Verlegungen und Krankenmord, das bislang in seinen Zusammenhängen und Verantwortlichkeiten nicht bis ins Letzte hatte geklärt werden können.

Im Juli/August 1942 richteten zwei Anstaltsträger im Deutschen Reich – der Bezirksverband Nassau in Hadamar und der Provinzialverband Pommern in Meseritz-Obrawalde – Mordanstalten ein, die fortan planmäßig und ausschließlich der Aufnahme und Ermordung auswärtiger Psychatriepatienten dienten. Die Einrichtung geschah in Absprache mit dem Reichsbeauftragten für die Heil- und Pflegeanstalten, Dr. Linden, und mit „T4“. Die Trägerschaft und Leitung hatte der jeweils zuständige

---

<sup>31</sup> Siehe Kap. V. 2. b).

<sup>32</sup> Siehe Kap. III. 3. b).

<sup>33</sup> Siehe Kap. IV. 3. b).

<sup>34</sup> Siehe Kap. V. 2. b).

Verband inne. Eine Bevorzugung der Verwaltung gegenüber der Medizin, wie sie der Bezirksverband bereits seit den 1930er Jahren betrieben hatte, kam nun sowohl in Hadamar als auch in Meseritz-Obrawalde zum Ausdruck, da jede der beiden Anstalten von einem Verwaltungsleiter und nicht von einem Arzt geführt wurde. Als Legitimationsinstanz für die Krankenmorde diente wohl Karl Brandt, der etwa gleichzeitig zu Hitlers Bevollmächtigtem für das Sanitäts- und Gesundheitswesen wurde. Die zentrale Rolle in Berlin bei der Verlegungsplanung für die Psychatriepatienten nahm nun Linden im Innenministerium ein, der zunächst noch die von „T4“ selektierten Patienten verlegen ließ, später generell Patienten aus Anstalten, deren Platz gebraucht wurde. Nach Verhandlungen stellte der Wiesbader Anstaltsdezernent Bernotat dem Reichsbeauftragten Linden jeweils freie Plätze in den Anstalten des Bezirks Wiesbaden zur Verfügung. Bernotat ermöglichte zahlreiche Aufnahmen in allen ihm unterstehenden Anstalten, imitierte das 1941 angewandte System der „Zwischenanstalten“ und sorgte nach einiger Zeit für die Weiterverlegung in die Mordanstalt Hadamar. In der Anstalt Hadamar selbst leistete „T4“ einen Beitrag zum Mord, indem die Organisation zunächst zehn, später nur noch fünf der bei ihr angestellten Pflegerinnen zur Mitwirkung am Mord abordnete und indem sie die Abrechnung der Pflegekosten mit den auswärtigen Fürsorgeverbänden organisierte. Man kann von einer dezentralen, systematischen Mordaktion in Hadamar und Meseritz-Obrawalde sprechen, die als Ersatz für die nicht wieder begonnene Gasmordaktion zu verstehen ist. Diese dezentrale Mordaktion ist insofern abzugrenzen von den regionalen Medikamenten- und Hungermorden, wie sie in verschiedenen Reichsteilen ebenfalls betrieben wurden.<sup>35</sup>

Im Laufe der letzten beiden Kriegsjahre dehnte der Bezirksverband auf Veranlassung zunächst von Bernotat das Morden weiter aus. Eine Grundlage hierfür schuf der Anstaltsdezernent sich, als er Anfang 1943 das Fürsorgeerziehungsreferat zusätzlich übernahm und in Zusammenarbeit mit dem Reichsministerium des Innern das angebliche „Erziehungsheim Hadamar“ innerhalb der Mordanstalt einrichtete. Dass dort mindestens 40 (und damit die meisten) der eingewiesenen „Fürsorgezöglinge“ mit einem jüdischen Elternteil ermordet wurden, scheint auf eine Initiative Bernotats zurückgegangen zu sein, die aber vermutlich vorab die Billigung des Ministeriums fand. Ebenfalls einer Initiative des Bezirksverbandes entsprang die generelle (also nicht auf „rassische“ Kriterien bezogene) Selektion von Kindern und Jugendlichen in „Fürsorgeerziehung“ ab 1943 und ihre Einteilung in zehn „Auslesegruppen“. Die Pläne des kurzzeitigen Fürsorgeerziehungsreferenten des Bezirksverbandes, Dr. Werner Gauhl, führten schließlich auch zur Ermordung solcher Jugendlicher in Hadamar, die als „gemeinschaftsfremd“, „unerziehbar“ und „unbrauchbar“ eingestuft worden waren, die aber weder krank noch behindert waren.<sup>36</sup>

1944 hatte Gauleiter Sprenger Erfolg mit seinen Bemühungen zur Verklammerung der verschiedenen Staatsgebiete seines Parteigaus, nachdem bis 1943/44 die Konkurrenten Oberpräsident Philipp Prinz von Hessen, Regierungspräsident Fritz von Pfeiffer und Landeshauptmann Wilhelm Traupel ausgeschaltet worden waren. Ab Mitte 1944 amtierte Sprenger als Oberpräsident der neuen Provinz Nassau und damit auch als Chef des Bezirksverbandes, der seitdem den Namen „Provinzialverband Nassau“ trug. Noch im Monat seiner Amtsübernahme veranlasste Sprenger in Verbindung mit dem Frankfurter Gauarbeitsamt Rhein-Main die Einweisung und Ermordung *somatisch* kranker ausländischer Zwangsarbeitskräfte in Hadamar. Diese Mordaktion hatte – im Gegensatz zur Ermordung *psychisch* kranker Zwangsarbeiter – nach derzeitigem Wissensstand einen singulären Charakter. Diese Mordaktion war das letzte Kapitel der Krankenmordverbrechen, die in Anstalten und unter Beteiligung des Bezirks-/Provinzialverbandes Nassau begangen wurden, bevor die alliierte Befreiung der NS-Herrschaft auch im Landeshaus Ende März 1945 ein Ende setzte.<sup>37</sup>

Die Erkenntnisse über den Bezirksverband Nassau liefern auch Beiträge zur Beantwortung grundsätzlicher, übergeordneter Forschungsfragen und geben zugleich Anregungen zu weiteren Unter-

<sup>35</sup> Siehe Kap. V. 3.

<sup>36</sup> Siehe Kap. V. 4. a).

<sup>37</sup> Siehe Kap. V. 4. b).

suchungen. Für die Erforschung der Geschichte der NS-„Euthanasie“-Verbrechen lässt sich, ausgehend von dem Wissen zum Bezirksverband, insbesondere die Forderung ableiten, die Rolle der Anstaltsträgerbehörden, die lange Zeit völlig unbeachtet geblieben war,<sup>38</sup> künftig auch für andere Regionen zu untersuchen. Generell ist künftig die Kostenträgerkonstellation, die beinahe jede Anstaltsunterbringung bestimmte und die in bisherigen Forschungen beinahe durchgehend ausgeblendet wurde,<sup>39</sup> stärker mit zu berücksichtigen.

Zugleich ergeben sich Forderungen bezüglich der Periodisierung und der Terminologie bei der Beschreibung der NS-„Euthanasie“-Verbrechen insgesamt. Die Begriffe einer „ersten Mordphase“ (für die Gasmorde) und einer „zweiten Mordphase“ (für die Medikamentenmorde, die früher so genannte „wilde Euthanasie“) sollten künftig vermieden werden. Diese Ausdrücke suggerieren eine zeitliche Abfolge von Phasen, die es in dieser Form nicht gab und die aufgrund einer besonderen Situation nur bei der Anstalt Hadamar zutreffen würde.<sup>40</sup> Daher sollte man – neben verschiedenen Sonderformen<sup>41</sup> – drei Kategorien des Genozids an psychisch kranken oder geistig behinderten Anstaltspatienten voneinander abgrenzen:

Dass die zentral gesteuerte Gasmordaktion der „T4“ in den Jahren 1940 und 1941 für sich eine Einheit bildete, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Als zweite Form sind die regionalen und lokalen Krankmordinitiativen zu nennen, wobei die Morde in verschiedenen Reichsteilen durch Nahrungsentzug oder Medikamente unabhängig voneinander und weitgehend eigenständig begangen wurden, und zwar teilweise offenbar bereits ab 1939 und bis 1945, also auch schon *vor* der Gasmordaktion. Urheber waren hierbei regionale Behörden und einzelne Ärzte. Für verschiedene Zeitabschnitte differiert lediglich die Form der „Legitimation“: zunächst schien die Existenz der zentralen, von Hitler genehmigten Gasmordaktion Legitimation genug zu sein; nach dem „Euthanasiestopp“ 1941 genügte manchen eine entsprechende Aufforderung von „T4“; 1943 und nochmals 1944 wurde die Erlaubnis durch Hitlers Bevollmächtigten Brandt erneuert und auf eine quasi offizielle Basis gestellt. Es ist aber nicht angebracht, allein wegen dieser „Erlaubnis“ durch Brandt den aus einem anderen Kontext entnommenen Terminus „Aktion Brandt“ auf diese regional und lokal durchgeführten Morde anzuwenden.

Schließlich kann man die Morde in Hadamar und Meseritz-Obrawalde ab Sommer 1942 und bis 1945 als dezentrale Krankmordaktion bezeichnen. Diese „Aktion“ wurde mit einer weitaus größeren Systematik und in einem weitaus größeren Ausmaß betrieben als die regionalen Morde. Vor allem war diese dezentrale Mordaktion nicht auf die jeweilige Region bezogen, sondern prinzipiell reichsweit angelegt, sodass sie einen Ersatz für die nicht fortgesetzte Gasmordaktion darstellte. Der zuständige Anstaltsträger (also der Bezirks- oder Provinzialverband) kooperierte insoweit mit den koordinierenden Stellen in Berlin (dem Reichsbeauftragten für die Heil- und Pflegeanstalten und mit „T4“), welche für die Verlegung der Mordopfer sorgten. Hierauf ließe sich der von Aly benutzte Terminus der „[z]entral geplante[n] und dezentral vollzogene[n] ‚Euthanasie‘“ anwenden.<sup>42</sup> Auch wenn die Verlegungen mit dem Brandt'schen Auftrag zur Schaffung von Ausweichkrankenhäusern zusammenhängen, ist auch hierfür der Ausdruck „Aktion Brandt“ nicht akzeptabel. Dieser ließe sich – wenn überhaupt – allenfalls

---

<sup>38</sup> Als Ausnahme können nur die westfälischen Forschungen, insb. Walter, *Psychiatrie* (1996), gelten.

<sup>39</sup> Sie fand jedoch ansatzweise bereits Berücksichtigung bei Faulstich, *Hungersterben* (1998); siehe auch Sandner, *Leben* (1994).

<sup>40</sup> Eine klare zeitliche („phasenweise“) Trennung ergab sich für die Anstalt Hadamar, da dort – abgesehen von einigen „Arbeitspatienten“ – im Zeitraum Herbst 1939 bis Sommer 1942 wegen des Lazarets und dann der „T4“-Anstalt keine Anstaltsunterbringung stattfand. Daher konnten die Gasmorde (Jan.–Aug. 1941) als „erste Phase“ und die Medikamentenmorde (Aug. 1942 bis März 1945) als „zweite Phase“ verstanden werden.

<sup>41</sup> Zu nennen sind ansonsten z. B. die frühen Morde im Nordosten (zum Teil durch Erschießung oder in Gaswagen), die Ermordung behinderter Kinder („Reichsausschuss“-Morde), die Ermordung von KZ-Häftlingen in Gasmordanstalten („Sonderbehandlung 14f13“), die Ermordung weiterer Opfergruppen in Hadamar wie der „Fürsorgezöglinge“ (z. T. sog. „jüd. Mischlinge ersten Grades“) oder der somatisch kranken Zwangsarbeiter/innen.

<sup>42</sup> Aly, *Medizin* (1985) S. 61.

noch auf das anwenden, was er ursprünglich meinte:<sup>43</sup> das von Brandt veranlasste Barackenbauprogramm („Krankenhaus-Sonderanlagen“) und den Betrieb der so entstandenen Ausweichkrankenhäuser, die der Versorgung somatischer Patienten aus den Großstädten, dem Grunde nach<sup>44</sup> aber nicht dem Krankenmord dienten.

Die Beschäftigung mit der Geschichte des Bezirksverbandes Nassau gibt auch Impulse zu anderen, übergeordneten Fragestellungen der Geschichtsforschung zum Nationalsozialismus. Dies betrifft zum einen Fragen zur Stellung der kommunalen Selbstverwaltung und generell der regionalen Einheiten gegenüber dem zentralen NS-Staat, auch in Bezug auf deren Verantwortung für NS-Verbrechen. Dies betrifft zum anderen Debatten über das Gewicht intentionaler und struktureller Faktoren bei den Genozidverbrechen und über die Rolle von Verwaltungen und Beamtentum in diesem Kontext.<sup>45</sup>

Die Erkenntnisse zur Art der Beteiligung des Verbandes an den Krankenmorden fordert zu einer modifizierten Sicht in der Frage nach dem Status der kommunalen Selbstverwaltung im Nationalsozialismus auf. Wenn es auch zutreffend heißt, dass die „kommunale Selbstverwaltung als herkömmliche politische Institution [...] durch politische Einzelmaßnahmen wie durch generelle politische Entwicklungen im Dritten Reich zerstört“<sup>46</sup> wurde, so gibt dies doch nur *einen* Aspekt der Entwicklung wieder. Diese Insuffizienz basiert auf der schon für die Zeit vor 1933 zu bemerkenden „Unterschiedlichkeit und Vielfalt theoretischer Begründung der Selbstverwaltung und des Selbstverwaltungsrechts“, wodurch es nie „zu einem einhellig anerkannten Selbstverwaltungs-begriff“ hatte kommen können.<sup>47</sup> Zerstört oder ausgehöhlt wurde die Selbstverwaltung allein als „Vertretung der Bürgerschaft“, nicht aber als „Verwaltung im engeren Sinne von Verwaltungsapparat oder Bürokratie“.<sup>48</sup> Das Beispiel des Bezirksverbandes zeigt nämlich, wie wenig der NS-Staat gerade bei den Provinzial- und Bezirksverbänden versuchte, sie „in konsequenter Weiterführung [...] seiner] zentralistischen Politik aus traditionellen Zuständigkeiten [zu] verdräng[en]“.<sup>49</sup> Im Gegenteil erwiesen sich Selbstverwaltungsbehörden wie der Bezirksverband Nassau – wenn auch vielleicht nicht repräsentativ für die Gesamtheit der Provinzial- und Bezirksverbände – als Kooperationspartner der Reichsebene des NS-Staats und somit als elementarer Bestandteil des „Dritten Reichs“. Selbst eine Kommunalverwaltung, der das Element der Repräsentation fehlte, war nach Matzerath „als Durchführungsorgan eines politischen Gemeinwesens in Struktur und Funktion nicht völlig unpolitisch“.<sup>50</sup> Indem der Bezirksverband Initiativen beim Krankenmord ergriff, bestätigte er dies in besonderem Maße als Körperschaft der überörtlichen kommunalen Selbstverwaltung. Insofern ist Behrs These in Frage zu stellen, dass die Entwicklung bis hin zu den NS-„Euthanasie“-Verbrechen „nicht der provinziellen Selbstverwaltung als solcher angelastet werden“ könne.<sup>51</sup>

Die Befunde zur aktiven Mitwirkung einer regionalen Selbstverwaltungsbehörde wie dem Bezirksverband stellen zumindest den grundsätzlichen Charakter des etwaigen Interessensgegensatzes zwischen „Zentrale“ und „Regionen“ im „Dritten Reich“ in Frage, der in mancher Darstellung über ein Gegeneinander polykratischer Machtzentren auf verschiedenen Ebenen mitschwang.<sup>52</sup> Die Betrachtung

<sup>43</sup> Allerdings würde dies wegen der langjährigen Verwendung des Begriffs für einen Abschnitt der Mordaktion an psychisch Kranken zu vielfältigen Missverständnissen führen, sodass letztlich sogar eine Vermeidung der Bezeichnung „Aktion Brandt“ angezeigt sein könnte.

<sup>44</sup> Zu einzelnen Ausnahmen siehe Kap. V. 3. b).

<sup>45</sup> Mit den folgenden Ausführungen werden zentralen Fragestellungen anhand der vier Gegensatzpaare aus der Einleitung wieder aufgenommen: 1. kommunale Selbstverwaltung versus Staatsverwaltung, 2. Region versus Zentrale, 3. Ideologie versus pragmatische Interessen, 4. Verwaltung versus Medizin.

<sup>46</sup> Matzerath, Nationalsozialismus (1970), S. 433. – Entsprechend für die Provinzialverbände auch Teppe, Provinz (1977), S. 246.

<sup>47</sup> Matzerath, Nationalsozialismus (1970), S. 438.

<sup>48</sup> Begriffe nach ebd., S. 437.

<sup>49</sup> Teppe, Provinz (1977), S. 140.

<sup>50</sup> Matzerath, Nationalsozialismus (1970), S. 437.

<sup>51</sup> Behr, Provinzialverbände (1987), S. 44.

<sup>52</sup> Zu dieser Debatte vgl. die Zusammenfassung b. Hildebrand, Reich (1995), S. 178–188, wo insbesondere der Polykratieansatz von H. Mommsen u. Broszat sowie die Gegenpositionen von Bracher u. Hillgruber dargestellt werden.

regionaler Einheiten innerhalb des NS-Staats, wie sie seit den 1970/80er Jahren innerhalb der Forschung zunehmend an Gewicht gewonnen hat,<sup>53</sup> hat einen hohen Erkenntniswert und trägt dazu bei, die Verantwortung für die Ausrichtung des NS-Staats nicht nur bei der Führungselite des „Dritten Reichs“ oder gar nur bei Hitler zu suchen. Allerdings darf sie nicht dazu führen, ein permanentes Gegeneinander der unterschiedlichen Sphären überzubetonen. Wenn Yehuda Bauer feststellt: „Es gab keine Dichotomie zwischen Zentrale und Lokalitäten; man ‚arbeitete‘ zusammen“;<sup>54</sup> dann lässt sich dies auch ohne weiteres auf die Kooperation zwischen Bezirksverband und den zentralen Berliner Krankenmordorganisations übertragen. Ohne damit die im Einzelnen vielleicht voneinander abweichenden Interessenslagen zu nivellieren, erweist sich hier die Gleichgerichtetheit der ideologischen Zielrichtung – in diesem Fall die so genannte „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ – als der entscheidende Beweggrund. Weder Interpretationsansätze, die die NS-Diktatur als durchorganisiertes totalitäres, monokratisches System beschrieben, noch die Thesen, die konkurrierende Kompetenzen auf verschiedenen Ebenen betonen, führen allein zum Ziel.<sup>55</sup> Adäquat erscheint daher eine „Synthese“ der beiden Richtungen, wie sie Rebutisch vertritt, indem er „die Verwaltungsstruktur des Dritten Reiches während der Kriegszeit mit ihrer spezifischen Dialektik zwischen den zentralisierenden Tendenzen des ‚Führerstaats‘ und den partikularen Kräften der Mittelinstanzen und der Ressortpolykratie“ schildert.<sup>56</sup>

In diesen Kontext ordnet sich auch die immer wieder diskutierte Frage nach der Rolle Hitlers für die Einleitung der Genozidverbrechen ein. Die Befunde für den Bezirksverband Nassau zeigen, dass eine generelle Legitimation der Tötung von Kranken und Behinderten den Verantwortlichen vor Ort ausreichte, dass hierfür aber nicht immer konkret und aktuell auf den „Führerwillen“ Bezug genommen werden musste. Selbst wenn man davon ausgeht, dass Hitler letztlich immer „die ausschlaggebende Instanz“<sup>57</sup> blieb, so schloss dies doch einen „kreativen“ Umgang mit seinen Äußerungen nicht aus, wie die Fortsetzung der Morde im Bezirksverband nach dem so genannten „Stopperlass“ Hitlers vom August 1941 andeutet. Für diese Fortsetzung genügte den Verantwortlichen vor Ort anscheinend der bei „T4“ vage geäußerte Wunsch, „nicht ganz aufzuhören“, von dem aber nicht bekannt war, ob er von Hitler ausging.<sup>58</sup> Zwar besteht keine Veranlassung, Mommsens frühere Einschätzung von Hitler als einem „entscheidungsunwilligen, [...] in mancher Hinsicht schwachen Diktator“<sup>59</sup> wieder zu beleben, aber gerade bei den geheimen Mordaktionen zeigt sich, dass die Orientierung am vermeintlichen „Führerwillen“ für die regionalen Instanzen einen Interpretationsspielraum bedeuten konnte. Hildebrand konzediert, dass „die Dynamik des Regimes [...] Hitlers Planungen gewiß verändernd beschleunigte“, er betont aber zugleich, dass dabei immer nur solche „Lösungen“ verfolgt wurden, die Hitler „schon lange vorher anvisiert und gefordert hatte.“<sup>60</sup>

Gerade im Zusammenhang mit der Ermordung der Juden in besetzten Gebieten Osteuropas haben jüngere Forschungen deutliche Abweichungen des Vorgehens in den einzelnen Regionen herausgearbeitet.<sup>61</sup> Dies nährt, wie Browning zusammenfasst, „weitere Zweifel an dem Modell einer zentral festgelegten und stringent auf dem Befehlsweg nach unten durchgesetzten Politik“.<sup>62</sup> Ebenso wenig wie

<sup>53</sup> Stellvertretend sei das „Bayernprojekt“ genannt: Broszat/Mehringer, Bayern (1977–1983).

<sup>54</sup> Bauer, Massenmorde (1999).

<sup>55</sup> Vgl. Rebutisch, Führerstaat (1989), S. 396.

<sup>56</sup> Wirsching, Nationalsozialismus (1996), S. 29, mit Hinweis auf Rebutisch, Führerstaat (1989); entsprechend auch bereits Ruck, Führerabsolutismus (1993), S. 34–44 (zu den verschiedenen Forschungsansätzen), insb. S. 44 (zu Rebutischs „Synthese“).

<sup>57</sup> Von einer derartigen Rolle, einer „persönliche[n] und unumschränkte[n] Diktatur Adolf Hitlers“, geht Rebutisch, Führerstaat (1989), S. 551, grundsätzlich aus (wenn auch nicht ausdrücklich auf die Krankenmorde bezogen). – Eine Gegenposition repräsentiert die These von Broszat, Staat (1979), S. 440, wonach Hitler „über das Ob, Wann und Wie bestimmter Maßnahmen [...] keineswegs souverän entscheiden“ konnte.

<sup>58</sup> HStA Wi, Abt. 461 Nr. 32442, Bd. 4, Bl. 25, Aussage Dr. Friedrich Mennecke als Angeklagter im Eichberg-Prozess, 2. Hv-Tag (03.12.1946).

<sup>59</sup> Mommsen, Nationalsozialismus (1971), Sp. 702.

<sup>60</sup> Hildebrand, Reich (1995), S. 205.

<sup>61</sup> Pohl, „Judenpolitik“ (1993) [betr. Distrikt Lublin]; Sandkühler, „Endlösung“ (1996) [betr. Galizien]; Gerlach, Krieg (1998) [betr. u. a. Westukraine/Generalgouvernement].

<sup>62</sup> Browning, Judenmord (2001), S. 180.

beim Bezirksverband Nassau darf man jedoch auch in diesen Fällen von einer vom Ganzen losgelösten Eigenmächtigkeit ausgehen. Entscheidend war – sowohl bei den Kranken- und Behindertenmorden als auch bei den Mordaktionen an Juden im Osten – die Gewissheit, im Einklang mit den auch von Hitler ursprünglich formulierten ideologischen Zielvorgaben zu handeln.<sup>63</sup>

Die Ergebnisse für den Bezirksverband vermitteln keineswegs für die Gesamtheit der Beamten- und Angestelltenschaft den Eindruck einer glühend nationalsozialistischen Gesinnung. Sie bestätigen jedoch den grundsätzlich festzustellenden „Mechanismus von Gesinnungsterror, Angst und Selbstangleichung“.<sup>64</sup> Wie in anderen Kontexten genügte es auch hier, „daß eine relativ kleine fanatisierte Minderheit keinerlei Sanktionen befürchten mußte, wenn sie den Radikalisierungsprozeß vorantrieb.“<sup>65</sup> Gerade indem „eine grosse Zahl der Mitarbeiter im Landeshaus“ sich auch ohne eine ursprüngliche Überzeugung – wie es hieß – „innerlich ehrlich umgestellt“<sup>66</sup> hat, gaben diese den überzeugten Nationalsozialisten das Werkzeug zu den Taten in die Hand, an denen mittelbar oder unmittelbar schließlich die Gesamtheit mitwirkte. „Entscheidend waren nicht die wenigen 150-prozentigen Nazis, sondern die Masse der 25-, 50-, oder 75-prozentigen“, die das System mittrugen.<sup>67</sup>

Der lange geführte Streit um die Bedeutung ideologischer Beweggründe und struktureller Faktoren für die Einleitung und Umsetzung der nationalsozialistischen Genozidverbrechen scheint inzwischen weitgehend überwunden.<sup>68</sup> Der Blick auf den Bezirksverband Nassau verdeutlicht exemplarisch, dass beide Elemente von Belang waren, dass sie aber keineswegs im Widerstreit miteinander standen, sondern verschiedenen Ebenen zugehörten, sodass das eine auf das andere aufbaute: Die „rassenhygienische“ Überzeugung, dass es „lebensunwertes Leben“ gebe, bildete die ideologische Basis für die Morde, was durch einen „kämpferischen Aktivismus“<sup>69</sup> Einzelner ergänzt wurde. In welchem Ausmaß die Gesamtbelegschaft des Bezirksverbandes das Programm der Tötung kranker und behinderter Menschen inhaltlich gut hieß oder zumindest akzeptierte, lässt sich zwar nicht quantifizieren, aber es muss der Eindruck entstehen, dass die „rassenhygienische“ Zielsetzung weit über die radikalen NS-Protagonisten hinaus zumindest eine gewisse Grundakzeptanz fand – auch bei Angehörigen der Verwaltung, die möglicherweise der nationalsozialistischen Herrschaft an sich vielleicht sogar kritisch gegenüber gestanden hatten. Ausgehend von dieser ideologischen Basis gewinnen die strukturellen Elemente an Bedeutung: die Instrumentalisierung einer bürokratischen Normalität, die Entwicklung verwaltungstechnisch gesteuerter, indirekter Mordmethoden etwa durch die Etatgestaltung, die Nutzbarmachung von Überschüssen zugunsten der eigenen Verwaltung. Wenn diese strukturellen Elemente – wie sich für den Bezirksverband hat zeigen lassen – so kreativ, reibungslos und letztlich auch in der Gewissheit, der Gesamtverwaltung zu nutzen, umgesetzt wurden, so stellte dies doch keinen Automatismus dar. Es war nur möglich, weil die genannte ideologische Basis vorhanden war und weil mögliche moralische Gegenpositionen – auch durch Mitarbeiter des Bezirksverbandes – innerhalb des repressiven Systems keine Wirkung entfalteten.

Seibel stellt die wechselseitige Abhängigkeit von Intention und Struktur treffend heraus: „Wer die persönliche politische Verantwortung (als *analytische* Kategorie) hypostasiert, wird geneigt sein, Phänomene nicht-intendierter Folgen politischen Handelns zu vernachlässigen, generell die Planbarkeit und Steuerbarkeit politischer Prozesse in Diktaturen zu überschätzen und die womöglich verheerende Wirkung struktureller – einschließlich institutioneller – Faktoren zu unterschätzen. Wer die Wirkung struktureller Faktoren hypostasiert, wird geneigt sein, die Rolle der Persönlichkeit, die Bedeutung der

<sup>63</sup> Dieses Moment des vorausseilenden Gehorsams stellt Kershaw, Hitler (1998), heraus.

<sup>64</sup> Rebutisch, Führerstaat (1989), S. 545.

<sup>65</sup> Mommsen/Obst, Reaktion (1988), S. 419. – Hier bezogen auf die Judenverfolgung.

<sup>66</sup> LWV, Best. 100, Dez. 11, Pers.-Akten Zug. 1994, We., Jo., Bd. I, Teil 5, Bl. 52–67, hier Bl. 52, H. W., Wiesbaden [an BV Nassau] (27.04.1936); siehe Kap. II. 1. a).

<sup>67</sup> So eine Formulierung von Götz Aly auf dem 42. Dt. Historikertag in Ffm (08.–11.09.1998) im Rahmen der Einheit „Deutsche Historiker im Nationalsozialismus“; vgl. Recker/Eizenhöfer/Kamp, Intentionen (1999), S. 209–214.

<sup>68</sup> Siehe die entsprechenden Nachweise in der Einleitung dieser Darstellung.

<sup>69</sup> Broszat, Kräftefeld (1990), S. 96, betont, dass „[d]er kämpferische Aktivismus [...] für viele Anhänger der NSDAP mindestens eine ebenso große Rolle [spielte] wie die ideologische Überzeugung.“

persönlichen Verantwortung und generell die moralische Dimension politischer Prozesse zu vernachlässigen.<sup>70</sup> Die Erkenntnisse für den Bezirksverband Nassau sind nicht isoliert zu betrachten, sondern fügen sich ein in die jüngeren Überlegungen zu den Genozidverbrechen im Nationalsozialismus insgesamt. So konstatiert Gerlach „eine Mischung, treffender ausgedrückt: das Zusammenwirken verschiedener Faktoren, ‚ideologischer‘ und ‚materieller‘“, und kommt zu dem Schluss: „Zwischen beiden Motivbündeln gab es weitaus seltener und weniger Widersprüche, als gewöhnlich angenommen wird“, vielmehr seien „die fatalen Auswirkungen der Dynamik ihres Zusammenwirkens“ von Belang.<sup>71</sup>

Am Beispiel des Bezirksverbandes lassen sich vereinzelt Initiativen von Beamten festmachen, die – wie Hilberg es ausdrückte – wussten, „für welche Entscheidungen die Zeit herangereift war“ und die dann „eine Maßnahme einleitete[n]“.<sup>72</sup> Ein derartiges Verhalten traf hauptsächlich zu auf einige Leitungskräfte in der Zentralverwaltung des Verbandes und auch auf exponierte Mitarbeiter in den Anstalten. Bei den „normalen“, mittleren Beamten und Angestellten der Zentralverwaltung des Verbandes hat man aber kaum von einer größeren Eigeninitiative auszugehen, die zur Umsetzung des Massenmordes entscheidend gewesen wäre. Schon gar nicht werden hier „Schreibtischtäter“ erkennbar, die „inspiriert [gewesen wären] von einem faustischen Erlebnishunger und durchdrungen von dem berausenden Gefühl, Geschichte zu schreiben“, wie es Browning für die „bürokratischen Kader“ beim Judenmord postuliert.<sup>73</sup> Weitaus häufiger und mindestens ebenso wichtig für die reibungslose Umsetzung des Massenmordes war nämlich nicht die begeisterte Eigeninitiative, sondern die „routinemäßige“ und vermeintlich „unschuldige“ Mitwirkung der Beamten und Angestellten im arbeitsteiligen System der Verwaltung. Begünstigend wirkten hier „die zentralistisch organisierten Verwaltungsstrukturen und das streng hierarchisch gegliederte Beamtentum, bei dem niemand in eigener Verantwortung handelte, sondern stets nur ‚im Auftrag‘“. Indem die Mordaktion insgesamt „in eine Vielzahl scheinbar unbedeutender Einzelhandlungen unterteilt worden“ war, musste – so Cording – „niemand sich für das Ganze verantwortlich fühlen“.<sup>74</sup> Mit Blick auf die Verwaltung des Bezirksverbandes widerlegt sich die These Friedlanders, „eine Beteiligung des üblichen Beamtenapparates“ wäre gleichbedeutend gewesen mit „Öffentlichkeit und Behinderung der Aktion“.<sup>75</sup>

Die frühe Annahme Teppes für den Provinzialverband Westfalen, wonach bei der dortigen Bürokratie „die ursprüngliche Kollaboration nicht in einen systemsprengenden, sondern korrigierenden Widerstand umschlug“,<sup>76</sup> lässt sich für den Bezirksverband Nassau nicht bestätigen. Entscheidend dafür war, dass die Sphären „Politik“ und „Verwaltung“ sich im Bezirksverband Nassau nicht getrennt gegenüber standen, sondern dass es früh gelungen war, den ansonsten mitunter festgestellten „Gegensatz zwischen der Totalität des politischen Führungsanspruchs der NSDAP und der zwangsläufigen Regelmäßigkeit der öffentlichen Verwaltung“<sup>77</sup> aufzuheben. Eine Verwaltung wie die des Bezirksverbandes beschränkte sich nicht darauf, „den fundamentalen Unrechtscharakter der führerstaatlichen Herrschaft zu kaschieren“,<sup>78</sup> sondern sie wurde selbst ein Akteur dieses Unrechtsstaats.

Da bei den „Euthanasie“-Verbrechen „letztlich die Parteiideologen und Bürokraten die Arbeitsweise und Entscheidungsabläufe bestimmten“<sup>79</sup> und dies nicht den Ärzten überließen, konnten sie für eine noch effizientere und umfassendere Umsetzung der Mordabsicht sorgen.

---

<sup>70</sup> Seibel, Staatsstruktur (1998), S. 540. – Hervorhebung (kursiv) im Orig.

<sup>71</sup> Gerlach, Krieg (1998), S. 8 f., S. 263.

<sup>72</sup> Hilberg, Vernichtung (1990), S. 1065.

<sup>73</sup> Browning, Judenmord (2001), S. 179.

<sup>74</sup> Cording, Psychiatrie (2001), S. 14.

<sup>75</sup> Friedlander, Weg (1997), S. 199.

<sup>76</sup> Tepe, Provinz (1977), S. 248.

<sup>77</sup> Rebutisch, Persönlichkeitsprofil (1983), S. 321.

<sup>78</sup> Ders., Führerstaat (1989), S. 543. – Hier bezogen auf die Ministerialbürokratie.

<sup>79</sup> Walter, Psychiatrie (1996), S. 784.

## Epilog

Für die überlebenden Patientinnen und Patienten in den Landesheilanstalten war die militärische Befreiung Deutschlands keine „Stunde Null“. Zwar endete 1945 die konkrete Bedrohung der Ermordung, die Ernährungslage aber blieb – trotz verschiedener Anstrengungen – gerade unter der allgemeinen Mangelsituation der Nachkriegszeit noch längere Zeit äußerst defizitär und führte zunächst weiterhin zu Sterberaten ungeahnten Ausmaßes.<sup>80</sup> Weil bei den „Euthanasie“-Verbrechen so viele Patienten und Patientinnen ermordet worden waren, wurde die größte der vier Landesheilanstalten im Bezirk – diejenige in Weilmünster – ab 1947 als solche geschlossen und für andere Zwecke genutzt.<sup>81</sup>

Die Patienten sahen sich in den Anstalten überwiegend demselben Personal gegenüber wie während der NS-Zeit. Beispielsweise versah die später wegen Mordes verurteilte Hadamarer Oberschwester Irmgard Huber diese Funktion bis zu ihrer Verhaftung am 7. Juli 1945; noch im April hatte Landesrat Schlüter eine Verfügung aufgesetzt, die Huber weiter „mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte der Oberschwester der Landesheilanstalt Hadamar beauftrag[en]“ sollte. Selbst die „4 Berliner Pflegerinnen“, also die bis zum Schluss von „T4“ bezahlten Kräfte, waren zunächst weiter in der Anstalt Hadamar tätig, wenngleich sie nach Einschätzung des Vorgesetzten „einen gedrückten Eindruck“ machten.<sup>82</sup> Allerdings erhielten die Anstalten Hadamar, Eichberg und Weilmünster 1945 neue, zum Teil kommissarische ärztliche Leitungen. Auf dem Eichberg übernahm im Herbst 1945 wieder Dr. Hinsin sein früheres Direktorenamt, das er 1938 wegen der Anstaltspolitik des Bezirksverbandes aufgegeben hatte.<sup>83</sup> Eine Welle von Dienstentlassungen aufgrund von Anordnungen der amerikanischen Militärregierung ab Juli 1945 betraf solche Mitarbeiter, die durch NS-Mitgliedschaften belastet waren; die Frage einer Beteiligung an NS-„Euthanasie“-Verbrechen spielte hierbei zunächst in den meisten Fällen keine Rolle. Viele der zunächst Entlassenen konnten wenig später ihre Arbeitsstellen wieder einnehmen.<sup>84</sup>

Verschiedene besonders exponierte Tatbeteiligte aus den Anstalten – insbesondere Ärzte und Pflegekräfte – wurden 1945 festgenommen. Ein erster Prozess im Oktober 1945 war das amerikanische Militärgerichtsverfahren, ein „Ableger“ der Nürnberger Prozesse, das ausschließlich die Ermordung der ausländischen Zwangsarbeiter in Hadamar betraf. Unter anderem führte es zu Todesurteilen und Hinrichtungen des Hadamarer Verwaltungsleiters Alfons Klein sowie von zwei Pflegern. 1945 nahm auch die Frankfurter Staatsanwaltschaft Ermittlungen zu den Krankmorden in den Anstalten des Bezirksverbandes Nassau auf; verschiedene Strafverfahren gegen Tatbeteiligte aus den Anstalten hauptsächlich in den Jahren 1946 bis 1948 waren die Folge und führten vereinzelt noch zu Todesurteilen – wie gegen Dr. Wahlmann, Gorgaß und Dr. Mennecke –, die jedoch nicht mehr vollstreckt wurden. Mennecke starb 1947, bevor das Urteil rechtskräftig wurde, während Wahlmann und Gorgaß eine Freiheitsstrafe bis in die 1950er Jahre verbüßten – ebenso wie Dr. Walter Schmidt. Die Verwaltungsmitarbeiter der Mordanstalten wurden durchweg freigesprochen.<sup>85</sup> Ein Ermittlungsverfahren gegen drei leitende Beamte des Bezirksverbandes – den ehemaligen Oberpräsident Philipp Prinz von Hessen, den früheren Landeshauptmann Traupel und den bisherigen Landesrat Bernotat –, führte nicht zu einem Strafverfahren: Traupel hatte Anfang 1946 Suizid verübt; Bernotat galt ebenfalls als tot, und ein Verfahren gegen

<sup>80</sup> Siehe exemplarisch für die LHA Eichberg: Faulstich, Eichberg (1999b), S. 247–252; siehe insg. ders., Hungersterben (1998), S. 661–717.

<sup>81</sup> LWV, Best. 100, Dez. 11, Pers.-Akten Zug. 1992, Ko., Wi., Dr., Bd. II, Bl. 4 f., LWV Hessen an RP, Wiesbaden (04.03.1958), Durchschr.; Sandner, Landesheilanstalt (1997), S. 153.

<sup>82</sup> HStA Wi, Abt. 461 Nr. 32061 Bd. 7, Bl. 236 f., Aussage Dr. Wilhelm [= William] Altvater im Hadamar-Prozess Ffm, 6. Hv-Tag (06.03.1947); LWV, Best. 100, Dez. 11, Pers.-Akten Zug. 1981, Huber, Irmgard, Teil 1, Bl. 3/5, Vfg. zum Schreiben PV Nassau, gez. LdsR Schlüter i. V. d. LH, an Irmgard Huber, Hadamar (25.04.1945), wahrscheinlich nicht mehr abgeschickt; zu Irmgard Huber (\* 1901) siehe biogr. Anhang.

<sup>83</sup> Zu Dr. med. Wilhelm Hinsin (1894–1980) siehe biogr. Anhang.

<sup>84</sup> Insg. LWV, Best. 100, Dez. 11, zahlreiche Pers.-Akten.

<sup>85</sup> Zu den Verfahren in Bezug auf den Bez. Wiesbaden siehe zusammenfassend Boberach, Verfolgung (1991); siehe auch insb. HStA Wi, Abt. 461 Nr. 32061 [= Hadamar-Prozess], Nr. 32442 [= Eichberg-Prozess], Nr. 31526 [= Kalmenhof-Prozess] sowie eine Reihe weiterer Signaturen.

Philipp von Hessen stufte die Staatsanwaltschaft als nicht aussichtsreich ein.<sup>86</sup> Der ehemalige Oberpräsident lebte bis 1980 und starb als 84-Jähriger in Rom.<sup>87</sup>

Der Bezirks- bzw. Provinzialverband Nassau erhielt die neue Bezeichnung „Kommunalverwaltung des Regierungsbezirks Wiesbaden“ und wurde für mehrere Jahre – gewissermaßen als Kommunalabteilung – in die staatliche Behörde des Regierungspräsidenten in Wiesbaden eingegliedert. Landeshauptmann Leyser sowie die maßgeblichen Abteilungsleiter – die Landesräte Kranzbühler, Schlüter, Bernotat, Müller und Gauhl – waren im Mai 1945 entlassen worden,<sup>88</sup> auch die enorme Zahl von fast zwei Dritteln der Mitarbeiter des Landeshauses verlor 1945/46 zunächst „aus politischen Gründen“ die Stelle.<sup>89</sup> Otto Witte (SPD) übernahm die Leitung der Kommunalverwaltung, zunächst als Erster Landesrat, seit 1946 als Landeshauptmann,<sup>90</sup> zum neuen Dezernenten für den Landesfürsorgeverband und das Anstaltswesen wurde 1947 Landesrat Dr. Friedrich Stöffler (CDU), der damit das schwere Erbe Bernotats antrat.<sup>91</sup> Sowohl Witte als auch Stöffler, die bereits in der Weimarer Zeit Oberbeamte des Bezirksverbandes gewesen waren und die 1933/34 zwangsweise aus ihren Ämtern ausgeschieden waren,<sup>92</sup> sollten nun den demokratischen Neuanfang verkörpern.<sup>93</sup> Wie schwierig das sein sollte, zeigte sich beispielsweise bei der Besetzung der Chefarztstelle der Landeskinderheilstätte Mammolshöhe des Bezirksverbandes: Anfang 1947 stellte Witte – anscheinend ahnungslos – Prof. Dr. med. Werner Catel ein, der als einer der Urheber der so genannte „Kindereuthanasie“ gilt und der 1933 bis 1945 die Universitätskinderklinik Leipzig (Standort einer der „Kinderfachabteilungen“) geleitet hatte. Auch als dies durch gerichtliche Ermittlungen 1949 bekannt wurde, konnte Catel seine Stellung in der Mammolshöhe für weitere fünf Jahre wahrnehmen, bis er auf einen Lehrstuhl an der Universität Kiel berufen wurde.<sup>94</sup>

Die ehemaligen Landesräte Schlüter und Müller wurden nach Abschluss ihrer Entnazifizierungsverfahren ab 1949/50 als Rechtsanwälte in Wiesbaden bzw. Idstein tätig.<sup>95</sup> Kranzbühler, der die Pensionsgrenze längst überschritten hatte, erinnerte sich seiner Zugehörigkeit zur Deutschen Demokratischen Partei während der Weimarer Zeit und unterstützte 1948 die Liberal-Demokratische Partei im Wahlkampf. Zum „Dank“ setzte die LDP-Landtagsfraktion sich dann wenige Monate später bei der Wiesbadener Spruchkammer – erfolgreich – dafür ein, Kranzbühler im Entnazifizierungsverfahren von der Gruppe III („Minderbelasteter“) in die Gruppe IV („Mitläufer“) zurückzustufen.<sup>96</sup> Sieht man von den kurzfristigen Ermittlungen gegen Traupel und Bernotat ab, ist keiner der Beamten des Landeshauses je wegen der NS-„Euthanasie“-Verbrechen belangt worden. Selbst in der mehr als 200 Blatt starken Spruchkammerakte des 1941 bis 1944 faktisch als Behördenchef amtierenden Landesrats Kranzbühler wird das Thema NS-„Euthanasie“ nicht einmal gestreift – weder in *belastender* noch in *entlastender* Hinsicht. Sicherlich kam den betreffenden Beamten zugute, dass die Funktion des Bezirksverbandes auch in Wiesbaden vielen nicht bekannt war.<sup>97</sup>

<sup>86</sup> Hess. Justizministerium, Az. IV-149/49. – Einstellung des Verfahrens gegen Philipp Prinz von Hessen am 16.05.1947. – Das Ermittlungsverfahren hatte das Az. 4a Js 24/46 der StAnw Ffm.

<sup>87</sup> Zu Philipp Prinz von Hessen (1896–1980) siehe biogr. Anhang.

<sup>88</sup> LWV, Best. 100, Dez. 11, Pers.-Akten Zug. 1981, Ur., Ma., Bd. II, Bl. 28 f., Vm./Vfg. d. KV Wiesbaden (07.08.1946), Abschr. – Zu Ernst Ludwig Leyser (\* 1896), Max Kranzbühler (1878–1964), Willi Schlüter (\* 1884), Kurt Müller (1908–1954) sowie Dr. Werner Gauhl (\* 1908) siehe biogr. Anhang.

<sup>89</sup> Kommunalverband (1948), S. 14. – Für den Gesamtverband wird die Zahl der entlassenen „politisch belasteten Bediensteten“ mit 922 (308 Beamte, 327 Angestellte, 287 Arbeiter) beziffert.

<sup>90</sup> Zu Otto Witte (1884–1963) siehe biogr. Anhang.

<sup>91</sup> Zur Dr. phil. Friedrich Stöffler (1894–1982) siehe biogr. Anhang.

<sup>92</sup> Siehe dazu Kap. II. 1. a).

<sup>93</sup> Allerdings blieb der Verband auch nach 1945 ohne eigene demokratische Legitimation, wie er sie bis 1933 gehabt hatte: Mühlhausen, Hessen (1985), S. 28, S. 487 f.

<sup>94</sup> LWV, Best. 3/128, Personalakte Prof. Dr. Werner Catel, \* 27.06.1894 in Mannheim (Laufzeit: 1947–1954). – Dienstantritt am 10.02.1947.

<sup>95</sup> Siehe die Daten im biogr. Anhang.

<sup>96</sup> HStA Wi, Abt. 520 W Nr. 2461, Bl. 161, Liberal-Demokratische Partei, Kreisverband Wiesbaden, an LdsR a. D. Kranzbühler, Wiesbaden (29.04.1948); ebd., Bl. 167, LDP-Fraktion im Hess. Landtag an Öff. Kläger u. Vors. d. Spruchkammer Wiesbaden (06.07.1948).

<sup>97</sup> Ebd., Bl. 1–181 sowie ca. 25 unfoliierte Blätter.

Wie sich später herausstellte, war Bernotat nicht verstorben, sondern nur untergetaucht; seine Wiesbadener Schwiegereltern und seine letzte Sekretärin hatten sich jedoch von seinem Ableben überzeugt gezeigt.<sup>98</sup> Tatsächlich hatten der in Ostpreußen gebürtige Bernotat und seine Ehefrau sich im Oktober 1945 in Neuhof bei Fulda als Flüchtlingspaar „Kallweit“ ausgegeben und dort zunächst in einer Baracke von „Schacht II“ Unterschlupf gefunden. Fritz Bernotat alias Otto Kallweit gab an, er habe seit über zehn Jahren ein Zigarrengeschäft in Goldap in Ostpreußen betrieben. Er habe „keiner Partei angehört“, lediglich der NSV. Bei der Entnazifizierung wurde er daraufhin als „nicht betroffen“ eingestuft.<sup>99</sup> Bernotats Tod im Jahr 1951 wurde erst bekannt, als die Witwe sich 1954 offenbarte, den Namen Bernotat wieder annahm und beim ehemaligen Dienstherrn ihres Mannes die Witwenpension beantragte.<sup>100</sup>

Die Geschichte des Bezirksverbandes (oder zuletzt der Kommunalverwaltung) Wiesbaden als eigenständige Institution endete 1953. Der Hessische Landtag beschloss die Auflösung der beiden Verbände in Kassel und Wiesbaden und die Neugründung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Der LWV übernahm die Aufgaben und das Vermögen der beiden Verbände in Wiesbaden und Kassel, soweit der Fürsorgebereich betroffen war. Die übrigen Aufgabenbereiche (insbesondere Straßenbau, Wirtschafts- und Kulturförderung sowie Denkmalpflege) gingen auf das Land Hessen über, dessen Wirtschaftsministerium nun das Landeshaus in Wiesbaden bezog.<sup>101</sup>

Im März 1953, kurz vor seiner Auflösung, weihte der Wiesbadener Verband die neu gestaltete Eingangshalle der Landesheilanstalt Hadamar mit einer Gedenktafel zur Erinnerung an die Opfer der NS-„Euthanasie“-Verbrechen ein, wohl das erste derartige Mahnmal in Deutschland; u. a. Dr. Hinsen und Dr. Stöffler nahmen an der Feierstunde teil.<sup>102</sup> Stöffler, der 1953 als stellvertretender Leiter des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen nach Kassel wechselte, setzte sich in seiner Amtszeit und auch nach seiner Pensionierung 1959 dezidiert dafür ein, das historische Erbe der Kranken- und Behindertenmorde, das der Landeswohlfahrtsverband übernommen hatte, nicht zu verschweigen, sondern anzunehmen, um der Opfer zu gedenken.<sup>103</sup> Gerade in einer Zeit, in der häufig der Ruf nach dem Schlussstrich zu vernehmen war, stand er damit vielfach noch allein.

<sup>98</sup> Hess. Justizministerium, Az. IV – 149/49, Bl. 7 f. OStAnw b. d. LG Ffm an Min. d. Justiz d. Staates Groß-Hessen (16.08.1946).

<sup>99</sup> HStA Wi, Abt. 520 FL, Meldebogen Az. 30016, ausgefüllt in Bernotats Handschrift (o. D., Abzeichnung durch den „Öffentlichen Kläger“ am 04.06.1947); vgl. auch Klee, *Ärzte* (1986), S. 84; S. 296 (Anm. 131).

<sup>100</sup> Akten d. Hess. Verwaltungsgerichtshofs, Beschluss d. I. Senats im Verwaltungsstreitverfahren Az. B I 41/56, Auguste Bernotat, Neuhof Krs. Fulda, gegen LWV Hessen (07.09.1956) wg. Versorgungsrechtsansprüchen aus dem Gesetz zu Art. 131 GG (die Folgeakten zu einem Vergleich zw. LWV Hessen u. A. Bernotat [27.10.1959] sind nicht überliefert); Mitteilung d. Verwaltungsgerichts Kassel an d. Verf. betr. Az. I 41/56 (11.03.1999); Verwaltungsgericht Kassel, Eintrag im Verzeichnis zu Verfahren Az. I 41/56.

<sup>101</sup> Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, Jg. 1953, Nr. 15 (11.05.1953), S. 93–99, „Gesetz über die Mittelstufe der Verwaltung und den Landeswohlfahrtsverband Hessen“ (07.05.1953), mit Anlagen; Mecking, *Kommunalverbände* (1994), S. 41, S. 46, S. 136; Vanja, *Hilfsbedürftigen* (2003), S. 13–16; Chronik (2003), S. 26 f.

<sup>102</sup> LWV, Best. 100, Dez. 11, Pers.-Akten Zug. 1990, Hinsen, Wilhelm, Dr., Bd. I, Teil 1, Bl. 101, LWV, Zweigverwaltung Wiesbaden, gez. LdsR Dr. Stöffler, an LHA Eichberg (26.09.1953), Abschr.

<sup>103</sup> Siehe u. a. die Publikationen Stöffler, *Krankenhäuser* (1957), Kap. II.; ders., „Euthanasie“ (1961). – Wiederabdruck der beiden Texte in Mensch (1989), S. 23–34 bzw. 35–65.

Dr. Max Ludewig (1936)  
*Brandkassendezernent 1933–1943*

„Der Beamte als beauftragter Diener der Volksgemeinschaft hat als Mittler des Führerwillens eine politische Aufgabe zu erfüllen.“<sup>104</sup>

Fritz Bernotat (1937)  
*Anstaltsdezernent 1937–1945*  
*Fürsorgedezernent 1943–1945*

„... ich würde diese Kranken umlegen“

Wilhelm Traupel (1938)  
*Landeshauptmann 1933–1944*

„... kein Oberpräsident kann so viel eigene Initiative entwickeln wie der Landeshauptmann ...“

Ludwig Johlen (1941)  
*Fürsorgedezernent 1920–1943*  
*Anstaltsdezernent 1920–1932*

„Ich weiß nichts und will auch nichts wissen“

Max Kranzbühler (1945)  
*Verwaltungs- u. Personaldezernent 1920–1945*  
*Stellv. Landeshauptmann 1926–1945*

„Auch hier folgte ich meinem Beamtenpflichtbewusstsein“

Willi Schlüter (1948)  
*Finanzdezernent 1920–1945*  
*Anstaltsdezernent 1932–1937*

„... ich habe ... die finanziellen Grundlagen für den Neuaufbau geschaffen“

---

<sup>104</sup> Das Zitat von Ludewig ist entnommen aus: LWV, Best. 100, Dez. 11, Pers.-Akten Zug. 1994, We., Jo., Bd. I, Teil 6, Bl. 50–64, „Der Beamte der Staatsanwaltschaft [= Dr. Max Ludewig] im förmlichen Dienststrafverfahren gegen Landesinspektor W[...]“, Anschuldigungsschrift (11.06.1936), hier Bl. 62. –Zu den Quellennachweisen für die weiteren fünf Zitate siehe Kap. II. 3. (Anm. 39) (Traupel), Kap. III. 3. (Anm. 348) (Bernotat), Kap. V. 2. (Anm. 334) (Schlüter), Kap. V. 4. (Anm. 14 u. Anm. 246) (Johlen bzw. Kranzbühler).

# ANHANG

## Tabellen

Tabelle 1: Die preußischen Provinzen und die Einrichtung von Provinzial-/Bezirksverbänden<sup>1</sup>

Jahr	Namen der Provinzen <sup>2</sup> und Gründung der Provinzial- bzw. Bezirksverbände (PV/BV) mit Jahr																
1815	Jü-lich-Kle-ve-Berg	Nie-der-rhein	West-falen				Sachsen	Brandenburg	Pommern	Schlesien		Posen	West-preußen	Ost-preußen			
1822	Rhein-provinz							1875 PV	1875 PV	1875 PV	Nieder-schl. 1875 PV	Ober-schl. 1875 PV	Preußen				
1824													1875 PV				
1866													West-preußen		Ost-preußen		
1875																	
1877																	
1884																	
1885																	
1886																	
1887																	
1888																	
1889																	
1889									1889 PV <sup>3</sup>								
									Grenzmark								
1944			Nas-sau 1944 PV	Kur-hess. 1944 PV			Mag-debg. 1944 PV	Halle Mers. 1944 PV									

Tabelle 2: Preußische Provinz Hessen-Nassau ab 1866/67 (Gebietsteile und Einwohnerzahlen)<sup>4</sup>

Ehemaliger Staat	Gebiet in qkm	Anteil am Prov.-Gebiet	Einwohnerzahl <sup>5</sup> in Mio.	Anteil an der Prov.-Einwohnerzahl	Nach 1867 zugehörig zum Regierungsbezirk
Herzogtum Nassau	5.570	32,9 %	0,857	47,2 %	Wiesbaden
Freie Stadt Frankfurt	107	0,6 %	0,088	4,8 %	
Landgrafschaft Hessen-Homburg	67	0,4 %	0,013	0,7 %	
Großherzogtum Hessen (Biedenkopf) (Vöhl)	690	4,1 %	0,088	4,8 %	
Kurfürstentum Hessen	9.977	58,9 %	0,738	40,6 %	Kassel
Königreich Bayern (Orb, Gersfeld)	516	3,0 %	0,033	1,8 %	
Hessen-Nassau insgesamt	16.927 <sup>6</sup>	100,0 %	1,817	100,0 %	

<sup>1</sup> Quellengrundlagen: Vierhaus, Preußen (1991), S. 350; Behr, Provinzialverbände (1987), S. 15–17; Mecking, Kommunalverbände (1994), S. 35; Preuß. Gesetzsammlung, Jg. 1875–1889.

<sup>2</sup> Der Reg.-Bez. Sigmaringen, seit 1849/50 preußisch, gehörte keiner Provinz an. Die Funktion der Provinz übernahmen dort die Hohenzollernschen Lande, die auch einen Landeskommunalverband bildeten.

<sup>3</sup> In der Provinz Posen behielt der Provinziallandtag auch nach 1889 seine ständische Verfassung und war von der preußischen Regierung abhängig (Schein-Selbstverwaltung).

<sup>4</sup> Quellengrundlage: Hessen (1960), S. 20 f.; Grundriß (1979), S. 287 f.

<sup>5</sup> Stand der Einwohnerschaft im Jahr 1861.

<sup>6</sup> Dieser Gebietsstand galt bis 1929. In diesem Jahr kam der Staat Waldeck (1.056 m<sup>2</sup>) hinzu, und im Jahr 1932 der bis dahin zur preußischen Rheinprovinz gehörende Kreis Wetzlar (532 m<sup>2</sup>). Dagegen wurde der bis 1932 als Exklave zur Provinz Hessen-Nassau (Reg.-Bez. Kassel) gehörende Kreis Schaumburg der preußischen Provinz Hannover angegliedert.

Tabelle 3: Landesdirektoren/Landshauptleute<sup>1</sup> des Bezirksverbands des Regierungsbezirks Wiesbaden<sup>2</sup>

Amtszeit	1873–1881	1881–1905	1905–1920	1920–1926	1926–1933	1933–1944	1945	1946–1953
Name	Christian Wirth	Otto Sartorius	August Krekel	Dr. Wilh. Woell	Dr. Wilh. Lutsch	Wilhelm Traupel	Ernst Ludw. Leyser	Otto Witte
Leb.-Daten		geb. 1831		1871–1926	geb. 1879	1891–1946	geb. 1896	1884–1963
Sonstige Ämter	Landesbankdirektionsrat 1865–1872; Mitgl. des Preuß. Abg.-Hauses	Mitglied des Reichstags 1903–1906	Landesrat ab 1888; Geheimer Reichsrat	Stadtrat in Ffm ab 1901	KLT-Mitglied ab 1919; besoldeter Stadtrat in Ffm 1921–1927	Stadtrat in Ffm 1933; Landeshauptmann in Kassel 1936–1944	Stv. Gauleiter Saarpfalz/Westmark bis 1945	Landesrat 1921–1933; MdR ab 1926; Hess. Landtagspräsident 1946–1954

Tabelle 4: Beamtenstellen im Bezirksverband Wiesbaden mit Besoldungsgruppen<sup>3</sup>

Gruppe	Amtsbezeichnung	Gruppe	Amtsbezeichnung	Gruppe	Amtsbezeichnung
A 1 a	Landesräte in qualif. Stellen (z. B. Stv. d. Landeshauptmanns, Kämmerer)	A 2 b	Provinzialmedizinalräte	A 4 b	Stellenanwärter
	Landesoberbaurat in qualifizierter Stelle (ab 1938)		Anstaltsärzte an LHAen		Anwärter
	Landesrat in qualif. Stelle als Leiter der Brandversi.-Anstalt (ca. 1933–1943)	A 2 c	Landesverwaltungsräte	A 4 b 1	Landesoberinspektoren (als 1. LHA-Beamte)
A 1 b	Provinzialobermedizinalräte (Anstaltsdirektoren)	A 2 c 1	Anstaltsärzte an LHAen	A 4 b 2	Landesinspektoren
			Landesbürodirektoren	A 4 c 2	Landesinspektoren
A 1 c (ab 1936)	Landeräte (Normalstellen)	A 2 c 2	Oberärzte an LHAen	A 4 c 2	Stellenanwärter
A 1 b)	Landesoberbauräte	A 2 c 2	Landesbibliotheksräte (ab 1938)	A 4 d	Landesobersekretäre (schwieriger Bürodienst)
A 2 a	Ärztl. Leiter (kein Direktor)	A 3 a	Blindenoberlehrer	A 6	Landessekretäre
				Oberärzte an LHAen (bis ca. 1930)	A 3 b + Zulage
A 2 b + Zulage	Oberärzte an LHAen, auch Stv. des LHA-Direktors (ab ca. 1930)	A 3 b	Landesamt männer		
				A 4 b	Landesinspektoren
A 4 b	Landesinspektoren	A 3 b	Landesamt männer		
				A 4 b	Landesinspektoren
A 4 b	Landesinspektoren	A 4 b	Landesinspektoren		

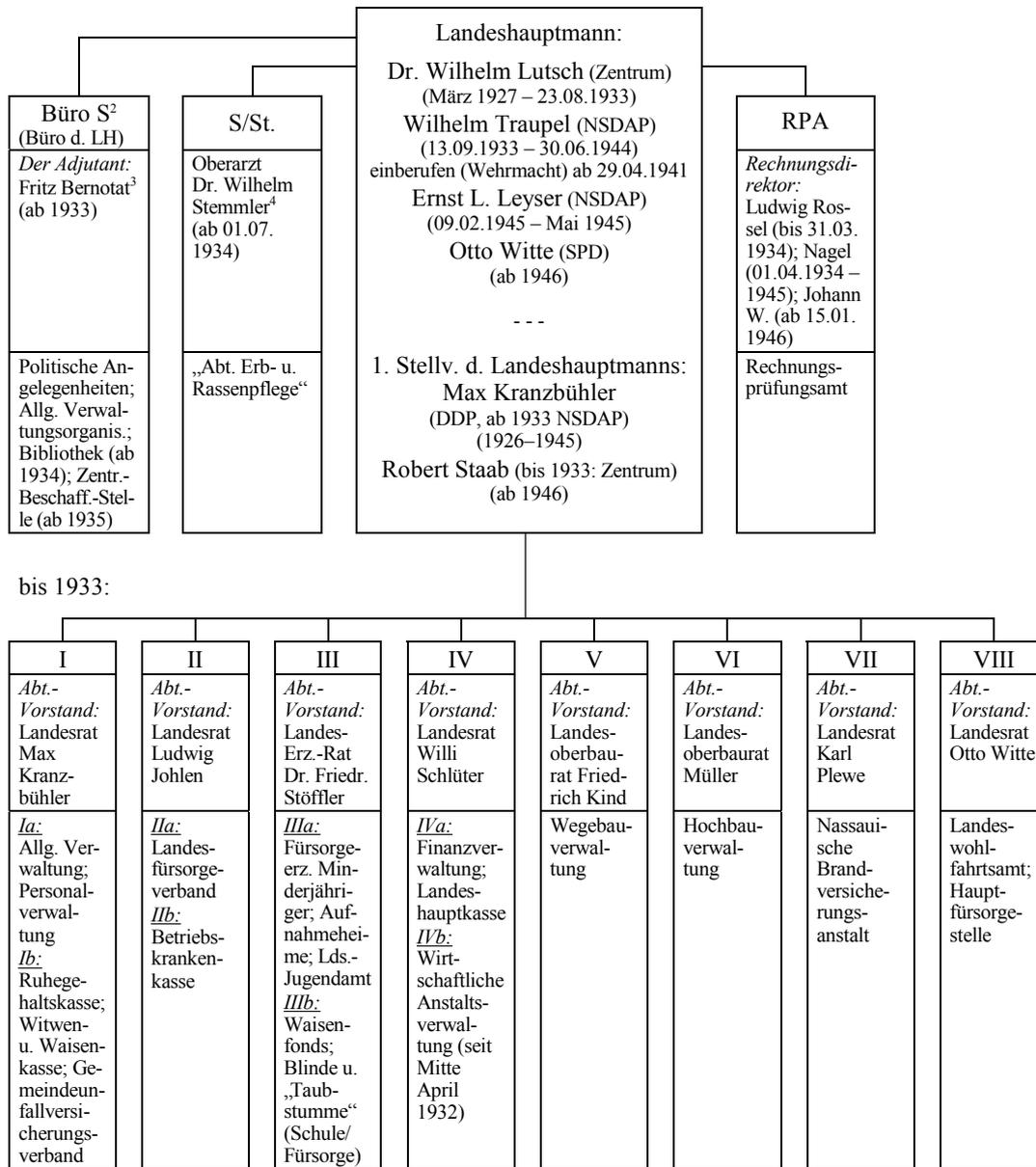
Tabelle 5: Sitzverteilung nach Wahlen zum Kommunallandtag des Regierungsbezirks Wiesbaden<sup>4</sup>

Wahl	SPD	Zentrum	DDP	DVP	DNVP	Sonst. <sup>5</sup>	KPD	Landvolk	WP	NSDAP
29.11.25	16	12	4	7	6	2	4	–	–	– <sup>6</sup>
17.11.29	14	10	3	5	3	–	5	5	2	4
12.03.33	10	10	–	–	4	–	4 <sup>7</sup>	–	–	27

<sup>1</sup> Bis 1901: Landesdirektor, ab 1901: Landeshauptmann.<sup>2</sup> Quellengrundlage: Grundriß (1979), S. 317 f.; Papen, Handbuch (1927), S. 3, S. 7; Klein, Beamte (1988), S. 362; Renkhoff, Biographie (1992), S. 485, S. 884; Hansen, Wohlfahrtspolitik (1991), S. 416; LWV, Best. 3/129; LWV, Best. 100, Dez. 11, Pers.-Akten Zug. 1981, Traupel, Wilhelm; HStA Wi, Abt. 425 Nr. 1796; BA, R1501 / 2019, Bl. 57; BA, BDC-Unterlagen zu Traupel; BA (Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten), ZB II/1103 Akte 1. – Zu Woell, Lutsch, Traupel, Leyser u. Witte siehe auch biogr. Anhang.<sup>3</sup> Stand nach der Besoldungsneuregelung vom 01.10.1927. – Quellen: LWV, Best. 100, Dez. 11, diverse Pers.-Akten; LWV, Best. 12/ehem. VA 636 (Kopie); HStA Wi, Abt. 403 Nr. 1498; IfStG Ffm, Mag.-A. 4.051 u. 4.053; BA, R1501/50468, 50480 u. 50495; BV Nassau, diverse Verwaltungsberichte (1933–1940); BA, BDC-Unterlagen zu Beamten d. BV Nassau; Hessischer Verwaltungsgerichtshof, Az. B I 42 / 56; Preuß. Gesetzsammlung, Jg. 1931, S. 179, Preußische Sparverordnung (12.09.1931); ebd., Jg. 1936, S. 3, Gesetz (17.01.1936).<sup>4</sup> Quellengrundlage: Papen, Handbuch (1927), S. 6 f.; Schön, Entwicklung (1972), S. 159; Frankfurter Zeitung, Jg. 1929, Nr. 862 (18.11.1929); Verhandlungen 70. KLT Wi (1933), S. VII–X.<sup>5</sup> DVP und DNVP kandidierten 1925 in der „Hessisch-Nassauischen Arbeitsgemeinschaft Stadt und Land“; von den 16 auf die Arbeitsgemeinschaft entfallenden Sitzen nahm die DVP 7 und die DNVP 6 ein.<sup>6</sup> Wegen „organisatorischer Mißgeschicklichkeiten“ durfte die NSDAP an die preußischen Provinzialwahlen 1925 nicht teilnehmen; Schön, Entwicklung (1972), S. 159.<sup>7</sup> Bereits bei der ersten (und einzigen) Sitzung des Kommunallandtags am 04.04.1933 waren die KPD-Abgeordneten ausgeschlossen.

Tabelle 6: Aufbau und Geschäftsverteilung des Bezirksverbands Nassau ca. 1932 bis 1947<sup>1</sup>

Name des Verbandes:  
 bis 1933: „Der Landeshauptmann in Nassau“ bzw. „Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden“  
 1. Jan. 1934 bis 30. Juni 1944: „Der Oberpräsident (Verwaltung des Bezirksverbandes Nassau)“  
 ab 1. Juli 1944: „Der Oberpräsident (Verwaltung des Provinzialverbandes Nassau)“  
 Mitte/Ende 1945: „Der Regierungspräsident (Verwaltung des Provinzialverbandes Nassau)“  
 ab ca. Jan. 1946: „Der Landeshauptmann. Kommunalverband des Reg.-Bez. Wiesbaden“



<sup>1</sup> Quellen: LWV, Best. 100, Dez. 11, diverse Personalakten; weitere verstreute Einzelquellen.

<sup>2</sup> Ab 1937: Abteilung S/I.

<sup>3</sup> Fritz Bernotat: Landesobersekretär (ab 01.02.1929), Landesbürodirektor (ab 01.11.1933), Landesverwaltungsrat (ab 01.01.1936), Landesrat (ab 18.02.1938).

<sup>4</sup> Dr. Wilhelm Stemmler: ab Nov. 1937 Landesmedizinalrat.

8. September 1933 – 31. März 1937:

I	II	III	IV	V	VI
<i>Abteilungs- vorstand:</i> Landesrat Max Kranz- bühler	<i>Abteilungs - vorstand:</i> Landesrat Ludwig Johlen	<i>Abteilungs - vorstand:</i> Landesrat Dr. Max Ludewig	<i>Abteilungs - vorstand:</i> Landesrat Willi Schlüter	<i>Abteilungs - vorstand:</i> Landesober- baurat Fried- rich Kind	<i>Abteilungs - vorstand:</i> Landesober- baurat Müller
<i>Ia:</i> Allgemeine Verwaltung; Personal- verwaltung <i>Ib:</i> Ruhegehalts- kasse; Witwen- u. Waisen- kasse; Geme- indeunfall- versicherungs- verband <i>Ic:</i> Betriebskran- kenkasse	<i>IIa:</i> Landesfürsor- geverband (inkl. ehem. Abt. IIIb) <i>IIb:</i> Fürsorge- erziehung Minderjähri- ger; Aufnah- meheime; Lan- desjugendamt <i>IIc:</i> Landeswohl- fahrtsamt; Hauptfür- sorgestelle	Nassauische Brand- versicherungs- anstalt	<i>IVa:</i> Finanzver- waltung; Landes- hauptkasse <i>IVb:</i> Wirtschaftliche Anstalts- verwaltung (seit Mitte April 1932)	Wegebau- verwaltung (ab 1. April 1934 auch: Hochbau- verwaltung)	Hochbau- verwaltung (nur bis 1. April 1934, dann zu Abt. V)

1. April 1937 bis 19. Februar 1943:

S	I	II	III	IV	V
<i>Abteilungs- vorstand:</i> Landesrat <sup>1</sup> Fritz Bernetat	<i>Abteilungs- vorstand:</i> Landesrat Max Kranz- bühler	<i>Abteilungs- vorstand:</i> Landesrat Ludwig Johlen	<i>Abteilungs- vorstand:</i> Landesrat Dr. Max Ludewig <sup>2</sup>	<i>Abteilungs- vorstand:</i> Landesrat Willi Schlüter	<i>Abteilungs- vorstand:</i> Landesober- baurat Fried- rich Kind
<i>S/I:</i> Büro des Lan- deshauptmanns (Büro S) <i>S/II:</i> Wirtschaftliche Anstaltsver- waltung <i>S/III:</i> Zentralbe- schaffungs- stelle; Haus- druckerei	<i>Ia:</i> Allgemeine Verwaltung; Personal- verwaltung <i>Ib:</i> Ruhegehalts- kasse; Witwen- u. Waisen- kasse; Geme- indeunfall- versicherungs- verband (?) <i>Ic:</i> Betriebskran- kenkasse; (ab 1941 auch:) Zusatz- versorgungs- kasse	<i>IIa:</i> Landesfürsor- geverband <i>IIb:</i> Fürsorge- erziehung Minderjähri- ger; Aufnah- meheime; Lan- desjugendamt <i>IIc:</i> Landeswohl- fahrtsamt; Hauptfür- sorgestelle	Nassauische Brand- versicherungs- anstalt	Finanzver- waltung; Landes- hauptkasse	Bauverwal- tung; Wegebau- verwaltung; Hochbau- verwaltung

<sup>1</sup> Fritz Bernetat: bis 18.02.1938 noch Landesverwaltungsrat.

<sup>2</sup> Dr. Max Ludewig: Abteilungsvorstand bis 30.04.1943.

19. Februar 1943 bis März 1945:

I	S und II	III	IV	V
<i>Abt.-Vorstand:</i> Landesrat Max Kranzbühler	<i>Ges.-Abt.-Vorst.:</i> Landesrat Fritz Bernotat <sup>1</sup>	<i>Abt.-Vorstand:</i> Prov.-Verw.-Rat Hans K. <sup>2</sup>	<i>Abt.-Vorstand:</i> Landesrat Willi Schlüter	<i>Abt.-Vorstand:</i> Lds.-Oberbaurat Friedr. Kind
<i>Ia:</i> Allg. Verwaltung; Personalverwaltung <i>Ib:</i> Ruhegehaltskasse; Witwen- u. Waisenkasse; Gemeindefallversicherungsverband (?) <i>Ic:</i> Betriebskrankenkasse; Zusatzvers.-Kasse	<i>S (Landesrat Fritz Bernotat):</i> Büro des Landeshauptmanns <i>Ila1/Ilc (Lds.-Rat Kurt Müller):</i> Landesfürsorgeverband [Leistungsbereich]; Landeswohlfahrtsamt; Hauptfürsorgestelle <i>Ilb (Landesrat Dr. Werner Gauhl):</i> Fürsorgeerz. Minderjähriger; Aufnahmeheime; Landesjugendamt <i>Ila2/IId (Lds.-Rat Fritz Bernotat):</i> Landesfürsorgeverband [Anstaltsverwalt.]; Zentralbeschaffungsstelle	Nassauische Brandversicherungsanstalt	Finanzverwaltung; Landeshauptkasse	Bauverwaltung; Wegebauverwaltung; Hochbauverwaltung

April 1945<sup>3</sup> bis Frühjahr 1947:

I	Ila u. d	Iib	Iic	III	IV	V
<i>Abt.-Vorstand:</i> Reg.-Rat Adolf Erwin Berger	<i>Abt.-Vorstand:</i> Robert Staab	<i>Abt.-Vorstand:</i> Reg.-u. Schulrat Max Urban	<i>Abt.-Vorstand:</i> Reg.-Rat Albert Wolfram	<i>Abt.-Vorstand:</i> Direktor Oswald Dörner	<i>Finanzdezernent:</i> Bürgermeister Pick	<i>Abt.-Vorst.:</i> Provinzialoberbaurat Dr. Kurt Gründel
<i>Ia:</i> Allg. Verw.; Personalverw.; Organisation <i>Ib:</i> Ruhegehaltskasse; Witwen- u. Waisenkasse <i>Ic:</i> Betriebskrankenkasse; Gemeindefallversich.-Verb.; Zus.-Versorgungskasse	Landesfürsorgeverband; wirtschaftliche Verwaltung der Landesheilanstalten; Beschaffungsstelle	Landesjugendamt; Fürsorgeerz. Minderjähriger; Aufnahmeheime	Hauptfürsorgestelle; wirtschaftliche Verwaltung der Versorgungskrankenhäuser	Nassauische Brandversicherungsanstalt; Feuerwehrunterstützungskasse	Finanz- und Wirtschaftsverwaltung	Straßenbauzentral- u. Hochbauverwaltung

<sup>1</sup> Müller u. Gauhl wurden am 25./30.07.1943 als Landesräte ernannt. Da Müller seit 02.06.1943 zur Waffen-SS und Gauhl ab 23.11.1943 zur Wehrmacht einberufen waren, führte Bernotat weitgehend auch vertretungsweise deren Bereiche.

<sup>2</sup> Hans K.: Abteilungsvorstand ab/nach 01.05.1943.

<sup>3</sup> Beginn der Amtszeiten: Berger: 01.08.1945; Staab: 01.04.1945; Urban: 01.04.1945; Wolfram: 15.05.1945; Dörner: 01.07.1946; Pick: 01.07.1946; Gründel: 01.11.1945.

Tabelle 7: Einnahmen der preußischen Provinzial- und Bezirksverbände für das Rechnungsjahr 1929<sup>1</sup>

Einkommensarten	Betrag (Mio RM)	Anteil am Ges.-Ein- kommen
1. Einkommensteuer (Überweisung durch das Reich)	31,0	6,45 %
2. Körperschaftsteuer (Überweisung durch das Reich)	5,9	1,23 %
3. Kraftfahrzeugsteuer (Überweisung durch das Reich)	78,5	16,34 %
4. Dotationen	82,1	16,91 %
5. Provinzialabgabe	79,3	16,51 %
6. Fürsorgeerziehungskosten (vom preuß. Staat erstattet) u. sonstige Leistungen vom preuß. Staat	23,6	6,37 %
7. Leistungen von engeren Verbänden	68,0	14,16 %
8. Zahlungen von Privaten; öffentlich-rechtliche Gebühren u. ä.	50,8	10,58 %
9. Sonstiges	61,1	11,45 %
Gesamt:	480,3	100,00 %

Herkunft der Einnahmen	Betrag (Mio RM)	Anteil am Ges.-Ein- kommen
1. Erwerbseinkünfte, eigene Verwaltungseinnahmen	204,4	42,56 %
2. Überweisungen vom Reich u. vom preußischen Staat	196,6	40,93 %
3. Umlage auf die Gemeinden (Kreise)	79,3	16,51 %
Gesamt:	480,3	100,00 %

Tabelle 8: Belegungszahlen in den Landesheilanstalten des Bezirksverbandes Nassau<sup>2</sup> 1912–1957<sup>3</sup>

Jahr	Belegungs- zahl	Relative Entwick- lung	Beeinflussende Ereignisse
1912	2.012	100,0	
1913	2.168	107,8	
1914	2.303	114,5	
1915	2.359	117,2	
1916	2.307	114,7	
1917	1.917	95,3	ab 1916/17: Hungersterben in den Anstalten
1918	1.344	66,8	
1919	1.073	53,3	
1920	1.160	57,7	
1921	1.230	61,1	
1922	1.308	65,0	
1923	1.368	68,0	
1924	1.600	79,5	1924: Fürsorge- pflicht-Verordnung
1925	1.715	85,2	
1926	1.836	91,3	
1927	1.845	91,7	
1928	1.923	95,6	
1929	2.097	104,2	
1930	2.185	108,6	
1931	2.278	113,2	
1932	2.186	108,6	
1933	2.069	102,8	
1934	2.154	107,1	
1935	2.265	112,6	
1936	2.456	122,1	ab 1936: Verlegung aus konfessionellen Heimen
1937	3.531	175,5	
1938	4.140	205,8	
1939	4.355	216,5	
1940	5.038	250,4	
1941	2.935	145,9	1941: „T4“-Morde
1942	2.846	141,5	ab 1942: weitere Morde sowie Über- belegung
1943	2.866	142,5	
1944	3.504	174,2	
1945	1.808	89,9	
1946	1.654	82,2	
1947	1.910	94,9	
1948	2.135	106,1	
1949	2.122	105,5	
1950	2.226	110,6	
1951	2.286	113,6	
1952	2.335	116,1	
1953	2.233	111,0	
1954	2.288	113,7	
1955	2.324	115,5	
1956	2.340	116,3	
1957	2.415	120,0	

<sup>1</sup> Quellengrundlage: Jeserich, Provinzen (1931), S. 238 f., dort nach den Haushaltsplänen (ordentliche Haushalte).

<sup>2</sup> Anstalten Eichberg, Hadamar, Herborn und Weilmünster (soweit zum genannten Termin nicht als psychiatrische Einrichtungen geschlossen), ab 1944 als Einrichtungen des Provinzialverbandes Nassau, ab 1946 der Kommunalverwaltung des Regierungsbezirks Wiesbaden, ab 1953 des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen.

<sup>3</sup> Quellengrundlage: Stöffler, Krankenhäuser (1957) S. 60, Schaubild Nr. 13 („Belegung der kommunalen psychiatrischen Krankenhäuser im Reg.-Bezirk Wiesbaden“). – Zahl zu einem Stichtag (vermutlich durchgehend 1. April). Die Zahlen betreffen nur die in den Anstalten selbst untergebrachten Menschen, nicht mitgerechnet sind die Patienten der Anstalten, die von dort aus in Heim- oder Familienpflege untergebracht waren: vgl. dazu z. B. die Angaben in BV Nassau, Verwaltungsbericht (Anfang 1936–31.03.1937), S. 40 f.; dto. (01.04.1937–31.03.1938), S. 36 f.; dto. (01.04.1938–31.03.1939), S. 36 f.; dto. (01.04.1939–31.03.1940), S. 24 f. – Die von Stöffler angegebenen Zahlen stimmen von der Größenordnung her mit denen in den Verwaltungsberichten überein, wenn auch im Einzelnen kleinere Abweichungen festzustellen sind.

Tabelle 9:

Ergebnisse der Reichstagswahlen 1919–1933 im Wahlkreis Hessen-Nassau und ausgewählte Ergebnisse im Regierungsbezirk und in der Stadt Wiesbaden<sup>1</sup>

		SPD	USDP	Zent- rum	DNVP	DVP	DDP	KPD	RMW	ChrSV	NSDAP	BLV
19.01. 1919	Wahlkreis Hessen-Nassau	41,0% 7	3,8% –	17,4% 3	9,1% 1	6,7% 1	22,0% 3	–	–	–	–	–
06.06. 1920	Wahlkreis Hessen-Nassau	27,3% 5	12,3% 2	17,0% 3	15,6% 3	16,1% 3	10,2% 1	1,4% –	–	–	–	–
04.05. 1924	Wahlkreis Hessen-Nassau	25,2% 5	0,4% –	16,9% 3	20,3% 4	12,2% 2	7,1% 1	9,3% 1	1,8% –	–	5,6 % <sup>2</sup> 1	–
	Reg.-Bez. Wiesbaden	24,3%	(k. A.)	20,5%	15,4%	13,1%	8,2%	9,8%	–	–	4,1%	–
	Stadt Wiesbaden	21,1%	(k. A.)	13,8%	11,2%	23,4%	13,0%	10,2%	–	–	1,9%	–
07.12. 1924	Wahlkreis Hessen-Nassau	31,7% 6	0,5% –	17,1% 3	19,1% 3	12,9% 2	8,5% 1	5,4% 1	2,2% –	–	2,5% –	–
20.05. 1928	Wahlkreis Hessen-Nassau	32,2% 6	–	14,8% 3	10,0% 1	10,2% 2	5,7% 1	8,0% 1	4,0% –	–	3,6% –	6,7% 1
	Reg.-Bez. Wiesbaden	30,2%	–	17,3%	6,9%	10,3%	6,3%	8,8%	4,6%	–	4,3%	7,6%
	Stadt Wiesbaden	28,3%	–	11,0%	5,6%	15,4%	7,1%	10,8%	7,0%	–	8,8%	1,5%
14.09. 1930	Wahlkreis Hessen-Nassau	25,8% 6	–	14,1% 3	3,3% –	5,6% 1	4,0% 1	10,0% 2	4,0% 1	4,4% 1	20,8% 5	6,2% 1
	Reg.-Bez. Wiesbaden	23,8%	–	16,5%	2,4%	7,0%	4,2%	10,7%	4,2%	4,1%	20,4%	5,0%
	Stadt Wiesbaden	22,6%	–	9,9%	2,9%	10,6%	4,3%	12,7%	4,3%	2,0%	27,4%	1,1%
31.07. 1932	Wahlkreis Hessen-Nassau	22,4% 5	–	15,0% 3	4,0% 1	1,6% –	0,7% –	10,5% 3	0,7% –	1,2% –	43,6% 10	(k. A.)
	Reg.-Bez. Wiesbaden	21,5%	–	18,3%	3,4%	2,0%	0,7% –	10,6%	0,4%	1,2%	41,0%	0,4%
	Stadt Wiesbaden	21,6%	–	12,1%	3,9%	3,0%	1,3%	12,4%	0,8%	1,2%	43,4%	0,1%
06.11. 1932	Wahlkreis Hessen-Nassau	20,2% 5	–	14,0% 3	5,0% 1	2,9% 1	0,9% –	13,5% 3	0,8% –	1,5% –	41,2% 9	(k. A.)
	Reg.-Bez. Wiesbaden	19,9%	–	15,9%	4,4%	4,0%	1,2%	14,0%	0,3%	1,5%	38,0%	0,4%
	Stadt Wiesbaden	19,7%	–	10,6%	6,9%	5,8%	2,2%	15,7%	0,6%	1,4%	36,5%	0,1%
05.03. 1933	Wahlkreis Hessen-Nassau	18,7% 5	–	13,9% 3	4,9% 1	1,7% 1	1,0% –	9,0% 2	–	1,4%	49,4% 12	(k. A.)
	Reg.-Bez. Wiesbaden	18,2%	–	16,1%	4,7%	2,1%	1,3%	9,5%	–	1,3%	46,7%	0,0%
	Stadt Wiesbaden	17,7%	–	10,1%	8,0%	2,6%	2,3%	12,0%	–	1,2%	42,6%	–

<sup>1</sup> Quellengrundlage: Demandt, Geschichte (1980), S. 595; Kropat, Machtergreifung (1983b), S. 263, S. 265. – Der Wahlkreis 19 (Hessen-Nassau) umfasste die preußische Provinz Hessen-Nassau ohne die Kreise Schaumburg und Schmalkalden, zuzüglich Waldeck und Wetzlar. Angegeben sind die Anteile der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen und die Reichstagsitze für den Wahlkreis. – Aufschlüsselung der Abkürzungen, die nicht im Abkürzungsverzeichnis aufgeführt sind: USPD = Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands; RMW = Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei); ChrSV = Christlich-Sozialer Volksdienst; BLV = Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei (ab 1930: Deutsches Landvolk); k. A. = keine Angabe.

<sup>2</sup> 1924 als Dt. Völk. Freih. Partei.

Tabelle 10: NSDAP-Mitgliedschaft und Berufsgruppen vor dem 30. Januar 1933<sup>1</sup>

Berufszweig/-gruppe	Anzahl/Anteil der Berufsgruppe an der Erwerbsbevölkerung <sup>2</sup> insgesamt	Anzahl/Anteil der Berufsgruppe an den NSDAP-Mitgliedern (vor 30.01.1933)	Anteil der NSDAP-Mitglieder innerhalb der Berufsgruppe (vor 30.01.1933)
Arbeiter	14.443.000 45,1 %	267.000 33,8 %*	1,8 %*
Selbstständige in Landwirtschaft/Forstwirtschaft	2.203.000 6,9 %*	107.100 13,5 %*	4,9 %
Selbstständige in Handwerk/Gewerbe/Industrie	1.785.000 5,6 %*	67.000 8,5 %*	3,8 %*
Selbstständige in Handel/Verkehr (Kaufleute)	1.193.000 3,7 %	58.900 7,4 %*	4,9 %
Freiberufler	477.000 1,5 %	23.600 3,0 %*	4,9 %
Lehrer (verbeamtet)	334.000 1,0 %	13.000 1,6 %*	3,9 %*
Sonstige Beamte	1.050.000 3,3 %	44.000 5,6 %*	4,2 %*
Angestellte	5.087.000 15,9 %	179.000 22,6 %*	3,5 %
Mithelfende Familienangehörige (meist weibl.)	5.437.000 17,0 %*	31.400 4,0 %*	0,6 %
Gesamt:	32.009.000 100,0 %  (Gesamterwerbsbevölkerung)	791.000 100,0%  (NSDAP-Mitgliedschaft vor 30.01.1933 insgesamt)	2,5 %  (Anteil der NSDAP-Mitglieder an der Gesamterwerbsbevölkerung vor 30.01.1933)

Tabelle 11:

Prüfungsthemen (schriftlich) im Bezirksverband Nassau für den einfachen mittleren Dienst (Landessekretärprüfung) und den gehobenen mittleren Dienst (Landesinspektorprüfung) 1932–1938<sup>3</sup>

Da-tum	Prü-fung	Klausurthema
13.02.1932	Landessekretär	<p><i>Themen je nach Arbeitsgebiet der Kandidaten:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Welchem Zweck dient die Kartei der Geschäftsabteilung III und was ist bei ihrer Führung zu beachten?</li> <li>– In welcher Weise fördert die Nassauische Brandversicherungsanstalt das Feuerlöschwesen im Regierungsbezirk Wiesbaden?</li> <li>– Die verschiedenen Versicherungsarten bei der Nassauischen Brandversicherungsanstalt und die bei einem Versicherungsabschluss mitwirkenden Organe.</li> <li>– Wie ist die Registratur der Geschäftsabteilung II eingerichtet und was ist bei ihrer Führung von dem Registrator besonders zu beachten?</li> <li>– Welchem Zweck dient die Kartei der Geschäftsabteilung II und was ist bei ihrer Führung zu beachten?</li> <li>– Ankauf, Verkauf und Verpachtung von Grundstücksflächen seitens der Wegebauverwaltung des Bezirksverbandes.</li> </ul>

<sup>1</sup> Quellengrundlage: Broszat/Frei, Reich (1990), Chronik S. 195, mit Hinweis auf Broszat, Staat (1969), S. 51. – Die mit \* gekennzeichneten Prozentangaben beruhen auf eigenen Berechnungen aufgrund der Basisdaten in der Quelle.

<sup>2</sup> Im Reichsgebiet aufgrund der Volkszählung 1925.

<sup>3</sup> Quellengrundlage: LWV, Best. 100, Dez. 11, Pers.-Akten, Zug. 1981, Kr., He., Bd. I, Teil 2, Bl. 41–47 (betr. 21./22.10.1938); ebd., Zug. 1981, Le., Fr., Teil 1, Bl. 48–53, Bl. 70–73, Bl. 77–83, Bl. 103 (betr. 13.02.1932 bzw. 27.12.1934 bzw. 19.02.1935 bzw. 08./09.04.1935); ebd., Zug. 1981, Sa., He., Teil 1, Bl. 67–70, Bl. 97–103 (betr. 27.09.1932 bzw. 11./12.05.1936 [LI]); ebd., Zug. 1981, Scha., Br., Bd. I, Teil 1, Bl. 36–41, Bl. 61–64, Bl. 77–81 (betr. 13.02.1932 bzw. 11.05.1936 [LI] bzw. 08./09.04.1937); ebd., Zug. 1981, Wi., Ad., Bd. I, Bl. 107–112 (betr. 08./09.10.1936); ebd., Zug. 1982, Ka., Ha., Bd. I, T. 2, Bl. 33–35 (23.10.1937 [LS]); Zug. 1986, Bo., Wi., Teil 1, Bl. 29–32 (betr. 11.05.1936 [LS]); Zug. 1986, Br., He., Teil 3, Bl. 95–102, Bl. 109–111, Bl. 119–125, Bl. 132 (betr. 18.12.1934 bzw. 18.02.1935 bzw. 28.03.1935 bzw. 08./09.04.1935); Zug. 1988, Kü., Fr., Teil 1, Bl. 85–91, Bl. 92–97 (15. bzw. 16.05.1935); Zug. 1990, Mü., Ot., Teil 1, Bl. 33–40 (betr. 22./23.10.1937 [LI]). – Die Prüfungsthemen/-fragen sind wörtlich wiedergegeben.

27.09.1932	Landessekretär	<i>Klausur (Themen je nach Arbeitsgebiet der Kandidaten):</i> – Wie erfolgt die halbjährliche Abrechnung der Pflegegelder der Bezirksfürsorgeverbände und welche Kontrollen werden hierbei geführt? – Welche Beiträge werden von den beiden Kommunalbeamtenkassen erhoben und nach welchen Grundsätzen werden sie berechnet? – Wie erfolgt die Beschulung blinder und taubstummer Kinder durch den Bezirksverband? – In welcher Weise wirkt die Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte bei der Gewährung von Zusatzrenten mit? – Das Anweisungs- und Buchungsverfahren bei dem Landesfürsorgeverband. – Zweck und Verwaltung des Burggutes Waldmannshausen.
18. u. 27.12.1934	Landesinspektor	<i>1. Hausarbeit:</i> Die gesetzlichen Maßnahmen zur Durchführung des Führergrundsatzes in der Provinzial (Bezirks-) Verwaltung [bzw.: in den ... Verwaltungen].
18. u. 19.02.1935		<i>2. Hausarbeit:</i> Gutachten über den Fürsorgefall der Hilfsbedürftigen Else Müller, zurzeit in der Heilanstalt X.
13.03.1935		<i>3. Hausarbeit:</i> Pflichten und Rechte der Bezirksbeamten.
08.04.1935		<i>1. Klausur (einheitliches Thema):</i> Auf welchen nationalsozialistischen Grundsätzen baut sich die Deutsche Gemeindeordnung auf und wie sind diese durchgeführt?
09.04.1935		<i>2. Klausur (3 Wahlthemen):</i> – Aufstellung und Durchführung des Haushaltsplanes des Bezirksverbandes. – Die hauptsächlichsten Einnahmen des Bezirksverbandes Nassau unter Angabe ihrer Herkunft und Berechnungsart. – Begriff des Landesfürsorgeverbandes und seine Aufgaben auf dem Gebiete der Anstaltsfürsorge.
15.05.1935	Landesinspektor	<i>1. Klausur (nur 1 Kandidat):</i> Welche Rückeinnahme hat der Bezirksverband für seine Leistungen auf dem Gebiete des Landes-Fürsorgewesens?
16.05.1935		<i>2. Klausur (nur 1 Kandidat):</i> Nach welchen Hauptgesichtspunkten wird der Haushaltsplan für die Bezirksanstalt Hadamar aufgestellt u. durchgeführt?
11.05.1936	Landessekretär	<i>Klausur (2 Wahlthemen):</i> – Der Beamte im Dritten Reich vom Standpunkt der Nationalsozialistischen Weltanschauung. – Der Geschäftsgang im Büro und in der Registratur vom Eingang der Postsachen bis zur Ablegung der Akten.
11.05.1936	Landesinspektor	<i>1. Klausur (einheitliches Thema):</i> Der Beamte im Dritten Reich vom Standpunkt der nationalsozialistischen Weltanschauung.
12.05.1936		<i>2. Klausur (4 Wahlthemen):</i> – Wie schützt sich der neue Staat gegen erbkranken Nachwuchs, in welcher Weise wirkt der Bezirksverband hierbei mit, und wie ist die Kostenfrage geregelt? – Die Beschulung blinder und taubstummer Kinder, in welcher Weise wirkt der Bezirksverband hierbei mit und wie ist die Kostenfrage geregelt? – Wie wird bei der Nassauischen Brandversicherungsanstalt ein Brandschaden ermittelt und vergütet und wie werden hierbei die Realgläubiger geschützt? – Wie deckt der Bezirksverband seinen Finanzbedarf?
08.10.1936	Landesinspektor	<i>1. Klausur (einheitliches Thema):</i> Rasse und Volk.
09.10.1936		<i>2. Klausur (Thema nach Aufgabengebiet des Kandidaten):</i> Die Rechte der Bezirksbeamten in Bezug auf Gewährung von Fahrkostenentschädigungen sowie Tage- und Übernachtungsgelder.
08.04.1937	Landesinspektor	<i>1. Klausur (weitgehend einheitliches Thema):</i> Auf welchen nationalsozialistischen Grundsätzen baut sich das deutsche Beamtengesetz vom 26. Januar 1937 auf und wie sind diese durchgeführt? <i>Ausnahmethema für einen Kandidaten:</i> Zweck und Durchführung der Aufgaben der Hausdruckerei
09.04.1937		<i>2. Klausur (Themen je nach Arbeitsgebiet des Kandidaten):</i> – Die Aufgaben des Landesfürsorgeverbandes. – In welcher Weise wirkt das Gemeindeprüfungsamt bei der Prüfung der Jahresrechnung des Bezirksverbandes Nassau mit? – In welcher Weise erfolgt die Fürsorge für die Kriegs- und Schwerbeschädigten? – Wie erfolgt die Abrechnung des Landesfürsorgeverbandes mit den Bezirksfürsorgeverbänden?
22.10.1937	Landesinspektor	<i>1. Klausur:</i> Die nationalsozialistischen Grundsätze im Deutschen Beamtengesetz vom 26. Januar 1937.
23.10.1937		<i>2. Klausur (Thema nach Aufgabengebiet des Kandidaten):</i> Die Aufgaben der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene und ihre Durchführung beim Bezirksverband Wiesbaden.
23.10.1937	Landessekretär	<i>Klausur (Thema nach Aufgabengebiet des Kandidaten):</i> Die Aufgaben einer Zweiganstalt der Nassauischen Brandversicherungsanstalt.
21.10.1938	Landesinspektor	<i>1. Klausur (einheitliches Thema):</i> Kameradschaftlichkeit und Opferbereitschaft im Deutschen Beamtengesetz vom 26. Januar 1937.
22.10.1938		<i>2. Klausur (4 Wahlthemen):</i> – Die Gesundheits- und die gehobene Fürsorge des Bezirksverbandes. – Unter welchen Voraussetzungen hat ein Geschädigter Anspruch auf Auszahlung einer Brandentschädigung durch die Nass. Brandversicherungsanstalt und wie erfolgt in der Praxis die Schadensregelung? – Wie erfolgt die Veranlagung, die Erhebung und die Zahlung der Bezirksabgabe? – Zweck und Aufgabenkreis der Bezirksanstalten.

Tabelle 12:

Durchschnittspersonalbestand des Bezirksverbands Nassau nach Rechnungsjahren (laut Voranschlag für 1936–1939) sowie Istpersonalbestand zu einem Stichtag (1932–1941)<sup>1</sup>

Beschäftigtengruppen (ohne Ruhegehalts-/ -lohnempfänger)	Beamte (einschl. Anwärter)	Angestellte (Büro- personal)	Pflege- personal <sup>2</sup>	Haus-/ Wirtsch.- personal <sup>3</sup>	Wege- wärtner	Sonstige Arbeiter	Insgesamt
Ist am 01.12.1932:	558	702		999			2.259
Ist am 01.12.1933:	549	690		967			2.206
Ist am 01.12.1934:	533	837		1.093			2.463
Ist am 01.12.1935:	523	925		1.134			2.582
Durchschnitt 1936 (Voranschlag)							
I. Zentralverwaltung Wiesbaden	184	107	–	–	–	16	307
II. Straßenbauaußenverwaltung	67	29	–	–	487	–	583
III. Anstalten <sup>4</sup>	58	72	334	182	–	–	646
IV. Nass. Landesbank/Sparkasse	273	721	–	–	–	117	1.111
Bezirksverband Nassau zusammen	582	929	334	182	487	133	2.647
zum Vergleich Ist am 01.12.1936:	526	936		1.169			2.631
zum Vergleich Ist am 01.04.1937:	524	949		1.223			2.696
Durchschnitt 1937 (Voranschlag):							
I. Zentralverwaltung Wiesbaden	197	115	–	–	–	16	328
II. Straßenbauaußenverwaltung	71	37	–	–	501	–	609
III. Anstalten	60	81	380	162	–	–	683
IV. Nass. Landesbank/Sparkasse	256	738	–	–	–	124	1.118
Bezirksverband Nassau zusammen	584	971	380	162	501	140	2.738
zum Vergleich Ist am 01.04.1938:	533	1.014		1.223			2.770
Durchschnitt 1938 (Voranschlag):							
I. Zentralverwaltung Wiesbaden	207	129	–	–	–	19	355
II. Straßenbauaußenverwaltung	83	45	–	–	514	–	642
III. Anstalten	64	75	417	191	–	–	747
IV. Nass. Landesbank/Sparkasse	246	776	–	–	–	121	1.143
Bezirksverband Nassau zusammen	600	1.025	417	191	514	140	2.887
zum Vergleich Ist am 01.04.1939:	585	1.019		1.232			2.836
Durchschnitt 1939 (Voranschlag):							
I. Zentralverwaltung Wiesbaden	230	130	–	–	–	18	378
II. Straßenbauaußenverwaltung	112	47	–	–	492	–	651 <sup>5</sup>
III. Anstalten	78	75	414	199	–	–	766
IV. Nass. Landesbank/Sparkasse	239	827	–	–	–	108	1174
Bezirksverband Nassau zusammen	659	1.079	414	199	492	126	2.969 <sup>6</sup>
zum Vergleich Ist am 01.04.1940:	589	1105		1242			2936
Ist am 01.04.1941:	583	1156		1280			3019

<sup>1</sup> Quellengrundlage: BV Nassau, Verwaltungsbericht (Anfang 1933–Anfang 1934); dto. (Anfang 1935–Anfang 1936), S. 6; dto. (Anfang 1936–31.03.1937), S. 9; dto. (01.04.1937–31.03.1938), S. 8; dto. (01.04.1938–31.03.1939), S. 8 f., dto. (01.04.1939–31.03.1940), S. 8; dto. (01.04.1940–31.03.1941), S. 6.

<sup>2</sup> Einschließlich Schwestern, Kindergärtnerinnen usw.

<sup>3</sup> Einschließlich Handwerkerpersonal, landwirtschaftl. Personal, Pförtner, Hausmädchen usw.

<sup>4</sup> LHA Eichberg, LHA Herborn, LHA Hadamar, LHA Weilmünster, „Landestaubstummennstitut“ Camberg (bis 1937), Gehörlosenschule Ffm (ab 1938), (Landes-) Aufnahmeheim Idstein, Landesaufnahmehaus Weilmünster (außer 1938), Kindererholungsheim Schloss Dehrn, Landeskinderheilstätte Mammolshöhe.

<sup>5</sup> Abweichung von der Quelle (dort fehlerhafte Addition).

<sup>6</sup> Abweichung von der Quelle (dort fehlerhafte Addition).

Tabelle 13:

Zahl und Anteil<sup>1</sup> der „alten Kämpfer“<sup>2</sup> unter der Belegschaft des Bezirksverbandes Nassau 1934–1940<sup>3</sup>

	in der Zentralverwaltung Wiesbaden	in den Anstalten und der Wegebau- außenverwaltung	in der Nass. Landesbank u. Sparkasse	im Bezirks- verband Nassau insgesamt
01.12.1934	42	61	70	173 5,8%
01.12.1935	45 14,7 %	112 9,1 %	80 7,2 %	237 9,0 %
01.04.1937	48 14,6 %	179 13,9 %	78 7,0 %	305 11,1 %
01.04.1938	56 15,8 %	204 14,7 %	79 6,9 %	339 12,4 %
01.04.1939	58 15,3 %	224 15,8 %	82 7,0 %	364 12,3 %
01.04.1940	57	223	78	358 12,2 %

Tabelle 14:

Gesamtzahlen der durch den Landesfürsorgeverband Wiesbaden unterstützten Hilfsbedürftigen (entsprechend der Fürsorgepflicht-Verordnung von 1924<sup>4</sup>) für den Zeitraum 1935 bis Anfang 1939<sup>5</sup>

	01.01.–31.12. 1935	01.01.1936– 31.03.1937 <sup>6</sup>	01.04.1937– 31.03.1938	01.04.1938– 31.03.1939
„Geistesranke“	6.022	7.262	6.633	6.384
„Geistesschwache“	1.535	1.561	1.609	1.490
„Epileptiker“	314	298	252	151
„Taubstumme“	158	169	256	224
„Blinde“ <sup>7</sup>	104	103	96	87
„Körperbehinderte“	885	955	699	560
Insgesamt:	9.018	10.348	9.545	8.896

<sup>1</sup> Als Bezugsgröße für die Berechnung der Prozentzahlen dient für die Daten zwischen 1935–1939 der im Verwaltungsbericht veranschlagte Durchschnittspersonalbestand für das auf den Stichtag folgende Rechnungsjahr (siehe dazu auch Tab. 12), da in diesen Fällen eine Aufschlüsselung nach Beschäftigungsstellen möglich ist. Mangels entsprechender Daten für 1934 u. 1940 wird hier als Bezugsgröße der Gesamtpersonalbestand (Istbestand) am 01.12.1934 bzw. am 01.04.1940 herangezogen, was die Vergleichbarkeit der Prozentzahlen nur in geringfügigem Maße beeinträchtigt.

<sup>2</sup> Der Terminus „alte Kämpfer“ wird in den Verwaltungsberichten des BV Nassau nicht definiert; es ist davon auszugehen, dass die Zahlen alle NSDAP-Mitglieder mit einem Eintrittsdatum vor dem 30.01.1933 umfassen und dass nicht die Definition im engeren Sinne (Parteibeitritt bis zum 14.09.1930) gemeint ist.

<sup>3</sup> BV Nassau, Verwaltungsbericht (Anfang 1934–Anfang 1936), S. 6; dto. (Anfang 1935–Anfang 1936), S. 6; dto. (Anfang 1936–31.03.1937), S. 8 f.; dto. (01.04.1937–31.03.1938), S. 8; dto. (01.04.1938–31.03.1939), S. 8 f.; BV Nassau, Verwaltungsbericht (01.04.1939–31.03.1940), S. 8.

<sup>4</sup> RGBl. I, Jg. 1924, Nr. 12 (15.02.1924), S. 100–107, „Verordnung über die Fürsorgepflicht“ (13.02.1924); Preuß. Gesetzsammlung, Jg. 1924, Nr. 29 (23.04.1924), S. 210–218, „Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924“ (17.04.1924).

<sup>5</sup> Quellengrundlage: BV Nassau, Verwaltungsbericht (Anfang 1935–Anfang 1936), S. 17; dto. (Anfang 1936–31.03.1937), S. 24; dto. (01.04.1937–31.03.1938), S. 24; dto. (01.04.1939–31.03.1940), S. 22.

<sup>6</sup> Für den zweiten aufgeführten Zeitabschnitt ist zu beachten, dass er um ein Viertel länger ist als die übrigen, worauf die teilweise leicht höheren Personenzahlen zurückzuführen sind.

<sup>7</sup> In den hier unter „Blinde“ ausgewiesenen Zahlen sind auch 2 (1935) bzw. 10 (1936/37) Personen mitgezählt, die in der Quelle als „Blinde u. Taubstumme“ ausgewiesen sind.

Tabelle 15:

Beköstigungssätze<sup>1</sup> für Patienten der untersten Klasse<sup>2</sup> in den Landesheilanstalten des Bezirksverbandes Nassau<sup>3</sup>

Zeitraum	Satz (in Reichspfennig)				
	Haushalts- ansatz BV Nassau	Ist-Satz LHA Ha- damar	Ist-Satz LHA Eichberg	Ist-Satz LHA Her- born	Ist-Satz LHA Weil- münster
1931 (Rechnungsjahr)	84,0				–
1932 (Rechnungsjahr)	56,0	30,0	49,0	51,0	–
1933 (Rechnungsjahr)		39,0	49,0	49,0	
1933 (Rechnungsjahr, 2. Halbjahr)					50,0 <sup>4</sup>
1934 (Feb.)		52,0			
1934 (März)		50,3			
1934 (Rechnungsjahr)	50,0	37,0	51,0	56,0	47,0
1934 (Mai)		49,7			
1934 (Juni)		49,26			
1934 (Juli)		49,0			
1934 (Aug.)		50,0			
1934 (Sep.)		48,3			
1934 (Okt.)		48,2			
1934 (Nov.)		49,3			
1934 (Dez.)		48,5			
1935 (Rechnungsjahr)	48,0				
1935 (Okt.)		46,8			
1936 (Rechnungsjahr)	48,0				
1936 (Okt.)		47,1			
1937 (Rechnungsjahr)	46,0				
1937 (Dez.)		44,6			
1938 (Juli)		44,2			
1939 (Jan.)		41,5			
1939 (Feb.)		40,1			
1939 (Rechnungsjahr)	46,0				
1939 (Mai)		44,5			
1939 (Juli)		45,0			
1940 (Rechnungsjahr)	46,0 <sup>5</sup>				
1941 (Rechnungsjahr)	46,0				
1943 (Rechnungsjahr)	46,0		41,0		
1943 (Rechnungsjahr)	46,0				
1944 (ohne genauere Datierung)	44,0				

<sup>1</sup> Ausgaben pro Person und Tag für Nahrungsmittel.

<sup>2</sup> Bis 30.09.1935: III. Klasse, ab 01.10.1935 (Reduzierung der Klassenanzahl von 3 auf 2): II. Klasse.

<sup>3</sup> Quellengrundlage: LWV, Best. 12/ehem. VA 401 (Kopie); Schmidt-von Blittersdorf / Debus / Kalkowsky, Geschichte (1986), S. 73 f., mit Hinweis auf LWV, Best. 12/ehem. VA 300 u. 401; Verhandlungen 69. KLT Wi (14.–19.03.1932), S. 124 f.; BV Nassau, Verwaltungsbericht (Anfang 1935–Anfang 1936), S. 36; BV Nassau, Anlagen zum Haupt-Haushaltsplan (Rechnungsjahr 1939), S. 62; dto. (Rechnungsjahr 1940 [galt auch für 1941]), S. 70; dto. (Rechnungsjahre 1943 u. 1944), S. 76; IfStG Ffm, Mag.-A. 4.053, Bl. 86, BV Nassau an OB Krebs, Ffm (25.04.1944); HStA Wi, Abt. 430/1 Nr. 12845, o. Bl.-Nr., LHA Eichberg an BV Nassau (16.05.1944).

<sup>4</sup> Nur zweite Hälfte des Rechnungsjahres, da die LHA Weilmünster erst am 01.10.1933 öffnete.

<sup>5</sup> Vermutlich lagen die realen Ausgaben bereits ab Kriegsbeginn und bis 1944/45 noch weit unter den genannten Ansätzen.

Tabelle 16:

Darstellung des Bezirksverbandes Nassau über die (angebliche) Zusammensetzung des im Haushaltsplan eingesetzten Beköstigungssatzes von RM 0,46 (1944), hier für die Landesheilanstalten Herborn und Weilmünster<sup>1</sup>

<u>Berechnung</u>					
der reinen Lebensmittelunkosten pro Kopf und Tag:					
Lebensmittel:	Für 1 Versorg. abschnitt = 28 Tage	Ein- heits- preis p. kg.	Betrag	: 28	Tagessatz RM
Brot	6700 g	0,30 +	2,01	"	0,0718
Weizenmehl	2250 g	0,3495	0,79	"	0,0283
Fleisch- u. Fleischw.	1000 g	1,88	1,88	"	0,0607
Butter	500 g	3,50	1,75	"	0,0625
Butterschmalz	90 g	3,84	0,35	"	0,0125
Oel	50 g	1,73	0,09	"	0,0032
Margarine	200 g	1,74	0,35	"	0,0125
Teigwaren	300 g	0,65	0,195	"	0,0069
Nährmittel	300 g	0,40	0,12	"	0,0043
Kaffee-Ersatz	250 g	0,74	0,185	"	0,0066
Zucker	900 g	0,71	0,64	"	0,0228
Marmelade	700 g	0,78	0,55	"	0,0197
Käse	125 g	1,90	0,24	} "	} 0,01
Quark	125 g	0,32	0,04		
Kartoffeln	500 tgl.	0,073	0,037	–	0,0365
Kohlraben/Rüben	250 tgl.	0,085	0,0212	–	0,0212
Eier	2 St.	0,12	0,24	"	0,0085
Gemüse/Tee	nach durchschn. Verbrauch im letzten Jahr und den Erzeugerhöchstpreisen				0,0457
Obst	" "	"	"	"	0,0117
Sonstiges (Milch u. a.)					0,0146
					0,4600 RM

+) Brot: Ladenpreis 0,45 RM für 1500 g.

Anmerkung: Die Eintragungen der Tabelle sind aus der Quelle wörtlich übernommen. Zu beachten ist, dass die hier angegebenen Mengen *nicht* den tatsächlich zur Verfügung gestellten Lebensmittelmengen entsprechen. In der Quelle wird ergänzend bemerkt, „daß in der vorstehenden Berechnung der Kartoffelverbrauch noch mit einem Tagessatz von 500 g angesetzt ist, während nach einer neueren Bestimmung die Heil- und Pflegeanstalten für ihre Insassen nur noch 250 g pro Kopf und Tag verbrauchen dürfen. Durch diese Herabsetzung ermäßigt sich auch der reine Materialunkostenbetrag für den täglichen Beköstigungssatz von rd. 0,46 RM auf rd. 0,44 RM.“

<sup>1</sup> Quelle: IfStG Ffm, Mag.-A. 4.053, Bl. 86, BV Nassau, Wiesbaden, gez. Landesrat Kranzbühler i. V. d. Landeshauptmanns, an Provinzialrat u. Staatsrat OB Dr. Krebs, Ffm, Siesmayerstraße 12 (25.04.1944).

## Biografische Daten

**A., Hedwig**, \* 19.06.1916, NSDAP-Mitglied, BDM-Gruppenführerin, bis 1940 wohnhaft in Ffm (wahrscheinlich „in der Römerstadt“) u. tätig als Versicherungsangestellte, Okt. 1940 Dienstverpflichtung in Ffm für „T4“, tätig für „T4“ als Sekretärin in Pirna-Sonnenstein, Bernburg u. Hartheim, Eheschließung mit dem für „T4“ in Sonnenstein tätigen Leichenverbrenner Emil H. (dieser nach dem Krieg tätig in Usingen als Kraftfahrer). *Kap. IV. 2. (Anm. 366)\**

**A., Maria**, \* ca. 1903, Pflegerin in den Wittenauer Heilstätten Berlin, ab Dez. 1939/Jan. 1940 Dienstverpflichtung zu „T4“, eingesetzt in Grafeneck, ab Apr. 1940 in Pirna-Sonnenstein, dann (mit unsicheren Datierungen, wahrscheinlich ab 1941) in der PHA Niedermarsberg („Kinderfachabteilung“) u. in der LHA Eichberg („Kinderfachabteilung“), dann (wahrscheinlich ab Herbst 1941) in der Anstalt Hadamar, zwischenzeitlich Anf. 1942 Teilnahme am „T4“-„Osteinsatz“, wieder in Hadamar (ab Aug. 1942 Abordnung von „T4“ an den BV Nassau), dann (nach Dez. 1942) in der „T4“-Zentrale in Berlin als Telefonistin u. tätig in Bernburg, 1943 Teilnahme am „Katastropheneinsatz Rheinland“, dann tätig im Wirtschaftsamt Berlin-Lichtenberg, 1963 wohnhaft in Hattenhofen Krs. Göppingen. *V. 3. (97)*

**A., Paul**, \* 29.08.1889 in Koblenz, + 14.06.1965, 1910 Eintritt beim BV Wiesbaden als Sachbearbeiter für Verpflegungs- bzw. Kassenangelegenheiten bei d. LHA Eichberg, 1911–45 mit kurzen Unterbrechungen (vermutlich Abordnungen) bei der LHA Herborn, seit 1914 Dienstbezeichnung Bürogehilfe, seit 1918 Büroassistent, seit 1921 LS, seit 1922 in der LHA Herborn Kassenleiter u. Stv. des ersten Verwaltungsbeamten, ab 1923 LOS, ab 1927 LI, ab 1938 LOI, ab 1939 amtierender erster Verwaltungsbeamter der LHA Herborn, nach vorübergehender Entlassung aus politischen Gründen in der Nachkriegszeit 1949 Wiedereintritt bei der KV Wiesbaden, tätig als Verwaltungsleiter in der Landeskinderklinik Mammolshöhe bzw. der Landesheilstätte Falkenstein/Taunus, ab 1950 wieder LOI, 1953 Beförderung zum LAM. *III. 3. (68)*

**Allers, Dietrich**, \* 1910, + 1975, 1932 NSDAP- u. SA-Beitritt, Jurist, ab 1938 Beamter auf Lebenszeit, Ende 1940 U.-k.-Stellung für „T4“, dort „Geschäftsführer“ u. ab 1941 Leiter der „T4“-Tarnorganisation „Zentralverrechnungsstelle“, ab Feb. 1942 Oberregierungsrat, Frühjahr 1944 in Triest, dort Leiter des „T4“-Istrieneinsatzes (u. a. Lager San Sabba), Aug. 1945 Festnahme u. Internierung (ab Nov. 1945 in Neugamme), ab Aug. 1946 Ermittlungsverfahren d. StAnw b. d. LG Ffm, Feb. 1947 Entlassung aus d. Internierung, 20.04. 1948 Verhaftung durch am. Besatzung, Sept. 1949 Freilassung u. Einstellung eines Ermittlungsverfahrens (wg. „T4“) durch die StAnw Hannover, Rechtsanwalt in Buxtehude u. Hamburg, ab 1959 Syndikus d. Deutschen Werft in Hamburg, 27.08.1962 Festnahme, 1968 Verurteilung zu 8 Jahren Zuchthaus, jedoch keine weitere Strafverbüßung wg. Anrechnung v. Internierung u. Untersuchungshaft. *V. 3. (157)*

**Altwater, William, Dr. med.**, \* 02.03.1880 in Hildesheim, + 03.06.1961, seit 01.06.1909 beim BV Nassau, zunächst als Assistenzarzt, ab 1911 als Oberarzt, seit 1934 erster Vertreter des Direktors d. LHA Herborn, zum 01.08.1941 versetzt zur LHA Eichberg, zum 01.12.1941 im Ruhestand, ab 03.05.

\* Die Quellen zur jeweiligen Kurzbiografie finden sich innerhalb des angegebenen Kapitels in der in Klammern genannten Anmerkung.

1945 Direktor d. LHA Hadamar, zum 01.10.1948 erneut im Ruhestand. *III. 3. (141)*

**Astel, Karl, Prof. Dr. med.**, \* 1895 [laut Weindling] oder 26.02.1898 [laut Stockhorst] in Schweinfurt, + 1945 durch Suizid, NSDAP-Mitglied ab 1930, ab Juni 1933 Leiter des Thür. Landesamts für Rassenwesen in Weimar, ab 1934 Lehrbeauftragter für menschliche Züchtungslehre u. Vererbungslehre an der Univ. Jena, im MdI in Weimar zuständig für die Heil- u. Pflegeanstalten, Mitglied der SS (1939 Obersturmbannführer). *III. 3. (53)*

**Avienny, Wilhelm („Willi“)**, \* 21.11.1897 in Wiesbaden, Kaufmann, 1916–1919 Kriegsteilnahme bzw. Militärangehöriger, NSDAP-Mitglied, ab 1933 (01.04. kommissarisch, 08.09. gewählt, 04.11. offizieller Dienstantritt) bis 10.02. 1939 Generaldirektor d. Nass. Landesbank u. Nass. Sparkasse in Wiesbaden, 1933 NSDAP-Kandidat für den Landesausschuss in Wiesbaden, seit 1935 Provinzialrat der Provinz Hessen-Nassau (Mitglied kraft Ernennung „als Vertreter der Banken“), vor 1939 nebenamtl. „Kommissar“ für die Hess. Landesbank (Darmstadt), 1939 Vorstandsmitglied der Metallgesellschaft AG in Ffm (u. a. 1942 dort Vorstandsvorsitzender u. Generaldirektor), u. a. 1942/43 im NSDAP-Gau Hessen-Nassau als Gauwirtschaftsberater im Rang eines „Bereichsleiters“. *IV. 1. (80)*

**B., Emilie („Emmy“)**, \* 14.12.1892 in Cramme Krs. Wolfenbüttel, + 24.07.1962 in Wolfenbüttel, seit 01.01.1940 NSDAP-Mitglied, ab 1926 Verwaltungsangestellte in der LHA Hadamar, zum 01.11.1940 Versetzung zur LHA Eichberg, 1942–1944 tätig im Kinderheim Schloss Dehm, 1944–1951 (bis zum Ruhestand) in der Landeskinderklinik Mammolshöhe. *IV. 2. (381)*

**B., Emma („Emmi“)**, \* 02.02.1908 in Klein-Zapplin/Pommern, Krankenpflegerin in der HPA Berlin-Buch, 1937 NSDAP-Beitritt, Ende 1939/Anf. 1940 Dienstverpflichtung zu „T4“, eingesetzt in Grafeneck, ab Dez. 1940 in Hadamar, Anf. 1942 Teilnahme am „T4“-„Osteinsatz“, wieder in Hadamar (ab 1942 Abordnung v. „T4“ an den BV Nassau), 20.01. 1943 Ostmedaille, 07.07.1945 Ausscheiden in Hadamar, Okt. 1945 Zeugin im am. Hadamar-Proz. Wiesbaden. *V. 3. (97)*

**B., Friedrich**, \* 28.08.1902, ab 01.04.1935 beim BV Nassau, LS b. d. LHA Hadamar, 1939/40–1945 bei der Wehrmacht, 1941 nicht vollzogene Abordnung vom BV Nassau zu „T4“, 1951 zur Beförderung (LOS) vorgeschlagen. *IV. 2. (390/391)*

**B., Johann**, \* 07.03.1907 in Syrin Krs. Ratibor, Gärtner, 1931 SA- u. NSDAP-Beitritt, 1938–1940 Post-Facharbeiter in Ffm, Okt. 1940 Dienstverpflichtung in Ffm für „T4“, bis Mitte 1942 bei „T4“ in Hadamar (Gärtner, Küche, Servierer), anschließend bei der Organisation Todt, bis 1944 auf dem Balkan (Belgrad, Skopje), 1946 wohnhaft in Ffm-Hedernheim, 25.02.1946 Festnahme, 03.08.1946 Einstellung eines Ermittlungsverfahrens, 1965 wohnhaft in Ffm-Bockenheim. *IV. 2. (366)*

**B., Michael**, \* 26.06.1908 in Freystadt/Oberpfalz, + 17.08. 1941 in Nordrussland (als Soldat), Apr. 1933 NSDAP- u. SA-Beitritt, später wahrscheinl. SS-Mitglied, ab 01.09.1936 beim BV Nassau, Pfleger b. d. LHA Hadamar, 1941 nicht vollzogene Abordnung vom BV Nassau an „T4“. *IV. 2. (390/391)*

**Baumhard, Ernst, Dr. med.**, \* 03.03.1911, aus Amedorf b. Halle, + 24.03.1943 im Kriegseinsatz, 1937 NSDAP-Beitritt, 1939 Approbation, anschließend Promotion, ab 01.11.1939 bei „T4“, ab Jan. 1940 zweiter Arzt in Grafeneck, später Direktor, ab Jan. 1941 Dir. in Hadamar, Juni 1941 Ausscheiden

bei „T4“, anschließend b. d. Marine, Tod bei U-Boot-Einsatz, Aug. 1946 Einstellung eines Ermittlungsverfahrens in Ffm (da „[m]utmaßlich verstorben“). *IV. 3. (153)*

**Becker, Hans-Joachim**, \* 19.11.1909 in Kassel, ab 1930 Verw.-Ang. d. BV Hessen (Fürsorgeerziehung, Landesfürsorgeverband, Anstaltswesen), 1937 NSDAP-Beitritt, 1940 Bestehen der Inspektorenprüfung (jedoch noch keine Verbeamtung), ab Mitte 1940 Abordnung zur Gauselbstverwaltung Danzig (Gaujugendamt), 1941 Dienstverpflichtung zu „T4“, ab Apr. 1941 tätig für die neu eingerichtete „Zentralverrechnungsstelle“ (ZVSt) in Berlin (stv. Leiter), ab 1943 mit Sitz in Hartheim, ab Anf. 1945 mit Sitz in Mühlhausen/Thüringen, Okt. 1945 Kündigung beim PV Kurhessen durch Becker (auf Anraten d. PV vom Juli 1945), ab 1945 tätig als Zivilangestellter der US-Besatzung (u. a. Verkaufsorganisation, Manager im Kantinenbereich), 1950 Einstellung eines Ermittlungsverfahrens, 1952 vorübergehend bei d. Wirtschafts- u. Organisationsberatung Hess. Gemeinden in Offenbach, anschließend wieder bei der US-Firma, 1953 vergeblicher Versuch der Wiedereinstellung beim LWV Hessen, 1958/59 vergebliche Bewerbungen beim RP in Kassel bzw. beim Landespersonalamt Hessen, Juni bis Okt. 1966 Untersuchungshaft, Mai 1970 Verurteilung durch das Schwurgericht Ffm zu 10-jähriger Freiheitsstrafe wg. Beihilfe zum Mord, Haft in Diez u. Kassel, Sept. 1974 Freilassung („Vollzugsuntauglichkeit“). *IV. 2. (387)*

**Berner, Friedrich, Dr. med. habil.**, \* 12.11.1904 in Zwickau, + 02.03.1945 (Kriegseinsatz), zunächst wohnhaft in Rostock u. Erfurt, 1931 Approbation, 01.05.1933 NSDAP-Beitritt (Nr. 2.804.744), 1934 SS-Anwärter, ab ca. 1935 tätig am Städt. Krankenhaus Mainz, ab 26.08.1936 SS-Mitglied (Nr. 276.832), später Angehöriger d. Röntgensturmbans b. SS-Führungshauptamt, SS-Hauptsturmführer, 1936 Facharztanerkennung (Röntgenologe), ab 01.01.1937 Führung des Sanitäts-Sturmes im SS-Abschnitt Rhein, ab Okt. 1937 in Frankfurt a. M. als Röntgenassistentarzt (Univ.-Klinik, Röntgeninstitut), 1940 Habilitation, Univ.-Dozent an der Med. Fak. Ffm, Oberstabsarzt der Luftwaffe, 15.05. bis 31.12.1941 tätig für „T4“, unterdessen Mitte Juni 1941 bis ca. Herbst 1941 als „T4“-Arzt in Hadamar (Gasmordaktion, Deckname „Dr. Barth“), anschließend wieder bei der Luftwaffe. *IV. 2. (443)*

**Bernotat, Otto Friedrich („Fritz“)**, \* 10.04.1890 in Mittel-Jodupp (späterer Name: Holzeck), Kreis Goldap/Ostpreußen, + 04.03.1951 unter dem Decknamen Otto Kallweit in Neuhoof b. Fulda, 6–14. Lebensjahr Volksschule Czarnowken, bis 1908 tätig in der elterlichen Landwirtschaft in Mittel-Jodupp, 02.10.1908–04.10.1919 Militär- u. Kriegsdienst (Ulanen-Regt. No. 8 in Gumbinnen, Ulanen-Regt. No. 7 in Saarbrücken, ab Okt. 1913 Telegraf-Bat. No. 7 in Koblenz, im Krieg zuletzt stv. Divisions-Nachrichten-Bauwart, Eisernes Kreuz II. Klasse, Ehrenkreuz f. Frontkämpfer, nach Kriegsende beim Korps-Nachrichten-Park 1 in Königsberg als Parkverwalter), 12.11.1920 Eheschließung mit Auguste R. (\* 28.11.1898), 1920–1922 Vertragsangestellter b. Hauptversorgungsamt Koblenz u. Versorgungsamt Oberlahnstein, 02.10.1922 Dienstantritt beim BV Wiesbaden als Militäranwärter, dort ab 01.04.1925 planmäßig angestellt als Landesverwaltungsassistent, ab 01.04.1927 LS, ab 01.02.1929 LOS, 1933 Beauftragter des Gauleiters beim BV, ab 01.11.1933 LBD, ab Ende 1933 Adjutant d. LH in Wiesbaden (Leiter d. Büro S) u. Dezernent f. polit. Angelegenheiten, ab 01.01.1936 LVR, ab 01.04.1937 zusätzlich Dezernent f. das Anstaltswesen d. BV Nassau (Leiter d. Gesamt-Abteilung S: S = Büro d. LH, S/II = Anstaltswesen, S/III = Beschaffungsstelle/Hausdruckerei), ab 18.02.1938 LdsR (Klasse Ib, auf 12 Jahre ernannt), Juni bis Sept. 1939 abgeordnet zum Reichsprotector Böhmen u. Mähren („Bodenamt“ Prag), ab

1943 LdsR (Klasse Ia), ab 1943 zusätzlich Dezernent für den Landesfürsorgeverband und das Landeswohlfahrtsamt (Vorstand d. Abteilung II = Volksfürsorge), 1945 untergetaucht u. entlassen; NSDAP-Mitglied ab 01.11.1928 (Mitglieds-Nr. 102.710), 1928–1930 SA-Mitglied, ab 01.11.1930 (nach anderen Angaben ab 01.01.1930) Sektionsleiter d. Sektion Wiesbaden-Südstadt (nach anderen Angaben: Wiesbaden-Südwest), Unterbrechung durch „Severing-Erlass“, anschließend bis Anfang 1931 stv. Kreisleiter f. Beamtenfragen, ab 14.01.1932 SS-Mitglied (Mitglieds-Nr. 22.546, Mitglied d. Vereins „Lebensborn“, Inhaber d. Totenkopfrings d. SS) (das z. T. angegebene SS-Beitrittsjahr 1931 dürfte falsch sein), ab 23.03.1932 SS-Truppführer im Sturmbann I/2, 01.06.1933–31.03.1934 NSDAP-Ortsgruppenleiter d. Ortsgruppe Wiesbaden-Bahnhof, ab 10.01.1934 SS-Obertruppführer z. b. V. beim Stab SS-Abschnitt XI (nach anderen Angaben bereits im Dez. 1933 versetzt), ab 01.04.1934 NSDAP-Ortsgruppenleiter z[ur] b[esonderen] V[erwendung] des Kreises, ab 01.07.1934 Fürsorgereferent beim Stab d. Sturmbans I/78. SS-Standarte, ab 17.06.1935 Fürsorgereferent d. SS-Abschnitts XI, ab 09.11.1935 (nach anderen Angaben ab 20.04.1935) SS-Untersturmführer, ab 13.09.1936 (nach anderen Angaben ab 09.11.1935) SS-Obersturmführer, ab 16.09.1936 (nach anderen Angaben ab 14.09.1936) SS-Hauptsturmführer, ab 01.07.1937 (nach anderen Angaben ab 01.02.1937) Führer beim Stab d. SS-Abschnitts Rhein, ab 12.09.1937 SS-Sturmbannführer, ab 25.06.1938 NSDAP-Ortsgruppenleiter ehrenhalber, ab 15.03.1939 ehrenamtl. Gas- u. Luftschutzreferent b. SS-Oberabschnitt Rhein, ab 22.03.1939 NSDAP-Ortsgruppenleiter z[ur] b[esonderen] V[erwendung], ab 10.09.1939 SS-Obersturmbannführer, 30.01.1943 Goldenes Parteiabzeichen (ehrenhalber von Hitler verliehen, Urkunde: 23.02.1943), ab 16.04.1943 Vertrauensmann d. Kreisleitung Wiesbaden in Beamtenfragen, ab 20.04.1943 „Kreisreferent „Alte Garde““ in Wiesbaden, ab 09.11.1943 SS-Standartenführer als Führer b. Stab d. SS-Oberabschnitts Rhein-Westmark; 1933/34 Landeskirchenrat, ab 01.08.1936 (auf 6 Jahre berufen) Ratsherr d. Stadt Wiesbaden, ab 1937 „Vereinsleiter“ d. Trägerverses d. HEA Kalmenhof/Idstein, ab 07.05.1937 Vorsitzender d. Vereins für Volkspflege e. V., ab 08.09.1937 Vorstand d. HEPA Scheuern, Jan. 1938 Austritt aus d. evang. Kirche (fortan: „gottgläubig“); wurde im Rahmen der strafrechtl. Verfolgung nach 1945 für tot gehalten, lebte tatsächlich inkognito bis zu seinem Tod in Neuhoof (Kreis Fulda). *III. 3. (5)*

**Best, Werner, Dr. jur.**, \* 10.07.1903 in Darmstadt, + 23.06.1989 in Düsseldorf, Jura-Studium in Ffm, Freiburg i. B. u. Gießen, 1927 Promotion, dann tätig als Richter in Hessen, 1930 NSDAP-Beitritt, 1931 SS-Beitritt, 1933 kurzzeitig Polizeipräsident für das Land Hessen, ab Herbst 1933 Organisationschef des SD in München, ab Anfang 1935 tätig im Geheimen Staatspolizeiamt bzw. Hauptamt Sicherheitspolizei in Berlin (ab 1939 im Reichssicherheitshauptamt) in verschiedenen Funktionen, jeweils stv. Leiter (als Vertreter Heydrichs), 1940–1942 als Kriegsverwaltungschef beim Militärbefehlshaber in Frankreich, 1942–1945 Gesandter u. Reichsbevollmächtigter in Dänemark, ab 1945 Haft in Dänemark, 1951 Rückkehr nach Deutschland, in den 1950er Jahren in Nordrhein-Westfalen Engagement für eine Generalamnestie zugunsten aller NS-Täter. *III. 1. (182)*

**Borkowski, Margarete („Gretel“)**, \* 10.10.1884 in Königsberg/Ostpreußen, + 1948, ca. 15-jährige Tätigkeit als Fürsorgeerziehungsschwester in Berlin, Frankfurt/O., Brandenburg, Apr. 1924 Eintritt beim BV Nassau als Schwester in der LHA Hadamar (für das sog. „Psychopathinnenheim“), zum 01.10.1939 Versetzung zur LHA Herborn, zeitweise auch in der HEA Kalmenhof u. der LHA Weilmünster, von dort zum 25.01.1943 Versetzung zur LHA Hadamar, 07.07.

1945 Dienstentlassung u. Inhaftierung durch die US-Militärpolizei (bis Okt. 1945), Okt. 1945 Zeugin im am. Hadamar-Prozess Wiesbaden, 14.02.1946 Haftbefehl u. Festnahme in Hadamar oder Limburg, Untersuchungshaft in Limburg, 02.04.1946 Anklageerhebung, 26.03.1947 Verurteilung im Hadamar-Prozess Ffm zu 2 ½ Jahren Zuchthaus, nicht rechtskräftig durch Tod vor der Entscheidung im Revisionsverfahren.  
*V. 3. (92)*

**Bouhler, Philipp**, \* 11.09.1899 in München, + 19.05.1945 nahe Dachau (Suizid auf der Fahrt zum Internierungslager), 1922 zweiter Geschäftsführer der NSDAP, 1925 Reichsgeschäftsführer, Reichsleiter der NSDAP, ab Einrichtung der Kanzlei des Führers (17.11.1934) deren Leiter. *IV. 2. (23)*

**Brack, Viktor**, \* 09.11.1904 in Haaren [Aachen], + 02.06.1948 in Landsberg/Lech (Hinrichtung), seit 1921 in München, Dipl.-Wirtschaftsingenieur, Bekanntschaft der Familie Brack zu Himmler, seit 1924 Bekanntschaft Bouhlers (gemeinsamer Motorsport), 1929 NSDAP- u. SS-Beitritt, ab 1930 zeitweise Fahrer Himmlers, ab 1932 Adjutant Bouhlers, 1934 Stabsleiter in der KdF, ab 1936 Leiter des Hauptamts II der Kanzlei des Führers, 1942 maßgebliche Beteiligung am Aufbau der Vernichtungslager Belzec, Sobibor u. Treblinka, am 10.08.1947 im Nürnberger Ärzteprozess Verurteilung zum Tode *IV. 2. (42)*

**Brandt, Karl, Prof. Dr. med.**, \* 08.10.1904 in Mühlhausen/Elsass, + 20.08.1947 in Landsberg/Lech (Hinrichtung), Medizinstudium, 1928 Promotion, ab 1932 NSDAP-, ab 1933 SA-, ab 1934 SS-Mitglied (ab 1944 SS-Gruppenführer), ab 1934 Begleitarzt Hitlers, ab 28.07.1942 Hitlers Bevollmächtigter für das Sanitäts- und Gesundheitswesen, ab 05.09.1943 Generalkommissar für das Sanitäts- und Gesundheitswesen, ab 25.08.1944 Reichskommissar für das Sanitäts- und Gesundheitswesen, 05.10.1944 Entlassung, März 1945 Verhaftung wegen angebl. Kollaboration mit den Alliierten, April 1945 Todesurteil (nicht vollstreckt), Todesurteil im Nürnberger Ärzteprozess. *IV. 2. (22), V. 3. (156)*

**Braune, Paul Gerhard**, \* 16.12.1887 in Tornow Krs. Landsberg/Warthe, + 19.09.1954 in Bielefeld-Bethel, 1922–1954 Leiter der Hoffnungsthaler Anstalten in Lobethal, ab 1932 Vizepräsident des Centralausschusses der Inneren Mission, ab 12.08.1940 einige Monate in Gestapohaft in der Zentrale in der Berliner Prinz-Albrecht-Str. *IV. 3. (429)*

**C., Elfriede („Frieda“), Dr. med.**, + 03.12.1894 in Thorn, + 23.12.1966, 1916–1921 Medizinstudium, 1923 Approbation, 1921–1929 tätig in div. Krankenhäusern in Bonn, Berlin, Bayreuth, ab Jan. 1930 beim BV Nassau als Anstaltsärztin d. LHA Hadamar, ab 1931 dort Assistenzärztin, ab 1937 dort Oberärztin, ab Dez. 1939 in d. LHA Eichberg, ab 04.03.1941 „in Krankheitsurlaub gefahren“, zum 01.04.1941 Versetzung zur LHA Weilmünster, Sept. 1941 bis 16.11.1942 Oberärztin im Kindererholungsheim Schloss Dehm, zwischenzeitlich im Mai/Juni 1942 in der HEA Kalmenhof tätig, dort auch im Aug./Sept. 1942 als Urlaubsvertretung, zum 17.11.1942 Versetzung zur Kinderheilstätte Mammolshöhe, 16.04.1946 Versetzung zur LHA Eichberg, ab Juni 1945 im Ruhestand, ab 1934 RDB- u. NSV-Mitglied, ab 1937 NSDAP-Mitglied, 1947 Entnazifizierung als „Entlastete“. *IV. 3. (255)*

**Conti, Leonardo, Dr. med.**, \* 24.08.1900 in Lugano/Tessin (Schweiz), + 06.10.1945 in Nürnberg (Suizid in amerikanischer Haft), 1919–1923 Medizinstudium in Berlin u. Erlangen, 1923 Staatsexamen, 1925 Approbation, 1919 DNVP-Beitritt, 1923 SA-Beitritt, 1927 NSDAP-Beitritt, ab 1930 SS-Mitglied (zuletzt Oberggruppenführer), 1932 MdL in Preußen, ab 1933 für das RMdI tätig, ab 1934 Abteilungslei-

ter für Volksgesundheit bei der NSDAP-Reichsleitung, ab 1936 Stadtmedizinalrat in Berlin, ab 1939 Leiter des NSDAP-Hauptamts für Volksgesundheit, ab 1939 Reichsgesundheitsführer u. Reichsärztführer, ab 20.04.1939 Staatssekretär im RMdI, am 03.03.1945 Ernennung zum Honorarprofessor. *III. 1. (267)*

**Creutz, Walter, Prof. Dr. med.**, \* 1889, + 1971, 1925–1935 tätig in den Anstalten Bedburg-Hau u. Düsseldorf-Grafenberg, 1933 NSDAP-Beitritt, ab 1935 in der Verwaltung d. PV d. Rheinprovinz in Düsseldorf, dort Ernennung zum LdsR u. tätig als Psychiatriedezernent, 1939 Einberufung zur Wehrmacht, 1940 U.-k.-Stellung, 1948 Freispruch im Düsseldorf „Euthanasie“-Prozess. *IV. 2. (117)*

**D., Therese (ab 1943 verheiratete H.)**, \* 20.05.1907 in Sonnenberg (Kreis Wiesbaden), katholisch (Kirchenaustritt Jan. 1938), 1928 Eintritt beim BV Wiesbaden als Kanzlei-angestellte, bis 1940 u. a. tätig für Abt. Ia u. Büro d. LH (Abt. S bzw. S/I), 1940–1945 in Abt. S/II/III (bzw. Nachfolgeabteilung) als Sekretärin von Bernotat, 1945 Flucht gemeinsam mit Bernotat Richtung Osten, bis 1946 Aufenthalt in der SBZ (Thüringen), 1945 sah der BV Nassau das ohne Kündigung aufgegebene Dienstverhältnis als beendet an, 1962 erreichte H. eine Nachversicherung in der Angestelltenversicherung durch den LWV Hessen. *III. 3. (39)*

**Dorten, Adam, Dr.**, \* 1880, + 1963, ehem. Staatsanwalt, 01.–04.06.1923 u. 23.10.1923–31.01.1924 Anführer von Putschversuchen rheinischer Separatisten in Wiesbaden. *(I. 2. 194)*

**E., Christian**, \* 03.03.1891, ab 29.06.1938 beim BV Nassau, Pförtner b. d. LHA Hadamar, Nov. 1940 bis Juli 1942 Abordnung zu „T4“ in Hadamar (als Pförtner u. Telefonist), 1946 keine Anklageerhebung (da nur mit „untergeordneten Arbeiten beschäftigt“). *IV. 2. (390/396)*

**Ehrler, Friedrich (Fritz)**, \* 06.03.1871 in Ingolstadt, + 19.10.1944 in Wiesbaden, SPD-Mitglied, Gewerkschaftsfunktionär, ab 17.11.1919 Polizeipräsident in Ffm, ab 17.11.1925 komm., später definitiv RP in Wiesbaden, Mitte Februar 1933 in den einstweiligen Ruhestand, später entlassen aus dem Staatsdienst. *I. 2. (54)*

**Eigruber, August**, \* 16.04.1907 in Steyr/Oberösterreich, + 28.05.1947 in Landsberg (Hinrichtung), 1925 NSDAP-Beitritt, 1936/38 Gauleiter des Gaus Oberösterreich, 1938 SS-Beitritt (1943 Oberggruppenführer), ab 1940 Reichsstatthalter in Oberdonau, ab 1942 RVK, 1946 Todesurteil durch ein US-Militärgericht in Dachau (wg. Mauthausen). *IV. 2. (100)*

**F., Alfred**, Okt. 1940 Dienstverpflichtung in Ffm für „T4“, für „T4“ in Hadamar als Bürohilfe, Aufenthalt in den 1960er Jahren durch die Justiz nicht ermittelbar. *IV. 2. (366)*

**F., Elise („Liesel“), geb. T.**, \* 02.08.1900 in Nagold, 1937–1940 tätig b. d. Landeshauptkasse Stuttgart, 1939 NSDAP-Beitritt, ab Apr. 1940 bei „T4“ als Bürokraft (u. a. Karteiarbeiten), eingesetzt in Grafeneck, ab Jan. 1941 bei „T4“ in Berlin (vorübergehend auch in Sonnenstein u. Hartheim), Mai 1941 bis Juli 1942 in Hadamar, zwischenzeitlich ca. Apr.–Juli 1942 abgeordnet zur LHA Eichberg, ab Sommer 1942 in Bernburg, ab Sommer 1943 bei der ZVSt in Hartheim, gegen Kriegsende noch in den Ausweichquartieren Bad Schönfließ/Neumark u. Mühlhausen/Thür.), nach 1945 Verfahren in Hessen betr. „Morde in Heilanstalten“ (u. a. März 1947 in Untersuchungshaft). *V. 1. (95)*

**F., Karl**, \* 13.10.1896 in Drommershausen (heute Ortsteil von Weilburg), 1910–1914 angestellt beim Landratsamt

Weilburg, 1914–1926 beim Militär, anschließend bei verschiedenen Behörden tätig, ab Frühjahr 1930 als Militärärzter zur Zentralverwaltung d. BV Nassau, dort ca. 1931 LOS, zum 01.05.1933 NSDAP-Beitritt, bis März 1936 in der Zentralverwaltung des BV Nassau (Abt. II, Landesfürsorgeverband) tätig, dort noch LI, März 1936 bis 1945 erster Verwaltungsbeamter der LHA Weilmünster, ab 1936 LOI, ab 1938 LAM, im Juli 1945 Entlassung auf Veranlassung der Militärregierung. *III. 3. (74)*

**Fernholz, Alfred, Dr. med.,** \* 1904, Psychiater, 1931 NSDAP- u. SS-Beitritt, Leiter d. Abt. II (Volkspflege) im MdI in Dresden, Leiter des Gauamts für Volksgesundheit in Dresden, Leiter des NSD-Ärztbundes in Sachsen, angeblich im Juni 1945 Festnahme durch US-Truppen in Leipzig, wahrscheinlich Flucht nach Westdeutschland. *IV. 2. (133)*

**Fiehler, Karl,** \* 31.08.1895 in Braunschweig, + 08.12.1969 in Diessen am Ammersee, seit 1919 Verwaltungsbeamter in München, 1923 Teilnahme am „Hitlerputsch“, Festungshaft in Landsberg, 1925 Mitglied der neu gegründeten NSDAP (Mitglieds-Nr. 37), ab 1928 Mitglied der Obersten Parteileitung, ab 1932 Leiter des Hauptamts für Kommunalpolitik, ab 1933 OB von München u. Vorsitzender d. DGT, ab 1933 SS-Mitglied (zuletzt SS-Obergruppenführer). *III. 1. (245)*

**Fischer-Defoy, Werner, Dr. med.,** \* 12.04.1880 in Magdeburg, + 14.10.1955 in Ffm, Medizinstudium in Heidelberg/Jena/Rostock, 1902 Promotion u. Approbation, 1903–1908 klin. Assistenz, 1909–1913 prakt. Arzt in Quedlinburg, 1913–1919 Direktionsassistent am Hygienemuseum Dresden, im Ersten Weltkrieg eingezogen, ab 1919 Schularzt in Ffm, dort ab 1921 Stadtmedizinalrat, 1929 NSDAP-Beitritt, ab 1933 Mitglied d. Magistrats in Ffm, 1934–1945 Stadtrat u. Dezernent sowie Leiter von Stadtgesundheitsamt, Fürsorgeamt u. Ständesamt der Stadt Ffm, Vorsitzender diverser Stiftungen (u. a. Stiftung Hospital zum Heiligen Geist Ffm). *III. 2. (23)*

**Forster, Albert,** \* 26.07.1902 in Fürth/Bayern, + 28.02.1952 in Warschau (Hinrichtung), 1923 NSDAP- und SA-Beitritt, Mitarbeiter des „Stürmer“, Ortsgruppenleiter in Fürth, 1930 MdR, ab Okt. 1930 Gauleiter in Danzig (zunächst Gau Danzig, ab 1939 Gau Danzig-Westpreußen), seit Jan. 1934 SS-Gruppenführer, Okt. 1939–1945 Reichsstatthalter im Reichsgau Danzig-Westpreußen, ab 1941 SS-Obergruppenführer, 1945 in engl. Kriegsgefangenschaft, wahrscheinlich 1946 Auslieferung nach Polen, 1948 Verurteilung zum Tode. *III. 3. (372)*

**G., Anneliese,** \* 25.07.1909, NSDAP-Mitglied, bis 1940 wohnhaft in Ffm, Okt. 1940 Dienstverpflichtung für „T4“, tätig für „T4“ in Pirna-Sonnenstein im Büro. *IV. 2. (366)*

**G., Anton,** \* 05.10.1884, ab 1926 beim BV Nassau, Gärtner b. d. LHA Hadamar, 1941 nicht vollzogene Abordnung an „T4“, am 06.04.1945 Dienstentlassung. *IV. 2. (390/391)*

**G., Lina, geb. St.,** \* 1899 in Zell/Neckar, Stenotypistin u. Kontoristin, in den 1930er Jahren (wahrscheinl. nach 1933) tätig bei der Gauleitung Stuttgart, 1937 NSDAP-Beitritt (schon früher in der NS-Frauenshaft), ab Ende 1939 oder ab 1940 und bis Juli 1942 bei „T4“ als Bürokräft, zunächst in Grafeneck (Sekretärin v. Dr. Baumhard), ab Jan. 1941 in Hadamar, ab Ende 1941/Anf. 1942 in der LHA Eichberg, ab Aug. 1942 Angestellte d. BV Nassau, weiter tätig in der LHA Eichberg (Chefsekretärin) bis März 1945, später (u. a. Feb. 1946) wohnhaft in Zell/Neckar, im Apr. 1946 als Angestellte d. LHA Eichberg genannt (unsicher), Okt. 1946 Anklageerhebung, März 1947 Freispruch im Hadamar-Prozess Ffm. *V. 1. (95)*

**Gauhl, Karl Werner („Werner“), Dr. phil.,** \* 29.01.1908 in Ffm, Studium in Ffm u. Marburg (Psychologie, Physik, Chemie, Erdkunde), Promotion als Psychologe in Marburg, 01.08.1932 NSDAP-Beitritt (Mitgl.-Nr. 1.231.697), ca. Juni/ Juli 1932 NSDStB-Beitritt, 01.07.1932–1943 HJ-Mitglied (Mitgl.-Nr. ca. 300.000, u. a. 1939 Oberbannführer, ab 1943 Hauptbannführer), weitere NS-Mitgliedschaften, 1933–1943 hauptamtl. b. d. HJ, bis 1937 wohnhaft in Ffm, unterdessen ca. 1934/35 Einsatz (u. a. als Sportlehrer, z. T. i. A. d. BV Nassau) in div. „Erziehungsanstalten“ in Dehm, Obererlenbach, Weilmünster, Mühlheim b. Offenbach, St. Josefsheim Queichheim, Rengshausen, Wabern, Idstein, Marienhäusen, ab 1937 wohnhaft in Wiesbaden, dann (u. a. 1938) Angestellter beim HJ-Gebietsführer Wiesbaden, ab 01.09.1939 bis Juli 1943 komm. HJ-Gebietsführer Hessen-Nassau, 1939 Referent f. Jugendfürsorge b. d. Landesregierung in Darmstadt (evtl. nebenamtl., nicht verbeamtet), ab 01.07. oder 01.08. 1941 nebenamtl. Leiter d. Landesjugendamts in Hessen (Darmstadt), ab 30.07.1943 LdsR (Beamter) b. BV Nassau, 23.11.1943 Einberufung (Wehrmacht), dann in Kriegsgefangenschaft, Mai 1945 Dienstentlassung auf Veranlassung d. am. Mil.-Reg., ab 19.11.1946 Zivilinternierung, später (1946/47) wohnhaft in Ffm, 20.05.1948 im Entnazifizierungsverfahren Antrag d. öff. Klägers auf Einreihung in Gruppe 1 (Hauptschuldiger), 22.12.1948 Spruchkammer-Einreihung in Gruppe 4 (Mitläufer, Sühne: DM 50). *V. 4. (81)*

**Georgi, Ernst, Dr. med.,** \* 25.07.1895 in Stuttgart, + 29.05.1983, bis 1923 Assistenzarzt im Elisabethenstift in Darmstadt, 1923 zunächst provisorisch, später hauptamtlich ärztlicher Leiter der Nieder-Ramstädter Anstalten, ab 1947 Oberregierungsrat im Arbeitsministerium der großhessischen Landesregierung in Wiesbaden. *III. 1. (147)*

**Gerland, Karl,** \* 14.07.1905 in Gottsbüren [Trendelburg] Bez. Kassel, + um 21.04.1945 in der Gegend des Oderbogens (Kriegseinsatz), 1929 NSDAP-Beitritt (Mitgl.-Nr. 176.572), 1930 Kreisleiter in Hofgeismar, ab Jan. 1932 stv. Gaupropagandaleiter, ab Juli 1932 Gaupropagandaleiter Hessen-Nassau-Nord, 1934 Leiter der Landesstelle Kurhessen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, ab 12.11.1934 Amtsleiter in der Parteikanzlei, verantwortlich für die Betreuung ausländischer Gäste, ab 1936 MdR, 1937 SS-Beitritt (Mitgl.-Nr. 293.003, Hauptsturmführer), ab 1938 SS-Sturmbannführer, ab 1938 SS-Obersturmbannführer, ab 1938 SS-Standartenführer, ab 10.11.1938 stv. Gauleiter in Niederdonau, ab 1940 Hauptdienstleiter, 1940 Teilnahme am Westfeldzug, ab 1940 SS-Oberführer, ab Nov. 1943 komm. Gauleiter Kurhessen in Kassel, ab Nov. 1943 SS-Brigadeführer, ab Juli 1944 Wahrnehmung d. OP-Amtes d. Prov. Kurhessen in Kassel, ab 01.08.1944 SS-Gruppenführer, 13.12.1944 Ernennung zum Gauleiter Kurhessen, verstorben als Unteroffizier im Kampfeinsatz. *V. 4. (139)*

**Gorgaß, Hans Bodo („Bodo“),** \* 19.06.1909 in Leipzig, + in den 1990er Jahren, Juli 1933 SA-Beitritt, 1929–1935 Med.-Studium an der Univ. Leipzig, Aug. bis Okt. 1933, März bis Apr. 1934 u. Aug. bis Okt. 1934 Famulus in div. Abt. d. Univ.-Klinik Leipzig (u. a. Psychiatr. u. Nervenkl. b. PD Bürger-Prinz), 1935 nicht abgeschlossenes Diss.-Vorhaben, Feb. 1936 bis Jan. 1937 Medizinalpraktikant an d. LHA Eichberg, Feb. 1937 Approbation, Feb. 1937 Volontärarzt an d. LHA Weilmünster, März bis Juli 1937 Volontärarzt an d. LHA Eichberg, dort Aug. 1937 bis Sept. 1938 Anstaltsarzt, Okt. 1938 bis (formal) Juli 1945 lfd. Arzt d. HEA Kalmenhof, wohnhaft in Königshofen b. Niedermhausen (auch nach 1945), ab 01.12.1939 Ehe mit Käthe Sch. (Nov. 1927 bis März 1940 Pflegerin in d. LHA Eichberg), Dez. 1939 bis 10.04.1941 (u. a. Frankreichfeldzug) u. 10.05. 1942 bis Kriegsende bei der Wehrmacht (1942–1944 Truppenarzt, 1944 bis Feb. 1945 Leitung eines Res.-Laz. in Dos-

senheim b. Heidelberg), zwischenzeitlich U.-k.-Stellung u. 01.05.1941–30.04.1942 tätig für „T4“, ab 18.06.1941 Einsatz in Hadamar (Gasmordaktion, Deckname „Dr. Kramer“), Anfang 1942 Teilnahme am „T4“-„Osteinsatz“, Mai bis Aug. 1945 Kriegsgefangenschaft, 1945–1946 „privat-wissenschaftlich“ tätig an der Univ.-Klinik Heidelberg, nach Fahndung am 20. oder 27.01.1947 Festnahme in Ludwigshafen, März 1947 Todesurteil im Hadamar-Prozess Ffm (nicht vollstreckt), 1949 Umwandlung in lebenslängl. Zuchthausstrafe, 1956 Umwandlung in 15-jähr. Zuchthausstrafe, 1958 Begnadigung u. Freilassung, später wohnhaft in Bielefeld u. tätig bei einer Firma der Pharmabranche. *IV. 2. (428)*

**Grabowski, Walter**, \* 28.08.1896 in Rosenberg/Westpreußen, kfm. Ausbildung, 1914–1918 Kriegsfreiwilliger, während der 1920er Jahre Großhändler u. Vertreter, 1926 NSDAP-Beitritt (Mitglieds-Nr. 37.405), auch SA-Beitritt, ab 1931 arbeitslos, 1933 Anstellung b. d. Stadtverwaltung Stettin, 1934–1936 b. d. Städt. Sparkasse Stettin, 1936–1941 NSDAP-Kreisleiter zunächst in Schlawe/Pommern, dann in Greifenhagen, unterdessen 1939–1941 verschiedene „Sondereinsätze“, u. a. beteiligt an der verwaltungstechnischen Abwicklung der frühen Krankenmorde im besetzten Polen, 1941–1945 Dir. d. LHA Meseritz-Obrawalde (Beamter d. PV Pommern), seit 29.01.1945 Aufenthalt unbekannt, 1961 Haftbefehl des AG Berlin-Tiergarten, 1991 Aufhebung des Haftbefehls wg. vermuteten Todes. *V. 3. (318)*

**Greiser, Arthur**, \* 22.01.1897 in Schroda/Prov. Posen, + 14.07.1946 (nach anderen Angaben 16.07.1946) in Posen (Hinrichtung), Marineoffizier, Freikorpskämpfer, 1924 Mitbegründer des Stahlhelms in Danzig, 1929 NSDAP-Beitritt (Mitglieds-Nr. 166.635) (nach and. Angaben Beitritt 1928), 1930 SS-Beitritt (Mitglieds-Nr. 10.795), ab 1933 (nach and. Angaben ab 1930) stv. Gauleiter in Danzig, 1933 Vizepräsident u. Innensenator in Danzig, 1934 Senatspräsident in Danzig, 1939–1945 Gauleiter u. Reichsstatthalter im Reichsgau Posen bzw. Wartheland, ab 1939 SS-Gruppenführer, seit 1941 oder 1942 SS-Obergruppenführer. *III. 3. (373)*

**Grossmann, Wilhelm**, \* 31.05.1891 in Ffm, + 14.10.1951 in Idstein, kfm. Lehre, Tätigkeit als Buchhalter u. Prokurist, 1930 NSDAP-Beitritt, 1932 SA-Beitritt (zuletzt Obertruppführer), nach zwei Jahren ohne feste Stelle ab Jan. 1933 Anstellung im Kalmenhof/Idstein als Buchhalter, ab Nov. 1935 Bürovorsteher, ab Juni 1941 Leitung d. HEA Kalmenhof als stv. Dir., Jan. 1945 Anklage wg. Kriegswirtschaftsverbrechen (Lebensmittelunterschlagung) vor dem Sondergericht Ffm, jedoch wg. Ende der NS-Herrschaft keine Gerichtsverhandlung mehr, Apr. 1945 Verhaftung, Jan. 1946 Entlassung aus der Untersuchungshaft, Sept. 1946 Verhaftung, Jan. 1947 Todesurteil im Kalmenhof-Prozess Ffm wg. Mordes, Apr. 1948 Urteilsaufhebung durch das OLG Ffm, Feb. 1949 Verurteilung durch das LG Ffm zu 4 Jahren u. 6 Mon. Zuchthaus wg. Beihilfe zum Mord, jedoch Haftverschonung wg. Krankheit, März 1951 Aussetzung d. Strafverbüßung auf Bewährung. *IV. 3. (130)*

**Gumbmann, Käthe**, \* 26.09.1898 in Nürnberg, ab 1932 beim BV Nassau als Schwester bei der LHA Hadamar, Nov. 1940 bis Juli 1942 Abordnung zu „T4“ in Hadamar (Küche), zwischenzeitlich ca. Jan. bis März 1942 Teilnahme am „T4“-„Osteinsatz“, anschließend weiter in der LHA Hadamar, 1945 Verhaftung, 28.01.1948 Verurteilung im sog. Schwesternprozess vor dem LG (Schwurgericht) Ffm wg. Beihilfe zum Mord zu 3 Jahren u. 1 Monat Zuchthaus, 20.10.1948 Verurteilung in der 2. Instanz durch das OLG Ffm wg. Mordes (Beibehaltung des Strafmaßes), 19.05.1949 Freilassung auf Bewährung. *IV. 2. (390/393)*

**H., Andreas**, \* 25.02.1902 in Bidingen/Niederbayern, ab 01.10.1930 landw. Arbeiter (zugleich Betreuer der „Arbeitspatienten“) in der LHA Eichberg (Gut Wacholderhof), NSDAP-Mitglied (Beitritt angebl. 1934), ab 11.06. oder 11.09.1943 im KZ Sachsenhausen (vermutl. wg. Redens über Krankenmorde), am 17.06.1944 KZ-Entlassung u. Rückkehr in den Dienst d. LHA Eichberg. *V. 3. (298)*

**H., Berthold**, \* 28.10.1910, ab 12.07.1937 beim BV Nassau, Koch b. d. LHA Hadamar, bis Sommer 1940 bei der Wehrmacht, dann wieder in der LHA Hadamar, Nov. 1940 bis formal Juli 1942 abgeordnet zu „T4“ in Hadamar (tätig als Koch), jedoch bereits ab Feb. 1941 u. bis 1945 erneut zur Wehrmacht, 1946 keine Anklageerhebung (da nur mit „untergeordneten Arbeiten beschäftigt“). *IV. 2. (390/394)*

**H., Elfriede, später verh. H.**, \* 11.03.1922 in Ffm, BDM-Mitglied, nach dem Volksschulabschluss ab ca. 1936/37 Besuch d. städt. Handelsschule in Ffm, ab Apr. 1938 kfm. Lehre (Lehrzeugnis im Sept. 1940 ausgestellt), anschließend Kantoristin beim Defaka in Ffm, Feb. 1940 Dienstverpflichtung in Ffm für „T4“, Anf. März 1941 bis Juli 1942 tätig für „T4“ in Hadamar, anschließend erneute Dienstverpflichtung über die Gauleitung Ffm an das „Institut zur Erforschung der Judenfrage“ („Hohe Schule“) in Ffm, 1946 wohnhaft in Ffm-Bornheim, Apr. 1946 Anklageerhebung, ab Sept. 1946 in Untersuchungshaft, März 1947 Freispruch im Hadamar-Prozess Ffm, 1961 wohnhaft in Ffm-Dornbusch. *IV. 2. (367)*

**H., Gertrud, später verh. S.**, \* 16.12.1910 in Gießen, zunächst tätig als Schwester b. d. LHA Weilmünster, ab Feb. 1941 auf eigenen Wunsch von dort weg versetzt, Feb. 1941 bis Juli 1942 Abordnung zu „T4“ in Hadamar (Casino, Krankentransporte), zwischenzeitlich im Sommer 1941 Einsatz in Köln zur Pflege einer Oberpflegerin, Okt./Nov. 1941 tätig bei Fam. v. Prof. Heyde in Würzburg, ab Nov. 1941 in Bernburg, Jan. 1942 Eheschließung mit dem (in Hadamar beschäftigten) „T4“-Mitarbeiter Gerhard S., zum 31.07.1942 Ausscheiden beim BV Nassau, bis Dez. 1942 weiter tätig für „T4“ in Bernburg, 1963/65 wohnhaft im Bereich Düsseldorf/Neuß. *IV. 2. (411)*

**H., Hedwig**, Pflegerin, ab 19.11.1942 tätig in der LHA Hadamar (Abordnung von „T4“ an den BV Nassau). *V. 3. (97)*

**H., Johann**, \* 07.11.1911, ab 01.08.1938 beim BV Nassau, landwirtschaftl. Arbeiter, Hadamar, 1939/40–1945 bei der Wehrmacht, 1941 nicht vollzogene Abordnung vom BV Nassau an „T4“. *IV. 2. (390/391)*

**H., Margarete („Marga“)**, \* 01.04.1903 in Nienburg Kreis Bernburg, + 27.01.1974 in Wiesbaden, ab 1933 DAF- u. NSBO-Mitglied, ab 1937 NSDAP-Mitglied, seit 1934 b. BV Nassau als Verwaltungsangestellte der Nass. Landesbank, 1936 übernommen zur Hauptkanzlei d. BV, ab 1938 tätig in Abt. S/II, dort ab ca. 1940 insb. tätig für die Nass. Volkspflegestiftung (vom BV Nassau gleichgeschaltete ehem. kirchliche Stiftung), ab 1942 in Abt. S/I (bzw. Nachfolgeabteilung), 1945 ausgesprochene Kündigung wurde widerrufen, trotz NSDAP-Mitgliedschaft vom BV Nassau nicht zurückgruppiert, galt 1945 im BV Nassau als „einzige Person [...], die Auskunft geben kann über den Verbleib der Vermögenswerte, die durch den ehemaligen Landesrat Bernotat den Kirchen und privaten Stiftungen und Vereinen widerrechtlich genommen wurden“, weiterhin tätig in der Abt. Landesfürsorgeverband d. KV Wiesbaden bzw. (ab 1953) der LWV-Zweigverwaltung Wiesbaden, 1951 verbeamtet als LSi, ab 1957 LOSin, ab 1963 Landeshauptsekretärin (= Amtsbezeichnung ab 1968: Amtsinspektorin), 1968 Pensionierung. *III. 3. (39)*

**H., Paul.** \* 01.06.1905 in Arborn/Dillkreis, Schreiner-geselle, 1937 NSDAP-Beitritt, SA-Mitglied (Scharführer), beim BV Nassau tätig als Pfleger b. d. LHA Herborn, Juli 1941 Versetzung zur LHA Hadamar u. dort bis Juli 1942 Abordnung zu „T4“ (Nachlass, Schreinerei, Gartenarbeiten, zwischenzeitlich ca. Jan. bis Apr. 1942 Teilnahme am „T4“-„Osteinsatz“, auch eingesetzt in der LHA Weilmünster), anschließend weiter in der LHA Hadamar, Feb./März 1943 bis 1945 bei der Wehrmacht, März 1946 Ausschreibung zur Festnahme, Apr. 1946 Anklageerhebung, März 1947 Freispruch im Hadamar-Prozess Ffm. *IV. 2. (413)*

**Haake, Heinrich („Heinz“),** \* 24.01.1892 in Köln, + 17.09.1945 in Velen (Internierungslager), 1922 NSDAP-Beitritt, erster MdL der NSDAP in Preußen, ab 1924 NSDAP-Gau-leiter für Rheinland-Süd, ab Apr. 1933 LH des PV der Rhein-provinz (Düsseldorf), SA-Gruppenführer *IV. 2. (118)*

**Haas, August,** \* 21.07.1881 in Waldbröl (Rheinprovinz), + 28.03.1945 in Hausen a. d. Wied, seit 1898 SPD-Mitglied, 1904–1920 Sekretär des Deutschen Metallarbeiter-verbandes, 1919 Mitglieder der Verfassungsgebenden Ver-sammlung, ab 01.02.1920 Beigeordneter der Stadt Köln, ab 1920 Mitglied des Provinziallandtags der Rheinprovinz, 1920–1933 MdL Preußen, 25.03.1930 komm., ab 01.04.1931 definitiv Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau. *I. 2. (52)*

**Hackbarth, Käthe,** \* 28.12.1896 in Ubedel b. Bublitz (Pommern), Hausangestellte in Berlin, ab 1916 tätig als Pflegerin in den Wittenauer Heilstätten Berlin, 1921 staatl. Schwesterexamen, 1933 Entlassung wg. Zugehörigkeit zu „Roter Gewerkschaftsorganisation“, 1934–1935 tätig in einer Arztpraxis in Berlin, ab 1935 wieder in den Wittenauer Heilstätten, 1937 NSDAP-Beitritt, Dez. 1939 Dienstver-pflichtung zu „T4“ in Grafeneck, ab Ende 1940 in Hadamar, 1942 vorübergehend in Bernburg, dann wieder in Hadamar (ab Aug. 1942 Abordnung von „T4“ an den BV Nassau), 22.12.1942 Medaille für dt. Volkspflege, Juli 1945 Fest-nahme u. Haft in Diez u. Wiesbaden, Okt. 1945 Zeugin im am. Hadamar-Prozess Wiesbaden, anschließend Haftentlassung, ab Feb. 1946 tätig in Schwaan/Mecklenburg (Krankenhaus, Umsiedlerlager, Altersheim), dort 15.11.1947 Festnahme, Apr. 1948 Verurteilung durch das LG Magdeburg zu 15-jähriger Zuchthausstrafe. *V. 3. (97)*

**Haenisch, Konrad, Dr. h. c.,** \* 21.06.1874 [nach Klein] oder 14.03.1876 [nach Müller] in Greifswald, + 28.04.1925 in Wiesbaden, SPD-Mitglied, Publizist, 1911 Lei-ter d. SPD-Flugblattzentrale in Berlin, 1913 MdA Preu-ßen, 1918–1921 preuß. Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 1920–1925 MdL Preußen, 1921 Dr. rer. pol. h. c. (Univ. Ffm), ab 21.01.1923 Wiesbadener RP (we-gen des Ruhrkampfes in Ffm), 02.07.1924 Amtsantritt in Wiesbaden (erster Wiesbadener RP mit SPD-Mitglied-schaft). *I. 2. a) (55)*

**Härtle, Benedikt,** \* 21.09.1904 in Peissenberg b. Weilheim/Oberbayern, ab 1927 als Pfleger beim BV Nassau, zunächst bis 1929 in d. LHA Herborn, 1929–1933 im Übergangshaus Waldmannshausen, NSDAP- u. NSV-Mitglied, DAF-Ob-mann, ab Okt. 1933 als Pfleger b. d. LHA Hadamar, 1939–1940 tätig im dortigen Wehrmachtslazarett, Nov. 1940 bis Juli 1942 Abordnung zu „T4“ in Hadamar (Krankentrans-porte), zwischenzeitlich ca. Jan. bis März 1942 Teilnahme am „T4“-„Osteinsatz“, anschließend ab 1942 weiter in der LHA Hadamar (nun im Büro), Juli 1945 entlassen aus polit. Gründen, 1946 wohnhaft in Oberweyer b. Hadamar, Apr. 1946 Anklageerhebung, März 1947 Verurteilung im Hada-mar-Prozess Ffm zu 3½ Jahren Zuchthaus, 13.06.1949 Frei-lassung auf Bewährung. *IV. 2. (390/393)*

**Haug, Karl Wilhelm,** \* 28.05.1904 in Lich/Oberhessen, + 05.06.1940 bei Villers/Frankreich (Kriegstod), ab 1923 Ausbildung zum hess. Verwaltungsbeamten, ab 1926 (nach dem Staatsexamen) im hess. Staatsdienst (div. Kreisämter, Innen- u. Kultusministerium), 1930–1933 im Kreiswohl-fahrtsamt Darmstadt, 1925 NSDAP-Beitritt (Mitglieds-Nr. 24.398), 1926–1933 NSDAP-Gauredner, 1932 MdL in Darmstadt, 1933 nach der „Machtübernahme“ Büroleiter des „Inhabers der Polizeigewalt in Hessen“ (Dr. Werner Müller), 1933 Staatskommissar u. Wohlfahrtsdezernent der Stadt Darmstadt, 1933–1938 Bürgermeister in Darmstadt, 1933–1940 Gauamtsleiter für Volkswohlfahrt im NSDAP-Gau Hessen-Nassau (ab 1938 hauptamtlich), 1933 SS-Beitritt (zuletzt Obersturmführer). *III. 1. (238)*

**Hefelmann, Hans, Dr.,** \* 04.10.1906 in Dresden, + 1986, Studium der Landwirtschaft in München u. Berlin, 1931 NSDAP-Beitritt, 1932 Promotion, ab 1936 Mitarbeiter d. KdF, dort ab 1937 Leiter des Referates (ab 1939 des Amtes) IIb (Beschwerden u. Angelegenheiten der Ministerien), Jan. 1943–März 1944 Einberufung zur Wehrmacht, bis Ende 1944 wieder bei der KdF, ab Jan. 1945 in Stadroda/Thür. (angebl. Flüchtlingslager-Leiter), ab Mai 1945 in München (Kraftfahrer), Mai 1947 Übersiedlung nach Österreich, Herbst 1948 Visum für Argentinien, dort Mechaniker, ab Feb. 1951 Geschäftsführer einer dt. Buchhandlung, 1955 Rückkehr nach Deutschland, bis Jan. 1960 bei Traunstein Geschäftsführer im Bekleidungs-gewerbe, Juli 1960 Meldung bei der Justiz in München als Zeuge, Verhaftung, 1972 Ver-handlungsunfähigkeit (keine Verurteilung). *V. 1. (152)*

**Henkel, Otto, Dr. med.,** \* 15.12.1876 in Göttingen, + 10.08.1956 in Wiesbaden, 1911–31.12.1937 Dir. d. LHA Hadamar (beurlaubt ab 04.10.1937), ab 01.01.1938 Ruhestand, 1937–1945 nebenamtl. beschäftigt beim Gesundheitsamt Wies-baden („Hilfsarzt“), mehrfach zu Vertretungen aus dem Ruhe-stand zurückberufen (u. a. 28.08.1939–31.01.1940 als Leiter d. LHA Eichberg, 17.07.–03.08.1940 zur Ausfüllung d. „T4“-Meldebögen in der LHA Weilmünster), Apr. 1945–31.07.1945 Dir. d. LHA Eichberg, ab 01.08.1945 erneut im Ruhestand, vor 1933 DVP-Mitglied, ab 01.05.1937 NSDAP-Mitglied. *III. 2. (94)*

**Hennecke, Günther, Dr. med.,** \* um 1913 in Halle, + 28.11.1943 im Kriegseinsatz, wohnhaft in Halle, ab 25.04.1940 bei „T4“, zweiter Arzt in Grafeneck, ab Jan. 1941 zweiter Arzt in Hadamar, Juni 1941 Ausscheiden bei „T4“, anschließend b. d. Marine, Tod bei U-Boot-Einsatz, Aug. 1946 Einstellung eines Ermittlungsverfahrens in Ffm (da „[m]utmaßlich verstorben“). *IV. 3. (153)*

**von Hessen, Philipp Prinz (später Landgraf),** \* 06.11.1896 in Schloss Rumpenheim (heute Stadt Offenbach), + 25.10.1980 in Rom, evangelisch-lutherisch, Schulbesuch in Ffm, England u. Potsdam, 1916 Abitur, seit 23.09.1925 verheiratet mit Mafalda Prinzessin von Savoyen (1902–1944, Tochter des ital. Königs), 4 Kinder, 1914–1918 Kriegs-freiwilliger im Ersten Weltkrieg, bis 1920 weiter Dienst als Offizier, Besuch der TU Darmstadt, seit den 1920er Jahren zeitweise Wohnsitz in Italien, dort Tätigkeit als Innenarchi-tekt, 1930 NSDAP-Beitritt (Mitglieds-Nr. 418.991), 1931 SA-Beitritt, seit 13.05.1933 (Datum unsicher) SA-Gruppen-führer, im Mai 1933 Nominierung als OP, ab 07.06.1933 komm. OP, ab 15.06.1933 definitiv OP d. Prov. Hessen-Nas-sau in Kassel, ab Juli 1933 preußischer Staatsrat, ab 09.11.1938 SA-Obergruppenführer, 30.01.1939 Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens der Partei, 08.09.1943 Verhaftung nach Aufkündigung des ital. Bündnisses mit dem Dt. Reich, ab 12.09.1943 im KZ Flossenbürg, kurz vor Kriegsende noch im KZ Dachau, am 25.01.1944 formal Versetzung in den Wartestand, nach Kriegsende im amerik. Internierungs-

lager Darmstadt (u. a. 1947), Einzug eines Teils seines Vermögens durch die Alliierten, seit 1968 Chef des Gesamthaus Hessen. *IV. 1. (14)*

**Hildebrandt, Friedrich**, \* 19.09.1898 in Kiekindemark bei Parchim (Mecklenburg), + 05.11.1948 in Landsberg (Hinrichtung), 1919 DNVP-Beitritt, 1925 NSDAP-Beitritt, 1925–1945 Gauleiter des NSDAP-Gaus Mecklenburg (1930–1931 kurzzeitig suspendiert), ab 1933 Reichsstatthalter von Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck, ab 1942 SS-Obergruppenführer, 1945 Festnahme, 1947 Todesurteil durch am. Militärgericht in Dachau. *III. 1. (264)*

**Hildebrandt, Richard**, \* 13.03.1897 in Worms, + 10.03.1951 in Bydgoszcz (Bromberg/Polen (Hinrichtung)), 1915 Abitur, bis 1918 Militärdienst als Kriegsfreiwilliger, Studium in Köln u. München (Volkswirtschaft, Sprachen, Geschichte u. Kunstgeschichte), seit 1922 „Mitglied der Bewegung“, Tätigkeit als (Auslands-) Korrespondent in der gewerb. Wirtschaft, zw. 1924 u. 1927 Mitglied des Bundes Oberland, 1928 Auswanderung in die USA, 1928 Wiedereintritt in die NSDAP (Nr. 89.221), Mitglied der Ortsgruppe New York, Mitarbeit in einer Exportbuchhandlung, 1930 Rückkehr nach Deutschland, 1930 NSDAP-Ortsgruppenleiter, dann Bezirksleiter in Mittelfranken, 1931 SS-Beitritt (Nr. 7.088), ab 1933 MdR, seit 09.11.1933 SS-Brigadeführer, 1933–1935 Führer des SS-Abschnittes XXI in Görlitz, ab 1935 hauptamtl. Führer des SS-Abschnitts XI in Wiesbaden, seit 13.09.1936 SS-Gruppenführer, Jan. 1937–Herbst 1939 Führer des SS-Oberabschnitts Rhein in Wiesbaden, ab Apr. 1939 HSSPF Rhein in Wiesbaden, ab 21.09.1939 Beauftragung als HSSPF Danzig-Westpreußen, ab 26.10.1939 zugleich als Führer des SS-Oberabschnitts Weichsel, 1940–1942 ehrenamtl. Mitglied d. Volksgerichtshofes, ab 1941 Generalleutnant der Polizei, ab Jan. 1942 SS-Obergruppenführer u. General der Polizei, Apr. 1943 Ablösung als HSSPF in Danzig wegen Kompetenzstreit mit Gauleiter Forster, Apr. 1943 bis 1945 Leiter des Rassen- u. Siedlungshauptamts im RSHA, daneben ab Dez. 1943 vertretungsweise HSSPF Schwarzes Meer (Heeresgruppe A) u. SSPF Krim, ab 1944 General der Waffen-SS u. Polizei, ab Feb. 1945 zusätzlich HSSPF Südost in Breslau (bis Kriegsende), Dez. 1945 Festnahme in Wiesbaden-Biebrich (unter falschem Namen), 1948 Verurteilung durch den US-Militärgerichtshof in Nürnberg zu 25 Jahren Haft, Auslieferung an Polen, Nov. 1949 in Bromberg Todesurteil. *II. 2. (119)*

**Hilgenfeldt, Erich**, \* 02.07.1897 in Heinitz Krs. Ottweiler/Saar, wahrscheinlich + 25.04.1945 in Berlin (Suizid), 1957 für tot erklärt, 1925–1929 Stahlhelm-Mitglied, seit 1929 NSDAP-Mitglied, ab 1933 Reichswalter der NSV und Leiter des Amtes für Volkswohlfahrt bei der obersten Parteileitung und Reichsbeauftragter für das Winterhilfswerk, ab 1934 Hauptamtsleiter der NSV und Leiter des Hauptamtes NS-Frauenschaft, Leiter der NS-Schwesternschaft und ab 1942 Leiter des NS-Reichsbundes Deutscher Schwestern, seit 1937 SS-Mitglied (zuletzt SS-Gruppenführer). *III. 1. (89)*

**Hinsen, Wilhelm, Dr. med.**, \* 11.07.1894 in Münster, + 24.11.1980 in Münster, katholisch, 1914 Abitur in Münster, 1919 med. Staatsexamen an d. Univ. Jena, 1920 Approbation, 1920–1932 Arzt an der PHA Münster (zunächst angestellt, seit 1923 verbeamteter Oberarzt), 01.06.1932–31.01.1938 Dir. d. LHA Eichberg, dann Übertritt in den Heeresdienst, 21.11.1945–31.03.1954 erneut Dir. d. LHA Eichberg, 01.04.1954–31.07.1959 Dir. d. LHA/PKH Hепенheim, anschließend im Ruhestand, vor 1933 Mitglied des Zentrum, nach 1933 kein NSDAP-Mitglied. *III. 3. (336)*

**Hirtreiter, Josef**, \* 01.02.1909 in Bruchsal, Schlosser, 1932 NSDAP- u. SA-Beitritt (zuletzt SA-Oberscharführer), 1934–

1940 tätig bei Fa. Rhenus in Ffm (Lager-, Vorarbeiter), Okt. 1940 Dienstverpflichtung in Ffm für „T4“, Okt. 1940 bis Juli 1942 für „T4“ tätig in Hadamar (Küchenhelfer, Büro), anschließend ab 1942 als „T4“-Mitarbeiter in Treblinka („Aktion Reinhard“) u. ab Ende 1943 in Triest, Apr. 1946 Anklageerhebung (betr. Hadamar) u. Festnahmeauftrag, jedoch 1947 in der Hauptverhandlung nicht mehr berücksichtigt, 1949 Beschuldiger in einem Verfahren d. Hess. Justiz, 1951 Verurteilung durch das LG Ffm zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe (wg. Treblinka), seit 1951 (bis mind. 1965) inhaftiert im Zuchthaus/Strafanstalt Butzbach, 1963 gemeldet in Ffm-Bornheim. *IV. 2. (366)*

**Huber, Irmgard**, \* 09.07.1901 in Attel-Reisach Krs. Wasserburg/Inn, keine NSDAP-Mitgliedschaft, 1935 NSV-Beitritt, 1939 Beitritt zum Dt. Frauenwerk u. zur DAF, nach dem Schulbesuch tätig in der elterlichen Landwirtschaft, 1920–1929 als Schwester in der Heilanstalt Gabersee/Bayern (dort 1925 staatl. Schwesternprüfung), ab 1930 im kath. Schwesternhaus Berlin-Wilmersdorf, von dort aus zeitweise (1931) im Kkh. Marienruhe b. Hammelburg/Unterfranken, 1932 Privatpflegerin in Storkow/Mark, ab 15.03.1932 beim BV Nassau als Schwester b. d. LHA Hadamar, Okt. 1939 bis Okt. 1940 dort tätig im Lazarett, Nov. 1940 bis Juli 1942 Abordnung zu „T4“ in Hadamar, anschließend weiter tätig in der LHA Hadamar, ab 1942 komm. u. ab 1944 offiziell Oberschwester, im Juli 1945 Verhaftung u. Dienstentlassung aus polit. Gründen, 1945 Verurteilung im am. Hadamar-Prozess Wiesbaden (Kriegsverbrecherprozess) zu 25 Jahren Freiheitsstrafe (1951 reduziert auf 12 Jahre), Apr. 1946 Anklageerhebung durch die dt. Justiz, März 1947 Verurteilung im Hadamar-Prozess Ffm zu 8 Jahren Zuchthaus wg. Beihilfe zum Mord, 20.10.1948 Verurteilung in der 2. Instanz durch das OLG Ffm wg. Anstiftung zum Mord (Beibehaltung des Strafmaßes), Strafverbüßung bis 1953 in Bruchsal, Schwäbisch Hall, Landsberg/Lech (Kriegsverbrechergefängnis) u. Kassel, 1965 wohnhaft in Attel-Reisach. *IV. 2. (390/393)*

**von Hülsen, Ernst, Dr. jur. D. theol. h. c. Dr. med. h. c. Dr. phil. h. c. Dr. rer. pol. h. c. Dr. sc. rel. h. c.**, \* 28.11.1875 in Bischofswerder (Reg.-Bez. Marienwerder/Westpr.), + 01.11.1950 in Marburg/Lahn, Jurist, 1898 Dr. jur. in Jena, 1920–1932 Kurator der Univ. Marburg, Mitglied des Kommunalparlamentes in Kassel als Vors. der Hess. Arbeitsgemeinschaft (DVP u. DNVP), 06.10.1932 komm., 03.11.1932 definitiv Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau, 01.06.1933 erneut Kurator in Marburg, 1945 Amtsenthebung. *I. 2. (53)*

**J., Änne**, Schwester b. d. LHA Herborn, 01.08.1941 Versetzung zur LHA Hadamar u. dort bis Nov. 1941 Abordnung zu „T4“, danach nicht mehr in d. LHA Hadamar. *IV. 2. (413)*

**J., Anneliese, später verh. B.**, \* 1920, aus Ffm, ca. Mai/Juni 1941 Dienstverpflichtung in Ffm für „T4“, ab Juni 1941 tätig für „T4“ in Bernburg, 1966 wohnhaft in Ffm-Westend. *IV. 2. (371)*

**Jeserich, Kurt Gustav Adolf, Dr. rer. pol.**, \* 05.02.1904 in Wensickendorf (Kreis Niederbarnim), Studium der Staats- u. Rechtswissenschaften, 1927 Dipl.-Volkswirt, bis 1928 Stadtinspektor im Bezirksamt Berlin-Pankow, ab 1928 beurlaubt an das Kommunalwiss. Institut der Univ. Berlin, dort Oberassistent, Abt.-Leiter, Promotion (Diss. 1931 erschienen), 1933 dort Institutsdirektor, 1933 Geschäftsführender Präs. d. DGT, 1934 Habilitation, 1940 NSDAP-Beitritt, zuvor bereits SS-Mitglied, ab 1940 im Kriegsdienst, 1948–1959 Geschäftsführer d. Kohlhammer-Verlags, dann selbstständiger Verleger, Mitherausgeber der „Deutschen Verwaltungsgeschichte“. *I. 1. (33)*

**Johlen, Ludwig**, \* 18.11.1885 in Weilburg (Lahn), + 24.02.1960 in Wiesbaden, katholisch (später keiner Religionsgemeinschaft mehr angehörig), 1905 Abitur in Weilburg, ab 1905 Jurastudium in Freiburg i. B./Berlin/Marburg, ab 1908 Referendar mit Tätigkeit in Braunfels/Limburg/Ffm, ab 1914 Assessor, Aug./Sept. 1914 Militärdienst, Entlassung aus dem Militär wg. Verwundung, deswegen vom Justizdienst beurlaubt, ab 21.03.1916 beim BV Wiesbaden als „jurist. Hilfsarbeiter“, zuständig zunächst für div. Hilfskassen u. Justitiariat, dann auch für Landarmenwesen u. Flüchtlingshilfe, ab 1920 LdsR d. BV Wiesbaden (Wahl 27.09.1920, Amtseinführung 09.11.1920), hauptsächlich Dezerent f. Landarmenverband/Landesfürsorgeverband u. (bis 1932) f. Anstaltswesen, ab 07.10.1931 vorübergehend vom Amt suspendiert, ab Nov. 1933 Dezerent für die gesamte Volksfürsorge, NSDAP-Mitglied ab 01.05.1937 (1943–1945 Blockleiter; sonstige Mitgliedschaften: RDB, NSV, NSKOV, VDA), 06.06.1939–ca. 31.03.1940 abgeordnet zum Reichsprotector (Bodenamt) in Prag, SS-Mitgliedschaft 01.09.1939–10.04.1943 (1939 Sturmbannführer), am 22.02.1943 als LdsR beurlaubt, ab 01.06.1943 Ruhestand, 06.03.1946–13.06.1947 im Rahmen der Entnazifizierung interniert im Lager Darmstadt. *I. 2. (297)*

**Jordan, Rudolf**, \* 21.06.1902 in Großenluder Krs. Fulda, + 1988 in München, 1924 Volksschullehrer-Examen, 1925 NSDAP-Beitritt, ab 1926 im Schuldienst, ab 1929 NSDAP-Abgeordneter im Provinzialrat von Hessen-Nassau, ab 1929 NSDAP-Stadtrat in Fulda, 1929 aus polit. Gründen aus dem Schuldienst entlassen, tätig für Parteizeitungen in Fulda u. Kassel (z. T. als Herausgeber), ab 1931 Gauleiter des Gaues Halle-Merseburg (Sitz Halle), Apr. 1932 bis Okt. 1933 MdL in Preußen, ab 1933 SA-Gruppenführer, 1937 SA-Obergruppenführer, ab 1933 MdR, ab 20.04.1937 Reichsstatthalter in Braunschweig u. Anhalt, Gauleiter von Magdeburg-Anhalt (Sitz Dessau), ab 1939 Reichsverteidigungs-Kommissar für den Wehrkreis XI (Hannover), ab 1942 für seinen NSDAP-Gau, ab 1944 zusätzlich OP d. Prov. Magdeburg, 1945 Verhaftung durch engl. Militärregierung, 1946 Auslieferung an die Sowjetunion, Haft in SBZ/DDR, Verurteilung zu 25 Jahren Haft, 1955 Freilassung (nach Adenauers Moskaubesuch), anschließend Vertreter u. Sachbearbeiter in der Industrie, diverse Publikationen (Lebenserinnerungen). *IV. 2. (213)*

**Jühns, Robert**, \* 1911 in Ffm, Tod des Vaters ca. 1915 als Patient d. LHA Herborn, Lehre als Weißbinder, tätig als Hilfsarbeiter, 1930 NSDAP-Beitritt, 1929–1935 SA-Mitglied, in den 1930er Jahren tätig als Arbeiter, Hausmeister u. Bürohilfskraft in Ffm (Opemhaus Ffm, Winterhilfswerk, Heeresstandortverwaltung), ca. Mai/Juni 1941 Dienstverpflichtung in Ffm für „T4“, Juni 1941 bis Juli 1942 tätig für „T4“ in Hadamar (Arbeiter), anschließend ab 1942 für „T4“ in Belzec u. Sobibor („Aktion Reinhard“) u. danach in Triest, Apr. 1946 Festnahmeauftrag, 1946/47 im Hadamar-Prozess nicht berücksichtigt, jedoch in einem späteren Verfahren vor dem LG Ffm. *IV. 2. (270)*

**K., Friedrich**, \* 19.01.1883, + 31.08.1956 in Wiesbaden, 1914–1933 tätig im Justizdienst als Gerichtsvollzieher, 1914–1918 einberufen, 1926 wegen außerdienstlichen Verhaltens entlassen, 1927 wieder einstellt, zunächst als Kanzleiangestellter, ab 1928 wieder als Gerichtsvollzieher, ab 1930 Obergerichtsvollzieher beim Amtsgericht Hanau, 1931 NSDAP-Beitritt (Nr. 810.147), ab 1934 zunächst Verwaltungsinspektor bei der Stadt Hanau (auf Veranlassung von Kreisleiter Landrat Löser als komm. OB), zum 01.04.1934 Eintritt beim BV Nassau (1935 ernannt zum LI, Beamter auf Lebenszeit, dort zunächst in Abt. IIa, dann in Abt. S/I, ab 1942 in Abt. S/II/III, 1945 entlassen aus polit. Gründen. *III. 3. (41)*

**K., Fritz**, \* 31.12.1898 in Wiesbaden, + 05.06.1978 in Essen, 1916–1928 Militärdienst (davon 2 Jahre frz. Gefangensch.), als Militärärwarter ab 1928 Eintritt beim BV Wiesbaden, Büroang. d. LHA Eichberg, dort ab 1929 Landesverwaltungsassistent, 1931 LS, Juli 1933 SA-Beitritt, ab 1934 kommissarisch, ab 1935 definitiv erster Verwaltungsbeamter d. LHA Hadamar, 1935 LOI, ab 1937 NSDAP-Mitglied, 1935–1939 mehrfach zu mehrwöchigen Übungen d. Wehrmacht beurlaubt, ab 1939 einberufen (ab 1942 Hauptmann), vom BV Nassau während der Einberufung zeitweise (01.01.1941–30.09.1942 [überwiegend zur „T4“-Zeit]) formal versetzt zur Zentralverwaltung Wiesbaden (Abt. S/II), 1945 auf Veranlassung der Militärregierung entlassen, ab 1946 Arbeit im Bergbau in Essen, 1951 Anerkennung seines Wiederbeschäftigungsanspruchs nach § 131 GG durch die KV Wiesbaden, mangels Stellen keine Einstellung, 1961 formal Inruhestandversetzung durch den LWV Hessen. *III. 3. (69)*

**K., Georg**, \* 02.09.1897, ab 30.10.1936 beim BV Nassau, Pfleger b. d. LHA Hadamar, 1939–1945 bei der Wehrmacht, 1941 nicht vollzogene Abordnung vom BV Nassau zu „T4“. *IV. 2. (390/391)*

**K., Hans**, \* 18.03.1897 in Fulda, ab 1919 beim BV Wiesbaden (bis 1930 in der Personalabteilung), ab 1921 Stellenanwärter, wahrscheinlich ab 1926 LS, 12.02.1927 NSDAP-Beitritt (Nr. 56.313), Juni bis Sept. 1927 SA-Mann, 1928–1929 NSDAP-Sektionsführer Wiesbaden-West, ab 1929 stv. NSDAP-Kreisleiter im Rheingaukreis, beim BV Nassau wahrscheinlich ab 1930 LOS, danach (bis 1934) LOI, 1930/31–1934 tätig in der LHA Herborn, währenddessen ab 1931 div. Positionen als polit. Leiter b. d. NSDAP-Kreisleitung Dillenburg, beim BV ab 1934 LAM, 1934–1936 in der LHA Weilmünster (dort auch „erster Verwaltungsbeamter“), 1936 in der „Abt. Erb- u. Rassenpflege“, 1936–1945 in der Abt. III (Brandversicherungsanstalt), ab 1938 LBD, ca. 1940 statt Bernotat politischer Beauftragter für den BV Nassau (durch LH Traupel ernannt), ab Mitte 1943 Leitung d. Abt. III, ab 1943 PVR, 1945–1948 interniert (in den Lagern Darmstadt u. Hersfeld), Mai 1948 Haftentlassung, 1948 entnazifiziert in Darmstadt (Gruppe 3 der „Minderbelasteten“), 1949 in der Berufung (Wiesbaden) in Gruppe 4 („Mitläufer“) eingereiht. *I. 2. (279)*

**K., Johann („Hans“)**, \* 15.07.1901 in Stadtsteinach, Bäcker, 01.02.1933 SA-Beitritt, NSDAP-Mitglied, Okt. 1940 Dienstverpflichtung in Ffm für „T4“, Nov. 1940 bis Juli 1942 tätig für „T4“ in Hadamar (Bauarbeiter, Bäcker, Leichenverbrenner), anschließend in Lublin („SS-Polizei-Formation“), 1946 wohnhaft in Ffm, 1949 Beschuldigter in einem Verfahren d. hess. Justiz. *IV. 2. (366)*

**K., Karl**, \* 18.06.1906 in Rückershausen/Untertaunuskreis, NSDAP-Mitglied, Jan. 1927 bis Okt. 1940 bei d. LHA Hadamar als Kraftfahrer, Heizer u. Pfleger, Nov. 1940 Versetzung zur LHA Weilmünster, 25.01.1941 Verhaftung durch die Gestapo Ffm (10 Tage Haft in Ffm), 28.01.1941 fristlose Entlassung durch den BV Nassau wg. Bruchs der Schweigepflicht, ab Aug. 1941 bei der Wehrmacht. *IV. 3. (253)*

**K., Wilhelm**, \* 26.03.1896, ab 1924 beim BV Nassau, Pförtner u. Telefonist b. d. LHA Hadamar, Aug. 1939 bis mind. Jan. 1943 bei der Wehrmacht, 1941 nicht vollzogene Abordnung vom BV Nassau an „T4“, im Jan./Feb. 1943 Ausscheiden aus der LHA Hadamar („beurlaubt“). *IV. 2. (390/391)*

**Kappenberg, Agnes, später verh. Schrankel**, \* 08.03.1907 in Bochum, 1930 Examen als Säuglingsschwester in Bochum, mehrjährige Tätigkeit in Privatstellungen, 1937 staatl. Schwesternprüfung in Fulda, ab 01.05.1937 beim BV Nassau als Schwester b. d. LHA Hadamar, 1939–1940 dort tätig

im Lazarett, Nov. 1940 bis Juli 1942 Abordnung zu „T4“ in Hadamar (Küche), anschließend weiter in d. LHA Hadamar tätig (Küche, Waschküche u. als Schwester), zum Juli 1944 Ausscheiden wg. Schwangerschaft, Apr. 1946 Anklageerhebung, ab Mai 1946 in Untersuchungshaft, März 1947 Verurteilung im Hadamar-Prozess Ffm zu 3½ Jahren Zuchthaus wg. Beihilfe zum Mord, 20.10.1948 Verurteilung in der 2. Instanz durch das OLG Ffm wg. Mordes (Beibehaltung des Strafmaßes), 28.08.1949 Freilassung auf Bewährung.

*IV. 2. (390/393)*

**Kaufmann, Adolf Gustav („Gustl“),** \* 20.12.1902 in Przemysl (poln. Teil Österreich-Ungarns), + 20.08.1974 in Freising, Schulbesuch in Ried im Innkreis/Oberösterreich, Sept. 1917–Nov. 1918 Kriegsfreiwilliger bei der österr. Kriegsmarine, Ausbildung als Maschinenbauer in Ried, 1921–1934 österr. Bundesbahnbeamter, 1923 nebenberufl. Abschluss an der Staatsgewerbeschule für Maschinenbau u. Elektrotechnik Linz, 1923 Eintritt in NSDAP-Vorgängerorganisation u. SA, 1926 NSDAP-Beitritt (Ortsgruppe Linz, Mitglieds-Nr. 50.524), 1930–1931 SS-Sturmführer, 1934 Verlust der Beamtenstelle u. Verhaftung wegen „Hochverrats“ (Waffen- u. Sprengstoffbesitz), 4 ½ Monate Untersuchungshaft, dann Übersiedlung nach Deutschland, ab 01.01.1933 SA-Sturmführer, ab 09.11.1933 SA-Obersturmführer, 1935–1937 hauptamtlich für die SA tätig, ab 09.11.1935 SA-Sturmabteilungsführer, ab 09.11.1937 SA-Obersturmabteilungsführer, ab 30.01.1942 SA-Standartenführer, ab 1937 hauptberuflich als Gauinspekteur (Gauamtsleiter) bei der NSDAP-Gauleitung Pommern in Steffin, 1939 einberufen zur Kriegsmarine, ab ca. Jan. 1940 und bis Ende Jan. 1942 für „T4“ beurlaubt, dort Leiter der „Inspektionsabteilung“, zwischenzeitlich Einrichtung und zeitweise Leitung des „T4“-Erholungsheims in Weißenbach am Attersee (Gau Oberdonau), ab 31.01.1942 wieder tätig als Gauamtsleiter bei der NSDAP-Gauleitung Pommern, Okt. 1942–Okt. 1943 stv. NSDAP-Bezirksleiter im Bez. Taurien/Krim, „Einsatz in Melitopol“, ab Juli 1944 komm. Kreisleiter in Budweis (Reichsprot. Böhmen u. Mähren), zugleich NSDAP-Oberbereichsleiter, nach 1945 zunächst wohnhaft in Gmunden/Traunsee (Oberösterreich), dann in München, dort Arbeiter in der Autoindustrie u. Vertreter für Laboreinrichtungen, 1965 Verhaftung. *IV. 2. (260)*

**Kaufmann, Karl,** \* 10.10.1900 in Krefeld, + 04.12.1969 in Hamburg, 1920 Mitglied des Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes in Elberfeld [Wuppertal], ab 1921 NSDAP-Mitglied (Mitgl.-Nr. 95), später SS-Mitglied (Mitgl.-Nr. 119.495, SS-Obergruppenführer), ab 1924 oder 1925 Gauleiter im Rheinland, ab 1928 MdL in Preußen, 1928 oder 1929–1945 Gauleiter in Hamburg, ab 1933 Reichsstathalter in Hamburg, ab 1936 Führung der Landesregierung Hamburg, zwischen 1945 u. 1953 mehrmals kurz in Haft. *IV. 2. (445)*

**Keul, Heinrich,** \* 25.12.1881 in Waldhausen Krs. Oberlahn, + 14.08.1963, evangelisch (1939–1941 Mitglied der „Dt. Christen“), 01.12.1903 Eintritt beim BV Nassau als Pfleger in der LHA Weilmünster, ab 01.03.1914 Hilfsobepfleger in der LHA Herborn, ab 01.04.1921 dort Bürobeamter ([Landes-]Verwaltungsassistent), zum 01.10.1925 Versetzung zur LHA Eichberg (spätestens dort Beförderung zum LS), ab 01.04.1933 NSDAP-Mitglied, ab 1934 RDB- u. NSV-Mitglied (1934–1939 NSV-Zellenwarter, ab 1939 NSV-Ortsgruppenamtsleiter), 1940 Medaille für Dt. Volkspflege, wahrscheinl. im Nov. 1943 Beurlaubung von der LHA Eichberg im Zuge von Korruptionsermittlungen, zum 04.12.1943 Aufhebung der Beurlaubung, 29.06.1944 Verurteilung durch das AG Eltville zu 6 Mon. Gefängnis (wg. Entwendung v. Fleisch u. Seife), 12.09.1944 Beordnung zum Westwall, 25.10.1945 Dienstentlassung auf Anordnung d. Mil.-Reg., 11.05.1948 Entnazifizierung als „Minderbelas-

teter“, im Berufungsverfahren am 10.01.1949 als „Mitläufer“, ab 01.04.1952 auch formal im Ruhestand. *V. 2. (310)*

**Kirsten, Otto, Dr. ing.,** \* 29.10.1898 in Dresden, Dez. 1929 NSDAP-Beitritt (Mitglieds-Nr. 179.797), 20.01.1939 SS-Anmeldung, um 1939/40 Straßenbaudezernent d. BV Hessen in Kassel, zuvor Mitarbeiter der Organisation Todt. *II. 2. (129)*

**Klein, Alfons,** \* 08.06.1909 in Frickhofen (nahe Hadamar), + 14.03.1946 in Bruchsal (Hinrichtung), Sommer 1930 SA-Beitritt, 01.10.1930 NSDAP-Beitritt, dort Blockleiter und 1934–1939 NSV-Ortsgruppenamtsleiter, 1941–1945 NSDAP-Kreiskassenrevisor, 24.08.1934 Eintritt beim BV Nassau als Verwaltungsangestellter der LHA Hadamar, im Jahr 1937 (bis ca. Okt.) vorübergehend in der Abt. S II/III (= Anstaltswesen/Beschaffungsstelle) d. Zentralverwaltung d. BV Nassau eingesetzt, spätestens im Sept. 1939 LS (Besoldungsdienstalter: 01.04.1938), Apr. 1941 bis Juni 1942 Abordnung zu „T4“ als Wirtschaftsleiter für die Anstalt Hadamar (tatsächlich bereits ab Nov. 1940 tätig), im März oder April 1942 Beförderung vom LS zum LI (Überspringen des Rangs eines LOS), im Frühjahr 1945 (u. a. Mai/Juni 1945) untergetaucht unter dem Namen „Klan“ in Alzenau, 07.08. 1945 Verhaftung in Aschaffenburg u. Inhaftierung im Lager Hammelburg, ab 07.09.1945 im Lager Dachau, am 15.10. 1945 Todesurteil durch US-Kriegsverbrechertribunal in Wiesbaden wegen der Krankenmorde an ausländ. Zwangsarbeitern. *III. 3. (70)*

**Kleist, Karl, Prof. Dr. med.,** \* 31.01.1879 in Mühlhausen/Elsass, + 26.12.1960 in Ffm, seit 1916 Ordinarius u. Dir. d. Psychiatr. Nervenlinik Rostock, 1920–1950 Ordinarius u. Dir. d. Städt. u. Univ.-Klinik für Gemüts- u. Nervenkrankheiten in Frankfurt a. M., 1950 Emeritierung. *III. 3. (275)*

**Kneissler, Pauline,** \* 10.03.1900 in Kurdjunowka/Ukraine, 1918 Übersiedlung nach Detmold, Schwesternausbildung in Duisburg (Examen), ab 1923 in Berlin als Privatpflegerin, ab 1925 in der Kinderheilstation Berlin-Buch, 1925 Wechsel zur HPA Berlin-Buch, ab Ende 1939/Anf. 1940 bei „T4“ in Grafeneck, ab Ende 1940 in Hadamar, zwischenzeitl. Anf. 1942 Teilnahme am „T4“-„Osteinsatz“, anschließend eingesetzt in der LHA Weilmünster u. in Bernburg, ab Aug. 1942 wieder in der LHA Hadamar (Abordnung von „T4“ an den BV Nassau), 22.12.1942 Medaille für dt. Volkspflege, 20.01.1943 Ostmedaille, Jan. 1944 Ausscheiden in Hadamar, anschließend in Eberswalde, ab 15.04.1944 tätig in der Anstalt Kaufbeuren-Issee, ab Kriegsende tätig im Lazarett Hohenschwangau, Juni 1945 Festnahme, 28.01.1948 Verurteilung im „Schwesternprozess“ durch das LG Ffm (Schwurgericht) zu 4 Jahren Zuchthaus wg. Beihilfe zum Mord, 20.10.1948 Verurteilung im Revisionsverfahren vor dem OLG Ffm wg. Mordes u. Beihilfe (Bestätigung des Strafmaßes). *V. 3. (97)*

**Koppe, Wilhelm,** \* 15.06.1896 in Hildesheim, 1930 NSDAP-Beitritt, 1931 SA-Beitritt, Jan. 1932 SS-Beitritt, seit Ende 1933 Führer des SS-Abschnitts XVII in Münster, seit 1934 SS-Obergruppenführer, auch seit 1934 SS-Brigadeführer, 1934–1935 Führer des SS-Abschnitts XXVI in Danzig, 1936 SS-Gruppenführer u. Inspekteur d. Sicherheitspolizei u. d. SD im SS-Oberabschnitt Elbe, ab Okt. 1939 HSSPF Warthe in Posen, seit 1941 Generalleutnant d. Polizei, 1944 SS-Obergruppenführer u. General d. Polizei, Chef d. Polizei in Polen. *III. 3. (375)*

**Korsch, Edith,** \* 21.03.1914 in Lichtenhain/Schwetzwitz, Pflegerin, für „T4“ 1940 tätig in Grafeneck, Anf. 1942 Teilnahme am „T4“-„Osteinsatz“, spätestens ab Aug. 1942 in der LHA Hadamar (Abordnung von „T4“ an den BV Nassau), 22.12.1942 Medaille für dt. Volkspflege, zum 31.05.1944

Ausscheiden bei „T4“ durch Kündigung (in Hadamar bis 23.05.1944), 28.01.1948 Verurteilung im „Schwesternprozess“ durch das LG Ffm (Schwurgericht) zu 3 Jahren u. 4 Monaten Zuchthaus wg. Beihilfe zum Mord, 20.10.1948 Verurteilung im Revisionsverfahren vor dem OLG Ffm wg. Mordes u. Beihilfe (Bestätigung des Strafmaßes). *V. 3. (97)*

**Kortheuer, August, Dr. h. c.,** \* 03.01.1868 in Wiesbaden, + 31.05.1963 in Königfeld/Schwarzwald, Pfarrer in verschiedenen Kirchengemeinden der Evang. Landeskirche in Nassau (u. a. Lutherkirche Wiesbaden), 1922–1959 Vorsitzender d. Ev. Vereins für Innere Mission in Nassau, 1925 Wahl zum Landesbischof in Wiesbaden, 1933 Pensionierung im Zuge der Bildung der Evang. Landeskirche Nassau-Hessen nach der NS-„Machtübernahme“. *III. 1. (70)*

**Kranz, Heinrich Wilhelm, Prof. Dr. med.,** \* 30.06.1897 in Göttingen, + 11.05.1945 Staßfurt (möglicherweise Suizid), Gymnasialbesuch in Hofgeismar, Kassel u. Holzminden (1914 Notabitur), 1914–1918 Kriegsfreiwilliger, 1920 als Studentenkorpsangehöriger Kämpfe gegen Spartakisten in Thüringen, 1921 med. Staatsexamen u. Promotion nach Studium in Marburg u. Gießen, anschließend Oberarzt an der Univ.-Augenklinik Gießen, 1926 Habilitation, Priv.-Doz. f. Augenheilkunde, ab 1927 niedergelassener Arzt, NSDAP-Mitglied (Eintritt zwischen 1930 u. 1932), 1933 Beauftragter des „Aufklärungsamtes für Bevölkerungspolitik und Rassenpflege“, nach dessen Umwandlung zum Rassenpolitischen Amt dessen Gauamtsleiter für Hessen-Nassau, 1934 Lehrauftrag für „Rassenhygiene“ u. Bevölkerungspolitik an der Univ. Gießen, 1934 Gründung des „Instituts für Erbgesundheit u. Rassenpflege“ in Gießen, 1937 Übernahme des Instituts durch die Univ. Gießen u. Ernennung Kranz' zum außerordentl. Prof., 1939 Rektor d. Univ. Gießen, 1940 ordentl. Prof., 1942 Wechsel an die Univ. Ffm (Leiter d. „Instituts für Erbiologie u. Rassenhygiene“ als Nachfolger Otmar Frhr. v. Verschuers), ab Jan. 1945 Rektor d. Univ. Ffm, Mitglied des Erbgesundheitsobergerichts Darmstadt, SA-Mitglied (zuletzt SA-Sturmabführer). *III. 2. (26)*

**Kranzbühler, Max,** \* 04.05.1878 in Worms, + Juni 1964 in Wiesbaden, Konfession bis 1940 u. ab 1945 evangelisch, 1940–1945 „gottgläubig“, ab 1897 Studium der Rechtswissenschaften u. Politikwissenschaften (evtl. auch Nationalökonomie) in München/Leipzig/Berlin/Gießen, 1902 erstes jur. Staatsexamen, ab 1903 Referendar in Mainz/Worms, 1906 zweites Staatsexamen für den höheren Justiz- u. Verwaltungsdienst in Darmstadt, 1906 Regierungsassessor, 1907 Assessor beim Mag. d. Stadt Wiesbaden, 1908 beim Kreisamt Worms, ab 1908 beim Kreisamt Heppenheim, Okt. 1909 Wahl zum besoldeten Beigeordneten/2. Bürgermeister von Biebrich (17.01.1910–07.11.1920), 1914–18 aktiver Militärdienst, Mitglied der DDP/Staatspartei bis 03.03.1933, am 27.09.1920 Wahl zum LdsR des BV Wiesbaden (auf Lebenszeit), 08.11.1920 Amtsantritt, dort Dezernent f. Allg. Verwaltung u. Personal, ab 1926 zugleich 1. Stv. d. LH, seit 01.05.1933 NSDAP-Mitglied (Nr. 2.368.371, Ämter u. Mitgliedschaften u. a.: ab 1934 Blockleiter, ab 1936 Zellenleiter, ab 1938 Ortsgruppenamtsleiter, 1943 Kreisamtsleiter für Volkstumsfragen bei der NSDAP-Kreisleitung Wiesbaden, NSV ab 1934, NS-Rechtswahrerbund ab Gründung, VDA ab 1936 (dort Kreisverbandsleiter Wiesbaden-Stadt ab 1943), NS-Altherrenbund ab 1938, Reichskolonialbund ab 1937, NS-Reichskriegerbund ab 1938, im Mai oder Juni 1945 Dienstentlassung aus polit. Gründen, 1947 Entnazifizierung in Gruppe 3 („Minderbelastete“), 1948 Begnadigung zu Gruppe 4 („Mitläufer“), 1948 Mitarbeit bei der LDP in Wiesbaden. *I. 2. (38), II. 1. (73)*

**Krebs, Friedrich (Fritz), Dr. jur.,** \* 09.05.1894 in Gernersheim/Pfalz, + 06.05.1961 in Ffm, ab 1912 Studium der

Rechts- u. Staatswissenschaften in Straßburg, 1914–1918 Kriegsfreiwilliger, 1918 nach Ausweisung aus dem Elsass Übersiedlung nach Ffm, 1919 Studienabschluss in Ffm, anschließend Referendar u. Assessor, 1922 Promotion in Gießen, bis 1925 tätig b. Land- u. Amtsgericht Ffm (Hilfsrichter), 1926–1928 tätig b. dt.-engl. Schiedsgerichtshof in Berlin, 1928–1933 Richter am LG Ffm (Landgerichtsrat), seit 1922 engagiert u. d. völk. Bewegung u. bei NSDAP-Ersatzorganisationen in Ffm, zeitweise als Ortsgruppenleiter, 1929 NSDAP-Beitritt (Mitgliedsnummer 173.763), 1932 MdL Preußen, ab März 1933 komm., ab Juni 1933 definitiv OB in Ffm bis 1945, 1933–37 NSDAP-Kreisleiter in Ffm, 1945–1948 Internierung in Darmstadt (Lager), 1947 im Spruchkammerverfahren als „Minderbelasteter“ eingestuft, Anfang der 1950er Jahre erneute polit. Betätigung, u. a. Hess. Landesvorsitzender u. bis 1952 Stadtverordneter in Ffm der Deutschen Partei (DP), bis 1953 DP-Mitglied, 1953 Zulassung als Rechtsanwalt. *II. 1. a (94)*

**Kremmer, Joseph,** \* 10.01.1886 in Wanfried Krs. Eschwege, + 14.04.1976 in Gersfeld, katholisch, ab 1919 beim Post-scheckamt Ffm, dort Postinspektor (1925), ab 01.03.1930 NSDAP-Mitglied, Leitung d. Beamtenabteilung im Gau Hessen-Nassau-Süd bzw. des Gauamts f. Beamte im Gau Hessen-Nassau (u. a. 1942), 1933 NSDAP-Stadtverordneter in Ffm, 1933–1937 Landrat des Rheingaukreises in Rüdeshheim (bis 1934 kommissar.), ab 1937 Bürgermeister (= 1. Beigeordneter) in Ffm. *I. 2. (260)*

**Kretschmann, Ernst,** \* 04.09.1891 in Siersleben, + 1970, zeitweise DVP- u. DNVP-Mitglied, ab 01.01.1928 Präs. d. Landesarbeitsamts Pommern in Stettin, ab 18.07.1934 Präs. d. Landesarbeitsamts Hessen in Ffm, ab 1937 NSDAP-Mitglied, ab 01.09.1943 Präs. d. Gauarbeitsamts u. Reichstreu-händer der Arbeit Rhein-Main, Juli 1944 SA-Beitritt, nach Kriegsende Ermittlungsverfahren (eingestellt), Auslieferung an Polen, 1949 Rückkehr nach Deutschland. *V. 4. (205)*

**Kretschmer, Ernst, Prof. Dr. med.,** \* 08.10.1888 in Wüstenrot b. Heilbronn, + 08.02.1964 in Tübingen, 1918 Habilitation in Tübingen, ab 1926 Prof. u. Dir. der Universitäts-Nervenlinik in Marburg, ab 1946 in gleicher Position in Tübingen, 1959 Emeritierung. *III. 3. (297)*

**Krücke, Georg,** \* 08.07.1880 in Limburg, + 24.08.1961 in Wiesbaden, Jurist, ab 1919 Fraktionsvors. d. DVP in der Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden, 1930 bis März 1933 u. Apr. 1945 bis 1946 OB in Wiesbaden, 1946–1950 Leiter d. Amts f. Vermögenskontrolle u. Wiedergutmachung, 1952 ehrenamtl. Stadtrat in Wiesbaden, bis 1933 Mitglied der DVP, nach 1945 der FDP. *II. 1. (6)*

**L., Alfred,** + 30.04.1944 in Triest (vermutlich bei „T4“-Istrien-Einsatz), Schreiner, aus Ffm-Heddernheim (Römerstadt), Okt. 1940 Dienstverpflichtung in Ffm für „T4“ u. ab Ende Okt. für „T4“ in Hadamar, 03.08.1946 Einstellung eines Ermittlungsverfahrens (wg. Tod). *IV. 2. (366)*

**L., Bernhard,** \* 1903, ab 1928 beim BV Nassau als Schuhmacher in der LHA Hadamar (aushilfsweise Pfleger), 1934 SA-Beitritt (1942: Rottenführer), ab 01.03.1937 [vermutl. 01.05.] NSDAP-Mitglied, Feb. 1942 U.-k.-Stellung für LHA Hadamar, 27.03.1943–1945 beim Militär, 1945 Dienstentlassung aus polit. Gründen, 1947 Wiedereinstellung. *V. 3. (81)*

**L., Frieda/Friedel,** \* um 1913/14 (geschätzt), Pflegerin in den Wittenauer Heilstätten Berlin, ab Dez. 1939/Jan. 1940 Dienstverpflichtung zu „T4“, eingesetzt in Grafeneck, später (wahrscheinl. ab Dez. 1940, spätestens ab 1941) in Hadamar (ab Aug. 1942 Abordnung von „T4“ an den BV Nassau), bis mind. 11.02.1943 in Hadamar. *V. 3. (97)*

**L., Hans,** \* 28.05.1895 in Koblenz, + 29.03.1956 in Ffm, 1914–1918 Kriegsteilnahme, 1923–1931 Küchenmeister in Amerika, Okt. 1931 bis Jan. 1940 selbstst. Gastwirt in Hadamar, Jan. 1941 NSDAP-Beitritt, 1934 DAF-Beitritt, 1938 NSV-Beitritt, Mitglied weiterer NS-Verbände, 1940 U.-k.-Stellung, ab Jan. 1940 beim BV Nassau als Koch, zunächst in der LHA Hadamar, Okt. 1940 bis Feb. 1941 Abordnung an die LHA Weilmünster, ab 23.02.1941 wieder an der LHA Hadamar, Apr. 1941 bis März 1942 Abordnung zu „T4“ in Hadamar, März 1942 Versetzung zur LHA Weilmünster, 1946 keine Anklageerhebung (da nur mit „untergeordneten Arbeiten beschäftigt“), im Mai 1947 Entnazifizierung als „Mitläufer“, weiter tätig als Küchenmeister im Kindersanatorium Weilmünster. *IV. 2. (410)*

**L., Ilse, später verh. G.,** \* 1918, bis ca. 1941 Ausbildung zur Anwaltsgehilfin in Ffm, ca. Mai/Juni 1941 Dienstverpflichtung in Ffm für „T4“, ab Juni 1941 für „T4“ in Bernburg (Büro), Mitte 1942 bis Jan. 1944 tätig für die „T4“-„Zentralverrechnungsstelle“ (zunächst in Berlin, dann in Harthem), später Kauffrau, 1966 wohnhaft in Duisdorf b. Bonn. *IV. 2. (371)*

**L., Josef, Dr. med.,** \* 22.02.1895 in Sossenheim [Ffm], Psychiater, ab Okt. 1942 zunächst als Pat. (wahrscheinl. Suchtpatient) in der LHA Eichberg, dort bald tätig als Arzt, Aug. 1942 Verlegung/Versetzung zur LHA Weilmünster, ab Mai 1945 Anstaltsarzt in d. LHA Eichberg. *V. 1. (176)*

**L., Maximilian („Max“),** \* 22.02.1902 in Ffm, ausgebildeter Orthopädie-Feinmechaniker, später Kaufmann, 01.04.1926 (nicht, wie z. T. angeben, 1928) NSDAP-Beitritt (Mitglieds-Nr. 34.669), 1929–1933 SS-Mitglied (Unterscharführer), mehrfach vorbestraft, ab 1934 tätig im städtischen Dienst, zunächst an der Städelschule Ffm, 1935–1941 als Schulhausverwalter in Ffm-Griesheim, 1940/41 wohnhaft in Ffm-Eschersheim, Mitte 1941 Dienstverpflichtung in Ffm für „T4“, Juli 1941 bis Mitte 1942 tätig für „T4“ in Hadamar (Verwaltung/Kantinenleitung/Botendienste), ab 1942 (nach eigenen Angaben) für die Organisation Todt in Lettland (Leitung eines Sägewerks), Anfang 1946 wohnhaft in Oberaula Krs. Hersfeld, ab März 1946 in Haft, Apr. 1946 Anklageerhebung, März 1947 Freispruch im Hadamar-Prozess Ffm, später (1965) kfm. Ang., wohnhaft in Ffm-Seckbach/-Riederwald. *IV. 2. (369)*

**Lange, Karl,** \* 08.08.1892 in Bad Schwalbach, + 30.01.1966, Justizbeamter, seit 1923 erstmals NSDAP-Mitglied, 1928 NSDAP-Stadtverordneter in Ffm, ab Okt. 1930 dort NSDAP-Fraktionsvorsitzender, ab März 1933 Stadtverordnetenvorsteher in Ffm, ab März 1933 Präs. d. KLT in Wiesbaden u. Vizepräs. d. PLT in Kassel, ab Apr. 1933 kommissarischer Bürgermeister in Oberursel, ab 23.10.1933 vertretungsweise, ab 28.05.1934 kommissarisch u. ab 20.08.1935 definitiv Landrat in Weilburg, ab 01.06.1939 kommissarisch u. ab 11.01.1940 definitiv Landrat in St. Goarshausen, ab 01.02.1943 bis 1945 Landrat in Falkenberg (Oberschlesien). *II. 2. (86)*

**Lehmann, Friedrich, Dr. jur.,** \* 05.11.1888 in Königsberg, + 09.07.1960 in Ffm, Jurist, 1920–1932 Stadtkämmerer in Königsberg/Ostproußen, 1926–1930 DDP-Mitglied, 1932–1946 Stadtkämmerer in Ffm, NSDAP-Mitglied ab 01.05.1933 (Mitgliedschaft angeblich 1934 wegen Logenmitgliedschaft suspendiert). *II. 1. (89)*

**Leuschner, Wilhelm,** \* 15.06.1890 in Bayreuth, + 29.09.1944 in Berlin-Plötzensee (Hinrichtung), SPD-Mitglied, 1928–März 1933 MdI des Volksstaats Hessen, Mitglied der Widerstandskreise des „20. Juli“. *IV. 1. (66)*

**Leyser, Ernst Ludwig,** \* 10.09.1896 in Homburg/Saar, SS-Mitglied (1945 SS-Brigadeführer), stv. Gauleiter im NSDAP-Gau Saarpfalz bzw. Westmark, dort ab 1938 Vertretung für Bürckel während dessen Tätigkeit in Wien als „Reichskommissar für die Wiedervereinigung [...]“, 1945 LH in Wiesbaden (16.01.1945 Ernennung durch RMDI, 07.02.1945 Amtsantritt, Mai 1945 Dienstentlassung), 1948 Rückkehr aus der SBZ nach Wiesbaden, Spruchkammerverfahren, lebte 1965 noch. *V. 3. (237)*

**Linden, Herbert, Dr. med.,** \* 14.09.1899 in Konstanz, + 27.04.1945 (Suizid), evangelisch (u. a. 1942), 1917 Abitur, Medizinstudium, 17.12.1923 Promotion, 17.01.1925 Approbation, 23.11.1925 NSDAP-Beitritt (Mitgl.-Nr. 23.956), später (u. a. 1942) Mitarbeiter d. Rassenpolitischen Amtes, wahrscheinl. kein SS- oder SA-Mitglied, 1925–1928 Assistenzarzt in Heidelberg, 1928–1929 Assistent am Hygieneinstitut in Heidelberg, ab 1929 Assistent am Institut für ansteckende Krankheiten in Heidelberg, ab 01.04.1931 wissenschaftl. Angestellter im Reichsgesundheitsamt, dort ab 1933 Regierungsrat, ab 01.11.1933 im RMDI, dort ab 13.06.1934 Oberregierungsrat, ab 20.04.1936 Ministerialrat, in der Gesundheitsabt. Referent für das „Irrenwesen“, ab 1934 RDB-Mitglied, ab 1939/40 „T4-Gutachter“ bzw. „Obergutachter“, ab Nov. 1941 „Reichsbeauftragter für die Heil- und Pflegeanstalten“, Juli 1942 bis 1944/45 ehrenamtl. Richter am Volksgerichtshof, Nov. 1942 Beförderung zum Ministerialdirigenten im RMDI, ab Aug. 1946 (nach dem Tod) Ermittlungsverfahren d. StAnw Ffm. *V. 1. (2), V. 3. (154)*

**Linder, Karl,** \* 05.04.1900 in Ffm, + 17.03.1979 in Groß-Bieberau, 1918 Kriegsfreiwilliger, 1919 Freikorpsmitglied, 1920–1921 Studium der Nationalökonomie in Ffm, dann Steuerbeamtenlaufbahn, 1923–1933 Finanzbeamter b. Finanzamt Ffm (zuletzt Steuerinspektor), 1923 NSDAP-Beitritt, 1925 Wiedereintritt (Nr. 5.284), 1926–1927 Gauleiter Hessen/Hessen-Nassau-Süd, 1928–1932 stv. Gauleiter Hessen-Nassau, 1928–1930 Stadtverordneter Ffm, 1929–1930 u. 1933 Mitglied d. KLT Wiesbaden, Mitglied d. PLT Hessen-Nassau (zuletzt Fraktionsführer d. NSDAP), 1930–1945 MdR, 1932 Mitglied d. Preuß. Staatsrats, Aug. bis Dez. 1932 Gauleiter Hessen-Nassau, anschl. bis März 1933 stv. Gauleiter, 1933 Vors. d. Landesausschusses Wiesbaden, 1933–1937 Bürgermeister d. Stadt Ffm (u. a. Personaldezernent), 1933–1939 Gauamtsleiter Hessen-Nassau für Kommunalpolitik, ab 1933 Reichsfachschaftsleiter der Reichssteuerverwaltung, 1933–1938/39 Vors. d. Landesdienststelle Hessen-Nassau d. DGT, ab 1935 Preuß. Provinzialrat für Hessen-Nassau, ab 1937 erneut stv. Gauleiter Hessen-Nassau. *III. 3. (263)*

**Lonauer, Rudolf, Dr. med.,** \* 1910 in Linz, + 05.05.1945 (Suizid mit Frau u. Kindern), 1931 Approbation, ab 1931 bzw. 1933 Mitglied d. österr. Nationalisten, SS-Mitglied (1942 Hauptsturmführer), 1937 Facharzt für Psychiatrie, ca. 1938–1945 Direktor d. Anstalt Niedernhart, 1940–1945 ärztl. Leiter d. „T4“-Anstalt Harthem, zwischenzeitlich Sept. 1943 bis Nov. 1944 bei der Wehrmacht. *IV. 2. (408)*

**Lückoff, Wilhelm,** \* 09.10.1909 in Wissenbach/Dillkreis, + 29.12.1968, 01.03.1928 SA-Beitritt (später Haupttruppführer), 01.11.1928 NSDAP-Beitritt (Nr. 104.219), 1934 NSV-Beitritt, 1938 RDB-Beitritt, ursprünglich tätig als Hilfsarbeiter (Hüttenindustrie), ab Okt. 1937 beim BV Nassau (Einstellung als „alter Kämpfer“), tätig als (Lern-) Pfleger in der LHA Herborn, Mai/Juni 1938 Pflegerprüfung, 1939 (rückwirkend für 1938) Verbeamtung als „alter Kämpfer“, zum 28.07.1941 Versetzung zur LHA Hadamar u. dort bis 1942 Abordnung zu „T4“ (zwischenzeitlich ca. Jan. bis März 1942 Teilnahme am „T4“-„Osteinsatz“, 1942 zeitweise auch in den LHAen Eichberg u. Weilmünster eingesetzt), ab Juli/Aug. 1942 wieder in der LHA Hadamar, März/Apr. 1943 bis

1945 bei der Wehrmacht, Juli 1945 Dienstentlassung aus polit. Gründen, März 1946 Ausschreibung zur Festnahme, März 1947 Verurteilung im Hadamar-Prozess Ffm zu 3 Jahren u. 1 Monat Zuchthaus wg. Beihilfe zum Mord, 20.10.1948 Verurteilung in der 2. Instanz durch das OLG Ffm wg. Mordes (Beibehaltung des Strafmaßes), 01.06.1949 Freilassung auf Bewährung. *IV. 2. (413)*

**Ludewig, Max, Dr. jur.\*\*, \* 03.12.1880 in Düsseldorf, Jurist, 1906–1911 Referendar in Düsseldorf u. Altona, 1914–1918 aktiver Militärdienst, insg. ca. 16 Jahre (vermutlich ca. 1912–14 u. 1919–33) „private Beschäftigungszeiten“ in der Industrie, u. a. als Fabrikdirektor, zuletzt als Wirtschafts- u. Steuerberater, vor 1933 NSDAP-Mitglied (Gauredner, Kreisleiter), SA-Mitglied (1934 Truppführer), 08.09.1933 Wahl durch den Landesausschuss zum LdsR d. BV Wiesbaden, 01.10.1933 Dienstantritt, dort als Vorstand d. Abt. III zuständig für die Nass. Brandversicherungsanstalt, zum 01.05.1943 Pensionierung. *II. 1. (108)***

**Lutsch, Wilhelm, Dr. h. c.\*\*, \* 03.04.1879 in Saarbrücken, + nach 1933 u. vor 1952, katholisch, Vater Reichsbahnsekretär, ab 1880 in Ffm, Gymnasium Offenbach (Abitur 1898), Studium (Jura u. Staatswissenschaften) in Straßburg/München/Berlin/Bonn, Referendar an Amtsgerichten Camberg u. Ffm, 1906/07 Assessor b. Amtsgericht Ffm, 1907–1921 Rechtsanwalt in Ffm, ab 1919 Mitglied d. Kommunallandtags, Fraktionsvorsitzender des Zentrums, dann Vors. d. Landesausschusses, 1921–1927 besoldeter Stadtrat in Ffm, März 1927–1933 Landeshauptmann in Wiesbaden, 1933 Inruhestandversetzung aus polit. Gründen. *I. 2. (28)***

**M., Helene, \* 28.03.1889, + 02.04.1942, ab 1929 beim BV Nassau, Verw.-Ang. b. d. LHA Hadamar, 1941 nicht vollzogene Abordnung zu „T4“. *IV. 2. (390/391)***

**M., Hermann, \* 03.01.1881 in Ziegel Krs. Fulda, + 25.12.1959 in Fulda, katholisch, 1903–1919 beim Militär, als Militärärzter zum 05.12.1919 Eintritt b. BV Nassau, 1921 planmäß. Anstellung (LS), ab 1927 LOI u. Bürovorsteher beim LFV, kein NSDAP-Beitritt, 1934 NSV-Beitritt (ab 1939 Blockwalter), 1934 RDB-Beitritt, 1934 Reichsluftschutzbund-Beitritt, 1937 Reichskolonialbund-Beitritt, 01.–06.09.1939 Einberufung, ab 1946 LBD, ab 01.10.1948 im Ruhestand. *V. 4. (34)***

**M., Johanna („Hanni“), später verh. Sch., \* 04.10.1921 in Ffm, kein NSDAP-Mitglied, 1934–1937 BDM-Mitglied, bis 1941 tätig bei M. Schneider in Ffm, ca. Mai/Juni 1941 Dienstverpflichtung in Ffm für „T4“, 03.06.1941–31.07.1942 tätig für „T4“ in Hadamar (Büro), zwischenzeitlich (ca. Jan. bis März 1942) Teilnahme am „T4“-„Osteinsatz“ („nach Tolotschin und Minsk“), Aug. 1942 Eheschließung u. Rückkehr nach Ffm, 1946 wohnhaft in Ffm-Sachsenhausen, Apr. 1946 Anklageerhebung, ab 1946 in Untersuchungshaft, März 1947 Freispruch im Hadamar-Prozess Ffm. *IV. 2. (370)***

**M., Otto, \* 08.07.1898 in Wiesbaden-Kloppenheim, + 04.12.1966, 1920 Eintritt beim BV Wiesbaden als Angestellter, 1920–1925 „Hilfsarbeiter“, ab 1925 Beamter, 1925–1927 Landesverwaltungsassistent, 1927–1928 LS, 1928–1938 LOS, seit 1934 tätig in Abt. S bzw. S/I, 1939–1944 LI, als NSDAP-Mitglied (Nummern 181.200 u. 2.368.521) u. a. 1939 Amtsleiter f. Volkswohlfahrt u. Amtsleiter f. Jugendpflege, 1939 Leiter d. RDB-Fachschaftsgruppe Landeshaus, Juni bis Nov. 1939 vom BV Nassau abgeordnet zum Reichsprotectorat Böhmen u. Mähren (Bodenamt Prag), Jan. bis Feb. 1940 einberufen zur Wehrmacht, März 1940 bis Feb. 1941 durch das RMDI „kommandiert“ nach Krakau, ab 1944 LOI, 1945 Entlassung aus polit. Gründen, 1948 entnazifiziert als „Mitläufer“, angestellt beim Statistischen Landes-**

amt in Wiesbaden, dort 1958 mit lfd. Zuschuss d. LWV Hessen nach Art. 131 GG wieder verbeamtet als Regierungsinspektor, 1961 Ruhestand. *III. 3. (40)*

**M., Wilhelm, \* 30.11.1879 in Frebershausen/Waldeck, + 04.12.1956 in Wiesbaden, 1911 Eintritt beim BV Nassau als Hilfsarbeiter (Büro), 1913 planmäßige Anstellung (Sekretär, entspr. später LI), 1919–1933 Bürovorsteher d. Brandvers.-Anstalt, ab 1920 Landessekretär (entspr. später LOI), 1920–1934 Vors. d. Landesverb. Nassau d. Verb. d. preuß. Prov.-Beamten u. Angestellten, ab 1927 LAM, bis 1933 DDP-Mitglied, kein NSDAP-Beitritt, 1934–1945 RDB- u. NSV-Mitglied, 1933–1945 Bürovorsteher d. Landesjugendamts, 27.–28.08.1942 1 Tag Gestapo-Haft wg. Verdachts der Verbreitung von Kettenbriefen, 16.03.1944 Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes, Apr. 1945 Beauftragung mit der Leitung der Abt. Fürs.-Erz. Minderjähriger u. Landesjugendamt, ab 1947 LBD, 01.10.1948 Ruhestand. *V. 4. (33)***

**Masorsky, Peter, Dr. med.\*\*, \* 21.08.1887 in Groß-Solt Krs. Flensburg, + 17.11.1966, Schulbesuch in Flensburg, ab 1907 Studium, 1912 med. Examen in Kiel, 1913 Approbation, Arzt an der Anstalt Stephansfeld/Elsass, 1914–1918 Marinearzt, 1919–1921 Assistenzarzt d. LHA Eichberg, 1921–1936 dort Oberarzt, ab 05.10.1936 Oberarzt d. LHA Hadamar, ab 04.10.1937 komm. Leiter der LHA Hadamar, ab 01.04.1938 dort Dir., 26.08.1939–1945 einberufen als Arzt zur Marine (von Kriegsende bis Dez. 1945 in brit. Gefangenschaft), ab 1940/41 formal versetzt von der LHA Hadamar (wegen dortiger Einrichtung der „T4“-Anstalt) zur LHA Herborn (dort weiterhin Obermedizinalrat, aber nicht Direktor), 30.10.1945 auf Anordnung d. Militärregierung entlassen, 09.05.1945–31.03.1951 „amtlos verbrachte Zeit“, zum 01.04.1952 formal in den Ruhestand versetzt, ab 01.05.1933 NSDAP- u. SA-Mitglied, Nov. 1938–Mai 1939 stv. Ortsgruppenleiter, 1948 entnazifiziert als „Mitläufer“. *III. 2. (130)***

**Mazuw, Emil, \* 21.09.1900 in Essen, 1928 NSDAP-Beitritt (Mitglieds-Nr. 85.231), 1930 SS-Beitritt, ab 1934 Führer des SS-Abschnitts Stettin, ab 1939 Führer des SS-Oberabschnitts Ostsee (zu diesem Zeitpunkt SS-Gruppenführer), ab Ende 1939 oder Anfang 1940 zusätzlich LH in Pommern, auch (undatiert) HSSPF im Wehrkreis II. *III. 3. (377)***

**von Meister, Wilhelm, Dr. jur.\*\*, \* 03.02.1863 in Ffm, + 14.02.1935 in Genf, evangelisch, ab 30.06./26.07.1905 RP in Wiesbaden, zum 01.08.1919 pensioniert, zuvor ab 16.06.1919 beurlaubt, jedoch bereits am 01.06.1919 Amtsniederlegung. *I. 2. (196)***

**Mennecke, Friedrich (Fritz), Dr. med.\*\*, \* 06.10.1904 in Groß-Freden (Kreis Alfeld/Leine), + in der Nacht 30./31.01.1947 in Butzbach (Strafanstalt, Todesursache vermutlich Lungentuberkulose, Suizidvermutungen bestätigten sich nicht), „gottgläubig“ (bis Apr. 1941 ev.-luth.), 04.06.1937 Eheschließung mit Eva geb. W., bis 1923 Schulbesuch in Groß-Freden, Alfeld u. Einbeck, 1923 Reifeprüfung in Einbeck, 1923–1927 Lehre u. Tätigkeit als Kaufmann in Freden, 1927–1934 Medizinstudium in Göttingen u. Marburg, 1934 med. Staatsexamen u. Promotion in Göttingen, 1934–1935 Medizinalpraktikant in Göttingen (u. a. LHA), Peine u. Ffm (Univ.-Frauenklinik), 1935 Assistenzarzt im Kreiskrankenhaus Bad Homburg, ab 01.01.1936 beim BV Nassau angestellt als Anstaltsarzt b. d. LHA Eichberg, am 22.01.1938 rückwirkend zum 01.01.1938 verbeamtet als Oberarzt, ab 01.02.1938 Leiter der LHA Eichberg, am 30.01.1939 rückwirkend ernannt zum 01.12.1938 als Direktor, Sept. 1939 bis Jan. 1940 einberufen zur Wehrmacht (Saarland), 01.02.1940–17.01.1943 U.-k.-Stellung für „T4-Aktion“, jedoch weiterhin als Dir. in der LHA Eichberg, im Feb. 1941 Facharztanerkennung (Psychiatrie) im Zuge der „Aktion**

T4“, ab 25.06.1941 Titel Provinzialobermedizinalrat, Jan. 1943 erneut Einberufung zur Wehrmacht (Frankreich, UdSSR), seit Sept. 1943 in div. Wehrmachtslazaretten in der Ukraine, in Görlitz, Bühl, Bad Schwalbach, St. Blasien, Rockenau b. Eberbach/Neckar, Beuron (z. T. als Patient, z. T. als Arzt), ca. Apr. bis Juni 1945 in frz. Kriegsgefangenschaft in Württemberg, 1945 offiziell als Dir. d. LHA Eichberg ausgeschieden, bis Herbst 1945 Aufenthalt im Allgäu, dann wohnhaft in Freden u. Moringen, 14.12.1945 Haftbefehl, ca. März 1946 Festnahme in Northeim, 21.12.1946 Todesurteil durch das LG Ffm wegen der Krankenmorde (wegen des baldigen Todes nicht mehr rechtskräftig), 1932 NSDAP-Beitritt (Nr. 1.095.280), 1932 SS-Beitritt (Nr. 143.813), in der SS zunächst „SS-Arzt“, ab 01.02.1936 SS-Mann beim Stab SS-Oberabschnitt Rhein, zuletzt dort Adjutant d. SS-Oberabschnittsarztes, zuletzt SS-Hauptsturmführer, ab März 1937 NSDAP-Kreisamtsleiter des Rassenpolitischen Amts Rheingau/St. Goarshausen, 01.04.1939 bis 1942/43 Ortsgruppenleiter Eichberg-Eberbach. *III. 3. (362)*

**Merkle, Adolf**, wohnhaft in Ffm-Bornheim, mind. 1941 für „T4“ tätig in Hadamar (Büro), ab 01.11.1943 tätig (anscheinend neu eingestellt) für den BV Nassau in der LHA Hadamar (Büro), März/Apr. 1945 Festnahme, Okt. 1945 Verurteilung im am. Hadamar-Prozess Wiesbaden zu 35 Jahren Zuchthaus. *IV. 2. (366)*

**Meyer, Alfred**, \* 05.10.1891 in Göttingen, + Mai 1945 (Suizid), Jurist, 1928 NSDAP-Beitritt, ab 1931 Gauleiter in Westfalen-Nord, ab 1933 Reichsstatthalter in Lippe, ab 1938 OP Westfalen, daneben ab 1941 Staatssekretär im Ostministerium, ab 1942 Reichsverteidigungskommissar. *IV. 2. (103)*

**Momm, Willy, Dr. jur.**, \* 27.08.1865 in Barmen, + 14.11.1934 in Berlin, evangelisch, 05.08.1919 zum RP in Wiesbaden ernannt, erst am 16.03.1920 Amtsantritt (wegen Verzögerung durch Besatzungsbehörden), 12.08.–02.11.1920 ausgewiesen aus den besetzten Gebieten, zum 16.08.1922 amtsentoben durch die Rheinlandkommission, ab 09.04.1924 RP in Potsdam, 1930 Ruhestand. *I. 2. (199)*

**Moos, Erich**, \* 22.05.1903 in Straßburg/Elsass, + 31.10.1950, 1932 NSDAP-Beitritt, ursprünglich Gussputzer, ab 1936 beim BV Nassau (Einstellung als „alter Kämpfer“), tätig als (Lern-) Pfleger in der LHA Weilmünster, 1938 Pflegerprüfung, zum 28.07.1941 Versetzung zur LHA Hadamar u. dort bis Juli 1942 Abordnung zu „T4“, anschließend weiter in der LHA Hadamar, März/Apr. 1943 bis 1945 bei der Wehrmacht, März 1946 Ausschreibung zur Festnahme, Okt. 1946 Anklageerhebung, März 1947 Verurteilung im Hadamar-Prozess Ffm zu 4 Jahren Zuchthaus wg. Beihilfe zum Mord, 20.10.1948 Verurteilung in der 2. Instanz durch das OLG Ffm wg. Mordes u. Beihilfe (Beibehaltung des Strafmaßes), 15.12.1949 Freilassung auf Bewährung, 1949–1950 tätig bei einer Firma in Weilmünster. *IV. 2. (413)*

**Müller, Ernst**, \* 27.07.1891 in Grebenroth/Untertaunuskreis, Frühjahr 1933 komm. Leiter d. HEA Kalmenhof/Idstein (eingesetzt durch die Gauleitung), Sept. 1934 endgültige Anstellung als Dir. (rückwirkend ab März 1934), Juni 1941 bis wahrscheinlich 1945 einberufen zur Wehrmacht (u. a. 1944 Hauptmann), 1944 Anklageerhebung beim Sondergericht Ffm wg. Kriegswirtschaftsverbrechen (Lebensmittelunterschlagungen im Kalmenhof ab 1939), 1947 während des Kalmenhof-Prozesses abwesend durch Flucht, 1951 Identifizierung mit falschem Namen nahe Schweinfurt, Juli 1951 Haftbefehl, Anklage wg. Beihilfe zum Mord („T4-Aktion“ 1940/41), am 18.03.1952 Prozessöffnung u. Freispruch durch das Schwurgericht Wiesbaden „mangels Beweises“, Juli 1952 Rechtskraft (nach Revisionsrücknahme durch die StAnw). *III. 1. (40)*

**Müller, Kurt**, \* 30.07.1908 in Wörsdorf Krs. Untertaunus, + 02.10.1954 in Wiesbaden-Sonnenberg, 1926 Abitur in Wiesbaden, 1926–1930 Jurastudium in Marburg, Bonn u. Ffm, 28.06.1930 Referendarexamen, 01.08.1930 Gerichtsreferendar im OLG-Bez. Ffm, 01.05.1933 NSDAP-Beitritt (Mitgl.-Nr. 2.368.630), Mai 1933 SS-Beitritt (Mitgl.-Nr. 116.168, u. a. 1937 Scharführer, ab 1942 oder 1944 Untersturmführer), 07.04.1934 große jur. Staatsprüfung, ab 01.05.1934 Gerichtsassessor, 01.11.1936 Eintritt beim BV Nassau als jur. Hilfsarbeiter in Abt. II (Volksfürsorge), zeitweise auch in Abt. S/II (Anstaltsverwaltung), ab 01.07.1938 LVR (planmäßige Anstellung), ab 10.06.1938 stv. Justiziar d. BV Nassau, 08.09.1939–23.08.1940 Einberufung zur Waffen-SS, ab Feb. 1941 nebenamtl. rechtskundiger Beisitzer d. Dienststrafkammer in Kassel, ab spätestens 1941/42 Hilfsdezerent d. LFV, 02.06.1943–1945 Einberufung zur Waffen-SS, ab 25./30.07.1943 LdsR, 1945 Ausscheiden aus dem Dienst d. BV Nassau, 03.05.–21.11.1945 am. Kriegsgefangenschaft, 21.11.1945–03.05.1948 Zivilinternierung (Lager Darmstadt), 1949 Entnazifizierung (Berufungsverfahren) in Gruppe IV, ab 01.06.1949 Rechtsanwalt in Idstein. *V. 4. (24)*

**Murr, Wilhelm**, \* 16.12.1888 in Esslingen, + 14.05.1945 in Egg b. Bregenz/Vorarlberg (Suizid), 1922 NSDAP-Beitritt, ab 1928 Gauleiter von Württemberg-Hohenzollern, 1930–1932 u. ab 1933 Mdr, 1933 vorübergehend Staatspräsident in Württemberg, ab 1933 Innen- u. Wirtschaftsminister u. Reichsstatthalter in Württemberg, 1934 SS-Beitritt (1942 Obergruppenführer), ab 1939 Reichsverteidigungskommissar im Wehrkreis V (Stuttgart), ab 1942 in seinem NSDAP-Gau. *IV. 2. (208)*

**Mutschmann, Martin**, \* 09.03.1879 in Hirschberg/Saale, + 14.02.1947 in Moskau [laut Killy/Vierhaus], nach anderen Angaben + im Juni 1948 [laut Schwarz] oder im Juli 1948 in Dresden [laut Weiß], Kaufmann (Textilindustrie), 1922 NSDAP-Beitritt, ab 1924 NSDAP-Gauleiter in Sachsen, SA-Mitglied (1937 Obergruppenführer), 1930–1945 Mdr, ab 1933 Reichsstatthalter in Sachsen, ab 1935 Leitung der Landesregierung in Dresden, ab 1939 Reichsverteidigungskommissar im Wehrkreis IV, ab 1942 im Gau Sachsen, 1945 Festnahme, anschließend sowjet. Prozess, [laut Killy/Vierhaus:] 1947 Todesurteil in Moskau. *IV. 2. (216)*

**N., Elisabeth, verh. F.**, \* 21.03.1918 in Ffm, Mitglied der NSDAP (Ortsgruppe Ffm-Praunheim) u. d. NS-Frauensschaft, bis 1940 tätig beim Finanzamt Ffm-„Börse“ (Stiftstraße), Okt. 1940 Dienstverpflichtung in Ffm für „T4“, tätig für „T4“ überwiegend in Pirmas-Sonnenstein (vorübergehend in Berlin, Hadamar u. sächs. Zwischenanstalten), Anfang 1942 bei „T4“ ausgeschieden (Eheschließung mit „T4“-Mitarbeiter Helmut F., Schwangerschaft), 1966 Hausfrau, wohnh. in Ffm-Eckenheim (Ehemann Stadtoberspektor). *IV. 2. (366)*

**Neef, Hermann**, NSDAP-Mitglied ab 04.07.1925 (Mitgl.-Nr. 9.249), Goldenes Parteiabzeichen des NSDAP-Gaus Hessen-Nassau, Oberzollsekretär, 1929–1931 Stadtverordneter in Ffm, 06.07.1933 Leiter des NSDAP-Hauptamts für Beamte, 15.10.1933 Gründung, ab 01.01.1934 Leitung d. RDB. *I. 2. (262)*

**O., Robert**, \* 14.09.1897 in Staffél b. Limburg, + 30.04.1974, ca. 1927–1935 wohnhaft in Altenkirchen b. Weilburg (arbeitslos), 1930 NSDAP-Beitritt (Nr. 262.459), 1932 SA-Beitritt, ab Feb. 1936 beim BV Nassau (Einstellung als „alter Kämpfer“), tätig als Pförtner in der LHA Weilmünster, Mai 1936 nach Querelen Versetzung zur LHA Herborn, dort (Lern-) Pfleger, 1938 Pflegerprüfung, 1939 (rückwirkend ab 1938) Verbeamtung als „alter Kämpfer“, zum 23.07.1941 Versetzung zur LHA Eichberg, zum 01./02.08.1941 Versetzung zur LHA Hadamar u. dort bis Apr. 1942 Abordnung zu „T4“ (zwischenzeitlich ca. Jan. bis Feb. 1942 Teilnahme am

„T4“-„Osteinsatz“), Apr. 1942 Versetzung zur LHA Herborn, ab Ende 1942 Heranziehung zum „Notdienst“ (zum Zoll u. a. in Frankreich u. Innsbruck), im Mai 1945 Dienstentlassung aus polit. Gründen, nicht angeklagt im Hadamar-Prozess Ffm, 1953 (gescheiterte) Bemühungen um Wiedereinstellung in der LHA Herborn. *IV. 2. (413)*

**P., Adolf**, \* 26.05.1910 in Wiesbaden, 1936 Eintritt beim BV Nassau als Verwaltungsangestellter, zunächst in Abt. Ila, ab 16.10.1937 in Abt. S/II, dann bis 1943 beschäftigt in Marienhausen b. Rüdeshcim (dem Bistum Limburg entzogene, „entkonnessionalisierte“ Stiftung), 1943 kurzfristig erneut in der Zentralverwaltung d. BV Nassau, ab 13.11.1943 erster Verwaltungsbeamter (LI) d. LHA Eichberg. *III. 3. (78)*

**P., Philipp**, Reichsbahnarbeiter, wohnhaft in Ffm-Bonames, mind. 1941 für „T4“ tätig in Hadamar (Küche). *IV. 2. (366)*

**von Pfeffer, Fritz** (eigentlich Friedrich Pfeffer von Salomon), \* 19.05.1892 in Berlin-Charlottenburg, + 29.10.1961 in Straelen/Niederrhein, 1919–1920 Jura- u. Politikstudium in Münster, 1923 Mitglied d. Völkischen Blocks in Hagen, 1928 NSDAP-Mitglied (Nr. 77.889), ab 1929 hauptamtlicher SA-Führer in der Obersten SA-Führung, ab 1931 SA-Gruppenführer, 1933–1936 Polizeipräsident in Kassel, 1936–1943 RP in Wiesbaden, 1938 als SA-Obergruppenführer u. RP Sonderbeauftragter für den Bau des Westwalls, 1939 Chef d. Zivilverwaltung b. Armeecoberkommando, Juni 1940 zur Militärverwaltung nach Belgien, dann nach Frankreich, ab Juli 1940 zugleich Verwaltungschef beim Militärbefehlshaber Frankreich in Paris, ab März 1941 zurück in Wiesbaden als RP, ab 1943 im Wartestand, nach 1945 Mitbegründer der Deutschen Partei (DP) in Hessen u. in den 1950er Jahren DP-Bez.-Vors. Wiesbaden. *III. 3. (285)*

**Plewe, Karl**, \* 05.06.1876, freireligiös, gelernter Gürtler, SPD-Mitglied, 1918/19 als Beauftragter des Arbeiter- u. Soldatenrats Delegierter b. Polizeipräsidentium Ffm, anschließend bis Apr. 1928 Gewerkschaftssekretär (Metallarbeiterverband), ab 23.04.1928 LdsR d. BV Wiesbaden, 1933 Dienstentlassung aus polit. Gründen (nach § 4 BBG). *I. 2. (34)*

**Pork, Rudolf, Dr. jur.**, \* 12.04.1900 in Dortmund, + 01.10.1944 in Münster (Bombardierung), Jurist, 1922 Promotion, 1926 Assessor, wenig später tätig beim PV Westfalen, bis 1933 DVP-Mitglied, 1933 NSDAP-Beitritt, verschiedene lfd. Funktionen im Fürsorgebereich d. PV Westfalen, 1936 LdsR, ab 1939 Abteilungsdirigent für die Gebiete Personal, Anstaltswesen u. Landesfürsorgeverband. *V. 1. (338)*

**Prestel, Rudolf, Dr. jur.**, \* 27.08.1898 in Göggingen b. Augsburg, + 19.08.1979 in Ffm, 1918–1923 Jurastudium in München, 1924 Promotion in Erlangen, 1926 Assessorexamen, 1926–1936 wiss. Referent b. Dt. Verein für öffentliche u. private Fürsorge, 01.05.1933 NSDAP-Beitritt, ab Aug. 1936 bei der Stadt Ffm, ab Feb. 1937 als Beamter (Magistratsrat), überwiegend tätig für Fürsorge- u. Jugendamt, Juni 1945 Entlassung, 1946 Entnazifizierung als „Entlasteter“ (Gruppe 5) u. Wiedereinstellung, 1946–1966 hauptamtl. Stadtrat in Ffm (CDU-Mitglied), zugleich 1946–1954 Leiter des Gesundheitsamts, 1946–1966 Leiter des Fürsorge- u. des Jugendamtes, bis 1966 Sozialdezernent. *IV. 3. (288)*

**R., Bernhard, Dr. med.**, \* 15.06.1869 in Zaprizin [o. ä.] bei Moskau, 1892 Promotion in Bonn, 1894 Approbation, Sanitätsrat, tätig beim BV Nassau, u. a. während des Ersten Weltkrieges in d. LHA Eichberg, 1934 Pensionierung als Oberarzt d. LHA Herborn, ab 12./15.08.1940 reaktiviert als Oberarzt an d. LHA Eichberg, ab 31.08.1941 erneut im Ruhestand. *IV. 3. (109)*

**R., Helga**, Schwester b. d. LHA Herborn, formal zum 01.08.1941 Versetzung zur LHA Weilmünster, kurz darauf zur LHA Hadamar u. dort bis Juli 1942 Abordnung zu „T4“ (zwischenzeitlich ca. Jan. bis März 1942 Teilnahme am „T4“-„Osteinsatz“), anschließend weiter in der LHA Hadamar (bis mind. 1946), Apr. 1946 Einstellung d. Ermittlungsverfahrens („keine strafbaren Handlungen begangen“). *IV. 2. (413)*

**R., Hilde**, \* 17.01.1891 in Höchsin, Pflegerin, tätig für „T4“ in Grafeneck, Anf. 1942 Teilnahme am „T4“-„Osteinsatz“, mindestens Aug. 1942 bis 13.11.1942 in der LHA Hadamar (Abordnung von „T4“ an den BV Nassau, Dez. 1942 Krankenschreibung), im Apr. 1944 nicht mehr in der LHA Hadamar, 1948 wohnhaft in Erfde/Schleswig-Holstein. *V. 3. (97)*

**R., Hildegard („Hilde“)**, \* 25.04.1923 in Ffm, BDM- u. DAF-Mitglied (nicht NSDAP), nach dem Volksschulabschluss Absolvierung des „Pflichtjahres“, bis 1939 wohnhaft in Ffm-Innenstadt, ab Apr. 1939 wohnhaft in Langen/Hessen, dort bis Anf. 1941 kfm. Lehre, Feb. 1941 Dienstverpflichtung in Ffm für „T4“, Anf. März 1941 bis 15.11.1941 für „T4“ tätig in Hadamar (Verwaltung), 1946 wohnhaft in Langen, ab Apr. 1946 tätig beim Freien Gewerkschaftsbund (Branche Metall) in Ffm, Apr. 1946 Anklageerhebung, ab Sept. 1946 in Untersuchungshaft, März 1947 Freispruch im Hadamar-Prozess Ffm. *IV. 2. (367)*

**R., Karl**, \* 20.05.1910 in Ffm, + 11.05.1956 in Münster Krs. Dieburg, 1933–1940 Werkzeugmacher b. d. Adlerwerken Ffm, Okt. 1940 Dienstverpflichtung in Ffm für „T4“ u. ab Ende Okt. bei „T4“ in Hadamar tätig als Bürohilfe (mind. bis 1941), 1946 Fahndung (erfolglos). *IV. 2. (366)*

**R., Wilhelmine**, \* 01.02.1895 in Wiesbaden, ab Jan. 1937 beim BV Nassau als Büroangestellte der Zentralverwaltung Wiesbaden, 1940 vorübergehend abgeordnet zur Gauzentrale Troppau, ab 28.03.1941 versetzt zur LHA Eichberg, 19.06.1941 Verhaftung durch die Gestapo (Gestapo-Haft in Wiesbaden u. Ffm), 20.06.1941 fristlose Entlassung durch den BV Nassau wg. „Verletzung der Schweigepflicht“, 1941–1943 Büroleiterin an der Dt. Karlsuniversität Prag, keine Parteimitgliedschaft, 1939–1943 DAF-Mitglied, 1935–1943 NSV-Mitglied, 1951–1958 vergebliches Bemühen um Wiedereinstellung beim Kommunalverband Wiesbaden u. LWV Hessen. *IV. 3. (254)*

**R., Willi**, \* 18.12.1890 in Badenhausen Krs. Gandersheim, + 08.07.1941 in Köln, ab 1911 beim BV Nassau, vor 1933 SPD-Mitglied, 1933 DAF-Beitritt, 1936 NSV-Beitritt, 1937 NSDAP-Beitritt, Pfleger b. d. LHA Hadamar, ab Nov. 1940 bis zum Tod Abordnung zu „T4“ in Hadamar, bei der Begleitung eines „Gekrat-Transportes“ aus Köln dort ums Leben gekommen (Bombardierung), Witwe lebte bis 1972 in Hadamar. *IV. 2. (390/393)*

**R., Willi**, Pfleger bei der LHA Herborn, ca. Ende Juli 1941 Versetzung zur LHA Hadamar u. dort bis Juli 1942 Abordnung zu „T4“ (zwischenzeitlich ca. Jan. bis März 1942 Teilnahme am „T4“-„Osteinsatz“), anschließend weiter in der LHA Hadamar, März/Apr. 1943 bis 1945 bei der Wehrmacht, März 1946 Fahndung, keine Anklageerhebung. *IV. 2. (413)*

**Recktenwald, Johann, Dr. med.**, \* 24.06.1882 in Bliesen Krs. St. Wendel/Saar, + 16.04.1964 in Bonn-Beuel), 1909 Promotion in Freiburg i. Br., anschließend Assistenzarzt u. a. in den Heilanstalten Marburg, Süchteln, Galkhausen u. Merzig, 1920–1927 Oberarzt in der PHA Andernach, anschließend in den PHAen Bonn und Bedburg-Hau, seit 1918 DDP-Mitglied, ab 1933 NSDAP-Mitglied, 1934–1945 Dir. d. PHA Andernach, 1939–1944 zugleich Chefarzt des dortigen Reservelazarets (unterbrochen 01.06.–15.08.1941 für die

„Zwischenanstalt“ Andernach), 24.04.1945 Festnahme, 1948 Verurteilung durch das LG Koblenz zu 8 Jahren Zuchthaus, 1950 Freispruch im Revisionsverfahren, 1951 rechtskräftig durch Beschluss des OLG Koblenz, 1963 Publikation eines Buches über Hitlers Krankheiten. *IV. 3. (92)*

**Reuter, Paul,** \* 18.06.1907 in Wolfenhausen b. Weilmünster, + in den 1990er Jahren, gelernter Gärtner, Juni bis Dez. 1930 u. erneut ab 1933 NSDAP-Mitglied (Nr. 262.532), später Blockleiter, 1935 SA-Beitritt, DAF-Mitglied, ab Juni 1936 beim BV Nassau (Einstellung als „alter Kämpfer“), tätig als (Lern-) Pfleger in der LHA Weilmünster (zeitweise in der LHA Herborn), 1939 (rückwirkend für 1938) Verbeamtung als „alter Kämpfer“, Juni bis Okt. 1940 bei der Wehrmacht, Okt. 1940 U.-k.-Stellung für die LHA Weilmünster, 28.07.1941 Versetzung zur LHA Hadamar u. dort bis Juli 1942 Abordnung zu „T4“ (zwischenzeitlich ca. Jan. bis März 1942 Teilnahme am „T4“-„Osteinsatz“ in Minsk, zuvor u. danach auch in der LHA Eichberg), ab ca. Aug. 1942 wieder in der LHA Hadamar, Feb. 1943–1945 bei der Wehrmacht, Juli 1945 Dienstentlassung aus polit. Gründen, ab März 1946 in Untersuchungshaft, Apr. 1946 Anklageerhebung, März 1947 Verurteilung im Hadamar-Prozess Ffm zu 4 ½ Jahren Zuchthaus wg. Beihilfe zum Mord, 20.10.1948 Verurteilung in der 2. Instanz durch das OLG Ffm wg. Mordes (Beibehaltung des Strafmaßes). *IV. 2. (413)*

**Rücker, Karl,** \* 04.08.1889 in Wiesbaden, + 17.02.1948 in Merxhausen b. Kassel, 1911–1912 Militärdienst, im Aug. 1914 Kriegsteilnahme (Verwundung), ab 1925 tätig beim BV Nassau, dort in den Bereichen Landesfürsorgeverband u. Anstaltsverwaltung bis 10.08.1939, dort bis 1938 LAM, dann LVR, ab 11.08.1939 in Kassel verantwortlich für die Anstaltsverwaltung des BV Hessen, offiziell Versetzung ab 01.09.1940, neue Amtsbezeichnung PVR, ab 07.06.1944 vertretungsweise Leitung u. a. der Abt. Allg. Verwaltung u. Personal, ab 19.07.1945 zusätzlich wieder zuständig für das Anstaltswesen, ab 1934 RDB- u. NSV-, ab 01.05.1937 NSDAP-Mitglied, „Entnazifizierung“ als „Mittäufer“. *IV. 2. (123)*

**Rüdin, Ernst, Prof. Dr. med.,** \* 19.04.1874 in St. Gallen/Schweiz, + 22.10.1952 in München, 1918–1945 Leiter d. Genealogisch-Demographischen Abt. d. Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie in München bzw. 1931–1945 Leiter der Forschungsanstalt selbst. *III. 2. (93)*

**Ruoff, Heinrich,** \* 21.07.1887 in Aachen, + 14.03.1946 (Hinrichtung), 10.08.1926 Eintritt beim BV Nassau als Pfleger in der LHA Hadamar, ab 15.10.1936 Oberpfleger, ab 01.04.1933 SA-Mitglied, ab 1933 NSBO-Mitglied (ab 15.05.1933 Betriebszellenobmann, noch 1941 Betriebsobmann), ab 1933 DAF-Mitglied, ab 01.03.1937 [vermutl. 01.05.] NSDAP-Mitglied (Nr. 8.870.179), ab 1937 NSV-Mitglied, 1940–1942 keine Abordnung an „T4“, ca. im Frühjahr 1945 Festnahme durch die am. Militärregierung, 15.10.1945 Todesurteil im am. Hadamar-Prozess-Wiesbaden wegen Mordes an Zwangsarbeitern. *V. 3. (97)*

**Ruppert, Fritz,** \* 16.11.1887 in Wiesbaden, 1945/46 vermisst in Landsberg/Warthe, Jurist, 1919 bis Ende 1944 im RMDI, seit 1927 Ministerialrat, bis 1939 in der Kommunalabt., ab Sept. 1939 Leitung d. Unterabt. Wohlfahrtspflege, maßgebliche Stellungen im Dt. Roten Kreuz, Ende 1944 Verhaftung u. Entlassung (wg. angebl. sittl. Verfehlungen), Arbeitseinsatz, Volkssturm, Gefangenschaft, 1946 Ermittlungen d. StAnw b. d. LG Ffm wg. möglicher Verantwortung für NS-„Euthanasie“ im Reg.-Bez. Wiesbaden. *V. 4. (43)*

**S., Anton,** \* 16.12.1894, ab 1915 beim BV Nassau, Pfleger b. d. LHA Hadamar (auch noch 1946), Aug. 1939–1945 bei

der Wehrmacht, 1941 nicht vollzogene Abordnung vom BV Nassau zu „T4“. *IV. 2. (390/391)*

**S., August,** \* 28.07.1912 in Essen, seit 1931 HJ-Mitglied, seit 1933 NSDAP- u. SA-Mitglied, 1933–1939 städt. Arbeiter in Ffm (Straßenreinigung/Fuhrpark), 1939 Westwalleinsatz, Okt. 1940 Dienstverpflichtung in Ffm für „T4“, Ende Okt. 1940 bis 21.06.1941 bei „T4“ in Hadamar (als Bauarbeiter, Hausbursche, auf dem Hofgut), später (1944) als Gefreiter in Darmstadt, 03.08.1946 Einstellung eines Ermittlungsverfahrens, 1965 wohnhaft in Ffm-Höchst. *IV. 2. (366)*

**S., Emil** (Ehemann von Hedwig S.), \* 05.10.1902 in Wiesbaden, ab 1925 beim BV Nassau als Schlosser u. Elektromeister in der LHA Hadamar, zuletzt als Fahrer u. Betreuer des Fahrzeugparks, Ende Aug./Anfang Sep. 1939 Einberufung, etwa im Herbst 1940 beurlaubt u. wieder eingesetzt in der LHA Hadamar, Nov. 1940 bis März 1943 Abordnung vom BV Nassau zu „T4“, zwischenzeitlich (ca. Feb. bis März 1941) vorübergehend nochmals bei der Wehrmacht, für „T4“ zunächst tätig in Hadamar, ab 1942 Hausmeister im „T4“-Erholungsheim in Weißenbach am Attersee, März/Apr. 1943 bis 1945 erneut bei der Wehrmacht, 1946 geplante staatsanw. Prüfung führt nicht zur Anklageerhebung, 1965 wohnhaft in Wiesbaden-Amöneburg. *IV. 2. (301)*

**S. Hedwig („Hede“) S. geb. L.** (Ehefrau von Emil S.), \*12.03.1905 in Ffm, 1925–1928 tätig in der LHA Hadamar als Erzieherin, anschließend bis zur Eheschließung 1933 Hilfsschullehrerin in Ffm, erneut seit 11.06.1940 beim BV Nassau als Beiköchin b. d. LHA Hadamar, Nov. 1940 bis Feb. 1942 Abordnung zu „T4“ in Hadamar (Beiköchin), anschließend 1942 von „T4“ (wie ihr Ehemann) eingesetzt im Erholungsheim Weißenbach am Attersee (Oberdonau), gegen Kriegsende tätig im Kriegsgefangenenlager Limburg, 1946 wohnhaft in Niederzeuzheim b. Hadamar, 1946 keine Anklageerhebung (da nur mit „untergeordneten Arbeiten beschäftigt“), 1965 wohnhaft in Wiesbaden-Amöneburg. *IV. 2. (390/394)*

**S., Hildegard („Hilde“),** Pflegerin, der Organisation „T4“ durch das Land Sachsen „für einen geheimen Sonderauftrag“ „zur Verfügung gestellt“ (wahrscheinlich 1940 oder 1941), Anf. 1942 Teilnahme am „T4“-„Osteinsatz“, ab 26.08.1942 in der LHA Hadamar (Abordnung von „T4“ an den BV Nassau), 22.12.1942 Medaille für dt. Volkspflege, zum 31.03.1944 Ausscheiden bei „T4“ u. ab 01.04.1944 Einstellung beim BV Nassau, weiter eingesetzt in Hadamar. *V. 3. (97)*

**S., Judith, später verh. T.,** \* 20.04.1922 in Ffm-Eschersheim, dann wohnhaft in Neu-Isenburg, nach Volksschulbesuch tätig bei der IHK Offenbach, NSDAP- u. BDM-Mitglied, im Anschluss an den Reichsarbeitsdienst halbjähriger Besuch der RAD-Bezirksschule Ingelheim bis 1941 (Arbeitsdienst-Jungführerin), Dienstverpflichtung in Ffm für „T4“, ab Apr. 1941 tätig für „T4“, zunächst 2 Monate in der Berliner Zentrale, ab Juni 1941 in Hadamar (Verwaltung), ab 01.08.1942 übernommen vom BV Nassau, bis 1945 weiter tätig in der LHA Hadamar, Aug. 1943 Geburt eines Kindes, Aug. 1944 Eheschließung mit dem (auch in Hadamar eingesetzten) „T4“-Fahrer Martin T. aus Pirna, 1946 wohnhaft in Neu-Isenburg, Apr. 1946 Anklageerhebung, ab 1946 Untersuchungshaft, März 1947 Freispruch im Hadamar-Prozess Ffm. *IV. 2. (372)*

**S., Paula,** \* 01.11.1911 in Ffm-Eschersheim, kfm. Lehre, 1933 NSDAP-Beitritt, ab Juli 1933 angestellt als Stenotypistin bei der NSDAP-Gauleitung Ffm (tätig u. a. im Kontrollamt f. Arbeitsbeschaffung u. beim Gaugericht Hessen-Nassau), bis 1940 wohnhaft in Ffm oder Neu-Isenburg, Okt. 1940 Dienstverpflichtung in Ffm für „T4“ u. ab Ende Okt.

für „T4“ als Büromitarbeiterin tätig in Pirmas-Sonnenstein, ab Ende Jan./Anfang Feb. 1941 in Hadamar (dort in der „Trostbriefabteilung“ u. der „Abwicklungsabteilung Grafeneck“), ab 01.08.1942 übernommen vom BV Nassau (LHA Hadamar), zum 30.09.1943 Ausscheiden nach persönl. Differenzen, 1946 wohnhaft in Wiesbaden, Apr. 1946 Anklageerhebung, ab Sept. 1946 in Untersuchungshaft, März 1947 Freispruch im Hadamar-Prozess Ffm. *IV. 2. (366)*

**Sauerbier, Georg,** \* 10.07.1886, Landwirt in Georghthal bei Wiesbaden, 1933 für die NSDAP Landesauschussmitglied d. BV Nassau, ab 15.07.1933 „landwirtschaftlicher Sachverständiger und Berater“ für den BV Nassau (ehrenamtlich), im Nov. 1933 Einsatz von LH Traupel für eine finanzielle Unterstützung Sauerbiers, ab ca. 1936 Nutzung eines Büros im Wiesbadner Landeshaus („landwirtschaftlicher Sachbearbeiter“), ab 01.06.1937 zugleich Beauftragung mit der Beaufsichtigung der Gutswirtschaften d. BV Hessen, spätestens ab 03.06.1938 „Provinzialgüterdirektor“, zum 01.12.1938 Inhaber einer ebenso benannten Beamtenstelle d. BV Nassau, ab Feb. 1940 abgeordnet zum BV Hessen zur komm. Leitung von Landesarbeitsanstalt u. Landesfürsorgeheim Breitenau (während dort das „Arbeitserziehungslager“ der Gestapo Kassel betrieben wurde), 1944 (vermutlich ab 01.11.1944) Versetzung zum PV Kurhessen. *III. 3. (199)*

**von Savoyen, Mafalda Prinzessin, dann von Hessen,** \* 19.11.1902, + 27.08.1944, Tochter des ital. Königs, ab 23.09.1925 verheiratet mit Philipp Prinz von Hessen, Tod nach KZ-Haft in Buchenwald. *V. 4. (138)*

**Sch.,** Okt. 1940 Dienstverpflichtung in Ffm für „T4“, tätig als „Fahrer oder Beifahrer“ für „T4“ in Hadamar. *IV. 2. (366)*

**Sch., Fritz,** \* 20.02.1899 in Metgethen b. Königsberg/Ostpreußen, Ehemann der Schwester von Fritz Bernotat, Schlossermeister, durch Vermittlung seines Schwagers Anstellung als Maschinenmeister der LHA Weilmünster, NSDAP-Blockleiter u. Blockwart, 1945 vom BV Nassau entlassen auf Veranlassung der Militärregierung, 03.03.–06.04.1946 in Polizei-/Untersuchungshaft, 1947 Freispruch in Hadamar-Prozess, später (1965) wohnhaft in Audenschmiede b. Weilmünster. *IV. 2. (300)*

**Sch., Josef,** \* 08.11.1885 in Laberweinting Amt Mallersdorf/Bayern, + 20.07.1959 in Gießen, ab 1923 beim BV Nassau, zuletzt als Schlossermeister an der LHA Hadamar, Anfang 1941 bis Juli 1942 vom BV Nassau abgeordnet zu „T4“, eingesetzt in Hadamar, ab Aug. 1942 weiter in der LHA Hadamar (wieder für den BV Nassau), 1946 Einstellung eines Ermittlungsverfahrens, ab 01.12.1950 im Ruhestand, 1950/59 wohnhaft in Elz Krs. Limburg. *IV. 2. (302)*

**Sch., Rosa,** \* ca. 1901–1906, aus Ffm, Feb. 1941 Dienstverpflichtung in Ffm für „T4“, ab Anf. März 1941 tätig für „T4“ in Hadamar (Büro), 1946 führen staatsanw. (Vor-) Ermittlungen nicht zum Auffinden der Person, weder Anklageerhebung noch Urteil. *IV. 2. (367)*

**Sch., Wilhelm,** \* 09.06.1904 in Biebrich b. Nassau Krs. Unterlahn, ab 01.12.1936 beim BV Nassau, Schreiner b. d. LHA Hadamar, Nov. 1940 bis Juli 1942 Abordnung zu „T4“ in Hadamar, anschließend weiter in der LHA Hadamar tätig (noch 1945), Juli 1945 Verhaftung, 1946 wieder in Hadamar, Aug. 1946 Einstellung d. staatsanw. Ermittlungen. *IV. 2. (390/395)*

**Schellmann, Otto, Dr. jur.,** \* 19.11.1880 in Kassel, + 02.10.1953 in Kassel, Jura-Studium in Lausanne, München, Berlin, Marburg, 1903 jur. Promotion in Marburg, 1903 Gerichtsreferendar, 1909 Gerichtsassessor in Berlin, (undatiert:)

„Mehrere Jahre Vorsitzender des Jugendherbergsverbandes“, 1911 Hilfsarbeiter beim BV Kassel, 1912 dort Landesassessor, seit März 1914 dort LdsR, 1914 Kriegsverlust des linken Auges, jahrzehntelang beim BV Kassel zuständig für Kultur u. div. Fürsorgebereiche (u. a. 1936 Dezernent für Kulturpflege, u. a. 1936 u. 1939 Dezernent für Jugendpflege sowie für Allg. Fürsorgeangelegenheiten, u. a. 1939 Dezernent für den Landesfürsorgeverband), zum 01.05.1933 NSDAP-Beitritt (Mitglieds-Nr. 3.217.490), im Haushaltsjahr 1937/38 befördert in Landesratsstelle „von besonderer Bedeutung“, seit ca. 1937/38 erster Stv. des LH (für den BV Hessen), seit 01.09.1939 einberufen zur Wehrmacht (als „Bahnhofskommandant des Hauptbahnhofs Kassel“), ca. Mai/Juni 1941 Entlassung aus der Wehrmacht nach Unfall, seit Sommer 1941 ständige Vertretung des abwesenden LH Traupel in Kassel, 1945 Entlassung auf Anordnung d. Militärregierung vom 12.09.1945, 1947 durch die Spruchkammer Kassel als „Entlasteter“ eingereiht, daraufhin zum 01.03.1947 reguläre Inruhestandversetzung. *IV. 1. (46)*

**Schiese, Paul (Karl Theodor Paul), Dr. med.,** \* 31.03.1877 in Treuenbrietzen (Kreis Zach-Belzig), + 22.07.1957, evangelisch, 1909 Eintritt beim BV Wiesbaden, 1909–1912 Hilfsarzt (Assistenzarzt) b. d. LHA Eichberg, 1912–1924 b. d. LHA Herborn, ab 1917 als Oberarzt, 1924–1932 Chefarzt d. Volkssanatoriums/Kindersanatoriums Weilmünster, 01.05.1932–31.03.1947 Direktor d. LHA Herborn, bis 1932 DVP-Mitglied, seit 1934 SS-Fördermitglied, zum 01.05.1937 NSDAP-Mitglied, ab 1941 Dienstbezeichnung „Provinzialobermedizinalrat“, zum Aug. 1941 Aufhebung der U.-k.-Stellung, 1941–1945 Leitung d. Reservelazarets in der LHA Herborn, 1942 Beförderung durch die Wehrmacht vom Stabsarzt zum Oberstabsarzt, 1941–1945 weiterhin ärztl. Leitung der verbliebenen „Rumpf“-LHA, zum 01.04.1947 Inruhestandversetzung. *III. 3. (214)*

**Schlemmer, Paul, Dr. jur.,** \* 15.06.1904 in Wiesbaden, ab 01.10.1932 Gerichtsassessor beim BV Nassau, ab 01.04.1933 NSDAP-Mitglied, SS-Mitglied, ab 01.04.1936 LdsR beim BV Hessen in Kassel (dort Finanz-, Wirtschafts- u. Kulturdezernent). *II. 1. (40)*

**Schlüter, Willi,** \* 03.05.1884 in Andernach, katholisch, Jurastudium, 1912 große juristische Staatsprüfung (anschließend tätig an Gerichten in Camberg, Wiesbaden u. Ffm), 1920 LdsR d. BV Wiesbaden u. Leiter der Finanzabteilung, nach 1918 Beitritt zur Zentrumsparterie, 1920 Wiesbadener Vors. d. Zentrums, wohl seit 1927 unbesoldetes Magistratsmitglied in Wiesbaden, Vorsitzender der Zentrumsfraktion in der Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden, 01.07.1933–1945 SA-Mitglied (dort Obersturmführer), 29.04.1933 NSDAP-Aufnahmeantrag, NSDAP-Mitgliedschaft 1937–1945 (Nr. 7.051.911, sonstige Mitgliedschaften: RDB, NSV, Reichsbund für Leibesübungen, NS-Reichskriegerbund), 06.09.1939–05.01.1940 bei der Wehrmacht (Oberleutnant d. Res.), Ende Mai/Anfang Juni 1945 aus dem Dienst entlassen aus polit. Gründen, 1948 von der Spruchkammer Wiesbaden als „Mitläufer“ eingestuft (Verfahren 1950 eingestellt), anschließend (1950) Tätigkeit als Rechtsanwalt. *II. 1. (83)*

**Schmalenbach, Curt, Dr. med.,** \* 24.02.1910 in Elberfeld [Wuppertal], + 1945 oder früher im Kriegseinsatz, 1931/32 SS-Engagement, wahrscheinl. 1932 erstmals NSDAP-Beitritt, erneut Ende 1940/Anf. 1941, vor 1939 wahrscheinl. Mitarbeiter Nitsches in Pirmas-Sonnenstein, ab Juni 1940 Mitarbeit bei „T4“ als „Gutachter“ (auch für die sog. „Sonderbehandlung 14f13“) sowie in Pirmas-Sonnenstein, ab Mitte 1940 Medizinalrat, Ende 1941 bis Mitte 1942 als Anstaltsleiter in Hadamar, zwischenzeitlich ca. Jan.–März 1942 Teilnahme am „Osteinsatz“, später tätig als Stabsarzt u. a. im Jan. 1943 in der Univ.-Frauenklinik Greifswald. *V. 1. (82)*

**Schmidt, Walter, Dr. med.,** \* 09.07.1911 in Sonnenberg [Wiesbaden], + 31.01.1970 in Wiesbaden, 1927 HJ-Beitritt, Dez. 1930/Febr. 1931 NSDAP-Beitritt, Apr. 1931 NSDAP-Austritt, 1932 Abitur in Wiesbaden, März 1932 SS-Beitritt, Mai 1933 NSDAP-Wiedereintritt, ab 1932 Medizinstudium in Ffm, 1937 Staatsexamen, 1938 Promotion, 1938 Medizinalpraktikant an der Univ.-Frauenklinik Ffm, der Med. Univ.-Klinik Ffm u. der Orth. Klinik Wiesbaden, Febr. 1939 Approbation (rückwirkend ab Dez. 1938), ab 15.02.1939 an der LHA Hadamar (Volontärarzt, ab 01.05.1939 Assistenzarzt), ab 22.05.1939 an der LHA Eichberg, Ende Aug. 1939 Einberufung zu einem SS-Totenkopf-Regiment (eingesetzt in „Weimar“ [Buchenwald?], Brünn, München, Danzig, „Nähe von Stettin“, Prag), ab Apr. 1940 beim Norwegenfeldzug u. der dortigen Besatzung, am 15.03.1941 Rückkehr zur LHA Eichberg (U.-k.-Stellung), ab 01.07.1941 Oberarzt (Beamter), ab 1943 faktische Leitung d. LHA Eichberg, ab 01.01.1944 Prov.-Med.-Rat u. formal „erster Vertreter des Direktors“, ab 1943 NSDAP-Ortsgruppenleiter Eichberg-Eberbach, 12.07.1945 Festnahme, ab 23.09.1946 im Internierungslager Dachau, 21.12.1946 Verurteilung im Eichberg-Prozess zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe, 1947 abgeändert in Todesstrafe, 1948 abgeändert in lebenslängliche Zuchthausstrafe, 1951 Begnadigung zu 10-jähriger Zuchthausstrafe, im Juli 1953 Freilassung (Strafauflösung), anschließend trotz Entzugs der Approbation Tätigkeit als Arzt. *V. 1. (170)*

**Schmitt, Jakob, Dr. med.,** \* 06.03.1890 in Darmstadt-Arheilgen, + 12.02.1949 in Nieder-Ramstadt, Medizinstudium in Gießen, Berlin u. Heidelberg (dort Promotion), 1914 Approbation, Tätigkeit als Arzt in Heidelberg (Klinik), 1914–1918 Truppenarzt, Jan. 1919–Sept. 1920 tätig an der LHPA Gießen (zunächst als Medizinalpraktikant, ab Okt./Nov. 1919 als Assistenzarzt), Okt. bis Dez. 1920 vertretungsw. Amtsarzt in Offenbach, 1921–1924 Amtsarzt in Mainz, 1925–1926 Kreisarzt in Alzey, anschließend bis 1931 Kreisarzt in Groß-Gerau, 01.07.1931 bis 1945 Medizinalreferent bei der Reg. in Darmstadt (zunächst Reg.-Ober-Med.-Rat, später Reg.-Med.-Dir.), 1937 NSDAP-Beitritt, Konfession „gottgläubig“, 06.05.1945 Festnahme, anschließend Ermittlungen der Justiz wegen der „Euthanasie“-Verbrechen, Tod in den Nieder-Ramstädter Anstalten (als somatischer Patient). *IV. 2. (135)*

**Schneider, Carl, Prof. Dr. med.,** \* 19.12.1891 in Gembitz (Prov. Posen), + 29.11.1946 in Ffm (Suizid), Medizinstudium in Würzburg, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Juni 1919 Approbation, 1919–1922 Assistent an der Psychiatr. Univ.-Klinik Leipzig, 1923–1930 tätig in der Anstalt Arnsburg (Sachsen), ab 1924 als Reg.-Med.-Rat, ab 1930 lfd. Arzt in den v. Bodelschwingh'schen Anstalten Bethel (Bielefeld), 1932 NSDAP-Beitritt, 01.11.1933–1945 Ordinarius für Psychiatrie an der Univ. Heidelberg, ab 1939/40 Mitarbeiter von „T4“, 29.03.1945 Flucht aus Heidelberg, anschließend Festnahme u. Internierung in Moosburg/Oberbayern, Suizid (Erhängen) bei Überstellung an die Justiz. *V. 1. (238)*

**Schneider, Ernst, Dr. med.,** \* 13.01.1880 in Magdeburg, + 15.02.1960 in Weilmünster, evangelisch, Gymnasialbesuch in Magdeburg u. Helmstedt (dort Abitur), Medizinstudium, 1903 med. Staatsexamen u. Promotion, 1904 Eintritt beim BV Wiesbaden, 1904–1906 Hilfsarzt b. d. LHA Eichberg, 1906–1908 Oberarzt d. LHA Weilmünster, 1908–1917 Oberarzt d. LHA Eichberg, währenddessen 1914–1917 Heeresarzt, 1917–1920 Oberarzt u. Stv. d. Dir. d. LHA Weilmünster, 1920–1933 Oberarzt u. Stv. d. Dir. d. LHA Herborn, zum 01.05.1933 NSDAP-Beitritt, 01.10.1933–Aug. 1945 ärztlicher Leiter d. LHA Weilmünster, seit 1935 als Direktor, im Aug. 1945 Entlassung aus polit. Gründen, in der Nachkriegszeit staatsanwaltliche Ermittlungen (ohne Anklageerhebung) wegen Beteiligung an NS-„Euthanasie“, 1948–

1952 Bezug eines Unterhaltsbeitrags von der KV Wiesbaden, zum 01.04.1952 formale Inruhestandversetzung mit Zahlung von Versorgungsbezügen. *III. 3. (91)*

**Schneider, Heinrich,** \* 19.07.1906, seit 01.04.1921 beim BV Nassau, 1936 abgeordnet zum BV Hessen, dort ab 1936 Adjutant d. LH, Leiter d. Büros d. LH, Referent f. d. Materialbeschaffungsstelle, zum 01.07.1937 endgültig zum BV Hessen versetzt, bis 1937 LOI, dann LBD, ab ca. Ende 1937 zusätzlich Anstaltsreferent d. BV Hessen (als Nachfolger des zum 01.10.1937 pensionierten LdsR Kurt v. Hugo), 1939 (spätestens im Aug.) aus den Ämtern ausgeschieden, zum 01.11.1944 zum PV Nassau zurückversetzt (zu dieser Zeit noch einberufen), zählt sich 1936 zu den „jüngeren SS-Angehörigen“, ist 1943 SS-Obersturmführer. *III. 3. (55)*

**Schneider, Otto,** \* 07.05.1880 in Wimpfen/Neckar, Pfarrer, 1927–1951 (mit Unterbrechung 1941–1945) Direktor d. Nieder-Ramstädter Anstalten, 25.09.–11.11.1941 in Haft im Zuge der Gleichschaltung der Anstalten. *III. 1. (150/165)*

**Schulte, Alfred,** \* 17.02.1872 in Iserlohn, + 14.10.1957 in Wiesbaden, Ingenieur, seit 1918 Stadtkämmerer u. seit 1925 Bürgermeister (1. Beigeordneter) in Wiesbaden, zum 01.05.1933 NSDAP-Beitritt, 1933–1937 OB (erst ab 06.10.1933 definitiv). *III. 1. (6)*

**Schultze, Walter, Prof. Dr. med.,** \* 01.01.1894 in Hersbruck, SA-Mitglied ab deren Gründung, ab Nov. 1933 Staatskommissar u. Leiter d. Abt. Gesundheitswesen im Staatsministerium in München (Ministerialdirektor), 1934 Hon.-Prof. d. Univ. München, 1935 SS-Beitritt, ab 1935 Reichsdozentenbundführer, 1938 MdR, 1948 Verurteilung in München zu 3 Jahren Haft wegen Beihilfe zum Totschlag („Euthanasie“-Verlegungen), in der Revisionsverhandlung 1960 Verurteilung zu 4 Jahren Freiheitsstrafe, anschließend erneute Revision. *IV. 2. (131)*

**Schulz, Robert,** \* 28.07.1900 in Pyritz/Pommern, + 26.11.1974 in Barsinghausen b. Hannover, 1914–1918 Konditorlehre, 1918 Kriegsfreiwilliger, bis 1920 Militärdienst, 1920–1923 tätig als Landarbeiter u. Konditor an div. Orten, 1922 erster NSDAP-Beitritt (Gründung der Ortsgruppen Harburg u. Tilsit), 1923 Eintritt in das Freikorps Rossbach, 1922–1925 SA-Mitglied, 1925 NSDAP-Wiedereintritt (nach Neugründung, Mitglieds-Nr. 3.654), 1925/26 Aufbau der NSDAP in Mecklenburg (mit F. Hildebrandt), dort Gaugeschäftsführer u. stv. Gauleiter, 1926–1927 Konditor in Lübeck, 1927–1931 stv. Gauleiter in Pommern, dort 1931 Aufbau der SS im Auftrag Himmlers (1937 Degradierung in der SS, ab 1939 SS-Brigadeführer), ab 1933 komm. Leiter u. ab 1934 Führer des SD-Abschnittes Pommern, bis 1936 Führer im SD-Hauptamt, 1936 bis Ende 1939 oder Anfang 1940 LH d. Prov. Pommern, ab Okt. 1939 Gauamtsleiter f. Kommunalpolitik im Reichsgau Wartheland, ab 1940 dort zugleich Gauhauptmann, ab Nov. 1940 Kriegsfreiwilliger, ab 1942 Reservist, nach Kriegsende strafrechtliche Ermittlungen wegen Ermordung geistig Behinderter in den Gauheilanstalten Tiegenhof (Dziekanka), Treskau (Owinska), Kosten (Koscian), Wartha u. Schrimm, am 05.12.1974 (also 9 Tage nach seinem Tod) Verfahrenseröffnung. *III. 1. (259)*

**Schürg, Helene,** \* 28.06.1904 in Karlsruhe, ab 1924 Lernschwester im Diakonissenkrankenhaus Darmstadt, 1926 staatl. Prüfung, Tätigkeit in verschiedenen Krankenhäusern, Kinderheimen und Privathaushalten in Darmstadt, im Odenwald u. in Ffm (u. a. bei W. Traupel), ab 15.11.1933 beim BV Nassau als Schwester in d. LHA Weilmünster, ab 01.10.1937 Oberschwester in der LHA Eichberg, Leiterin d. NS-Frauenschaft-Ortsgruppe, SS-Fördermitglied, DAF- u. NSV-

Mitgliedschaft, Juli 1945 Dienstentlassung, 14.12.1945 Haftbefehl, Okt. 1946 Anklageerhebung wg. Mordes, 21.12.1946 Verurteilung im Eichberg-Prozess Ffm (8 Jahre Freiheitsentzug), Aug. 1947 rechtskräftige Revisionsabweisung durch das OLG Ffm, Feb. 1951 Freilassung (begnadigt). *V. 1. (191)*

**Schwede-Coburg (eigentl. Schwede), Franz**, \* 05.03.1888 in Drawöhnen Krs. Memel, + 19.10.1960 in Coburg, seit 1922 Maschinenmeister beim Elektrizitätswerk Coburg, 1922 NSDAP-Beitritt (Mitglieds-Nr. 1.581), 1923 Leiter d. Ortsgruppe Coburg, 1925 Mitglied des Stadtrats in Coburg (dort absolute NSDAP-Stadtratsmehrheit ab 1929), ab 1931 Bürgermeister, 1933–1934 OB von Coburg, ab 1933 SA-Standartenführer, im Juli 1934 RP von Niederbayern-Oberpfalz, 1934–1945 Gauleiter u. OP in Pommern, ab 1938 SA-Obergruppenführer, ab 1939 Reichsverteidigungskommissar, 1945 Verhaftung, 1948 Verurteilung zu 10 Jahren Zuchthaus (1948 verkürzt auf 9 Jahre). *III. 1. (257)*

**Senft, Andreas**, \* 16.12.1883 in Abtswind/Unterfranken, Tätigkeit als Wagner, ab 1906 Wärter in der LHA Eichberg, ab 1925 Stationspfleger, bis 1933 SPD-Mitglied, 1940 NSDAP-Beitritt, Dez. 1946 Verurteilung im Eichberg-Prozess wg. Beihilfe zum Mord (4 Jahre Zuchthaus), keine volle Strafverbüßung, Juli 1954 Erlass der Reststrafe. *V. 1. (192)*

**Six, Franz Alfred, Prof. Dr. phil.**, \* 12.08.1909 in Mannheim, + 09.07.1975 in Bozen, 1930 NSDAP- u. SA-Beitritt, Studium der Staatswissenschaften, Geschichte u. Publizistik in Heidelberg, 1935 Promotion über NS-Propaganda, 1935 SS-Beitritt und anschließende Tätigkeit im SD-Hauptamt, 1936 Habilitation in Heidelberg, 1938 a. o. Prof. in Königsberg, nach Gründung des RSHA 1939 dort Leiter des Amtes VII (weltanschauliche Forschung und Auswertung), 1940–1942 Kriegseinsatz, 1943 erneut im RSHA tätig, dann im Auswärtigen Amt, 1948 Verurteilung im „Einsatzgruppenprozess“ in Nürnberg zu 20 Jahren Haft, 1952 Haftentlassung. *III. 1. (184)*

**Sommer, Carl (Karl), Dr.**, \* 18.02.1900 in Elberfeld (Wuppertal), 1929 NSDAP-Beitritt, 1938 Eintritt beim BV Nassau als Referent f. kulturelle Angelegenheiten, LOVR, Mitglied d. SS (u. a. 1940 Obersturmführer) u. d. SD. *II. 3. (81)*

**Sommer, Walther**, \* 09.07.1893 in Rudolstadt/Thüringen, + 04.07.1946 in der Sowjetunion (Hinrichtung), Jurist, seit 1925 Ministerialbeamter im MdI in Thüringen, 1928 NSDAP-Beitritt, seit 01.05.1934 im Stab des Stellvertreters des Führers, dort Leiter der Staatsrechtlichen Abteilung, 1936 SS-Beitritt, seit 1941 Präsident des Reichsverwaltungsgerichts, 1942 ausgeschieden (der Amtsenthebung zuvorgekommen), 1942 SS-Austritt, 1946 Todesurteil in der Sowjetunion. *IV. 1. (108)*

**Spornhauer, Emil**, \* 04.04.1883, + 27.12.1965, ab 30.06.1923 Dir. d. HEA Kalmenhof/Idstein, am 04.04.1933 aus dem Amt vertrieben, offiziell zum 01.03.1934 entlassen nach § 6 BBG, 1936 Aufnahme in den Staatsdienst als Rektor einer Volksschule in Ffm, ab 01.06.1945 wieder Dir. d. HEA Kalmenhof, ab 01.10.1948 im Ruhestand. *III. 1. (39)*

**Sprauer, Ludwig, Dr. med.**, \* 19.10.1884, 1907 med. Staatsexamen, 1919 Eintritt in den Staatsdienst (Bezirksarzt in div. badischen Städten), 1933 NSDAP-Beitritt, ab 1934 oberster Medizinalbeamter in Baden (Ministerialrat), ab 1943 Professor, 1948 Verurteilung in Freiburg wegen NS-„Euthanasie“ zu lebenslängl. Freiheitsstrafe, 1950 Verkürzung auf 11 Jahre, 1951 Aussetzung der Strafverbüßung. *IV. 2. (130)*

**Sprenger, Jakob**, \* 24.07.1884 in Oberhausen bei Bergzabern, + 07.05.1945 (Suizid) in Kössen/Tirol, seit 1902 im

Verwaltungsdienst der Reichspost, zuletzt Oberinspektor in Ffm, 1914–1918 Kriegsteilnehmer, 1922 oder 1923 NSDAP-Beitritt, ab 1924 Mitglied der NSDAP-Ersatzorganisation „Deutsche Partei“ bzw. Völkisch-Sozialer Block in Ffm, seit 16.08.1925 erneut als NSDAP-Mitglied registriert (Mitglieds-Nr. 17.009), 1927–1945 NSDAP-Gauleiter in Ffm (zunächst Gau Hessen-Nassau-Süd, ab 1933 Gau Hessen-Nassau), 1925–1929 Mitglied d. Stadtverordnetenversammlung in Ffm, ab 1929 unbesold. Magistratsmitglied in Ffm, ab 1929 Mitglied des KLT in Wiesbaden u. d. PLT Hessen-Nassau in Kassel, 1933–1945 Reichsstathalter in Darmstadt, 1935–1945 auch Führer der Landesregierung in Darmstadt, ab 1930 u. Sept. 1933 bis 1945 MdR, 1939–1942 Reichsverteidigungskommissar im Wehrkreis XII, 1942–1945 Reichsverteidigungskommissar im Gau Hessen-Nassau, 1944–1945 Oberpräsident der Provinz Nassau in Wiesbaden. *I. 2. (244)*

**St., August**, \* 27.03.1909, ab 05.11.1934 beim BV Nassau, landw. Arb. u. Pfleger b. d. LHA Hadamar, 1939/40–1945 bei der Wehrmacht, 1941 nicht vollzogene Abordnung vom BV Nassau zu „T4“. *IV. 2. (390/391)*

**St., Friedel**, Pflegerin, ab 19.11.1942 tätig in der LHA Hadamar (Abordnung von „T4“ an den BV Nassau). *V. 3. (97)*

**St., Ingeborg („Inge“), verh. Sch.**, bis 1941 tätig als Kontoristin beim Defaka in Ffm, wohnhaft in Ffm (Innenstadt oder Sachsenhausen), Feb. 1941 Dienstverpflichtung in Ffm für „T4“, ab Anf. März 1941 für „T4“ tätig in Hadamar (Büro), später angeblich als „SS-Helferin“ tätig, 1946 wohnhaft angeblich in Ffm-Bornheim, Apr. 1946 Anklageerhebung, jedoch von der Justiz nicht ausfindig gemacht und 1947 im Hadamar-Prozess Ffm nicht berücksichtigt. *IV. 2. (367)*

**St., Jakob**, \* 28.07.1899, ab 1925 beim BV Nassau, Pfleger b. d. LHA Hadamar, Aug. 1939–1945 bei der Wehrmacht, 1941 nicht vollzogene Abordnung vom BV Nassau zu „T4“. *IV. 2. (390/391)*

**St., Stephan**, \* 09.09.1908, ab 10.06.1937 beim BV Nassau, landw. Arb. u. Pfleger b. d. LHA Hadamar, 1939/40–1945 bei der Wehrmacht, 1941 nicht vollzogene Abordnung vom BV Nassau zu „T4“. *IV. 2. (390/391)*

**Staab, Robert**, \* 23.01.1883, katholisch, ca. 1901–1903 bei Fa. Holzmann, Ffm, 1903–1916 Militärdienst, seit 1916 beim BV Wiesbaden, dort ab 1918 Sekretär, ab 1921 LBD bei der Hauptfürsorgestelle, zum 01.05.1934 Inruhestandversetzung nach § 6 BBG, 01.04.1945 Wiedereinstellung bei d. KV Wiesbaden, dort zunächst Reg.-Rat, 1945–1947 Dezernent für Landesfürsorgeverband u. Anstaltsdezernent, ab 1946/47 Erster LdsR (Stv. d. LH), ab 1947 zugleich Vorstand d. finanz- u. volkswirtsch. Abt. *II. 1. (48)*

**Stähle, Eugen, Dr. med.**, \* 17.11.1890 in Stuttgart, + 13.11.1948 in Münsingen (als Untersuchungshäftling), Mediziner (Internist), 1927 NSDAP-Beitritt, 1930 Gauobmann des NSD-Ärztebundes, März bis Nov. 1933 MdR, ab 1933 Leiter des Geschäftsbereichs X (Gesundheitswesen) des MdI in Stuttgart (Ministerialrat), ab 1934 zugleich Gauamtsleiter für Volksgesundheit in Stuttgart. *IV. 2. (130)*

**Steinhäuser, Hans-Joachim, Dr. jur.**, \* 18.11.1906 in Wittenberge (Bez. Potsdam), 01.05.1933 NSDAP-Beitritt (Mitgl.-Nr. 2.369.145), SD-Mitgliedschaft, große jur. Staatsprüfung, 23.11.1933 Ernennung zum Gerichtsassessor, ab 15.04.1935 beim BV Nassau als jur. Hilfsarbeiter, ab 01.04.1937 planmäßige Anstellung als LVR, u. a. tätig in den von Bennotat geleiteten Abteilungen S bzw. II., 1943 wegen Ein-

spruchs der NSDAP-Gauleitung nicht zum Landesrat des BV Nassau befördert. *II. 3. (64)*

**Stemmler, Wilhelm, Dr. med.\*\*, \* 07.04.1888 in Kassel, bis 1934 in leitender Funktion im Krankenhaus Luckenwalde/Brandenburg (zuständig für chirurg. u. gynäkol. Abt.), ab 1934 beim BV Nassau als Berater des LH in Fragen der „Medizin, Erbbiologie usw.“ u. Leiter der „Abteilung Erb- und Rassenpflege“, ab 1937 im Rang eines Landesmedizinalrats, seit 1934 (offiziell 1935) ehrenamtl. Leiter der „erb- biologischen Kommission“ des DGT, NSDAP-Mitglied, ab 1935 Kreisamtsleiter für Volksgesundheit in Wiesbaden, wahrscheinl. zunächst SA-, dann SS-Mitglied, Aug. 1939 Einberufung zur Wehrmacht. *III. 2. (41)***

**Stöffler, Friedrich, Dr. phil.\*\*, \* 03.06.1894 in Wiesbaden, + 01.01.1982 in Wiesbaden, katholisch, Realgymnasium Wiesbaden (Abitur 1914), Studium (phil.) in Marburg/Mün- chen/Ffm, ab 1919 tätig an Oberrealschule Wiesbaden u. Städt. Lyzeum Biebrich (Fächer: Deutsch, Geschichte, Französisch), ab März 1921 beim BV Wiesbaden, seit 1921 als Dezernent für Fürsorgeerziehung Minderjähriger, 1923 dort Landeserziehungsrat, ab 1924 dort zusätzlich Dezernent für das neu gegründete Landesjugendamt, 1927–1933 Mit- glied des Zentrums, am 25.02.1934 aus polit. Gründen ent- lassen („Ruhestand“ formal ab 01.06.1934) nach § 6 BBG, ab Ende 1934/Anfang 1935–31.03.1939 Lehrer im kath. Studienheim Vallendar-Schönstatt, ab 01.04.1938 NSV-Mit- glied, ab 01.01.1941 NSDAP-Mitglied, 01.05.1941–31.07. 1941 Lehrer an der Städt. Handelsschule Aschaffenburg, 01.07.1942[?]-31.07.1943 Angestellter beim Chef der Zivil- verwaltung (CdZ) Luxemburg, 01.08.1943–01.04.1945 an- gestellt bei der IHK Koblenz, 15.10.1945–22.11.1947 Lehr- er am Kaiserin-Augusta-Gymnasium Koblenz, 1947 von der Spruchkammer Wiesbaden als „entlastet“ (Gruppe 5) eingereiht, seit 1947 (Ernennung zum 01.07., Dienstantritt 22.11.) LdsR bei der KV Wiesbaden, dort Dezernent u. Ab- teilungsvorstand für den Landesfürsorgeverband u. die An- staltsverwaltung, ab 01.04.1949 zusätzlich Dezernent für Fürsorgeerziehung Minderjähriger u. Landesjugendamt, ab Juni 1953 Dezernent für Anstaltsverwaltung des neu ge- gründeten LWV Hessen, 23.10.1953 Wahl zum stv. Direktor des LWV, Titel ca. 1956/57 geändert in „Zweiter Landesdi- rektor“, am 22.10.1959 Pensionierung u. Verleihung des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundes- republik Deutschland. *I. 2. (144)***

**Straub, Erich, Doz. Dr. med.\*\*, 1922 NSDAP-Beitritt in München, Oberarzt an der Anstalt Schleswig, 1929 Stadtver- ordneter in Schleswig, ab 1933 LdsR beim PV Schleswig- Holstein in Kiel, Anstaltsdezernent, „T4“-Gutachter, Suizid bei Kriegsende. *V. 1. (227)***

**Stuckart, Wilhelm, Dr. jur.\*\*, \* 16.11.1902 in Wiesbaden, + 15.11.1953 bei Hannover, 1922 Abitur in Wiesbaden, 1922 NSDAP-Eintritt, Studium Jura und Politikwissen- schaften in München/Ffm, 1922/23 im Freikorps Epp, 1926 Gerichtsreferendar, 1930 Assessor, 1930–1931 Richter am AG Rüdeshelm, 1931–1932 Richter in Wiesbaden, 1932 Ausscheiden aus dem Staatsdienst, Rechtsberater der SA u. SS im Gau Pommern, 1933 Staatssekretär im preuß. Kul- tusmin., preuß. Staatsrat, 1934 Staatssekretär im Reichser- ziehungsmin., 1935 Staatssekretär im RuPrMdl (Leiter der Verfassungsabteilung), ab 1936 SS-Mitglied (1944 SS-Ober- gruppenführer), 1945 verhaftet, 1949 zu 4 Jahren Gefäng- nisstrafe verurteilt (die bereits als verbüßt galten), zuletzt Mitglied des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE). *I. 2. (221)***

**Surén, Friedrich Karl, Dr.\*\*, \* 1888, + 1969, ab 1921 Regie- rungsrat im preußischen Mdl, 1924 Ministerialrat, ab Sept.**

1932 Ministerialdirektor und Leiter d. Kommunalabteilung (dann Abt. d. RuPrMdl/RMdl), Aug. 1943 Beurlaubung (Dienstantritt Himmlers), ab 1944 im Wartestand, dann Sen- atspräsident beim Reichsverwaltungsgericht. *IV. 3. (294)*

**von Sybel, Walter\*\*, \* 13.02.1883 in Gummersbach, + 15.06. 1973 in Wiesbaden, Jurist, ab 1916/17 Landrat im Dillkreis (Dillenburg), ab 1920 stv. RP in Aurich, ab 1921 tätig am OP in Koblenz, ab 1924 Vizepräsident am OP Koblenz, ab 1929 komm. RP in Koblenz, 1930 definitiv, 03.05.1933 Ruhestand, später Verwaltungsgerichtsdirekt. in Wiesbaden, ab 1940 bei der Wehrmacht, 1943–45 Landrat im Untertaunus- kreis (Bad Schwalbach), 1945 Verhaftung, anschließend In- ternierung, nach Entnazifizierung ab 1947 tätig im Hess. Min. f. politische Befreiung. *II. 3. (176)***

**Thomas, Lydia\*\*, \* 10.07.1910 in Aumetz b. Diedenhofen (Thionville)/Lothringen, seit 1919 wohnhaft in Wissenbach/ Dillkreis, 1939 NSDAP-Beitritt, 1937 Beitritt zum Frauen- werk, DAF-Blockwalterin, 1941 Austritt aus der ev. Kirche, ab 1928 beim BV Nassau als (Lern-) Pflegerin in der LHA Herborn, Juli 1941 Versetzung zur LHA Weilmünster, 28.07.1941 Versetzung zur LHA Hadamar u. dort bis Juli 1942 Abordnung zu „T4“ (zwischenzeitlich auch eingesetzt in der LHA Eichberg u. Jan. bis März 1942 Teilnahme am „T4“-„Osteinsatz“), anschließend weiter in der LHA Hada- mar, Juli 1945 Entlassung aus polit. Gründen, 1945 vorüber- gehend in Haft als Angeschuldigte im am. Hadamar-Prozess Wiesbaden, Freilassung bei Prozessende, ab März 1946 in Untersuchungshaft, Apr. 1946 Anklageerhebung, März 1947 Verurteilung im Hadamar-Prozess Ffm zu 5 Jahren Zucht- haus wg. Beihilfe zum Mord, 20.10.1948 Verurteilung in der 2. Instanz durch das OLG Ffm wg. Mordes u. Beihilfe (Beibehaltung des Strafmaßes), 10.10.1950 Freilassung auf Bewährung. *IV. 2. (413)***

**Todt, Karl (jun.)\*\*, \* 18.04.1886 in Ernsthäusen, + 21.02. 1961, Lehrer, ab 1920 Dir. d. HEPA Scheuern, 1937 NSDAP-Beitritt, Aug. 1945 Festnahme (frz. Haft), ab Jan. 1947 in dt. Haft, Aug. 1948 Anklageerhebung durch den OStAnw in Koblenz wg. d. NS-„Euthanasie“-Ver- brechen, Okt. 1948 Freispruch durch das LG Koblenz. *III. 1. (47)***

**Traupel, Wilhelm\*\*, \* 06.05.1891 [nicht, wie teils angegeben 07.05.1891] in Mainz, + 07.02.1946 in Recklinghausen (In- ternierungslager, wahrsch. Suizid), evang.-ref., ab 1925/ 26 kath., ab 1936/37 „gottgläubig“, Vater Metzgermeister, Schulbesuch in Mainz, kaufm. Lehre (Hopfenhandlung, Malzfabrik), 1911 Militärdienst, 1911–1912 USA-Auf- enthalt, Juni 1912–1913 in der Hüttenindustrie in Brebach/ Saar, ab 01.01.1914 im Verwaltungsdienst der Friedrich Krupp AG in Essen, 1914–1918 Kriegsdienst (Entlassung 1918 als Leutnant), ab Dez. 1918 (angebl. bis 1931) wieder bei Krupp, später Handlungsbevollmächtigter der Friedrich Krupp AG u. Dir. d. Krupp-Erntemaschinen-Vertrieb- GmbH, ab 01.12.1930 NSDAP-Mitglied (Nr. 332.674, dort Gauredner, Ortsgruppenleiter, Gaupresseamtsleiter), 01.02. 1931–30.06.1933 in der SA, Sept. 1931–01.08.1933 Dir. d. Frankfurter Volksblatts, ab 1933 oder 1934 SS-Mitglied (Nr. 74.674, dort ab 30.01.1939 SS-Oberführer, u. a. 1940 im SD-Hauptamt), Mitglied von RDB, RLB, VDA, Le- bensborn, 1933 unbesoldeter Stadtrat in Ffm, ab 08.09. 1933 (Wahl)/16.09.1933 (Dienstantritt) Landeshauptmann in Wiesbaden (BV Nassau), ab 01.01.1936 außerdem Landes- hauptmann in Kassel (BV Hessen u. PV Hessen-Nassau), 29.04.1941–10.04.1942 u. 20.07.1942–30.04.1944 eingezo- gen zur Wehrmacht (tätig in der Militärverw. in Frankreich), zwischenzeitlich nicht mehr als LH im Dienst, zum 01.07. 1944 Versetzung in den Wartestand, formale Dienstentlas- sung im Aug. 1945 durch den OP in Kassel. *I. 2. (271)***

**U., Elisabeth („Liesel“),** \* 15.11.1922 in Ffm, BDM-Mitglied, nach Volksschulabschluss 2-jähriger Besuch d. städt. Handelsschule Ffm, anschließend kfm. Lehre bzw. Tätigkeit bis 1941 beim Defaka in Ffm, Feb. 1941 Dienstverpflichtung in Ffm für „T4“, Anf. März 1941 bis Juli 1942 tätig für „T4“ in Hadamar (Büro), zwischenzeitlich ca. Jan. bis März 1942 Teilnahme am „T4“-„Osteinsatz“, Sept. 1942 bis März 1945 tätig (dienstverpflichtet) beim SD in Ffm, 1946 wohnh. in Ffm-Sachsenhausen, Apr. 1946 Anklageerhebung, März 1947 Freispruch im Hadamar-Prozess Ffm. *IV. 2. (367)*

**U., Olga,** \* um 1917/18 (geschätzt), Pflegerin, 1940 für „T4“ tätig in Grafeneck, ab 13.11.1940 in der PHA Niedermarsberg („Kinderfachabteilung“), anschließend (wahrscheinl. ab Mitte 1941) in der Anstalt Hadamar, Anf. 1942 Teilnahme am „T4“-„Osteinsatz“, mindestens Aug. 1942 bis 13.11.1942 in der LHA Hadamar (Abordnung v. „T4“ an den BV Nassau, Dez. 1942 Krankenschreibung). *V. 3. (97)*

**V., Karl, Dr. med.,** ab Aug. 1933 beim BV Nassau, zunächst bis Feb. 1936 in d. LHA Herborn (anfangs Volontärarzt), ab Feb. 1936 in d. „Abt. Erb- u. Rassenpflege“ d. BV Nassau in Wiesbaden, ab ca. Okt. 1936 in d. LHA Weilmünster, dort ab Apr. 1937 Oberarzt, im Juni 1940 bereits „seit längerer Zeit bei der Wehrmacht“, dort Sanitätsoffizier, auch 1943 noch einberufen, später (1948) wohnhaft in Wiesbaden. *IV. 2. (445)*

**W., Christi(ane) („Christel“),** Pflegerin, ab 16.11.1942 tätig in der LHA Hadamar (Abordnung von „T4“ an den BV Nassau), 15.12.1943–10.07.1944 arbeitsunfähig erkrankt, bis mind. Sept. 1944 in Hadamar. *V. 3. (97)*

**W., Hans, Dr. med.,** \* 1898 in Erfurt, 1937 NSDAP-Beitritt, 1937–1941 Tätigkeit beim Versorgungsamt Gera/Jena, ab 1941 ltd. Arzt beim Landesarbeitsamt Hessen bzw. (ab 1943) Gauarbeitsamt Rhein-Main in Ffm. *V. 4. (234)*

**W., Heinrich,** \* 1887, + 29.12.1943, 1913–1943 Pfleger der LHA Hadamar, zuletzt als Stationspfleger, ab 12.07.1933 SA-Reserve, ab 01.05.1937 NSDAP-Mitglied. *V. 3. (80)*

**W., Ingeborg („Inge“), später verh. S.,** \* 28.10.1922 in Ffm, wohnhaft in Ffm-Oberrad, nach Volksschulabschluss Besuch der Handelsschule, ab Apr. 1938 tätig beim Defaka als kfm. Lehrling, Feb. 1941 Dienstverpflichtung in Ffm für „T4“, Anf. März 1941 bis Okt. 1941 tätig für „T4“ in Hadamar (Verwaltung), anschließend im Arbeitshaus Rummelsburg tätig (Zusammenhang mit NS-„Euthanasie“), 1942 vorübergehend in Haft wegen angebl. Unregelmäßigkeiten bei der Nachlassverwaltung, nach Eheschließung 1943 wohnhaft in Schlesien, danach „bei der Transportkolonne Speer in Norwegen“, 1946 wohnhaft in Ffm-Nordend, Apr. 1946 Anklageerhebung, ab Sept. 1946 in Untersuchungshaft, März 1947 Freispruch im Hadamar-Prozess Ffm. *IV. 2. (367)*

**W., Isabella („Bella“), später verh. W.,** \* 27.07.1901 in Otzing/Niederbayern, kein NSDAP-Mitglied, 1917–1925 Stenotypistin, 1925 tätig als Krankenschwester, 1925–1929 in der LHPA Goddelau, dann in der Lungenheilstation Hohenlychen, ab Juli 1930 beim BV Nassau in der LHA Hadamar, Nov. 1940 bis Juli 1941 Abordnung zu „T4“ in Hadamar, zum 31.07.1941 Ausscheiden bei „T4“ u. BV Nassau nach Kündigung, Apr. 1946 Anklageerhebung, März 1947 Freispruch im Hadamar-Prozess Ffm. *IV. 2. (390/391/399)*

**W., Johann („Hans“),** \* 1892 in Lorch, + 1962 in Wiesbaden, Schlosserlehre, Gesellenprüfung als Maschinenbauer, Militärzeit, ab 1921 bei der Zentralverwaltung d. BV Wiesbaden, dort ab 1926 beim Rechnungsprüfungsamt, ab 1933 beim Landesfürsorgeverband, 1935–1937 vom Dienst sus-

pendiert aus polit. Gründen (Aug. 1935–Jan. 1936 in Untersuchungshaft), nach der Rehabilitation ab 1937 beim Landesbauamt Wiesbaden, ab 1945 Leiter d. Rechnungsprüfungsamts d. KV Wiesbaden, ab Jan. 1946 dort offiziell Rechnungsdirektor, 1949 Landesrechnungsdirektor, 1957 Pensionierung bei der LWV-Zweigverw. Wiesbaden (letzter Dienstrang: Landesverwaltungsrat). *II. 3. (127.f./179–184)*

**W., Ludwig („Louis“),** \* 26.12.1877 in Altenau bei Zellerfeld, + in der Nacht 30.11./01.12.1943 in Wiesbaden, ca. 1898–1911 beim Militär, 1911 Eintritt beim BV Wiesbaden, 1911–1943 beschäftigt bei der LHA Eichberg, 1914–1916 einberufen, zum 01.05.1933 NSDAP-Beitritt, ab ca. Juni 1933 LOI und erster Verwaltungsbeamter d. LHA Eichberg, Nov. 1943 Festnahme wg. Kriegswirtschaftsvergehen in der Anstalt, kurz darauf Suizid in der Haft. *III. 3. (76)*

**Wahlmann, Adolf, Dr. med.,** \* 10.12.1876 in Ehrenbreitstein [Koblenz], + 1956, 1897 Abitur in Laubach, Medizinstudium in Gießen, Marburg, Erlangen u. Kiel, 1903 Dissertation, 1903–1905 Assistenzarzt in der LHA Merxhausen (BV Hessen), 1905 Psychiater (Facharztanerkennung), ab 05.05.1905 beim BV Nassau, tätig 1905–1906 in der LHA Weilmünster, 1906–1908 in der LHA Eichberg, dort ab 01.10.1906 als Oberarzt, 1908–1911 in der LHA Hadamar als ltd. Arzt ohne Dir.-Funktion (sog. „Turnusstelle“), 1911–1933 in der LHA Eichberg (zwischenzeitlich 1914–1918 Kriegsteilnahme), 1925–1932 DVP-Mitglied, 01.04.1933 NSDAP-Beitritt (Mitgl.-Nr. 1.795.834, nach anderen Angaben [von 1938] Parteianwärter ab 01.05.1937), 09.11.1934 SS-Beitritt [Angabe von 1938], ab Sept. 1933 versetzt zur LHA Hadamar, ab 01.01.1937 im Ruhestand (Urlaub ab 01.10.1936), 03.10.1936 Umzug nach Heidelberg, von dort aus tätig für die Pharmaindustrie (Fa. Knoll), zum 28.06.1940 Reaktivierung als Oberarzt in der LHA Weilmünster (Prov.-Med.-Rat), zum 05.08.1942 Versetzung in die LHA Hadamar als Chefarzt (ab Aug. 1943 Prov.-Ober-Med.-Rat), 28.03.1945 Festnahme, Juni 1945 offizielle Dienstentlassung auf Veranlassung d. Mil.-Reg., 15.10.1945 Verurteilung zu lebenslängl. Zuchthausstrafe im am. Hadamar-Prozess Wiesbaden wg. des Mordes an Ausländern, Straffahrt in Bruchsal, ab 29.03.1946 in Schwäbisch Hall, später in Landsberg/Lech, 02.04.1946 Anklageerhebung, 26.03.1947 Todesurteil wg. Mordes im Hadamar-Prozess Ffm, 20.10.1948 Bestätigung d. Todesurteils (jedoch wg. Anstiftung zum Mord) im Revisionsverfahren vor dem OLG Ffm, 20.10.1953 Freilassung, später (1955) wohnhaft in Michelfeld/Baden. *V. 3. (57)*

**zu Waldeck-Pyrmont, Josias Erbprinz,** \* 13.05.1896 in Arolsen, + 30.11.1967 in Arolsen, 1929 NSDAP-Beitritt, Ende 1929/Anfang 1930 SS-Beitritt, 1933 SS-Gruppenführer, 1933 MdR, ab 1936 SS-Obergruppenführer, spätestens ab 1937 (wahrscheinl. ab 1935) Provinzialrat d. Prov. Hessen-Nassau, 1939 HSSPF im Wehrkreis IX (Sitz Kassel), General der Waffen-SS, 1947 Verurteilung zu lebensl. Haft (US-Gericht in Dachau), 1948 Strafverkürzung auf 20 Jahre, 1950 Entlassung aus gesundheitl. Gründen. *IV. 1. (140)*

**Weber, Mathilde, geb. Wolters, Dr. med.,** \* 1909, bis 1931 Besuch des Oberlyzeums in Euskirchen, Medizinstudium in Bonn, 1938 Examen, einjährige Tätigkeit an der Univ.-Klinik Bonn, ab Juni 1939 Assistenzärztin d. HEA Kalmenhof, ab Dez. 1939 vertretungsweise ärztl. Leitung, zum 30.06.1944 Kündigung wg. Erkrankung, aber weiterhin Vertretungsdienste, keine NSDAP-Mitgliedschaft, Apr. 1945 Vernehmung durch das US-Militär, Sept. 1946 Festnahme, Jan. 1947 Verurteilung durch das LG Ffm im Kalmenhof-Prozess zum Tode wg. Mordes, Apr. 1948 Urteilsaufhebung durch das OLG Ffm, Feb. 1949 Verurteilung zu 3 Jahren u. 6 Monaten Zuchthaus wg. Beihilfe zum Mord durch das LG Ffm, Freilassung wg. Haftunfähigkeit, Juni 1949 Rechtskraft

des Urteils nach Revisionsabweisung durch das OLG Ffm, ab 11.10.1954 in Haft für 36 Tage, 16.11.1954 vorzeitige Haftentlassung nach Verbüßung von 2/3 der Strafe (Anrechnung der U-Haft, Reststrafe auf Bewährung), ab 1960 angebl. wieder medizinisch tätig trotz Entzugs der Approbation, bis zum Tode in den 1980er oder 1990er Jahren wohnhaft in Idstein.  
*V. 1. (210)*

**Weinrich, Karl**, \* 02.12.1887 in Molmack/Harz, + 22.07.1973 in Hanau, bis 1920 militärische Laufbahn, ab 1920 Beamter beim Reichsverpflegungsamt in Landau/Pfalz, Mitgl. des Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes, 1922 NSDAP-Beitritt, 1923 Verurteilung durch frz. Besatzungsbehörden, Flucht u. 1924 Übersiedlung nach Kassel, tätig bei der Reichsentschädigungsstelle Kassel, nach 1925 (NSDAP-Wiedergründung) Gaukassenwart in Kassel, ab 1927 oder 1928 NSDAP-Gauleiter im Gau Hessen-Nassau-Nord, dann im Gau Kurhessen, ab Nov. 1929 Stadtverordneter in Kassel u. Mitgl. d. Kommunallandtags Hessen in Kassel, ab 1930 MdL Preußen, ab 1933 MdR, ab 11.08.1933 Preuß. Staatsrat, Obergruppenführer im NSKK, ab 1942 Reichsverteidigungskommissar, 1943 als Gauleiter wegen Pflichtverletzungen amtsenthoben, im Rahmen der Entnazifizierung bis 1950 in Haft, später (ca. seit 1965) wohnhaft in Hausen b. Offenbach.  
*I. 2. (251)*

**Wesse, Hermann, Dr. med.**, \* 1912, 1940–1941 Assistenzarzt in der PHA Andernach (Eheschließung mit der dortigen Ärztin Hildegard Imen, der späteren Leiterin der „Kinderfachabteilung“ Uchtspringe), 1941/42 „Ausbildung“ in der „Kinderfachabteilung“ Brandenburg-Görden, ab Okt. 1942 Arzt in der „Kinderfachabteilung“ Waldniel, nach deren Auflösung (Juli 1943) in der Univ.-Kinderklinik Leipzig, dann in der „Kinderfachabteilung“ Uchtspringe, ab 10.05.1944 Arzt d. HEA Kalmenhof („Kinderfachabteilung“), Apr. 1945 Verhaftung, Okt. 1945 Entlassung aus der Untersuchungshaft, Sept. 1946 Haftbefehl, Jan. 1947 Todesurteil durch das LG Ffm im Kalmenhof-Prozess, Apr. 1948 Revisionsabweisung durch das OLG Ffm, Begnadigung in Hessen zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe, 1948 Verurteilung zu Freiheitsstrafe in Düsseldorf (wg. Waldniel), Jan. 1958 Strafverkürzung in Hessen auf 15 Jahre, Sept. 1966 Freilassung wg. Vollzugsuntauglichkeit, März 1968 in Hessen Erlass d. Reststrafe.  
*V. 1. (214)*

**Willig, Karl**, \* 11.07.1894 in Gräveneck b. Weilburg Krs. Oberlahn, + 14.03.1946 in Bruchsal (Hinrichtung), u. a. 1936 „politischer Leiter“ in Audenschmiede, ab 1934 beim BV Nassau als (Lern-) Pfleger in der LHA Weilmünster, ab Juni 1938 in der LHA Herborn, Ende Juli 1941 Versetzung zur LHA Hadamar u. dort bis Juli 1942 Abordnung zu „T4“, anschließend weiter in der LHA Hadamar, Okt. 1945 Todesurteil im Hadamar-Prozess Wiesbaden (Kriegsverbrecherprozess), 1946 Hinrichtung, 1951 Gnadenerlass d. Hess. Ministerpräsidenten (Rentenzahlung an die Witwe).  
*IV. 2. (413)*

**Witte, Otto**, \* 19.03.1884 in Halberstadt, + 19.09.1963 in Wiesbaden, konfessionslos, gelernter Gärtner, ab 1904 SPD-Mitglied, ab 1909 Gauleiter (Ffm) des Deutschen Gärtnerverbandes, 1912–1920/21 Parteisekretär in Wiesbaden, Soldatenrat, ab 1919 Vors. d. SPD-Stadtverordnetenfraktion in Wiesbaden (Stadtverordneter bis 1924), Stadtrat in Wiesbaden, ab 1919 Mitglied des Kommunallandtags Wiesbaden, 01.06.1921 bis 1933 LdsR d. BV Wiesbaden, 1924–1933 Bevollmächtigter für Hessen-Nassau im Reichsrat, ab 1925 auch stv. Bevollmächtigter für Preußen, ab 1926 MdR, Mitbegründer der Arbeiterwohlfahrt Wiesbaden, 1933 aus polit. Gründen (nach § 4 BBG) beim BV Wiesbaden entlassen, in der NS-Zeit 22-mal verhaftet, 1937 aus Wiesbaden ausgewiesen, Wohnung in Hamburg, Aug. 1944–Apr. 1945 inhaft-

tiert in Fuhlsbüttel, Rückkehr nach Wiesbaden, Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung Groß-Hessen, 1946–1954 Präs. d. Hess. Landtags, ab 1945 LdsR u. Reg.-Dir. b. RP in Wiesbaden, ab Feb./März 1946 Mitgl./Vors. d. beratenden Landesausschusses, 1946–1953 LH d. KV Wiesbaden.  
*I. 2. (33)*

**Woell, Wilhelm, Dr. jur. utr. Dr. med. h. c.**, \* 06.02.1871 in Weilburg, + 03.11.1926 in Ffm, Vater Gymnasiallehrer, 1880–1889 (Abitur) Gymnasium Weilburg, Jurastudium in Bonn/Heidelberg/Straßburg/Brüssel, Gerichtsassessor, ab 1899 Magistratsassessor in Ffm, ab 1901 Stadtrat in Ffm, 1920–1926 Landeshauptmann in Wiesbaden.  
*I. 2. (27)*

**Wolff, Karl**, \* 13.05.1900 in Darmstadt, + 15.07.1984 in Rosenheim, 1931 NSDAP- u. SS-Beitritt (Mitglieds-Nr. 695.131 bzw. 14.235), seit Juli 1933 persönl. Adjutant von Himmler, seit 1934 SS-Oberführer, seit 1935 SS-Brigadeführer, seit 1937 SS-Gruppenführer, seit 1940 Generalleutnant der Waffen-SS, seit 1942 SS-Obergruppenführer u. General der Waffen-SS, seit 1943 Höchster SS- u. Polizeiführer u. Bevollmächtigter General der Wehrmacht in Italien, im Feb. 1945 Verhandlungen mit US-Geheimdienst in der Schweiz, im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess Zeuge der Anklage, 1961 Veröffentlichung von Memoiren, am 18.01.1962 Verhaftung, am 30.09.1964 Verurteilung in München wegen Beihilfe zum Mord zu 15 Jahren Freiheitsstrafe, seit 1971 Haftverschonung.  
*IV. 1. (33)*

**Wrona, Anne**, \* 1907, Ausbildung zur Kindergärtnerin, Tätigkeit als Kinderpflegerin, ab 1927 Schwester in der PHA Süchteln/Niederrhein, später in der Zweiganstalt Waldniel („Kinderfachabteilung“), auf Vermittlung von Hermann Wesse Wechsel nach Sachsen („Leipzig“), bis 1944 in der Anstalt Großschweidnitz, ab Juni 1944 Oberschwester in der HEA Kalmenhof, Apr. 1945 Verhaftung u. Geständnis von Tötungen (später widerrufen), Okt. 1945 Entlassung aus der Untersuchungshaft, Sept. 1946 Haftbefehl, Jan. 1947 Verurteilung durch das LG Ffm im Kalmenhof-Prozess zu 8 Jahren Zuchthaus wg. Beihilfe zum Mord, Apr. 1948 Urteilsaufhebung durch das OLG Ffm, Feb. 1949 Freispruch durch das LG (Schwurgericht) Ffm, Juni 1949 (nach Revision d. StAnw) Beschluss d. OLG Ffm zur Neuverhandlung, Okt. 1952 Verurteilung durch das LG Ffm zu 3 Jahren Zuchthaus wg. Beihilfe zum Mord, Sept. 1953 (nach Revision Wronas) rechtskräftiger Freispruch durch den BGH.  
*V. 1. (215)*

**Z., Ernst**, \* 06.05.1905 in Krampe/Hinterpommern, ab 1922 Lehre u. Tätigkeit als Schmied, ab 1930 arbeitslos, 1930 NSDAP- u. SA-Beitritt, Lerpfleger u. Pfleger in der Anstalt Neuruppin, Pfleger, ab 1939 tätig für „T4“ zunächst in Grafeneck, ab Ende 1940 oder Anf. 1941 bis 1942 in Hadamar (Fotograf, Pfleger), zwischenzeitlich ca. Jan. bis März 1942 Teilnahme am „T4“-Osteinsatz, davor u. danach auch eingesetzt in der LHA Eichberg, 1942/43 für „T4“ in Belzec u. Sobibor, anschließend beim „T4“-Istrieneinsatz, bis Juli 1945 in Kriegsgefangenschaft, bis Pfingsten 1946 Internierung, 1948 Freispruch (betr. Hadamar) von der Anklage der Beihilfe zum Mord.  
*V. 1. (96)*

**Zachow, Minna**, \* um 1907/08 (geschätzt), Pflegerin, 1940 für „T4“ tätig in Grafeneck, ab Ende 1940 in Hadamar (ab Aug. 1942 Abordnung von „T4“ an den BV Nassau), 22.12.1942 Medaille für dt. Volkspflege, bis mind. Sept. 1944 in Hadamar, 1945 Festnahme durch die am. Militärbehörde, Okt. 1945 Zeugin im am. Hadamar-Prozess Wiesbaden, 28.01.1948 Verurteilung im „Schwesternprozess“ durch das LG Ffm (Schwurgericht) zu 3 Jahren u. 6 Monaten Zuchthaus wg. Beihilfe zum Mord, 20.10.1948 Verurteilung im Revisionsverfahren vor dem OLG Ffm wg. Mordes u. Beihilfe (Bestätigung des Strafmaßes).  
*V. 3. (97)*

**Zielke, Christel**, \* 06.01.1913 in Rössel/Ostpreußen, Pflegerin, 1932 NSDAP-Beitritt, 1940 für „T4“ tätig in Grafeneck u. Brandenburg, ab 13.11.1940 in der PHA Nierdersberg („Kinderfachabteilung“), anschließend (wahrscheinl. ab Mitte 1941) in der Anstalt Hadamar (spätestens ab Aug. 1942 Abordnung von „T4“ an den BV Nassau), 22.12.1942 Medaille für dt. Volkspflege, bis März 1945 in Hadamar, ab oder nach 1945 wohnhaft in Hannover, 26.03.1947 Verurteilung im Hadamar-Prozess Ffm wg. Beihilfe zum Mord zu 3 Jahren u. 9 Monaten Zuchthaus, 20.10.1948 Verurteilung im Revisionsverfahren vor

dem OLG Ffm wg. Mordes (Bestätigung des Strafmaßes).  
*V. 3. (97)*

**Zschintzsch, Werner**, \* 26.01.1888 in Rossla/Harz, + nach 1945, Jurist, seit 1925 als Oberregierungsrat in der Kommunalabt. d. preuß. MdI, ab 20.02. oder 25.02.1933 komm. RP in Wiesbaden, 15.06.1933 definitiv, ab 01.05.1933 NSDAP-Mitglied (Nr. 3.495.469), März 1936 bis März 1945 Staatssekr. im Reichs- u. Preuß. Min. f. Wissenschaft, Erziehung u. Volksbildung, ab 16.06.1936 SS-Mitglied (Nr. 276.657), 1937 SS-Oberführer.  
*II. 1. (5)*

## Quellen und Literatur

### A. Quellen

#### A. 1. Unveröffentlichte Quellen

##### A. 1. a) Archivbestände:

##### Zentralarchive

##### Bundesarchiv (BA)

##### Standort Koblenz:

- Best. Amerikanische Prozesse außerhalb Nürn-  
All. Proz. 7 bergs

##### Standort Berlin-Lichterfelde:

- Best. NS6 NSDAP-Parteikanzlei
- Best. NS25 NSDAP-Hauptamt für Kommunalpolitik
- Best. R2 Reichsfinanzministerium
- Best. R36 Deutscher Gemeindetag
- Best. R43 II Reichskanzlei
- Best. R58 Reichssicherheitshauptamt
- Best. R96 I „Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pfl-  
geanstalten“ [„T4“]
- Best. R96 II Reichstuberkuloseausschuss
- Best. R178 Kanzlei des Führers, Hauptamt IIb [„T4“]
- Best. R179 " " " " " "
- Best. R1501 Reichsministerium des Innern  
(ehem. R18)
- Best. R3001 Reichsjustizministerium  
(ehem. R22)
- BDC Personenbezogene NS-Unterlagen des ehe-  
maligen Berlin Document Center
- Filme d. ZstA Filme des ehem. Zentralen Staatsarchivs  
Potsdam der DDR (Mikrofilme fremder Unterla-  
gen)

##### Standort Dahlwitz-Hoppegarten (Zwischenarchiv):

- Best. ZB I NS-Akten aus Beständen der ehem. DDR
- Best. ZB II " " " " " " "
- Best. ZC " " " " " " "
- Best. ZD " " " " " " "
- Best. ZM " " " " " " "

##### National Archives and Record Administration, Washington D. C. (NARA)

- Record Group Office of the Judge Advocate (Army),  
153 Washington
- Record Group US Nuernberg War Crimes Trials, Inter-  
238 rogations („Nürnberger Dokumente“)
- Record Group US-Army Headquarter Europe, Judge Ad-  
338 vocate, ab 1942 („Heidelberger Dokumen-  
te“, Lagerung: Abt. Suitland)
- M-1078 War Crimes Records (Microfilm Publicat.)
- T-81 " " " " " "
- T-175 " " " " " "
- T-976 " " " " " "
- T-1019 " " " " " "
- T-1021 " " " " " "

##### Landesarchive

##### Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden (HStA Wi)

- Abt. 403 Bezirksverband des Regierungsbezirks  
Wiesbaden
- Abt. 405 Preußisches Regierungspräsidium Wies-  
baden
- Abt. 416 Preußisches Landratsamt St. Goarshausen

- Abt. 425 Preußisches Landratsamt des Main-Tau-  
nus-Kreises
- Abt. 430/1 Landesheilanstalt Eichberg
- Abt. 430/4 Landesheilanstalt Weilmünster
- Abt. 461 Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht  
Frankfurt a. M.
- Abt. 463 Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht  
Limburg
- Abt. 468 Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht  
Wiesbaden
- Abt. 483 NSDAP, Gau Hessen-Nassau und Gau  
Kurhessen
- Abt. 486 Gestapo Frankfurt a. M.
- Abt. 520 Spruchkammern
- Abt. 631a Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesge-  
richt Frankfurt a. M. ab 1945
- Abt. 649 Militärregierung in Hessen (OMGH)
- Abt. 1129 Nachlass Woweries

##### Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (StA Da)

- Abt. G 15 Kreis Lauterbach  
Lauterbach
- Abt. G 24 Oberstaatsanwalt beim Landgericht Darm-  
stadt
- Abt. H 13 Staatsanwaltschaft beim Landgericht  
Darmstadt Darmstadt
- Abt. H 13 Staatsanwaltschaft beim Landgericht Gie-  
ßen Gießen

##### Hessisches Staatsarchiv Marburg (StA Mr)

- Best. 150 Oberpräsident in Kassel
- Best. 220 Landeshauptmann in Kassel

##### Landeshauptarchiv Koblenz

- Best. 584, 1 Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht  
Koblenz Koblenz

##### Archive kommunaler Träger

##### Institut für Stadtgeschichte Frankfurt a. M. (IfStG Ffm)

- Bestand Stadtverordnetenversammlung (StVV)
- Bestand Magistratsakten (Mag.-A.)
- Bestand Wohlfahrtsamt
- Bestand Fürsorgeamt
- Bestand Stadtgesundheitsamt
- Sammlung S2 Personengeschichtliche Sammlung

##### Archiv des Landeswohlfahrtsverbands Hessen, Kassel (LWV)

- Best. 1 Kommunalverband Kassel (Bezirksver-  
band Hessen)
- Best. 3 Kommunalverband Wiesbaden (Bezirks-  
verband Nassau)
- Best. 10 Psychiatrisches Krankenhaus Eichberg
- Best. 12 Psychiatrisches Krankenhaus Hadamar  
[wegen Aktenverlust zum Teil nach über-  
lieferten Kopien d. Landschaftsverbandes  
Westfalen-Lippe von 1986 zitiert: „ehem.  
VA ... (Kopie)“]
- Best. 14 Psychiatrisches Krankenhaus Heppenheim
- Best. 16 Psychiatrisches Krankenhaus Marburg
- Best. 17 Psychiatrisches Krankenhaus Merxhausen
- Best. 19 Psychiatrisches Krankenhaus Weilmünster
- Best. 81 Sozialpädagogisches Zentrum Kalmenhof  
(Idstein)
- Best. 100, LWV-Hauptverwaltung, Personalverwal-  
Dez. 11 tung
- Best. S1 Be- Sammlung Bezirksverbände  
zirksverbände
- Best. S1 Eich- Sammlung Eichberg  
berg

**Archiv des Landschaftsverbands Rheinland, Pulheim-Brauweiler (LVR)**

– Nr. 13073 betr. Besichtigung der Anstalt Hadamar

*Kirchliche Archive***Archiv des Deutschen Caritasverbandes (ADC)**

– 748, Mp. 1 betr. Ausschaltung der „Freien Wohlfahrtspflege“

**Diözesanarchiv Limburg (DAL)**

– 223/AA1 betr. u. a. Seelsorge in der LHA Weilmünster

**Pfarrarchiv der katholischen Pfarrgemeinde Hadamar**

– Abt. A/Sti Stiftungen

*Archive von Einrichtungen der Behindertenhilfe***Archiv der Heime Scheuern, Nassau (AHS)**

– Archivalien zur NS-Zeit

**Archiv der Diakonie Stetten**

– Quellen zur Geschichte der Anstalt Stetten

*Sonstige Archive***Institut für Zeitgeschichte, München (IfZ)**– MA-340 Div. Dokumente aus der NS-Zeit (Mikrofilm)  
– MA-605 " " " " " " "**Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin (BStU)**

– MfS HA XX Hauptabteilung XX des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR

*A. 1. b) Laufende Registraturen***Verwaltungsgericht Kassel**

– Verzeichnis der Verwaltungsgerichtsverfahren

**Hessischer Verwaltungsgerichtshof, Kassel**

– Verfahrensakten

**Hessisches Justizministerium**

– Sachakten zu Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Frankfurt a. M.

**Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV), Kassel**

– Unterlagen zum Gedenkstättenwesen

*A. 2. Gedruckte Quellen des Bezirksverbandes Nassau**A. 2. a) Haushaltspläne des Bezirksverbandes Nassau**Zitiert: „BV Nassau, Haupt-Haushaltsplan (Rechnungsjahr [Jahr])“ bzw. entsprechend; vorhanden in der Archivbibliothek des LWV Hessen, Kassel*

– Haupt-Haushaltsplan des Bezirksverbandes Wiesbaden für das Rechnungsjahr 1933 (vom 1. April 1933 bis 31. März 1934, o. O. [Wiesbaden] o. J. [1933] [Entwurf]).

– Haupt-Haushaltsplan des Bezirksverbandes Wiesbaden für das Rechnungsjahr 1934 (vom 1. April 1934 bis 31. März 1935), Wiesbaden 1934.

– Haupt-Haushaltsplan des Bezirksverbandes Nassau für das Rechnungsjahr 1935 (vom 1. April 1935 bis 31. März 1936) (o. D. [1935]), Entwurf.

– Anlagen zum Haupthaushaltsplan des Bezirksverbandes Nassau für das Rechnungsjahr 1935, o. O. [Wiesbaden] o. J. [1935] [Entwurf].

– Haushalts-Satzung des Bezirksverbandes Nassau für das Rechnungsjahr 1935, Wiesbaden 1935.

– Haushalts-Satzung des Bezirksverbandes Nassau für das Rechnungsjahr 1936, Wiesbaden 1936.

– Anlagen zum Haupt-Haushaltsplan des Bezirksverbandes Nassau für das Rechnungsjahr 1936, Wiesbaden 1936.

– Haushalts-Satzung des Bezirksverbandes Nassau für das Rechnungsjahr 1937, Wiesbaden 1937.

– Anlagen zum Haupt-Haushaltsplan des Bezirksverbandes Nassau für das Rechnungsjahr 1937, Wiesbaden 1937.

– Anlagen zum Haupt-Haushaltsplan des Bezirksverbandes Nassau für das Rechnungsjahr 1939, Wiesbaden 1939.

– Haushalts-Satzung des Bezirksverbandes Nassau für das Rechnungsjahr 1940 [handschriftlich ergänzt: „u./41“], Wiesbaden 1940.

– Anlagen zum Haupt-Haushaltsplan des Bezirksverbandes Nassau für das Rechnungsjahr 1940, Wiesbaden 1940.

– Anlagen zum Haupt-Haushaltsplan des Bezirksverbandes Nassau für das Rechnungsjahr 1943 und für das Rechnungsjahr 1944, Wiesbaden 1943.

*A. 2. b) Verhandlungen des Kommunallandtags Wiesbaden**Zitiert: „Verhandlungen [x]. KLT Wi ([Jahr])“; vorhanden in der Archivbibliothek des LWV Hessen, Kassel*

– Verhandlungen des fünfzehnten Kommunal-Landtags des Regierungsbezirks Wiesbaden vom 10. bis 28. April 1883, Wiesbaden o. J. [1883].

– Verhandlungen des 36. Kommunallandtags des Regierungsbezirks Wiesbaden vom 8. bis 19. April 1902, Wiesbaden o. J. [1902].

– Verhandlungen des 38. Kommunallandtags des Regierungsbezirks Wiesbaden vom 12. bis 21. April 1904, Wiesbaden o. J. [1904].

– Verhandlungen des 39. Kommunallandtags des Regierungsbezirks Wiesbaden vom 5. bis 14. April 1905, Wiesbaden o. J. [1905].

– Verhandlungen des 40. Kommunallandtags des Regierungsbezirks Wiesbaden vom 24. April bis 4. Mai 1906, Wiesbaden o. J. [1906].

– Verhandlungen des 42. Kommunallandtags des Regierungsbezirks Wiesbaden vom 4. bis 13. Mai 1908, Wiesbaden o. J. [1908].

– Verhandlungen des 69. Kommunallandtags des Regierungsbezirks Wiesbaden vom 14. bis 19. März 1932, Wiesbaden o. J. [1932].

– Verhandlungen des 70. Kommunallandtags des Regierungsbezirks Wiesbaden am 4. April 1933, Wiesbaden o. J. [1933].

*A. 2. c) Verwaltungsberichte des Bezirksverbandes Nassau**Zitiert: „BV Nassau, Verwaltungsbericht ([Datum]–[Datum])“; vorhanden in der Bibliothek des HStA Wi (1934–41) u. in der Archivbibliothek des LWV Hessen (1949–51)*

– Bericht der Verwaltung des Bezirksverbandes Nassau über die Ergebnisse der Bezirksverwaltung in der Zeit von Anfang 1933 bis Anfang 1934, o. O. [Wiesbaden] o. J. [1934].

– Bericht der Verwaltung des Bezirksverbandes Nassau. Ergebnisse der Bezirksverwaltung in der Zeit von Anfang 1934 bis Anfang 1935, o. O. [Wiesbaden] o. J. [1935].

- Bericht der Verwaltung des Bezirksverbandes Nassau über die Ergebnisse der Bezirksverwaltung in der Zeit von Anfang 1935 bis Anfang 1936, o. O. [Wiesbaden] o. J. [1936].
- Bericht der Verwaltung des Bezirksverbandes Nassau über die Ergebnisse der Bezirksverwaltung in der Zeit von Anfang 1936 bis 31. März 1937, o. O. [Wiesbaden] o. J. [1937].
- Bericht der Verwaltung des Bezirksverbandes Nassau über die Ergebnisse der Bezirksverwaltung in der Zeit vom 1. April 1937 bis 31. März 1938, Wiesbaden o. D. [1938].
- Bericht der Verwaltung des Bezirksverbandes Nassau über die Ergebnisse der Bezirksverwaltung in der Zeit vom 1. April 1938 bis 31. März 1939, Wiesbaden o. D. [1939].
- Bericht der Verwaltung des Bezirksverbandes Nassau über die Ergebnisse der Bezirksverwaltung in der Zeit vom 1. April 1939 bis 31. März 1940, o. O. [Wiesbaden] o. J. [1940 oder 1941].
- Bericht der Verwaltung des Bezirksverbandes Nassau über die Ergebnisse der Bezirksverwaltung in der Zeit vom 1. April 1940 bis 31. März 1941, o. O. [Wiesbaden] o. J. [1941].
- Bericht über die Verwaltung des Kommunalverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden 1948 und 1949, Wiesbaden 1950.
- Bericht über die Verwaltung des Kommunalverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden 1950, Wiesbaden 1951.

### A. 3. Quelleneditionen

- Akten** der Parteikanzlei der NSDAP, Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes. Sammlung der in anderen Provenienzen überlieferten Korrespondenzen, Niederschriften von Besprechungen usw. mit dem Stellvertreter des Führers und mit seinem Stab, bzw. der Parteikanzlei, ihren Ämtern Referaten, Unterabteilungen sowie mit Heß und Bormann persönlich, hg. v. Institut für Zeitgeschichte. Teil I., bearb. v. Helmut Heiber, 3 Bde., München/Wien 1983. Teil II., bearb. v. Peter Longenrich, 3 Bde., München/Wien 1992.
- Bergsträsser**, Ludwig: Befreiung, Besatzung, Neubeginn. Tagebuch des Darmstädter Regierungspräsidenten 1945–1948, hg. v. Walter Mühlhausen (= Arbeiten der Hessischen Historischen Kommission, Neue Folge Bd. 1), Darmstadt 1986 [erschienen 1987]. – Parallelausgabe unter demselben Titel (= Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, hg. i. A. d. Instituts für Zeitgeschichte u. in Verbindung mit dem Bundesarchiv v. Wolfgang Benz, Bd. 5), München 1987.
- Boberach**, Heinz (Hg.): Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945. 17 Bde., Herrsching 1984.
- Braune**, P[aul] G[erhard]: Denkschrift für Adolf Hitler (09.07.1940), zuerst gedruckt in: Die Innere Mission, 37 (1947), S. 16–39; auch abgedruckt in: Aly, Aktion (2., Aufl. 1989), a. a. O., S. 23–32.
- Deutschlandberichte** der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940, 7 Bde., Salzhausen/Frankfurt a. M. (Nachdruck) 1980.
- Franz**, Eckhart G./ Köhler, Manfred (Hg./Bearb.): Parlament im Kampf um die Demokratie. Der Landtag des Volksstaates Hessen 1919–1933 (= Arbeiten der Hessischen Historischen Kommission, Neue Folge Bd. 6; Vorgeschichte und Geschichte des Parlamentarismus in Hessen, hg. i. A. d. Hessischen Landtags, Bd. 6), Darmstadt 1991
- Fröhlich**, Elke (Hg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unter-

- stützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands hg., Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, bislang Bd. 3–9, München 1998–2001. Teil II: Diktate 1941–1945, 15 Bde., München 1993–1996.
- Gründel**, Susanne / Speitkamp, Winfried (Hg.): Armenfürsorge in Hessen-Kassel. Dokumente zur Vorgeschichte der Sozialpolitik zwischen Aufklärung und Industrialisierung (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, 62), Marburg 1998.
- Heinrich **Himmeler**. Der Dienstkalender 1941–42, bearb., komm. u. eingel. v. Peter Witte u. a., Hamburg 1999.
- Hofer**, Walther (Hg.): Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933–1945 (= Bücher des Wissens, 172), Frankfurt a. M. 1957.
- Klee**, Ernst (Hg.): Dokumente zur „Euthanasie“, Frankfurt a. M. 1985.
- Klein**, Thomas (Hg./Bearb.): Der Regierungsbezirk Kassel 1933–1936. Die Berichte des Regierungspräsidenten und der Landräte (= Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, hg. v. d. Hessischen Historischen Kommission Darmstadt u. d. Historischen Kommission für Hessen [Marburg], Bd. 64), 2 Bde., Darmstadt/Marburg 1985.
- von Kotze**, Hildegard (Hg.): Heeresadjutant bei Hitler 1938–1945. Aufzeichnungen des Majors Engel (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte), München 1974.
- Friedrich **Mennecke**. Innenansichten eines medizinischen Täters im Nationalsozialismus. Eine Briefauswahl, eingeleitet und kommentiert von Peter Chroust, in: Aly u. a., Biedermann (1987), a. a. O., S. 67–122.
- Friedrich **Mennecke**. Innenansichten eines Medizinischen Täters im Nationalsozialismus. Eine Edition seiner Briefe 1935–1947, bearb. v. Peter Chroust, Bd. 1 u. 2 (= Forschungsberichte des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Bd. 2.1 u. 2.2), Hamburg (2., unveränd. Aufl.) 1988.
- Müller**, Karlheinz (Hg.): Preußischer Adler und Hessischer Löwe. Hundert Jahre Wiesbadener Regierung 1866–1966. Dokumente der Zeit aus den Akten, Wiesbaden 1966.
- Der **Prozeß** gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, hg. v. Sekretariat d. Internationalen Militär-Gerichtshofs, Nürnberg 1947–1949; hier: Nachdruck o. O., o. J. [1984]. Bd. I–XXIV.
- Rüter-Ehlermann**, Adelheid L./ Rüter, C. F. (Bearb.): Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966, Bd. 1–22, Amsterdam 1968–1981.
- Speitkamp**, Winfried (Hg./Bearb.): Kommunalverfassung in Kurhessen. Eine Schrift des Kasseler Regierungsreferendars Theodor von Heppel aus dem Jahr 1826 (= Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, hg. v. d. Hessischen Historischen Kommission Darmstadt u. d. Historischen Kommission für Hessen [Marburg], Bd. 69), Darmstadt/Marburg 1987.
- Die zwei intellektuellen **SS-Generäle** die verantwortlich waren für die Ermordung der Juden in Jugoslawien und in Danzig 1941–1943. Eine dokumentarische Sammlung von SS-Dokumenten, hg. v. Institute of Documentation in Israel for the Investigation of Nazi War Crime, Haifa, zusammengestellt v. Tuvia Friedman, Haifa (Israel) 1996.
- Stasiewski**, Bernhard / Volk, Ludwig (Bearb.): Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, Bde. 1–6 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bde. 5, 20, 25, 30, 34, 38), Mainz 1968–1985.
- Verwaltungsbericht** über die Tagung für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Köln 22.–25. Aug. 1916 (= Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge, Sonderschriften, Bd. 1), Berlin 1917.

## A. 4. Periodika

## A. 4. a) Gesetz- und Verordnungsblätter; Parlamentsdrucksachen

- Bundesgesetzblatt [zit. BGBI.]
- Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten [= Titel bis 1906]; Preußische Gesetzssammlung [Titel ab 1907] [zit.: Preuß. Gesetzssammlung]
- Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen
- Hessischer Landtag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/4481 (eingegangen 11.05.1989, ausgegeben 31.05.1989), „Große Anfrage der Fraktion der GRÜNEN betreffend Verfolgung und Vernichtung durch das NS-Regime in Hessen“ (11.05.1989), Wiesbaden 1989.
- Hessischer Landtag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/7176 (eingegangen 06.12.1994, ausgegeben 06.04.1995), „Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Verfolgung und Vernichtung durch das NS-Regime in Hessen, Drucksache 13/1595“ (06.12.1994), Wiesbaden 1995.
- Hessischer Landtag, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/1001 (eingegangen 07.02.2000, ausgegeben 07.03.2000), „Bericht des Präsidenten des Landtags über das Symposium zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Verfolgung und Vernichtung durch das NS-Regime in Hessen, Drucksache 13/7176 zu Drucksache 13/1595“ (07.02.2000), Wiesbaden 2000. [Symposium am 25.10.1995]
- Reichsgesetzblatt [zit.: RGBl.; ab 01.04.1922: RGBl. I (= Reichsgesetzblatt, Teil I)]
- Reichsministerialblatt der inneren Verwaltung; [Titel ab 1936:] Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern [zit.: RMBIv.; ab 1942: MBIv.]

## A. 4. b) Zeitungen und Zeitschriften

## Bis 1945:

- Ärzteblatt für Hessen-Nassau und Kurhessen
- Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege
- Der Erbarzt. Beilage zum „Deutschen Ärzteblatt“
- Frankfurter Beobachter
- Frankfurter Nachrichten
- Frankfurter Volksblatt
- Frankfurter Wohlfahrtsblätter
- Frankfurter Zeitung
- Geisteskrankenpflege. Monatsschrift für Geisteskranken- und Krankenpflege zur Belehrung und Fortbildung des Pflegepersonals an Heil- und Pflegeanstalten
- Hessenland
- Hessen-Nassau. Die Kulturzeitschrift der Provinz Hessen-Nassau
- Hessische Blätter für Volkskunde
- Idsteiner Zeitung
- Illustrierte Zeitung
- Die Irrenpflege. Monatsschrift für Irren- und Krankenpflege zur Belehrung und Fortbildung des Pflegepersonals an Heil- und Pflegeanstalten.
- Kasseler Post
- Münchener Medizinische Wochenschrift
- Nachrichtendienst des Deutschen Gemeindetages
- Nassauer Beobachter
- Nassauer Volksblatt
- Die nationalsozialistische Gemeinde
- Das Neue Frankfurt. Monatsschrift für die Fragen der Großstadtgestaltung
- Psychiatrisch-Neurologische Wochenschrift
- Rhein-Lahn-Beobachter
- Städtisches Anzeigblatt [Frankfurt a. M.]

- Volk und Scholle
- Völkische Rundschau; [ab Nr. 4 (22.07.1921):] Völkische Rundschau für Frankfurt a. M., Hessen und Hessen-Nassau
- Völkischer Beobachter
- Volksstimme
- Wiesbadener Kurier
- Wiesbadener Tageblatt
- Zeitschrift für das gesamte Krankenhauswesen
- Zentralblatt für die gesamte Neurologie und Psychiatrie

## Ab 1945:

- Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst
- Archiv für mittelhessische Kirchengeschichte
- Archiv für Kommunalwissenschaften
- Archiv für Sozialgeschichte
- Baltische Studien. Pommersche Jahrbücher für Landesgeschichte
- Bayerische Verwaltungsblätter. Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung
- Bulletin of the History of Medicine
- Deutsches Ärzteblatt
- Echt [Evangelische Kirche in Hessen und Nassau]
- Ergotherapie & Rehabilitation
- Frankfurter Neue Presse
- Frankfurter Rundschau
- Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft
- Hessische Allgemeine
- Hessische Städte- und Gemeinde-Zeitung
- Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte
- Historische Zeitschrift
- Das Historisch-Politische Buch
- Idsteiner Zeitung
- Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte
- Innere Mission
- Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands
- Jahrbuch Hochtaunuskreis
- Jahrbuch des Instituts für Geschichte der Medizin der Robert Bosh Stiftung
- Kritische Justiz
- LWV-Nachrichten
- Mainzer Geschichtsblätter. Veröffentlichungen des Vereins für Sozialgeschichte Mainz e. V.
- Medizinhistorisches Journal
- Muttersprache
- Nassauische Annalen
- Nassauische Landeszeitung
- Nassauische Neue Presse
- 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts
- Oberhessische Presse
- Das Parlament
- Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie
- Rhein-Zeitung
- Saeculum
- Sozialpsychiatrische Informationen
- Der Spiegel
- Süddeutsche Zeitung
- UniReport [Johann Wolfgang Goethe-Univ. Frankfurt a. M.]
- Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
- Wiesbadener Kurier
- Wiesbadener Leben
- Wiesbadener Tagblatt
- Die Zeit
- Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
- Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte
- Zeitschrift für Sozialreform
- Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde

## B. Literatur

## B. 1. Veröffentlichungen und Darstellungen

Bis 1945:

- Baltzer** [Paul]: Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten, in: Horion, Provinzial-Verwaltung (1925), a. a. O., S. 179–212.
- Bufe**, E.: Die Familienpflege Kranksinniger im heutigen Deutschland, ihr Stand vom 1. Oktober 1927, ihre Schicksale in der Nachkriegszeit sowie ihre Beziehungen zur offenen Fürsorge, in: Psychiatrisch-Neurologische Wochenschrift, 30. Jg. (1928), Nr. 16, S. 159–166, u. Nr. 17, S. 173–180.
- Cnyrim**, Heinz: Die Kanzlei des Führers als Mittler zwischen Volk und Führer, in: Die Deutsche Volkswirtschaft, Jg. 1941, Nr. 30.
- Enge** [Johannes]: Was kann man über den Geisteszustand eines Verstorbenen durch die Leichenöffnung feststellen?, in: Geisteskrankenpflege, 39. Jg. (1935), Nr. 9 (September), S. 129–132.
- Enge**, Johannes: Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses in Laienbetrachtung und ärztliche Erfahrung als Gutachter im Erbgesundheitsverfahren, in: Psychiatrisch-Neurologische Wochenschrift, 39. Jg. (1937), S. 8–13.
- Enge**, Johannes: Die Heilanstalt Strecknitz in den Jahren 1930 bis 1940 und die ärztliche Behandlung in der Gegenwart, in: Psychiatrisch-Neurologische Wochenschrift, 42. Jg. (1940), S. 509–512, S. 523 f.
- Enge**, Johannes: Die Zukunft der Psychiatrie, in: Psychiatrisch-Neurologische Wochenschrift, 43. Jg. (1941), S. 425–428.
- Fischer-Defoy**, Werner: Das Gesundheitswesen im nationalsozialistischen Staat. Von Stadtrat Dr. Fischer-Defoy, Frankfurt am Main, in: Deutsche Dentistische Wochenschrift, 55. Jg., Nr. 1, S. 5–13.
- Forsthoff**, Ernst: Nationalsozialismus und Selbstverwaltung, in: Frank, Hans: Deutsches Verwaltungsrecht, München 1937, S. 176–184.
- Gautag** Hessen-Nassau 1935. Gautag Darmstadt 1. u. 2. Juni 1935, Darmstadt, o. J. [1935].
- Gerum** [Kurt]: Erbkartei und Arzt, in: Ärzteblatt für Hessen-Nassau und Kurhessen, 7. Jg., Nr. 4 (25.08.1939), S. 349 f.
- Gesetz** zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 mit Auszug aus dem Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung vom 24. Nov. 1933, bearb. u. erläutert v. Arthur Gütt, Ernst Rüdin, Falk Ruttko, München 1934.
- Gimbel**, Adalbert (Hg. [= Verf.]): So kämpften wir! Schilderungen aus der Kampfzeit der NSDAP. im Gau Hessen-Nassau, bearb. v. Karl Hepp, Frankfurt a. M. 1941.
- Gorrenz**, Heinz: Die Franzosenzeit in Nassau und Frankfurt am Main 1918–1930. Eine Chronik, in der von Not und Schande, von Narretei und Verrat, aber auch von Heimatliebe und deutscher Treue erzählt wird, Frankfurt a. M. (4., erw. Aufl.) 1930.
- Heil- und Pflegeanstalten** aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden [o. Autor], Düsseldorf 1930.
- Die **Heilerziehungs- und Pflegeanstalt** Scheuern bei Nassau an der Lahn, in: Heil- und Pflegeanstalten (1930), a. a. O., S. 58–61.
- Die **Heilerziehungsanstalt** Calmenhof zu Idstein i. Ts., in: Heil- und Pflegeanstalten (1930), a. a. O., S. 21–28.
- Henkel** [Otto]: Das Heim für weibliche Psychopathen in Hadamar, in: Frankfurter Wohlfahrtsblätter, Jg. 1922, Nr. 3 (Juni 1922), S. 42.
- Hinsen** [Wilhelm]: Moderne Geisteskrankenfürsorge, in: Gesundheitsfürsorge und Kommunalverwaltung (= Beiträge zur sozialen Fürsorge, H. 15), Münster 1931, S. 96–114.
- Horion** [Johannes] (Hg.): Die Rheinische Provinzial-Verwaltung. Ihre Entwicklung und ihr heutiger Stand, hg. zur Jahrtausendfeier der Rheinprovinz von Landeshauptmann Dr. Horion in Verbindung mit den oberen Beamten der Provinzialverwaltung, Düsseldorf 1925.
- Horion** [Johannes]: Die Entwicklung der provinziellen Selbstverwaltung in der Rheinprovinz, in: Horion, Provinzial-Verwaltung (1925), a. a. O., S. 9–63.
- Ilberg**, Georg: Referat zu Enge: Die Zukunft der Psychiatrie. Psychiatr.-neurolog. Wschr. (1941), S. 425–428, in: Zentralblatt für die gesamte Neurologie und Psychiatrie, Bd. 102 (1942), S. 382.
- Jahrmärker** [Maximilian]: Zu Fragen der Verantwortlichkeit in der psychiatrischen Praxis, in: Geisteskrankenpflege, 47. Jg. (1943), März.
- Jeserich**, Kurt: Die preußischen Provinzen. Ein Beitrag zur Verwaltungs- und Verfassungsreform, Leipzig 1931. – Parallelausgabe unter demselben Titel (= Kommunalwissenschaftliche Schriftenreihe, hg. v. Walter Norden, Bd. 6), Berlin-Friedenau 1931.
- Jeserich**, Kurt (Hg.): Handbuch der Gemeindeverwaltung, 1937–43.
- Jeserich**, Kurt (Hg.): Kommunalwissenschaftliche Ausbildung und Forschung, 1942.
- Knab**, Karl: Statistik über den Stand der Familienpflege der öffentlichen deutschen Heil- und Pflegeanstalten im Sommer 1932, in: Psychiatrisch-Neurologische Wochenschrift, 35. Jg. (1933), Nr. 16, S. 196–203.
- Kolbow**, Karl Friedrich: Die Kulturpflege der preußischen Provinzen (= Erste Sonderschriftenreihe des Kommunalwissenschaftlichen Instituts an der Universität Berlin, hg. v. Kurt Jeserich / Aus der Arbeit der preußischen Provinzen, H. 2), Stuttgart/Berlin 1937.
- Laging**, Walther: Der Provinzialverband der Provinz Mark Brandenburg. Entwicklung, Aufbau und Aufgaben, Berlin 1940.
- Langelüddeke**, A[brecht]: Über die Entwicklung der Kurhessischen Ärzteschaft. Die Entwicklung der ärztlichen Versorgung in der Landesheilanstalt Haina, in: Ärzteblatt für Hessen-Nassau und Kurhessen, 7. Jg., Nr. 4 (24.02.1939), S. 95 f.
- Lihotzky**, Grete: Rationalisierung im Haushalt, in: Das Neue Frankfurt. Monatsschrift für die Fragen der Großstadtgestaltung, 1. Jg. (1926/27), H. 5, S. 120–123.
- Martin**, Bernhard: Das Kurhessische Landesamt für Volkskunde und die hessische Volkskunde, in: Hessische Blätter für Volkskunde, Jg. 37 (1939), S. 1–4.
- Meyer-Elbing**, Oskar: Das Landeshaus in Wiesbaden, in: Illustrierte Zeitung, Jg. 1907.
- Mordacq**, H[enri]: La Mentalité allemande. Cinq ans de commandement sur le Rhin, Paris (5. éd.) o. J. [1926]. – Übersetzung: Ders.: Die deutsche Mentalität, Wiesbaden 1927.
- Müller**, Heinrich: Beamtentum und Nationalsozialismus, München (9. Aufl.) 1933 [1. Aufl.: 1931].
- Müller-Haccius**, Otto: Die preußischen Kommunalverbände im Gefüge des Dritten Reiches (= Erste Sonderschriftenreihe des Kommunalwissenschaftlichen Instituts an der Universität Berlin, hg. v. Kurt Jeserich / Aus der Arbeit der preußischen Provinzen, H. 1), Stuttgart/Berlin 1936.
- Otto**, Kurt: Das Verkehrswesen der preußischen Provinzen (= Erste Sonderschriftenreihe des Kommunalwissenschaftlichen Instituts an der Universität Berlin, hg. v. Kurt Jeserich / Aus der Arbeit der preußischen Provinzen, H. 5), Stuttgart/Berlin 1939.
- Pnischek**, F.: Der Freistaat Flaschenhals. Das groteske Gebilde der Besatzungszeit (= Sonderdruck aus: Frankfurter Nachrichten), o. O. [Frankfurt a. M.] o. J. [1930].
- Pöllmann** [Ernst]: Die Landes-Heil- und Erziehungsanstalt Hadamar, in: Heil- und Pflegeanstalten (1930), a. a. O., S. 15–20.
- Reich**, Hans: Die Arbeit des Reichsstathalters in Hessen, in: Volk und Scholle, 12. Jg. (1934), H. 5 (Mai), S. 129–135.

- Schoen**, Paul: Das Recht der Kommunalverbände in Preußen, Leipzig 1897.
- Snell** [Richard]: Die Landes-Heilanstalt Herborn, in: Heil- und Pflegeanstalten (1930), S. 11–15.
- Sprenger**, Jakob: Die Entwicklung der nationalsozialistischen Beamtenbewegung, in: Almanach des Deutschen Beamten, hg. v. L. Reck, Berlin 1934.
- Steinwaller**, Bruno: Geplante Zulassung der Sterbehilfe in England, in: Psychiatrisch-Neurologische Wochenschrift, 38. Jg. (1936), Nr. 46, S. 583 f.
- Stemmler**, Wilhelm: Die Bestandsaufnahme der erbkranken Sippen durch die Landesheilstätten, in: Der Erbarzt. Beilage zum „Deutschen Ärzteblatt“, Jg. 1936, Nr. 3, S. 40 ff.
- Stöffler**, Fr[iedrich] (Hg.): Nassauische Erziehungsheime. Im Auftrage des nassauischen Landesjugendamtes herausgegeben, Düsseldorf o. J. [ca. 1929].
- Stuckart**, Wilhelm: Zentralgewalt, Dezentralisation und Verwaltungseinheit, in: Festgabe für Heinrich Himmler, Darmstadt 1941, S. 1–32.
- Traupel**, Wilhelm: Das Kredit- und Versicherungswesen der preußischen Provinzen (= Erste Sonderschriftenreihe des Kommunalwissenschaftlichen Instituts an der Universität Berlin, hg. v. Kurt Jeserich / Aus der Arbeit der preußischen Provinzen, H. 3), Stuttgart/Berlin 1938.
- Wachsmuth**, Hans: Aus alten Akten und Krankengeschichten der nassauischen Irrenanstalt (Eberbach-Eichberg). II. Teil, hier als Sonderdruck [S. 1–7] aus: Psychiatrisch-Neurologische Wochenschrift, 29. Jg. (1927), Nr. 28; III. Teil, hier als Sonderdruck [S. 1–15] aus: ebd., 29. Jg. (1927), Nr. 40, 41, 43, 44; VII. Teil, hier als Sonderdruck [S. 1–5] aus: ebd., 33. Jg. (1931), Nr. 3.
- Wachsmuth** [Hans]: Die Landes-Heilanstalt Eichberg, in: Heil- und Pflegeanstalten (1930), S. 9–11.
- Wahlmann** [Adolf]: Die Familienpflege der Landes-Heilanstalt Eichberg (Rheingau), in: Die Irrenpflege, 33. Jg. (1929), S. 11–15.
- Weidemann**, Johannes: Die Selbstverwaltung im nationalsozialistischen Führerstaat, in: Die nationalsozialistische Gemeinde, 3. Jg. (1935), S. 555 ff.
- Wiehl** [Ernst]: Fürsorge für Geisteskranke, Idioten und Epileptiker, in: Horion, Provinzial-Verwaltung (1925), a. a. O., S. 125–178.
- Woweries**, F[rantz] H[ermann]: Reichsstathalter Gauleiter J. Sprenger. Lebensbild eines Gefolgsmannes Adolf Hitlers, o. J. [1933–1945].
- Zengerling** [Franz]: Grundsätzliches zur geschlossenen Fürsorge für Geisteskranke in den Gutachten des Reichssparkommissars, in: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege, Jg. 1931, Februar.
- Ab 1945:*
- Adler**, H[ans] G[ünther]: Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974.
- Aly**, Götz / Masuhr, Karl Friedrich / Lehmann, Maria / Roth, Karl Heinz / Schultz, Ulrich: Reform und Gewissen. „Euthanasie“ im Dienst des Fortschritts (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 2), Berlin 1985.
- Aly**, Götz: Der saubere und der schmutzige Fortschritt, in: Ders. u. a., Reform (1985), a. a. O., S. 9–78.
- Aly**, Götz / Ebbinghaus, Angelika / Hamann, Matthias / Pfäfflin, Friedemann / Preissler, Gerd: Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 1), Berlin 1985.
- Aly**, Götz: Medizin gegen Unbrauchbare, in: Aly u. a., Aussonderung (1985), a. a. O., S. 9–74.
- Aly**, Götz / Chroust, Peter / Heilmann, H. D. / Langbein, Hermann: Biedermann und Schreibtischtäter. Materialien zur deutschen Täter-Biographie (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 4), Berlin 1987.
- Aly**, Götz (Hg.): Aktion T4. 1939–1945. Die „Euthanasie“-Zentrale in der Tiergartenstraße 4, Berlin (1. Aufl.) 1987, (2., erw. Aufl.) 1989.
- Aly**, Götz: Tuberkulose und „Euthanasie“, in: Peiffer, Menschenverachtung (1992), a. a. O., S. 131–146.
- Aly**, Götz: „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a. M. 1995.
- Ambrosius**, Gerold: Wirtschaftspflege und Wirtschaftsförderung der preußischen Provinzialverbände, in: Tepe, Selbstverwaltungsprinzip (1987), a. a. O., S. 165–188.
- Anderhub**, Andreas: Verwaltung im Regierungsbezirk Wiesbaden 1866–1885 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. 22), Wiesbaden 1977.
- Angermund**, Ralph: Deutsche Richterschaft 1919–1945. Krisenerfahrung, Illusion, politische Rechtsprechung, Frankfurt a. M. 1990.
- Angermund**, Ralph: „Recht ist, was dem Volke nutzt.“ Zum Niedergang von Recht und Justiz im Dritten Reich, in: Bracher/Funke/Jacobsen, Deutschland (1993), a. a. O., S. 57–75.
- Arad**, Yitzhak: Belzec, Sobibor, Treblinka. The Operation Reinhard Death Camps, Bloomington 1987.
- Arbeitsgespräch** mit dem Plenum über die „Aktion Brandt“. Kontroversen, Ergebnisse, Fragen, Forschungsdesiderata, in: Arbeitskreis (2000), a. a. O., S. 84–98.
- Arbeitskreis** zur Erforschung der nationalsozialistischen „Euthanasie“ und Zwangssterilisation. Herbsttagung 19.–21. November 1999 in Gießen. Schwerpunktthema: Krieg und „Euthanasie“, Red. Peter Sandner [hg. v. Landeswohlfahrtsverband Hessen], Kassel 2000, S. 19–27.
- Artelt**, Walter: August de Bary und die Geschichte der Medizin, in: Medizinhistorisches Journal, 9. Jg. (1974), H. 2, S. 85–99.
- Ayaß**, Wolfgang: „Asoziale“ im Nationalsozialismus, Stuttgart 1995.
- Ayçoberry**, Pierre: Le national-socialisme et la négation de l'histoire, in: Olf-Nathan, La science (1993), a. a. O., S. 169–176.
- Backes**, Klaus: Hitler und die bildenden Künste, Köln 1988.
- Bajohr**, Frank: Karl Kaufmann – Gauleiter in Hamburg, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 43. Jg. (1995), H. 2 (April), S. 267–295.
- Bakos**, Daniela: Vom Auffanglager zum „Jugendheim besonderer Art“ – Der Kalmenhof 1945–1968, in: Schrapper/Sengling, Idee (1988), a. a. O., S. 127–180.
- Barkey**, Peter: Die Entwicklung der Psychiatrischen Krankenhäuser Haina, Merxhausen/Emstal und Hofheim/Goddelau („Philippshospital“) unter der Trägerschaft des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen und seiner Rechtsvorgänger (1866–1982), in: Heinemeyer/Pünder, 450 Jahre (1983), a. a. O., S. 349–374.
- Bauer**, Thomas / Drummer, Heike / Krämer, Leoni: Vom „stede arzt“ zum Stadtgesundheitsamt. Die Geschichte des öffentlichen Gesundheitswesens in Frankfurt am Main, hg. v. Stadtgesundheitsamt Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 1992.
- Bauer**, Yehuda: Die Massenmorde befohlen. Heinrich Himmlers Dienstkalendar erscheint in hervorragender Bearbeitung, in: Frankfurter Rundschau, 55. Jg., Nr. 193 (21.08.1999), Beilage Zeit und Bild, S. ZB4.
- Baum**, Karl-Heinz: Gutachten empört Verbände der Wohlfahrtspflege. Stellungnahme der Monopol-Kommission nennt Bundesarbeitsgemeinschaft „staatlich unterstützte Kartellbildung“, in: Frankfurter Rundschau, 54. Jg., Nr. 198 (27.08.1998), Ausgabe S, S. 5.
- Baumgart-Buttersack**, Gretel: Das alte und das neue Landeshaus, in: Wiesbadener Leben, 40. Jg. (1991), H. 3, S. 30–31.
- Bausch**, Rainer / Blecker, Werner / Gelbert, Norbert / Heidrich, Werner: 100 Jahre Weilmünster 1997 – Ein Beitrag aus

- der Sicht der Verwaltungs- und Wirtschaftsdienste, in: Vanja, Heilanstalt (1997), a. a. O., S. 213–216.
- Becht**, Lutz: „Die Wohlfahrtseinrichtungen sind aufgelöst worden ...“. Vom „städtischen Beauftragten bei der Jüdischen Wohlfahrtspflege“ zum „Beauftragten der Geheimen Staatspolizei ...“ 1938 bis 1943, in: Kingreen, „Kristallnacht“ (1999), a. a. O., S. 211–236.
- Becker**, Bernd: Zusammenhänge zwischen den Ideen zu den Verwaltungsreformen von Montgelas, Stein und Hardenberg (Vergleiche des Ansbacher Mémoires von 1796, der Nassauischen Denkschrift von 1807 und der Rigaer Denkschrift von 1807), in: Bayerische Verwaltungsblätter. Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung, 32. (117.) Jg. (1986), S. 705–712, S. 744–750.
- Becker**, C.: Die Durchführung der Euthanasie in den katholischen caritativen Heimen für geistig Behinderte, in: Borgmann, K. (Hg.): Jahrbuch der Caritaswissenschaft 1968, Freiburg 1968.
- Beddies**, Thomas: Die pommersche Heil- und Pflegeanstalt im brandenburgischen Obrawalde bei Meseritz, in: Baltische Studien. Pommersche Jahrbücher für Landesgeschichte, Neue Folge Bd. 84 (= Bd. 130 d. Gesamtreihe) (1998), S. 85–114.
- Beddies**, Thomas: Der „Ost-Einsatz“ von Mitarbeitern der „Aktion T4“ im Winter 1941/42, in: Psychiatrie (2002), a. a. O., S. 25–35.
- Behr**, Hans-Joachim: Die preußischen Provinzialverbände. Verfassung, Aufgaben, Leistung, in: Teppe, Selbstverwaltungsprinzip (1987), a. a. O., S. 11–44.
- Beil-Felsing**, Christine: Soldaten der Wehrmacht als Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“, in: Arbeitskreis (2000), a. a. O., S. 19–27.
- Bembenek**, Lothar (Red.): Dem Vaterland getreue bleib ich bis in den Tod. Drei Wiesbadener Biographien: Hermann Kaiser, Hans Buttersack, Jürgen Stroop (= Wiesbadener Geschichte, I), Wiesbaden 1989.
- Bembenek**, Lothar / Ulrich, Axel: Widerstand und Verfolgung in Wiesbaden 1933–1945. Eine Dokumentation, hg. v. Magistrat d. Landeshauptstadt Wiesbaden/Stadtarchiv, Gießen (1. Aufl.) 1990.
- Bembenek**, Lothar / Ulrich, Axel (Bearb.): Dokumente, in: Riedle, Wiesbaden (1996), a. a. O., S. 239–314.
- Benz**, Wolfgang: Zum Verhältnis von NSDAP und staatlicher Verwaltung im Dritten Reich, in: Büttner, Unrechtsregime (1986), a. a. O., S. 203–218.
- Benz**, Wolfgang: Konsolidierung und Konsens 1934–1939, in: Broszat/Frei, Reich (1990), a. a. O., S. 48–64.
- Benz**, Wolfgang / Pehle, Walter H. (Hg.): Lexikon des deutschen Widerstandes, Frankfurt a. M. 1994.
- Benz**, Wolfgang: Widerstand gegen den Nationalsozialismus vor 1933, in: Benz/Pehle, Lexikon (1994), a. a. O., S. 15–27.
- Benzenhöfer**, Udo: „Kindereuthanasie“ im Dritten Reich. Der Fall „Kind Knauer“, in: Deutsches Ärzteblatt, 95. Jg., H. 19 (08.05.1998), S. B-954 f.
- Benzenhöfer**, Udo: „Kinderfachabteilungen“ und „NS-Kindereuthanasie“, Wetzlar 2000.
- Benzenhöfer**, Udo: Bemerkungen zum „Sanitätseinsatz Ost“ von Mitarbeitern der „Aktion T4“ im Winter 1941/42, in: Psychiatrie (2002), a. a. O., S. 37–43.
- Berg**, Christa / Ellger-Rüttgardt, Sieglind (Hg.): „Du bist nichts – dein Volk ist alles“. Forschungen zum Verhältnis von Pädagogik und Nationalsozialismus, Weinheim 1991.
- Berger**, Andrea / Oelschläger, Thomas: „Ich habe sie eines natürlichen Todes sterben lassen“. Das Krankenhaus im Kalmenhof und die Praxis der nationalsozialistischen Vernichtungsprogramme, in: Schraper/Sengling, Idee (1988), a. a. O., S. 269–336.
- Bernhardt**, Heike: „Niemals auch nur zu den primitivsten Arbeitsleistungen zu gebrauchen“. Die Tötung behinderter und kranker Kinder 1939 bis 1945 in der Landesheilstalt Ueckermünde, in: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie, 42. Jg. (1993), S. 240–248; leicht verändert auch in: Sozialpsychiatrische Informationen, 24. Jg. (1994), 1. Quartal (1/94), S. 21–25.
- Bernhardt**, Heike: Anstaltspsychiatrie und „Euthanasie“ in Pommern 1933 bis 1945. Die Krankenmorde an Kindern und Erwachsenen am Beispiel der Landesheilstalt Ueckermünde (= Mabuse Wissenschaft, 15), Frankfurt a. M. 1994.
- Frankfurter **Biographie**. Personengeschichtliches Lexikon, im Auftrag d. Frankfurter Historischen Kommission hg. v. Wolfgang Klötzer, bearb. v. Sabine Hock u. Reinhard Frost. Bd. 1, Frankfurt a. M. 1994. Bd. 2, Frankfurt a. M. 1996.
- Blum**, Peter: Staatliche Armenfürsorge im Herzogtum Nassau 1806–1866 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. 34), Wiesbaden 1987.
- Boberach**, Heinz: Chancen eines Umsturzes im Spiegel der Berichte des Sicherheitsdienstes, in: Schmädke/Steinbach, Widerstand (1986), a. a. O., S. 813–821.
- Boberach**, Heinz: Die strafrechtliche Verfolgung der Ermordung von Patienten in nassauischen Heil- und Pflegeanstalten nach 1945, in: Euthanasie (1991), a. a. O., S. 165–174.
- Bock**, Gisela: Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1986.
- Böhm**, Boris: Thesen zur Geschichte der Heil- und Pflegeanstalt Pirna-Sonnenstein (1811–1939), in: Geschichte der Heil- und Pflegeanstalt Pirna-Sonnenstein (1811–1939), hg. v. Kuratorium Gedenkstätte Sonnenstein e. V. (= Sonnenstein. Beiträge zur Geschichte des Sonnensteins und der Sächsischen Schweiz, H. 1), Pirna (2. Aufl.) 2000 [1. Aufl.: 1998], S. 9–13.
- Borchmann**, Michael: Zur neueren Geschichte der hessischen Kommunalverfassung, in: Hessische Städte- und Gemeinde-Zeitung, Jg. 1986, Nr. 9 (September), S. 326–333.
- Borst**, Otto (Hg.): Das Dritte Reich in Baden und Württemberg, Stuttgart 1988.
- Bracher**, Karl Dietrich: Stufen totalitärer Gleichschaltung. Die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft 1933/34, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 4. Jg. (1956), H. 1 (Januar), S. 30–42.
- Bracher**, Karl Dietrich / Sauer, Wolfgang / Schulz, Gerhard: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34 (= Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, hg. v. Otto Stammer, Bd. 14), Köln/Opladen 1960.
- Bracher**, Karl Dietrich / Funke, Manfred / Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.): Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz (= Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, hg. v. Karl Dietrich Bracher u. Hans-Adolf Jacobsen, Bd. 21), Düsseldorf 1983.
- Bracher**, Karl Dietrich / Funke, Manfred / Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.): Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft (= Studien zur Geschichte und Politik, Bd. 314), Bonn (2. Aufl.) 1993.
- Bracher**, Karl Dietrich: Nationalsozialismus, Faschismus, Totalitarismus. Die deutsche Diktatur im Macht- und Ideologiefeld des 20. Jahrhunderts, in: Bracher/Funke/Jacobsen, Deutschland (1993), a. a. O., S. 566–590.
- Brandt**, Hans-Jürgen: Mord und Moral. Wolfgang Liebeneiners Propagandafilm: „Ich klage an“, in: Forschung Frankfurt. Wissenschaftsmagazin der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, 11. Jg. (1993), Nr. 3, S. 48–55.
- Braun**, Hermann-Josef: Widerstand aus den Reihen der katholischen Kirche, in: Knigge-Tesche/Ulrich, Verfolgung (1996), a. a. O., S. 269–289.
- Braun**, Reiner: August Kortheuer. Evangelischer Pfarrer und Landesbischof in Nassau 1893–1933 (= Quellen und Studien zur hessischen Kirchengeschichte, Bd. 4), Darmstadt 2000.

- Brechtgen**, Magnus: Das November-Pogrom von 1938 und der aberwitzige Madagaskar-Plan. Die fixe Idee eines Ghettos für Juden auf der Fieberinsel, in: *Das Parlament*, 47. Jg., Nr. 46 (07.11.1997), S. 17.
- Bredow-Cordier**, Eva: Ein Buch für die vielen namenlosen Opfer. Nieder-Ramstädter Heime erinnern an die Morde der Nationalsozialisten. Veranstaltungen zum 100-jährigen Bestehen, in: *Frankfurter Rundschau*, 56. Jg., Nr. 69 (25.03.2000), Ausgabe S, S. 35 (Rhein-Main).
- Breitman**, Richard: *The Architect of Genocide. Himmler and the Final Solution*, New York 1991. – Übersetzung: *Der Architekt der „Endlösung“*. Himmler und die Vernichtung der europäischen Juden, Paderborn/München/Wien/Zürich 1996.
- Breucker**, Dorothee: Dr. Martha Fauser. Eine Ärztin im Nationalsozialismus, in: Pretsch, „Euthanasie“ (1996), a. a. O., S. 115–127.
- vom Brocke**, Bernhard: Die preußischen Oberpräsidenten 1815 bis 1945. Sozialprofil einer Verwaltungselite. Eine Bilanz, in: *Schwabe, Oberpräsidenten* (1985), a. a. O., S. 249–276.
- Broszat**, Martin / Mehringer, Hartmut (Hg.): *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. I–VI, München/Wien 1977–1983.
- Broszat**, Martin: Hitler und die Genesis der „Endlösung“. Aus Anlaß der Thesen von David Irving, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 25. Jg. (1977), H. 4 (Oktober), S. 739–775.
- Broszat**, Martin: „Holocaust“ und die Geschichtswissenschaft, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 27. Jg. (1979), H. 2 (April), S. 285–298.
- Broszat**, Martin: *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung* (= Reihe: dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, hg. v. Martin Broszat u. Helmut Heiber), München (8. Aufl.) 1979 [1. Auflage: 1969].
- Broszat**, Martin: Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933–1945, in: *Buchheim, Hans / Broszat, Martin / Jacobsen, Hans-Adolf / Krausnick, Helmut: Anatomie des SS-Staates*, Bd. 2, München (4. Aufl.) 1984, S. 9–133.
- Broszat**, Martin: Reichszentralismus und Parteipartikularismus. Bayern nach dem Neuaufbau-Gesetz vom 30. Januar 1934, in: *Büttner, Unrechtsregime* (1986), a. a. O., S. 178–202.
- Broszat**, Martin: Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Beiträge von Martin Broszat, hg. v. Hermann Graml u. Klaus-Dietmar Henke, München 1986.
- Broszat**, Martin: Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: *Ders.: Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Beiträge von Martin Broszat*, hg. v. Hermann Graml u. Klaus-Dietmar Henke, München 1986, S. 159–173 [Erstveröffentlichung d. Aufsatzes in: *Merkur*, 39 (1985), S. 373–385].
- Broszat**, Martin / Frei, Norbert (Hg.): *Das Dritte Reich im Überblick. Chronik. Ereignisse. Zusammenhänge*, München (überarb. Neuausgabe, 2. Aufl.) 1990 [Erstausgabe unter d. Titel: *Ploetz. Das Dritte Reich*, Freiburg 1983].
- Broszat**, Martin: Das weltanschauliche und gesellschaftliche Kräftefeld, in: *Broszat/Frei, Reich* (1990), a. a. O., S. 94–107.
- Browning**, Christopher R.: *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen*, Reinbek bei Hamburg 1993 [Originalausgabe u. d. Titel: *Ordinary Men. Reserve Police Battalion 101 and the Final Solution in Poland*, New York 1992].
- Browning**, Christopher R.: *Judenmord. NS-Politik, Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter*, Frankfurt a. M. 2001.
- Buchheim**, Hans / Broszat, Martin / Jacobsen, Hans-Adolf / Krausnick, Helmut: *Anatomie des SS-Staates*, Bd. 2, München (4. Aufl.) 1984, S. 9–133.
- Buchstab**, Günter / Kaff, Brigitte / Kleinmann, Hans-Otto: *Verfolgung und Widerstand 1933–1945. Christliche Demokraten gegen Hitler* (= Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung), Düsseldorf 1986.
- Burleigh**, Michael: *Psychiatry, German Society, and the Nazi „Euthanasia“ Programme*, in: *Social History of Medicine*, 7. Jg. (1994), Nr. 2, S. 213–228.
- Büttner**, Ursula (Hg.): *Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus*, Bd. 1: *Ideologie – Herrschaftssystem – Wirkung in Europa*, hg. unter Mitwirkung von Werner Johe und Angelika Voß (= *Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte*, Bd. 21), Hamburg 1986.
- Caplan**, Jane: *Civil Service Support for National Socialism. An Evaluation*, in: *Hirschfeld/Kettenacker, „Führerstaat“* (1981), a. a. O., S. 167–191.
- Illustrierte Chronik**. 50 Jahre Landeswohlfahrtsverband Hessen. 1953–2003, bearb. v. Peter Sandner, Rose-Marie von Krauss, Christina Vanja u. Jörg Daniel, hg. v. Landeswohlfahrtsverband Hessen, Kassel 2003.
- Chroust**, Peter: *Ärzteschaft und „Euthanasie“ – unter besonderer Berücksichtigung Friedrich Menneckes*, in: *Euthanasie* (1991), a. a. O., S. 123–133.
- Conrady**, Horst: *Preußische Provinzialverbände und Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen. Die Entwicklung landschaftlicher Selbstverwaltung und deren Stellung in der Verwaltungsreform*, Univ. Münster (Diss.) 1975.
- Cordes**, Clemens: *Die deutsche Psychiatrie im Nationalsozialismus*, in: *Ergotherapie & Rehabilitation*, Jg. 2001, Nr. 3, S. 9–18.
- Cramer**, Johannes: *Spuren der „Euthanasie“-Morde. Bauarchäologische Untersuchung in der Gedenkstätte Hadamar*, in: *Hadamar* (1991), a. a. O., S. 199–215.
- Cranach**, Michael von / Siemen, Hans-Ludwig (Hg.): *Psychiatrie im Nationalsozialismus. Die Bayerischen Heil- und Pflegeanstalten zwischen 1933 und 1945*, München 1999.
- Croon**, Helmuth: *Das Vordringen der politischen Parteien im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung*, in: *Ders. / Hofmann, Wolfgang / Unruh, Georg-Christoph v.: Kommunale Selbstverwaltung im Zeitalter der Industrialisierung*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1970, S. 15–58.
- Czerwick**, Ernst: *Demokratisierung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland. Von Weimar zur Bundesrepublik*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 28. Jg., H. 2 (Apr.–Juni 2002, Bandtitel: *Kontinuität und Wandel in der Politik der frühen Bundesrepublik*, hg. v. Paul Nolte), S. 183–203.
- Daub**, Ute: *„Krankenhaus-Sonderanlage Aktion Brandt in Köppern im Taunus“ – die letzte Phase der „Euthanasie“ in Frankfurt am Main. Zur politischen und historiographischen Rezeption der „Aktion Brandt“*, in: *Psychologie & Gesellschaftskritik*, H. 62, 16. Jg. (1992), S. 39–67.
- Daub**, Ute: *Täter waren Internisten, Chirurgen und Gynäkologen mit gutem Ruf. Die „Aktion Brandt“ – Euthanasie in Köppern in den letzten Jahren des „Dritten Reiches“*, in: *Frankfurter Rundschau*, 48. Jg., Nr. 133 (10.06.1992), Ausgabe S, S. 18.
- Daub**, Ute: *Forschungslücken im Bereich „Euthanasie“*, in: *Hessischer Landtag*, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/1001 (eingegangen 07.02.2000, ausgegeben 07.03.2000), „Bericht des Präsidenten des Landtags über das Symposium zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Verfolgung und Vernichtung durch das NS-Regime in Hessen, Drucksache 13/7176 zu Drucksache 13/1595“ (07.02.2000), Wiesbaden 2000, S. 15–25, Anm. S. 77–79. [Symposium am 25.10.1995]
- Daum**, Monika: *Arbeit und Zwang, das Leben der Hadamarer Patienten im Schatten des Todes*, in: *Roer/Henkel, Psychiatrie* (1986), a. a. O., S. 173–213.

- Daum, Monika / Deppe, Hans-Ulrich:** Zwangssterilisation in Frankfurt am Main 1933–1945, Frankfurt a. M./New York 1991.
- Debus, Dieter / Kalkowsky, Birgit / Schmidt-von Blittersdorf, Heidi:** Neuere Überlegungen zur Vorbereitung und Organisation der Verbrechen der Psychiatrie in der NS-Zeit, in: Roer/Henkel, Psychiatrie (1986), a. a. O., S. 38–57.
- Delius, Peter:** Das Ende von Strecknitz. Die Lübecker Heilanstalt und ihre Auflösung 1941. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Psychiatrie im Nationalsozialismus, Kiel 1988.
- Delmer, Sefton:** Die Deutschen und ich, Hamburg 1962.
- Demandt, Karl E.:** Geschichte des Landes Hessen, Kassel (revidierter Nachdruck d. zweiten, neubearb. u. erw. Aufl. 1972) 1980.
- Demandt, Karl E.:** Die Hohen Hospitäler Hessens. Anfänge und Aufbau der Landesfürsorge für die Geistesgestörten und Körperbehinderten Hessens (1528–1591), in: Heinemeyer/Pünder, 450 Jahre (1983), a. a. O., S. 35–133.
- Dickel, Horst:** „Die sind ja doch alle unheilbar.“ Zwangssterilisationen und Tötung der „Minderwertigen“ im Rheingau. 1934–1945 (= Materialien zum Unterricht, Sekundarstufe I, H. 77 / Projekt „Hessen im Nationalsozialismus“), Wiesbaden 1988.
- Dickel, Horst / Hamann, Matthias:** Auswirkungen der NS-Psychiatrie auf Einrichtungen im Gebiet des ehemaligen Bezirkskommunalverbands Wiesbaden, in: Psychiatrie (1991), a. a. O., S. 75–88.
- Dickel, Horst:** Alltag in einer Landesheilanstalt im Nationalsozialismus. Das Beispiel Eichberg, in: Euthanasie (1991), a. a. O., S. 105–113.
- Dierker, Wolfgang:** Himmlers Glaubenskrieger. Der Sicherheitsdienst der SS und seine Religionspolitik 1933–1941 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen Bd. 92), Paderborn/München/Wien/Zürich 2002.
- Dietze, Jörn:** Ein halbes Jahrhundert für die Menschen – die Kirche feiert Geburtstag, in: Echt, Nr. 3 (3. Quartal 1997), S. 12 f.
- Diewald-Kerkmann, Gisela:** Politische Denunziation im NS-Regime oder Die kleine Macht der Volksgenossen, Bonn 1995.
- Dischereit, Jürgen / Knobling, Elisabeth:** 85 Jahre Psychiatrisches Krankenhaus Weilmünster. Eine Geschichte der Wandlungen, in: 85 Jahre Psychiatrisches Krankenhaus Weilmünster. Eine Einrichtung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. 1897–1982, Weilmünster 1982, S. 13.
- Distel, Barbara:** Widerstand der Verfolgten, in: Benz/Pehle, Lexikon (1994), a. a. O., S. 113–127.
- Ditt, Karl:** Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1886 bis 1945, in: Teppe, Selbstverwaltungsprinzip (1987), a. a. O., S. 253–271.
- „Vergiss mich nicht und komm ...“. Eine **Dokumentation** anlässlich der Einweihung des Denkmals „... Damit wir nicht vergessen“ für die Opfer der nationalsozialistischen Euthanasieverbrechen am 19. November 2000 in den Heimen Scheuern, hg. v. d. Heimen Scheuern, o. O. [Nassau] 2000.
- Dörner, Klaus u. a. (Hg.):** Der Krieg gegen die psychisch Kranken, Rehbürg-Loccum 1980.
- Dreßen, Willi:** Mord, Totschlag, Verbotsirrtum. Zum Wandel der bundesrepublikanischen Rechtssprechung in NS-„Euthanasie“-Prozessen, in: Hamann/Asbeck, Vernunft (1997), a. a. O., S. 179–197.
- Drummer, Heike:** „Dienst am Volk“. Nationalsozialistische Gesundheitspolitik in Frankfurt am Main, in: Bauer/Drummer/Krämer, „stede arzt“ (1992), a. a. O., S. 85–111.
- Duda, Sibylle:** Elfriede Lohse-Wächtler 1899–1940. Das seltsame Rätselbild des Menschen zu begreifen, in: Dies. / Pusch, Luise F. (Hg.): WahnsinnsFrauen. Dritter Band, Frankfurt a. M. 1999, S. 139–171.
- Dülfer, Kurt:** Die Regierung in Kassel, vornehmlich im 19. und 20. Jahrhundert. Grundzüge ihrer Arbeit und Organisation, Geschichte ihrer Bauten, mit [...] einem Beitrag von Ferdinand Friedensburg: Meine Kasseler Jahre 1927–1933, hg. v. Regierungspräsidenten in Kassel, Kassel 1960.
- Ebbinghaus, Angelika / Dörner, Klaus (Hg.):** Vernichten und Heilen. Der Nürnberger Ärzteprozeß und seine Folgen, Berlin 2001.
- Eiler, Klaus:** Der Aktenbestand der Klinik Eichberg im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, in: Vanja/Haas u. a., Wissen (1999), a. a. O., S. 294–298.
- Eisenbach, Ulrich:** Zuchthäuser, Armenanstalten und Waisenhäuser in Nassau. Fürsorgewesen und Arbeitserziehung vom 17. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. 56), Wiesbaden 1994.
- Eller, Peter:** Die Ärzte der Heil- und Pflegeanstalt Eichberg von der Gründung bis zum Ersten Weltkrieg, in: Vanja/Haas u. a., Wissen (1999), a. a. O., S. 108–128.
- Ellger-Rüttgardt, Sieglind:** Außerhalb der Norm. Behinderte Menschen in Deutschland und Frankreich während des Faschismus. Eine vergleichende historische Studie, in: Berg/Ellger-Rüttgardt, Volk (1991), a. a. O., S. 88–104.
- Emmerich, N.:** Die forensische Psychiatrie 1933 bis 1940, in: Totgeschwiegen (1989), a. a. O., S. 105 ff.
- Engelbracht, Gerda:** Zur Tötung von Patienten und Patientinnen in der Bremer Nervenklänik während des 2. Weltkrieges, in: Sozialpsychiatrische Informationen, 24. Jg. (1994), 1. Quartal (1/94), S. 35–39.
- Engelbracht, Gerda:** Der tödliche Schatten der Psychiatrie. Die Bremer Nervenklänik 1933–1945. Mit einem Geleitwort von Helmut Haselbeck, Bremen 1997.
- Enseling, Jost:** Entwicklung und Bedeutung der preußischen Provinzialverbände und das Problem ihres Fortbestehens als Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen, Univ. Münster (Diss.) 1955.
- Die **Er mordung** psychisch kranker Menschen in der Sowjetunion. Dokumentation, zusammengestellt u. übersetzt v. Angelika Ebbinghaus u. Gerd Preissler, in: Aly u. a., Aussonderung (1985), a. a. O., S. 75–107.
- Euthanasie** in Hadamar. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik in hessischen Anstalten. Begleitband. Eine Ausstellung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, bearb. v. Christina Vanja u. Martin Vogt (= Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Kataloge Bd. 1), Kassel 1991.
- Nationalsozialistische **Euthanasie-Verbrechen** in Sachsen. Beiträge zu ihrer Aufarbeitung, hg. v. Kuratorium Gedenkstätte Sonnenstein e. V. / Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Dresden/Pirna 1993.
- Faber, Rolf / Ulrich, Axel:** Im Kampf gegen Diktatur und Rechtlosigkeit – für Menschlichkeit und Gerechtigkeit. Ein Klarenthaler Straßen-ABC des Widerstandes und der Verfolgung in 21 Lebensbildern, in: Riedle, Wiesbaden (1996), a. a. O., S. 135–238.
- Faulstich, Heinz:** Von der Irrenfürsorge zur „Euthanasie“. Geschichte der badischen Psychiatrie bis 1945, Freiburg i. Br. 1993.
- Faulstich, Heinz:** Hungersterben in der Psychiatrie 1914–1949. Mit einer Topographie der NS-Psychiatrie, Freiburg i. Br. 1998.
- Faulstich, Heinz:** Der Eichberg im Ersten Weltkrieg, in: Vanja/Haas u. a., Wissen (1999) [a], a. a. O., S. 129–141.
- Faulstich, Heinz:** Der Eichberg in der Nachkriegszeit 1945 bis 1949, in: Vanja/Haas u. a., Wissen (1999) [b], a. a. O., S. 244–258.
- Faulstich, Heinz:** Über die Rezeption und neue Erkenntnisse zur „Aktion Brandt“, in: Arbeitskreis (2000), a. a. O., S. 45–67.
- Fehlinger, Margit:** Neues Psychiatriekonzept ruft heftige Proteste hervor. Wiesbaden will Kranke gemeindenah versorgen, und das bedroht die Existenz zweier Kliniken, in:

- Frankfurter Rundschau, 54. Jg., Nr. 67 (20.03.1998), Ausgabe S, S. 26.
- Fehlinger, Margit:** „Man muß nicht gleich das ganze Land umkrepeln“. Die Zukunft der Regionen (6): Wiesbaden/Rheingau-Taunus-Kreis. Beide wuchern schon mit gemeinsamen Pfunden, in: Frankfurter Rundschau, 54. Jg., Nr. 197 (26.08.1998), Ausgabe S, S. 33.
- Fehlinger, Margit:** Der Mythos ist verblasst. Die Loreley soll sich möglichst natürlich präsentierten, in: Frankfurter Rundschau, 56. Jg., Nr. 95 (22.04.2000), Ausgabe S, S. 31.
- Finzen, Asmus:** Auf dem Dienstweg. Die Verstrickung einer Anstalt in die Tötung psychisch Kranker (= Treffbuch Bd. 2), Rehbürg-Loccum 1983.
- Fogel, Heidi:** Nationalsozialismus in der Dreieich. Aufstieg und Herrschaft der NSDAP im heterogen strukturierten Lebens- und Erfahrungsraum des südlichen Frankfurter Umlandes (= Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, hg. v. d. Hessischen Historischen Kommission Darmstadt u. d. Historischen Kommission für Hessen [Marburg], Bd. 85), Darmstadt/Marburg 1991.
- Form, Wolfgang / Engelke, Rolf:** „Hochverrat“ – „Heimtücke“ – „Wehrkraftzersetzung“. Zur politischen Strafjustiz in Hessen, in: Knigge-Tesche/Ulrich, Verfolgung (1996), a. a. O., S. 26–43.
- Fraenkel, Ernst:** Der Doppelstaat. Ein Beitrag zur Theorie der Diktatur, Frankfurt a. M./Köln 1974.
- Fragen** an die deutsche Geschichte. Ideen, Kräfte, Entscheidungen von 1800 bis zur Gegenwart. Historische Ausstellung im Reichstagsgebäude in Berlin. Katalog, hg. v. Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Bonn (16. Aufl., Sonderausgabe) 1989.
- Franz, Eckhart G. / Murk, Karl (Hg.):** Verfassungen in Hessen 1807–1946. Verfassungstexte der Staaten des 19. Jahrhunderts, des Volkstaats und des heutigen Bundeslandes Hessen (= Arbeiten der Hessischen Historischen Kommission, Neue Folge Bd. 13), Darmstadt 1998.
- Frei, Norbert:** Die Juden im NS-Staat, in: Broszat/Frei, Reich (1990), a. a. O., S. 124–136.
- Frei, Norbert (Hg.):** Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, hg. v. Institut für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 1991.
- Frie, Ewald:** Wohlfahrtsstaat und Provinz. Fürsorgepolitik des Provinzialverbandes Westfalen und des Landes Sachsen 1880–1930 (= Westfälisches Institut für Regionalgeschichte. Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Münster. Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 8, hg. v. Karl Teppe), Paderborn 1993.
- Friedlander, Henry:** The Manipulation of Language, in: Ders. / Milton, Sybil (Hg.): The Holocaust. Ideology, Bureaucracy, and Genocide, Millwood [New York] 1980, S. 103–113.
- Friedlander, Henry:** Jüdische Anstaltspatienten im NS-Deutschland, in: Aly, Aktion (2., Aufl. 1989), a. a. O., S. 34–44.
- Friedlander, Henry:** Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung. Aus dem Amerikanischen von Johanna Friedman, Martin Richter und Barbara Schaden, Berlin 1997 [Am. Originalausgabe: The Origins of Nazi Genocide. From Euthanasia to the Final Solution, Chapel Hill/London 1995].
- Friedländer, Saul:** Das Dritte Reich und die Juden. Erster Band: Die Jahre der Verfolgung 1933–1939. Aus dem Englischen übersetzt von Martin Pfeiffer, München 1998.
- Friedrich, Arnd:** Die Hohen Samthospitäler in Hessen vom Tode Landgraf Philipps des Großmütigen im Jahre 1567 bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Heinemeyer/Pünder, 450 Jahre (1983), a. a. O., S. 135–160.
- Fünfgeld, E. W.:** Albrecht Langelüddeke + [Nachruf], in: Oberhessische Presse (29.01.1977).
- Gabriel, Regine:** Kinder als Besucherinnen und Besucher in der Gedenkstätte Hadamar. Ein Informations- und Materialheft (= Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Veröffentlichungen der Gedenkstätte Hadamar H. 1), Hadamar 2002.
- Gedenkstätte** Schloß Hartheim. „Euthanasie“-Anstalt während des Nationalsozialismus [Faltblatt], hg. v. Verein Schloß Hartheim, Alkoven 1998.
- George, Uta:** Die Heil- und Pflegeanstalt Gießen im Nationalsozialismus, in: Dies. / Haug, Christine / Kah, Rainer (Hg.): Die andere Perspektive. Ein historischer Rückblick auf Gießen im 20. Jahrhundert (= Reihe: edition Literarischer Salon), o. O. [Gießen] 1997, S. 131–153.
- George, Uta / Groß, Herwig / Putzke, Michael / Sahmland, Imtraut / Vanja, Christina (Hg.):** Psychiatrie in Gießen. Facetten ihrer Geschichte zwischen Fürsorge und Ausgrenzung, Forschung und Heilung (= Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Quellen und Studien Bd. 9), Gießen 2003.
- Gerlach, Christian:** Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998.
- Gerst, Thomas:** Catel und die Kinder. Versuche an Menschen – ein Fallbeispiel 1947/48, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 15. Jg. (2000), H. 2 (September), S. 100–109.
- Geschichte** des PKH Eichberg, in: Psychiatrisches Krankenhaus Eichberg, eine Einrichtung des LWV Hessen. Informationsschrift, Red.: Landeswohlfahrtsverband Hessen, Psychiatrisches Krankenhaus Eichberg, o. O. [Eltville] o. J. [1985], S. 19–26.
- Göbel, Peter / Thormann, Helmut E.:** Verlegt – vernichtet – vergessen ...? Leidenswege von Menschen aus Hephata im Dritten Reich, hg. v. Hephata. Hessisches Diakoniezentrum e. V. (= Diakonische Praxis, Beiträge aus HEPHATA zum kirchlich-diakonischen Handeln), Schwalmstadt (1. Aufl.) 1985, (3. Aufl.) 1988.
- Goldhagen, Daniel Jonah:** Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Aus dem Amerikanischen von Klaus Kochmann, Berlin 1996.
- Götting, Franz / Leppla, Rupprecht:** Geschichte der Nassauischen Landesbibliothek zu Wiesbaden und der mit ihr verbundenen Institute (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. 15), Wiesbaden 1963.
- Graml, Hermann:** Militärischer Widerstand, in: Benz/Pehle, Lexikon (1994), a. a. O., S. 83–97.
- Greve, Michael:** Die organisierte Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ im Rahmen der „Aktion T4“. Dargestellt am Beispiel des Wirkens und der strafrechtlichen Verfolgung ausgewählter NS-Tötungsärzte (= Reihe Geschichtswissenschaft Bd. 43), Pfaffenweiler 1998.
- Griese, Kerstin:** Die ersten Opfer. Jüdische Psychiatriepatienten in der Rheinprovinz, in: Sparing/Heuser, Selektion (2001), a. a. O., S. 141–158.
- Grode, Walter:** Die „Sonderbehandlung 14f13“ in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches. Ein Beitrag zur Dynamik faschistischer Vernichtungspolitik, Frankfurt a. M. 1987.
- Gruchmann, Lothar:** Euthanasie und Justiz im Dritten Reich, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 20. Jg. (1972), H. 3 (Juli), S. 235–279.
- Grundriß** zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945, Reihe A: Preußen, hg. v. Walther Hubatsch, Bd. 11: Hessen-Nassau (einschl. Vorgänger-Staaten), mit einem Beitrag v. Wolfgang Klötzer, bearb. v. Thomas Klein, Marburg 1979.
- Gunkel, Hermann:** Geschichte der Nieder-Ramstädter Heime der Inneren Mission, Mühlthal b. Darmstadt 1996.
- Gutsfeld, Max:** Höhere Kommunalverbände in der Bundesrepublik Deutschland. Struktur, Aufgaben- und Finanzver-

bund mit kreisfreien Städten und Kreisen (= Uni Press Hochschulschriften, Bd. 115), Münster/Hamburg/London 2000.

**Hachmeister, Lutz:** Der Gegnerforscher. Die Karriere des Franz Alfred Six, München 1998.

**Hachmeister, Sylke:** Kinopropaganda gegen Kranke. Die Instrumentalisierung des Spielfilms „Ich klage an“ für das nationalsozialistische Euthanasieprogramm, Baden-Baden 1992.

„Verlegt nach **Hadamar**“. Die Geschichte einer NS-„Euthanasie“-Anstalt. Begleitband. Eine Ausstellung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, bearb. v. Bettina Winter (= Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Kataloge Bd. 2), Kassel 1991 [2. Aufl.: Kassel 1994].

**Haffke, Günter:** „Eugenik“ und „Euthanasie“ während des Nationalsozialismus in Andernach, in: Der Andernacher Spiegel-Container. Mahnmahl für die Opfer der nationalsozialistischen Euthanasie in der ehemaligen Rheinprovinz, hg. v. Historischen Verein Andernach e. V., Red. Peter Heil, Andernach 1998, S. 13–43.

**Hahn, Susanne:** Köppern als Alten- und Siechenheim in der Trägerschaft des Hospitals zum Heiligen Geist in Frankfurt am Main seit 1934 und die „Aktion Brandt“, in: Vanja/Siefert, Umgebung (2001), a. a. O., S. 196–219.

**Hamann, Brigitte:** Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, München/Wien (4. Aufl.) 1996 [1. Aufl.: 1996].

**Hamann, Matthias:** Die Morde an polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern in den deutschen Anstalten, in: Aly u. a., Aussonderung (1985), a. a. O., S. 121–187.

**Hamann, Matthias / Asbeck, Hans:** Halbierte Vernunft und totale Medizin. Zu Grundlagen, Realgeschichte und Fortwirkungen der Psychiatrie im Nationalsozialismus (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 13), Berlin 1997.

**Hamann, Matthias / Groß, Herwig:** Der Eichberg in der Zeit der Weimarer Republik, in: Vanja/Haas u. a., Wissen (1999), a. a. O., S. 142–163.

**Hammerschmidt, Peter:** Die Wohlfahrtsverbände im NS-Staat. Die NSV und die konfessionellen Verbände Caritas und Innere Mission im Gefüge der Wohlfahrtspflege des Nationalsozialismus, Opladen 1999.

**Hansen, Eckhard:** Wohlfahrtspolitik im NS-Staat. Motivationen, Konflikte und Machtstrukturen im „Sozialismus der Tat“ des Dritten Reiches (= Beiträge zur Sozialpolitik-Forschung, Bd. 6), Augsburg 1991.

**Harms, Ingo:** „War möööt wi hier smachten...“. Hungertod und „Euthanasie“ in der Heil- und Pflegeanstalt Wehnen im „Dritten Reich“, Oldenburg 1996.

**Harms, Ingo:** „Aktion Brandt“ und die Asylisierung Tuberkulöser. Die Räumung der Bewahr- und Pflegeanstalt Kloster Blankenburg, der Umbau zum „Sonderkrankenhaus Aktion Brandt“ und die Nutzung als „Asylierungsheim“ 1941–1945, in: Hamann/Asbeck, Vernunft (1997), a. a. O., S. 149–178.

**Hartung, Fritz:** Studien zur Geschichte der preußischen Verwaltung, in: Ders.: Staatsbildende Kräfte der Neuzeit. Gesammelte Aufsätze, Berlin 1961, S. 178–344.

**Hecker, Hubert:** Vor 60 Jahren. Die NS-Anstaltspolitik gegen das St. Anna-Haus in Hadamar, in: Jahrbuch für den Kreis Limburg-Weilburg 1998, hg. v. Kreisausschuss d. Landkreises Limburg-Weilburg, Limburg/Weilburg 1997, S. 61–64.

**Heffter, Heinrich:** Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert. Geschichte der Ideen und Institutionen, Stuttgart 1950.

**Heibel, Jutta:** Rudolf Prestel – Amtsjurist in der NS-Sozialverwaltung, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, H. 65, Jg. 1999, S. 259–305.

**Heinemeyer, Walter / Pünder, Tilman (Hg.):** 450 Jahre Psychiatrie in Hessen (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 47), Marburg 1983.

**Heinemeyer, Walter (Hg.):** Das Werden Hessens (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 50), Marburg 1986.

**Heller-Karneth, Eva:** Innenleben. Einblicke in die Heil- und Pflegeanstalt von den Anfängen bis in die Zeit des Nationalsozialismus, in: „Ein friedliches, schmuckes Dörfchen“? Aus der Geschichte der Rheinhessen-Fachklinik Alzey, hg. v. Museum der Stadt Alzey (= Begleitband zur Ausstellung im Museum der Stadt Alzey), Alzey 2000, S. 78–119.

**Hendler, Reinhard:** Selbstverwaltung als Ordnungsprinzip. Zur politischen Willensbildung und Entscheidung im demokratischen Verfassungsstaat der Industriegesellschaft, Köln/Berlin u. a. 1984.

**Henke, Josef:** Quellenschicksale und Bewertungsfragen. Archivische Probleme bei der Überlieferungsbildung zur Verfolgung der Sinti und Roma im Dritten Reich, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 41. Jg., H. 1 (Jan. 1993) S. 62–77.

**Hennig, Eike (Hg.):** Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen, hg. in Zusammenarb. m. Herbert Bauch, Martin Loiperdinger u. Klaus Schönekas, Frankfurt a. M. (2. Aufl.) 1984 [1. Aufl.: 1983].

**Henning, Hansjoachim:** Das westdeutsche Bürgertum in der Epoche der Hochindustrialisierung 1860–1914. Soziales Verhalten und soziale Strukturen. Teil 1: Das Bildungsbürgertum in den preußischen Westprovinzen (= Historische Forschungen, Bd. 6), Wiesbaden 1972.

**Herausforderungen.** Menschen – Bilder – Reportagen. Eine Festschrift zum 150-jährigen Bestehen der Heilerziehungs- und Pflegeheime Scheuern 1850–2000, hg. v. d. Heimen Scheuern, Nassau 2000.

**Herbert, Ulrich:** Zweierlei Bewältigung, in: Ders. / Groehler, Olaf: Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten, Hamburg 1992, S. 7–27.

**Herbert, Ulrich:** Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik Deutschland, in: Ders. / Groehler, Olaf: Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten, Hamburg 1992, S. 67–86.

**Herbert, Ulrich:** Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft. 1903–1989, Bonn (3. Aufl.) 1996 [1. Aufl. = 1996].

**Herbst, Ludolf:** Deutschland im Krieg 1939–1945, in: Broszat/Frei, Reich (1990), a. a. O., S. 65–79.

**Herlemann, Beatrix:** Kommunistischer Widerstand, in: Benz/Pehle, Lexikon (1994), a. a. O., S. 28–41.

**Herzfeld, Hans:** Demokratie und Selbstverwaltung in der Weimarer Epoche (= Schriftenreihe des Vereins zur Pflege kommunalwissenschaftlicher Aufgaben e. V. Berlin, Bd. 2), Stuttgart 1957.

**Hessen im Wandel der letzten hundert Jahre 1860 – 1960,** hg. v. Hessischen Statistischen Landesamt (= Hessenkunde des Hessischen Statistischen Landesamtes, Bd. III), Wiesbaden 1960.

**Heuser, Marie-Luise:** Die „Euthanasie“-Aktion T-4 und die Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Düsseldorf-Grafenberg, in: Sparing/Heuser, Selektion (2001), a. a. O., S. 159–212.

**Hilberg, Raul:** Die Vernichtung der europäischen Juden, 3 Bde., Frankfurt a. M. 1990.

**Hildebrand, Klaus:** Hitlers „Programm“ und seine Realisierung 1939–1942, in: Funke, Manfred (Hg.): Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Kronberg/Düsseldorf (um ein Reg. erw. Nachdruck des Werks von 1976) 1978, S. 63–93.

**Hildebrand, Klaus:** Das Dritte Reich (= Oldenbourg-Grundriß der Geschichte, hg. v. Jochen Bleicken, Lothar Gall u. Hermann Jakobs, Bd. 17), München (5. Aufl.) 1995.

- Hirsch**, Harald: Das Frankfurter Sondergericht in vergleichender Perspektive, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, H. 65, Jg. 1999, S. 121–166.
- Hirschfeld**, Gerhard / Kettenacker, Lothar (Hg.): Der „Führerstaat“. Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reichs. Mit einer Einleitung von Wolfgang J. Mommsen (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 8), Stuttgart (1. Aufl.) 1981.
- Hochmuth**, Anneliese: Spurensuche. Eugenik, Sterilisation, Patientenmorde und die v. Bodenschwingschen Anstalten Bethel 1929–1945, hg. v. Matthias Benad, Bielefeld 1997.
- Hockerts**, Hans Günter: Die Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Ordensangehörige und Priester 1936/37. Eine Studie zur nationalsozialistischen Herrschaftstechnik und zum Kirchenkampf (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 6), Mainz 1971.
- Höffkes**, Karl: Hitlers politische Generale. Die Gauleiter des Dritten Reiches. Ein biographisches Nachschlagewerk (= Veröffentlichungen des Institutes für deutsche Nachkriegsgeschichte, Bd. 12), Tübingen (2. überarb. u. erw. Aufl.) 1997.
- Höllén**, Marin: Episkopat und „T4“, in: Aly, Aktion (2., Aufl. 1989), a. a. O., S. 84–91.
- Hömig**, Herbert: Brüning. Kanzler in der Krise der Republik. Eine Weimarer Biographie, Paderborn 2000.
- Höner**, Sabine: Der nationalsozialistische Zugriff auf Preußen. Preußischer Staat – und nationalsozialistische Machteroberungsstrategie 1928–1934 (= Bochumer Historische Studien, Neuere Geschichte Nr. 3), Bochum 1984.
- Hoffmann**, Friedrich: Die Verfolgung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen in Hessen, Baden-Baden 2001.
- Hofmann**, Martin u. a. (Hg. u. Bearb.): Dokumentation zum Kirchenkampf in Hessen und Nassau, Bd. 1–9, in: Jahrbuch der Hessischen Kirchengeschichtlichen Vereinigung [Darmstadt], hg. v. Karl Dienst, 25. Bd. 1974 [= Bd. 1 der Dokumentation] bis 46. Bd. 1993 [= Bd. 9 der Dokumentation, Register].
- Hohendorf**, Gerrit / Weibel-Shah, Stephan / Roelcke, Volker / Rotzoll, Maïke: Die „Kinderfachabteilung“ der Landesheilanstalt Eichberg und ihre Beziehung zur Forschungsabteilung der Psychiatrischen Universitätsklinik Heidelberg unter Carl Schneider, in: Vanja/Haas u. a., Wissen (1999), a. a. O., S. 221–243.
- Holl**, Yvonne: „Die WG“ als neues Zuhause, das Grenzen setzt. Vincenzhaus nimmt Minderjährige mit traumatischen Familienerlebnissen nun dauerhaft auf, in: Frankfurter Rundschau, 55. Jg., Nr. 141 (22.06.1999), Ausg. S. 31 (Rhein-Main).
- Hoser**, Cornelia / Weber-Diekmann, Birgit: Zwangssterilisation an Hadamarer Anstaltsinsassen, in: Roer/Henkel, Psychiatrie (1986), a. a. O., S. 121–172.
- Hoss**, Christiane: Die jüdischen Patienten in den rheinischen Anstalten zur Zeit des Nationalsozialismus, in: Leipert, Matthias / Styrnal, Rudolf / Schwarzer, Winfried (Hg.): Verlegt nach unbekannt. Sterilisation und Euthanasie in Galkhausen 1933–45 (= Rheinprovinz. Dokumente und Darstellungen zur Geschichte der Rheinischen Provinzialverwaltung und des Landschaftsverbandes Rheinland, 1), Köln 1987, S. 60–76.
- Hubenstorf**, Michael: „Deutsche Landärzte an die Front!“ Ärztliche Standespolitik zwischen Liberalismus und Nationalsozialismus, in: Wert (1989), a. a. O., S. 200–223.
- Huber**, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 4: Struktur und Krisen des Kaiserreichs, Stuttgart (2. Aufl.) 1982; Bd. 5: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914–1919, Stuttgart 1978; Bd. 6: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981; Bd. 7: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik, Stuttgart 1984.
- Hübener**, Kristina: Die Entwicklung der Anstaltsfürsorge in der preußischen Provinz Brandenburg, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, 32. Jg. (1993), 2. Halbjahresband, S. 263–279.
- Hühn**, Marianne: Das Schicksal der jüdischen Patienten im Nationalsozialismus, in: Totgeschwiegen (1989), a. a. O., S. 125–136.
- Hühn**, Marianne: Psychiatrie im Nationalsozialismus am Beispiel der Wittenauer Heilstätten, in: Aly, Aktion (2., Aufl. 1989), a. a. O., S. 183–197.
- Hüttenberger**, Peter: Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 19), Stuttgart 1969.
- Jäger**, Thomas: 300 Dokumente beschreiben die Uni im Nationalsozialismus. Manuskript für Quellenband liegt vor. Bis 2002 Abschluß der Veröffentlichungsreihe, in: Oberhessische Presse [Marburg] (18.08.1998).
- 3 Jahre Landeswohlfahrtsverband Hessen 1953–1956.** Ein Leistungsbericht, hg. v. Landeswohlfahrtsverband Hessen (= Schriften des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Nr. 2), Kassel 1956.
- Fünzig Jahre Landeshaus.** Aus der bewegten Geschichte des stolzen Baues – Sitz des Hessischen Wirtschaftsministeriums, in: Wiesbadener Leben, 6. Jg. (1957), H. 6 (Juni), S. 12.
- Achtzig Jahre kommunale Selbstverwaltung im Regierungsbezirk Kassel 1867–1947,** im Auftrag d. Kommunalverwaltung bearb. v. Eduard Becker, Kassel 1949.
- 85 Jahre Landeshaus,** hg. v. Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Wiesbaden 1992.
- 150 Jahre Ständehaus.** Parlamentarische Tradition in Hessen – Selbstverwaltung im Kommunalverband, hg. v. Landeswohlfahrtsverband Hessen, bearb. v. Christina Vanja, Kassel 1986.
- Janta**, Leonhard: „... erbbiologisch minderwertig ...“. Zwangssterilisation und „Euthanasie“, dargestellt am Beispiel des Kreises Ahrweiler, in: Meyer/Berkessel, Revolution (2000), a. a. O., S. 323–332.
- Jeserich**, Kurt G. A. / Pohl, Hans / v. Unruh, Georg-Christoph: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 1–6, Stuttgart 1983–1988.
- John**, Elfriede / Rosenau, Renate: „In Alzey ist nichts passiert“. Die Alzeyer Landes-Heil- und Pflegeanstalt in der Zeit des Nationalsozialismus, in: „Ein friedliches, schmuckes Dörfchen“? Aus der Geschichte der Rheinhesen-Fachklinik Alzey, hg. v. Museum der Stadt Alzey (= Begleitband zur Ausstellung im Museum der Stadt Alzey), Alzey 2000, S. 120–165.
- John**, Elfriede / Rosenau, Renate: Die Landes-Heil- und Pflegeanstalt Alzey 1933 bis 1945, in: Psychiatrie (2002), a. a. O., S. 113–147.
- Kalusche**, Martin: „Das Schloß an der Grenze“. Kooperation und Konfrontation mit dem Nationalsozialismus in der Heil- und Pflegeanstalt für Schwachsinnige und Epileptische Stetten i. R. (= Diakoniewissenschaftliche Studien, Bd. 10, hg. v. Theodor Strohm), Heidelberg 1997.
- Kaminer**, Isidor J.: Psychiatrie im Nationalsozialismus. Das Philipppshospital in Riedstadt (Hessen) (= Mabuse Wissenschaft), Frankfurt a. M. 1996.
- Kaminsky**, Uwe: Zwangssterilisation und „Euthanasie“ im Rheinland. Evangelische Erziehungsanstalten sowie Heil- und Pflegeanstalten 1933–1945 (= Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte, hg. v. H. Faulenbach, D. Meyer u. R. Mohr, Bd. 116), Köln 1995.
- Kater**, Michael H.: Die „Gesundheitsführung“ des Deutschen Volkes, in: Medizinhistorisches Journal, Bd. 18 (1983), H. 4, S. 349–375.
- Kaufmann**, Holker / Schulmeyer, Klaus: Die polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiter in Hadamar, in: Roer/Henkel, Psychiatrie (1986), a. a. O., S. 256–282.

- Kaul**, Friedrich Karl: Nazimordaktion T4. Ein Bericht über die erste industriemäßig durchgeführte Mordaktion des Naziregimes, Berlin [Ost] 1973. – Lizenzausgabe (Nachdruck mit verändertem Vorwort) unter dem Titel: Die Psychiatrie im Strudel der „Euthanasie“. Ein Bericht über die erste industriemäßig durchgeführte Mordaktion des Naziregimes, Köln/Frankfurt a. M. 1979.
- Kaupen-Haas**, Heidrun: Le Troisième Reich à l'origine des technologies de la reproduction et de la génétique, in: Olf-Nathan, La science (1993), a. a. O., S. 287–302.
- Kershaw**, Ian: „Widerstand ohne Volk?“ Dissens und Widerstand im Nationalsozialismus, in: Schmädke/Steinbach, Widerstand (1986), a. a. O., S. 779–798.
- Kershaw**, Ian: Hitlers Popularität, in: Mommsen/Willems, Herrschaftsallday (1988), a. a. O., S. 24–48.
- Kershaw**, Ian: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek 1988.
- Kershaw**, Ian: Hitler. 1889–1936, Stuttgart 1998.
- Kersting**, Franz-Werner / Teppe, Karl / Walter, Bernd (Hg.): Nach Hadamar. Zum Verhältnis von Psychiatrie und Gesellschaft im 20. Jahrhundert (= Westfälisches Institut für Regionalgeschichte. Forschungen zur Regionalgeschichte, 7), Paderborn 1993.
- Kersting**, Franz-Werner: Anstaltsärzte zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Das Beispiel Westfalen (= Westfälisches Institut für Regionalgeschichte. Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 17, hg. v. Karl Teppe), Paderborn 1996.
- Kingreen**, Monica (Hg.): „Nach der Kristallnacht“. Jüdisches Leben in Frankfurt am Main 1938–1945 (= Schriftenreihe des Fritz Bauer Instituts, Bd. 17), Frankfurt a. M./New York 1999.
- Kingreen**, Monica: Zuflucht in Frankfurt. Zuzug hessischer Landjuden und städtische antijüdische Politik, in: Dies., „Kristallnacht“ (1999), a. a. O., S. 119–155.
- Kingreen**, Monica: Gewaltam verschleppt aus Frankfurt. Die Deportationen der Juden in den Jahren 1941–1945, in: Dies., „Kristallnacht“ (1999), a. a. O., S. 357–402.
- Kingreen**, Monica: Jüdische Patienten in der Gießener Anstalt und deren Funktion als „Sammelanstalt“ im September 1940, in: George/Groß, Psychiatrie (2003), a. a. O.
- Klee**, Ernst: „Euthanasie“ im NS-Staat. Die Vernichtung „lebensunwerten Lebens“, Frankfurt a. M. 1983.
- Klee**, Ernst: Was sie taten – Was sie wurden. Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- oder Judenmord, Frankfurt a. M. 1986.
- Klee**, Ernst: Die „Euthanasie“ als Vorstufe zur Judenvernichtung, in: Peiffer, Menschenverachtung (1992), a. a. O., S. 147–156.
- Klee**, Ernst: „Auf geht's zum fröhlichen Jagen!“, in: Die Zeit, Jg. 1994, Nr. 6 (04.02.1994), S. 82.
- Klee**, Ernst: Der blinde Fleck. Wie Lehrer, Ärzte und Verbandsfunktionäre die „Gebrechlichen“ der Verstümmelung und der Vernichtung auslieferten, in: Die Zeit, Jg. 1995, Nr. 50 (08.12.1995), S. 58.
- Klee**, Ernst: „Euthanasie“ in Hessen, in: Knigge-Tesche/Ulrich, Verfolgung (1996), a. a. O., S. 423–436.
- Klee**, Ernst: Auschwitz, die NS-Medizin und ihre Opfer, Frankfurt a. M. 1997.
- Klee**, Ernst: Augen aus Auschwitz. Die Max-Planck-Gesellschaft und die mörderische Vergangenheit: Personelle Verflechtungen zeigen, wie stark Wissenschaftler der ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft an NS-Verbrechen beteiligt waren, in: Die Zeit, Nr. 5 (27.01.2000), S. 88.
- Klee**, Ernst: Nachkriegsstrafverfolgung von Euthanasie-Tätern und ihre Weiterbeschäftigung, in: Hessischer Landtag, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/1001 (eingegangen 07.02.2000, ausgegeben 07.03.2000), „Bericht des Präsidenten des Landtags über das Symposium zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Verfolgung und Vernichtung durch das NS-Regime in Hessen, Drucksache 13/7176 zu Drucksache 13/1595“ (07.02.2000), Wiesbaden 2000, S. 29–34. [Symposium am 25.10.1995]
- Klein**, Thomas: Provinz Hessen-Nassau und Fürstentum/Freistaat Waldeck-Pyrmont 1866–1945, in: Heinemeyer, Werden (1986), a. a. O., S. 565–695.
- Klein**, Thomas: Leitende Beamte der allgemeinen Verwaltung in der preußischen Provinz Hessen-Nassau und in Waldeck 1867–1945 (= Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, hg. v. d. Hessischen Historischen Kommission Darmstadt u. d. Historischen Kommission für Hessen [Marburg], Bd. 70), Darmstadt/Marburg 1988.
- Klein**, Thomas: Der preußisch-deutsche Konservatismus und die Entstehung des politischen Antisemitismus in Hessen-Kassel (1866–1893). Ein Beitrag zur hessischen Parteigeschichte (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 59), Marburg 1995.
- Klein**, Thomas: Die Hessen als Reichstagswähler. Tabellenwerk zur politischen Landesgeschichte 1867–1933. Bd. 3: Großherzogtum/Volksstaat Hessen 1867–1933 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 51), Marburg 1995.
- Klemperer**, Viktor: LTI. Notizbuch eines Philologen, Leipzig 1996.
- Klötzer**, Wolfgang: Franz Adickes. 1846–1915, in: Männer der deutschen Verwaltung. 23 biographische Essays, Köln/Berlin 1963, S. 245–259, S. 397.
- Klötzer**, Wolfgang: Die Freie Stadt Frankfurt am Main, in: Heinemeyer, Werden (1986), a. a. O., S. 545–564.
- Klüppel**, Manfred: „Euthanasie“ und Lebensvernichtung 1933–1945 – Auswirkungen auf die Landesheilstätten Haina und Merxhausen, in: Heinemeyer/Pünder, 450 Jahre (1983), a. a. O., S. 321–348.
- Klüppel**, Manfred: „Euthanasie“ und Lebensvernichtung am Beispiel der Landesheilstätten Haina und Merxhausen. Eine Chronik der Ereignisse 1933–1945 (= Nationalsozialismus in Nordhessen. Schriften zur regionalen Zeitgeschichte, hg. v. d. Gesamthochschule Kassel, Fachbereiche 1 u. 5, H. 4), Kassel (3. bericht. Aufl.) 1985 [1. u. 2. Aufl.: 1984].
- Knaut**, Martin: Geschichte der Verwaltungsorganisation. Unter besonderer Berücksichtigung Preußens und der rheinisch-westfälisch-lippischen Lande, Stuttgart 1961.
- Knigge-Tesche**, Renate / Ulrich, Axel (Hg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933–1945, Frankfurt a. M. 1996.
- Knöpp**, Friedrich: Der Volksstaat Hessen. 1918–1945, in: Heinemeyer, Werden (1986), a. a. O., S. 697–763.
- Koch**, Fritz: „Die Artillerie des Nationalsozialismus.“ Die NS-Gau-Presse vom „Frankfurter Beobachter“ zur „Rhein-Mainischen Zeitung“ 1927–1945, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, H. 65, Jg. 1999, S. 9–52.
- Köster**, Markus: Jugendwohlfahrt in der Provinz Westfalen. Das westfälische Landesjugendamt in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“, in: Wollasch, Andreas (Hg.): Wohlfahrt und Region. Beiträge zur historischen Rekonstruktion des Wohlfahrtsstaates in westfälischer und vergleichender Perspektive (= Forum Regionalgeschichte, Bd. 5), Münster 1995, S. 40–70.
- Kötter**, Kirsten: Die Frankfurter Küche. Aufbruch der Frankfurter (Haus-) Frauen in die Moderne, in: Mainzer Geschichtsblätter. Veröffentlichungen des Vereins für Sozialgeschichte Mainz e. V., H. 10 („Zwischen Aufbruch und Krise: Die Zwanziger Jahre“), Mainz 1995/96, S. 91–100.
- Kogon**, Eugen / Langbein, Hermann / Rüdiger, Adalbert (Hg.): Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas. Eine Dokumentation, Frankfurt a. M. 1983.
- Kohl**, Walter: Die Pyramiden von Hartheim. „Euthanasie“ in Oberösterreich 1940 bis 1945 (= Edition Geschichte der Heimat), Grünbach 1997.
- Kolb**, Eberhard: Die Maschinerie des Terrors. Zum Funktionieren des Unterdrückungs- und Verfolgungsapparates im NS-System, in: Bracher/Funke/Jacobsen, Diktatur (1983), a. a. O., S. 270–284.

- Kolbus**, Martin: Endstation Kalmenhof – ein vergessenes Kapitel Geschichte, in: *Idsteiner Zeitung* (30./31.01.1982).
- Kommunalverband** des Regierungsbezirks Wiesbaden, hg. v. Landeshauptmann, Wiesbaden 1948.
- Koppelman**, Stefan: Ein Streifzug durch die Geschichte der Heime Scheuern, in: *Stadt Nassau. Ursprung und Gestaltung. Geschichte und Geschichten*, hg. v. d. Stadt Nassau, Nassau 1997, S. 162–171.
- Koppelman**, Stefan: „Das war eine böse Zeit“, in: *Dokumentation* (2000), a. a. O., S. 22–45.
- Kreis**, Armin / Scholl, Johannes / Dietel, Carsten / Hannes, Matthias / Korn, Thomas / Kleinz, Jörg / Dickel, Horst: *Der Eichberg – Opfer und Täter. „Lebensunwertes“ Leben in einer hessischen psychiatrischen Anstalt 1935–1945* [unveröff. Arbeit im Rahmen des „Schülerwettbewerbs Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten“], Geisenheim 1983.
- Krabbe**, Wolfgang R.: Die Entwicklung von Aufgabenstruktur und Leistungsvermögen des Provinzialverbandes Westfalen von 1886 bis 1945, in: *Teppe, Selbstverwaltungsprinzip* (1987), a. a. O., S. 45–68.
- Kramer**, Helmut: Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte als Gehilfen der NS-„Euthanasie“. Selbstentlastung der Justiz für die Teilnahme am Anstaltsmord, in: *Kritische Justiz*, Jg. 1984, S. 25–43.
- Krämer-Badoni**, Rudolf: Besuch in einer fremden Welt. Gespräche auf dem Eichberg, in: *Allgemeine Zeitung* (10.12.1948).
- Psychiatrisches **Krankenhaus** Eichberg, eine Einrichtung des LWV Hessen. Informationsschrift, Red.: Landeswohlfahrtsverband Hessen, Psychiatrisches Krankenhaus Eichberg, o. O. [Eltville] o. J. [1985].
- Krankenhaus** Weilmünster. Kliniken für – Neurologie – Psychiatrie und Psychotherapie – Stimm- und Spracherkrankungen. Träger: Landeswohlfahrtsverband Hessen, hg. v. Landeswohlfahrtsverband Hessen, Krankenhaus Weilmünster, o. O. [Weilmünster] 1997.
- Krause-Vilmar**, Dietfried: Das Konzentrationslager Breitenau. Ein staatliches Schutzhaftlager 1933/34, Marburg 1997.
- Kremer**, Gabriele: „Sittlich sie wieder zu heben ...“. Das Psychophannenheim Hadamar zwischen Psychiatrie und Heilpädagogik (= Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Hochschulschriften Bd. 1), Marburg 2002.
- Kropat**, Wolf-Arno: Hessen in der Stunde Null 1945/1947. Politik, Wirtschaft und Bildungswesen in Dokumenten (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. 26), Wiesbaden 1979.
- Kropat**, Wolf-Arno: Nassaus staatlicher Gesundheitsdienst, in: *Herzogtum Nassau 1806–1866. Politik, Wirtschaft, Kultur. Eine Ausstellung des Landes Hessen und der Landeshauptstadt Wiesbaden* (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. 32), Wiesbaden 1981, S. 247–251.
- Kropat**, Wolf-Arno: Das Ende des Herzogtums (1850–1866), in: *Herzogtum Nassau 1806–1866. Politik, Wirtschaft, Kultur. Eine Ausstellung des Landes Hessen und der Landeshauptstadt Wiesbaden* (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. 32), Wiesbaden 1981, S. 37–52.
- Kropat**, Wolf-Arno: Das Herzogtum Nassau zwischen Rheinbund und Revolution 1806–1866, in: *Schultz, Geschichte* (1983), a. a. O., S. 171–189.
- Kropat**, Wolf-Arno: Die nationalsozialistische Machtergreifung am 30. Januar 1933 in Wiesbaden und Nassau, in: *Nassauische Annalen*, Bd. 94, Jg. 1983 [a], S. 245–277. – Gekürzter Abdruck unter dem Titel: *Die nationalsozialistische Machtergreifung in Wiesbaden und Nassau*, in: *Hennig, Hessen* (1983) [b], a. a. O., S. 260–278.
- Kropat**, Wolf-Arno: Herzogtum Nassau zwischen Reform und Reaktion. 1806–1866, in: *Heinemeyer, Werden* (1986), a. a. O., S. 517–544.
- Krüger**, Martina: Kinderfachabteilung Wiesengrund. Die Tötung behinderter Kinder in Wittenau, in: *Totgeschwiegen* (1989), a. a. O., S. 151–176.
- Kuhlmann**, Carola: Sozialer Rassismus als „Endlösung“ der Sozialen Frage. Zur nationalsozialistischen Wohlfahrts- und Jugendpolitik, in: *Schrapper/Sengling, Idee* (1988), a. a. O., S. 245–268.
- Kuhlmann**, Carola: Erbkrank oder erziehbar? Jugendhilfe als Vorsorge und Aussonderung in der Fürsorgeerziehung in Westfalen von 1933–1945 (Reihe: Beiträge zur Geschichte der Sozialpädagogik, hg. v. Dieter Sengling, Christian Schrapper u. Norbert Neumann), Weinheim/München 1989.
- Kutzer**, Michael: Die therapeutischen Intentionen in der Irrenanstalt des 19. Jahrhunderts. Das Beispiel „Kloster Eberbach“ (1815–1849), in: *Vanja/Haas u. a., Wissen* (1999), a. a. O., S. 46–59.
- Labisch**, Alfons (in Zusammenarbeit mit Florian Tennstedt): 50 Jahre „Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens“. Der öffentliche Gesundheitsdienst wurde gegründet und die innovative Kultur gemeindenaher Gesundheitssicherung zerstört, in: *Labisch, Alfons* (in Zusammenarbeit mit Florian Tennstedt): *Gesellschaftliche Bedingungen öffentlicher Gesundheitsvorsorge. Problem-sichten und Problemlösungen kommunaler und staatlicher Formen der Gesundheitsvorsorge, dargestellt am Beispiel des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Gesammelte Aufsätze einer historisch-soziologischen Untersuchung*, hg. v. d. Deutschen Zentrale für Volksgesundheitspflege, Frankfurt a. M. 1988, S. 63–79.
- Lademacher**, Horst: Von den Provinzialständen zum Landschaftsverband. Zur Geschichte der landschaftlichen Selbstverwaltung der Rheinlande, hg. i. A. d. Landschaftsverbandes Rheinland, Köln 1973.
- LaFont**, Max: *L'extermination douce. La mort de 40000 Malades Mentaux dans les hopiteaux psychiatriques en France sous le regime de Vichy*, Paris 1987.
- Lampert**, Heinz: *Sozialpolitik*, Berlin/Heidelberg/New York 1980.
- Landeswohlfahrtsverband** Hessen. 10 Jahre Sozialarbeit in Hessen 1953–1963. Ein Arbeitsbericht, hg. v. Landeswohlfahrtsverband Hessen (= Schriften des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Nr. 8), Kassel 1963.
- Landeswohlfahrtsverband** Hessen, hg. v. Landeswohlfahrtsverband Hessen, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Kassel (1. Aufl.) 1995 [Broschüre, mit Ergänzungslieferungen unter dem Titel „LWV-aktuell“].
- Lang**, Hans-Joachim: „Ich erstatte Anzeige von einem außergewöhnlichen Verbrechen, das an mir verübt wird.“ Wie Kolmann K. aus Tübingen ein Opfer der „Euthanasie“ wurde, in: *Pretsch, „Euthanasie“* (1996), a. a. O., S. 128–135.
- Langen**, Claus-Einar: Die Ermordung von Geisteskranken und Behinderten. Der Weltverband für Psychiatrie blickt auf ein Kapitel der „Euthanasie“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 161 (15.07.1999), D-Ausgabe, S. 16 (Zeitschehen).
- Langewiesche**, Dieter: *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1988.
- Leesch**, Wolfgang: Die Verwaltung der Provinz Westfalen 1815–1945. Struktur und Organisation (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, XXXVIII; = Beiträge zur Geschichte der preußischen Provinz Westfalen, Bd. 4), Münster (2. unveränd. Aufl.) 1993 [1. Aufl. unter d. Titel: *Verwaltung in Westfalen 1815–1945. Organisation und Zuständigkeit*].
- Leipert**, Matthias / Styrnal, Rudolf / Schwarzer, Winfried (Hg.): *Verlegt nach unbekannt. Sterilisation und Euthanasie in Galkhausen 1933–45* (= Rheinprovinz. Dokumente und Darstellungen zur Geschichte der Rheinischen Provinzial-

- verwaltung und des Landschaftsverbandes Rheinland, 1), Köln 1987.
- Leipert**, Matthias: Die Beteiligung der Rheinischen Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Galkhausen an der Vernichtung psychisch Kranker und Behinderter im Nationalsozialismus, in: Ders. / Styrnal, Rudolf / Schwarzer, Winfried (Hg.): Verlegt nach unbekannt. Zwangssterilisation und Euthanasie in Galkhausen 1933–45 (= Rheinprovinz. Dokumente und Darstellungen zur Geschichte der Rheinischen Provinzialverwaltung und des Landschaftsverbandes Rheinland, 1), Köln 1987, S. 22–38.
- Lerner**, Franz: Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Nassauer Raumes, Wiesbaden 1965.
- Leuchtweis-Gerlach**, Brigitte: Das Waldkrankenhaus Köppern (1901–1945). Die Geschichte einer psychiatrischen Klinik, Frankfurt a. M. 2001.
- Lienert**, Marina: Prof. Dr. Georg Ilberg (1862–1942). Direktor der Landesanstalt Sonnenstein 1910–1928, in: Geschichte der Heil- und Pflegeanstalt Pirna-Sonnenstein (1811–1939), hg. v. Kuratorium Gedenkstätte Sonnenstein e. V. (= Sonnenstein. Beiträge zur Geschichte des Sonnensteins und der Sächsischen Schweiz, H. 1), Pirna (2. Aufl.) 2000 [1. Aufl.: 1998], S. 66–74.
- Lifton**, Robert Jay: The Nazi Doctors. Medical Killing and the Psychology of Genocide, New York 1986. – Deutsche Ausgabe: Ärzte im Dritten Reich, Stuttgart 1998.
- Lilienthal**, Georg: Anthropologie und Nationalsozialismus. Das erb- und rassenkundliche Abstammungsgutachten, in: Jahrbuch des Instituts für Geschichte der Medizin der Robert Bosch Stiftung, Bd. 6 (1987), S. 71–91.
- Lilienthal**, Georg / Pohl, Michaela: Das „Lebensborn“-Heim „Taurus“ in Wiesbaden (1939–1945), in: Nassauische Annalen, Bd. 103, Jg. 1992, S. 295–310.
- Lilienthal**, Georg: Das „Lebensborn“-Heim Wiesbaden, in: Knigge-Tesche/Ulrich, Verfolgung (1996), a. a. O., S. 437–446.
- Lilienthal**, Georg: Die Opfer der NS-„Euthanasie“-Verbrechen, in: Sandner/Aumüller/Vanja, Ziele (2001), a. a. O., S. 276–304.
- Lilienthal**, Georg: Die „Euthanasie“-Opfer der Landesheilanstalt Marburg, in: Psychiatrie (2002), a. a. O., S. 101–111.
- Loth**, Wilfried / Rusienek, Bernd A. (Hg.): Verwaltungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt a. M. / New York 1998.
- LWV-Verbandsversammlung**. Hessisches Sozialparlament 1953 bis heute, hg. v. Landeswohlfahrtsverband Hessen, Kassel 1990.
- Maaß**, Ekkehard: Verschweigen – Vergessen – Erinnern. Vergangenheitsbewältigung in Idstein, in: Schrapper/Sengling, Idee (1988), a. a. O., S. 337–356.
- Maly**, Karl: Geschichte der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, Bd. II: 1901–1933. Das Regiment der Parteien (= Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission, Bd. XVIII/2), Frankfurt a. M. 1995.
- Marien-Lunderup**, Regina: Die Anstalten Eichberg und Weilmünster, in: von Rönn, Wege (1993), a. a. O., S. 305–319.
- Marien-Lunderup**, Regina: Die Verlegungen in die Lübecker Heilanstalt Strecknitz, in: von Rönn, Wege (1993), a. a. O., S. 233–255.
- Marrus**, Michel R.: The Nuremberg Doctor's Trial in Historical Context, in: Bulletin of the History of Medicine, Vol. 73, Number 1 (Spring 1999), S. 106–123.
- Martin**, Dieter: Formen und Funktionen eines Gemeindeverbandes auf der Mittelstufe der Verwaltung, Univ. Regensburg (jur. Diss.) 1971.
- Maser**, Wolfgang: 100 Jahre für die Gesundheit der Kinder. Der schulärztliche Dienst in Wiesbaden 1896–1996, mit Beiträgen v. Ilse Glatzel u. Helmut Remscheid, hg. v. Magistrat d. Landeshauptstadt Wiesbaden, Gesundheitsamt, Wiesbaden 1996.
- Mason**, Tim: Intention and Explanation. A Current Controversy about the Interpretation of National Socialism, in: Hirschfeld/Kettenacker, „Führerstaat“ (1981), a. a. O., S. 23–40.
- Massin**, Benoit: L'Euthanasie psychiatrique sous le IIIe Reich: la Question de l'eugénisme, in: <http://www.inserm.fr/ethique/Ethique.nsf/...> (Stand 27.02.2002).
- Masuhr**, Karl Friedrich / Aly, Götz: Der diagnostische Blick des Gerhard Kloos, in: Aly u. a., Reform (1985), a. a. O., S. 81–106.
- Matzerath**, Horst: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung (= Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Bd. 29), Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1970.
- Matzerath**, Horst: Oberbürgermeister im Dritten Reich, in: Hirschfeld/Kettenacker, „Führerstaat“ (1981), a. a. O., S. 228–252.
- Mausbach**, Hans / Bromberger, Barbara: Kinder als Opfer der NS-Medizin, unter besonderer Berücksichtigung der Kinderfachabteilungen in der Psychiatrie, in: Euthanasie (1991), a. a. O., S. 145–156.
- May**, Johannes u. a.: „Euthanasie“ in den staatlichen Heilanstalten Zwiefalten und Schussenried. Die Rechtfertigung, Vorbereitung und Durchführung der „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ in der nationalsozialistischen Aktion T4, Zwiefalten 1991.
- May**, Johannes: Die Staatliche Heilanstalt Schussenried in den Jahren 1933 bis 1945, in: Pretsch, „Euthanasie“ (1996), a. a. O., S. 74–83.
- May**, Johannes: Zurück aus der Gaskammer Hadamar, Gast in Weilmünster – Bericht über den Patienten Walter K., in: Vanja, Heilanstalt (1997), a. a. O., S. 165–170.
- McFarland-Icke**, Bronwyn: Zur beruflichen Erziehung des psychiatrischen Pflegepersonals im Nationalsozialismus. Ethische und administrative Perspektiven, in: Hamann/Asbeck, Vernunft (1997), a. a. O., S. 131–148.
- McFarland-Icke**, Bronwyn Rebekah: Nurses in Nazi Germany. Moral Choice in History, Princeton 1999.
- Mecking**, Christoph: Höhere Kommunalverbände im politischen Spannungsfeld (= Uni-Schriften: Politikwissenschaft), Sinzheim (1. Aufl.) 1994.
- Mecking**, Christoph: Die Regionalebene in Deutschland. Begriff – Institutioneller Bestand – Perspektiven, Stuttgart u. a. 1995.
- Mehringer**, Hartmut: Sozialistischer Widerstand, in: Benz/Pehle, Lexikon (1994), a. a. O., S. 42–54.
- Mehringer**, Hartmut: Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner (Reihe: Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, hg. v. Martin Broszat, Wolfgang Benz u. Hermann Graml), München 1997.
- Meier-Hussing**: Das Volksbegehren von 1956 zur Rückgliederung des Regierungsbezirks Montabaur/Rheinland-Pfalz nach Hessen, in: Nassauische Annalen, Bd. 111, Jg. 2000, S. 457–469.
- Mensch** – achte den Menschen. Frühe Texte über die Euthanasieverbrechen der Nationalsozialisten in Hessen. Gedenkstätten für die Opfer. Eine Dokumentation des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, hg. v. Landeswohlfahrtsverband Hessen, Kassel (3. Aufl.) 1989 [1. Aufl.: 1985].
- Meusch**, Matthias: Die Frankfurter „Euthanasie“-Prozesse 1946–1948. Zum Versuch einer umfassenden Aufarbeitung der NS-„Euthanasie“, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 47, Jg. 1997, S. 253–286.
- Meusch**, Matthias: Von der Diktatur zur Demokratie. Fritz Bauer und die Aufarbeitung der NS-Verbrechen in Hessen (1956–1968) (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. 70; Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen, Bd. 26), Wiesbaden 2001.
- Meyer**, Hans-Georg / Berkessel, Hans (Hg.): „Eine nationalsozialistische Revolution ist eine gründliche Angelegenheit.“

- (= Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz, Bd. 1), Mainz 2000.
- Michalka**, Wolfgang (Hg.): Der Zweite Weltkrieg. Analysen. Grundzüge. Forschungsbilanz, München/Zürich 1989.
- Middlebrook**, Martin: Hamburg Juli '43, Hamburg 1984.
- Milward**, Alan S.: Der Einfluß ökonomischer und nicht-ökonomischer Faktoren auf die Strategie des Blitzkrieges, in: Forstmeier, Friedrich / Volkmann, Hans-Erich (Hg.): Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Düsseldorf 1975, S. 189–201.
- Mitscherlich**, Alexander / Mielke, Fred: Das Diktat der Menschenverachtung, Heidelberg 1947.
- Mitscherlich**, Alexander / Mielke, Fred (Hg.): Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses, Frankfurt a. M. 1960 [Erstveröffentlichung: Heidelberg 1949 unter dem Titel „Wissenschaft ohne Menschlichkeit“].
- Möckel**, Andreas: Die Annahme behinderter Kinder, wissenschaftliches Denken und herzlose Wissenschaft, in: Rudnick, Martin (Hg.): Aussondern – Sterilisieren – Liquidieren. Die Verfolgung Behinderter im Nationalsozialismus, Berlin 1990, S. 42–54.
- Moll**, Martin: Steuerungsinstrument im „Ämterchaos“? Die Tagungen der Reichs- und Gauleiter der NSDAP, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 49. Jg. (2001), H. 2 (Apr. 2001), S. 215–273.
- Möller**, Horst / Wirsching, Andreas / Ziegler, Walter (Hg.): Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 1996.
- Mommsen**, Hans: Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 13, hg. i. A. d. Instituts für Zeitgeschichte v. Hans Rothfels u. Theodor Eschenburg, Red.: Martin Broszat), Stuttgart 1966.
- Mommsen**, Hans: Nationalsozialismus, in: Kerning, C. D. (Hg.) in Zusammenarb. m. Z. K. Brzezinski, J.-Y. Calvez u. a.: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichenden Enzyklopädie. Bd. IV: Lenin bis Periodisierung, Freiburg/Basel/Wien 1971, Sp. 695–713.
- Mommsen**, Hans: Hitlers Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Hirschfeld/Kettenacker, „Führerstaat“ (1981), a. a. O., S. 43–70.
- Mommsen**, Hans / Willems, Susanne (Hg.): Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte, Düsseldorf (1. Aufl.) 1988.
- Mommsen**, Hans / Obst, Dieter: Die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf die Verfolgung der Juden 1933–1945, in: Mommsen/Willems, Herrschaftsalltag (1988), a. a. O., S. 374–421.
- Mommsen**, Hans: Bürgerlicher (nationalkonservativer) Widerstand, in: Benz/Pehle, Lexikon (1994), a. a. O., S. 55–67.
- Mommsen**, Hans: Die dünne Patina der Zivilisation. Der Antisemitismus war eine notwendige, aber keineswegs hinreichende Bedingung für den Holocaust, in: Die Zeit, Jg. 1996, Nr. 36 (30.08.1996), S. 14 f.
- Mommsen**, Hans: Das Charisma einer Unperson ohne inneren Kern. Ian Kershaws bahnbrechende Biographie über Hitler ist auch eine Geschichte des Nationalsozialismus, in: Frankfurter Rundschau, 54. Jg., Nr. 232 (07.10.1998), Beilage „Literatur Rundschau“, S. 20.
- Morlock**, Ulrich: Die forensischen Patienten der Heil- und Pflegeanstalt Zwiefalten im Nationalsozialismus, in: Pretsch, „Euthanasie“ (1996), a. a. O., S. 51–66.
- Morlok**, Karl: Wo bringt ihr uns hin? „Geheime Reichssache“ Grafeneck, Stuttgart 1985.
- Mühl-Benninghaus**, Sigrun: Das Beamtentum in der NS-Diktatur bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Zu Entstehung, Inhalt und Durchführung der einschlägigen Beamtengesetze (= Schriften des Bundesarchivs, 48), Düsseldorf 1996.
- von zur Mühlen**, Patrik: Exil und Widerstand, in: Benz/Pehle, Lexikon (1994), a. a. O., S. 128–140.
- Mühlhausen**, Walter: Die Entscheidung der amerikanischen Besatzungsmacht zur Gründung des Landes Hessen 1945, in: Nassauische Annalen, Bd. 96, Jg. 1985, S. 197–232.
- Mühlhausen**, Walter: Hessen 1945–1950. Zur politischen Geschichte eines Landes in der Besatzungszeit, Frankfurt a. M. 1985.
- Müller**, Roland: Militärpsychiatrie im Zweiten Weltkrieg. Die Reservelazarett III und IV in der Landesheilanstalt, in: Sandner/Aumüller/Vanja, Ziele (2001), a. a. O., S. 305–314.
- Müller**, Rudolf: 75 Jahre St. Vincenzstift Aulhausen 1893–1968, in: 75 Jahre St. Vincenzstift Aulhausen/Rheingau 1893 – 3. Juni – 1968, o. O. [Rüdesheim-Aulhausen], o. J. [= 1968].
- Müller**, Rudolf: Das Heim des Todes, in: Stern, Jg. 1987, Nr. 45, S. 134 ff.
- Müller-Werth**, Herbert: Die Separatistenputsche in Nassau unter besonderer Berücksichtigung des Stadt- und Landkreises Wiesbaden, in: Nassauische Annalen, Bd. 79, Jg. 1968, S. 245–328.
- Nemitz**, Kurt: Die Bemühungen zur Schaffung eines Reichsgesundheitsministeriums in der ersten Phase der Weimarer Republik 1918–1922, in: Medizinhistorisches Journal, Bd. 16 (1981), H. 4, S. 424–445.
- Nipperdey**, Thomas: Probleme der Modernisierung in Deutschland, in: Saeculum, 30. Jg. (1979), S. 292–303.
- „Nitsche-Dokumente gefunden“, in: Aly u. a., Biedermann (1987), a. a. O., S. 190.
- Noakes**, Jeremy: Oberbürgermeister und Gauleiter. City Government between Party and State, in: Hirschfeld/Kettenacker, „Führerstaat“ (1981), a. a. O., S. 194–225.
- Noakes**, Jeremy: Philipp Bouhler und die Kanzlei des Führers der NSDAP. Beispiel einer Sonderverwaltung im Dritten Reich, in: Rebenitsch/Teppe, Verwaltung (1986), a. a. O., S. 208–236.
- Nolte**, Karen: Licht, Luft und Sonne für die Kinder „breiter Volkskreise“ ... Das Nassauische Kindersanatorium Weilmünster in den 1920er Jahren, in: Vanja, Heilanstalt (1997), a. a. O., S. 99–120.
- van Norden**, Günther: Widersetzlichkeit von Kirchen und Christen, in: Benz/Pehle, Lexikon (1994), a. a. O., S. 68–82.
- Nowak**, Kurt: „Euthanasie“ und Sterilisierung im „Dritten Reich“. Die Konfrontation der evangelischen und katholischen Kirche mit dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ und der „Euthanasie“-Aktion (= Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes. Ergänzungsreihe), Göttingen (3. Aufl.) 1984 [1. Aufl. in der Bundesrepublik: Göttingen 1978; zuvor in der DDR: Halle 1977].
- Nowak**, Kurt: Sterilisation, Krankmord und Innere Mission im „Dritten Reich“, in: Aly, Aktion (2., Aufl. 1989), a. a. O., S. 73–83.
- Oebbecke**, Janbernd: Gemeindeverbandsrecht Nordrhein-Westfalen. Eine systematische Darstellung (= Schriftenreihe des Freiherr-vom-Stein-Institutes, Bd. 5), Köln/Stuttgart/Berlin u. a. 1984.
- Oiff-Nathan**, Josianne (Hg.): La science sous le Troisième Reich. Victime ou alliée du nazisme?, Paris 1993; darin, S. 7–29: Dies.: Introduction.
- Orth**, Linda: Die Transportkinder aus Bonn. „Kinder-euthanasie“. Mit einem Beitrag von Paul-Günter Schulte, hg. v. Landschaftsverband Rheinland, Archivberatungsstelle (= Rheinprovinz. Dokumente und Darstellungen zur Geschichte der Rheinischen Provinzialverwaltung und des Landschaftsverbandes Rheinland, 3), Köln 1989.
- Otto**, Renate: Die Heilerziehungs- und Pflegeanstalt Scheuern, in: von Rönn, Wege (1993), a. a. O., S. 320–334.
- Paulus**, Julia: Kommunale Wohlfahrtspolitik in Leipzig (1930–1945), Köln 1998.

- Peiffer, Jürgen** (Hg.): Menschenverachtung und Opportunismus. Zur Medizin im Dritten Reich, Tübingen 1992.
- Peiffer, Jürgen**: Assessing Neuropathological Research carried out on Victims of „Euthanasia“ Programme. With two Lists of Publications from Institutes in Berlin, Munich and Hamburg, in: *Medizinhistorisches Journal*, Bd. 34 (1999), S. 339–355.
- Pesendorfer, Wolfgang**: Der Landeshauptmann. Historische Entwicklung, Wesen und verfassungsrechtliche Gestalt einer Institution (= *Forschungen aus Staat und Recht*, Bd. 72), Wien/New York 1986.
- Petter, Wolfgang**: Zur nationalsozialistischen „Euthanasie“: Ansatz und Entgrenzung, in: Michalka, Wolfgang (Hg.): *Der Zweite Weltkrieg. Analysen. Grundzüge. Forschungsbilanz*, München/Zürich 1989, S. 814–826.
- Petter, Wolfgang**: SA und SS als Instrumente nationalsozialistischer Herrschaft, in: Bracher/Funke/Jacobsen, *Deutschland* (1993), a. a. O., S. 76–94.
- Peukert, Detlev / Reulecke, Jürgen** (Hg.): Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981.
- Pfäfflin, Friedemann**: Hamburger Wohlfahrt. Die würdigen und die unwürdigen Insassen der Fürsorgeheime, in: Aly u. a., *Aussonderung* (1985), a. a. O., S. 108–120.
- Philippi, Hans**: Landgraf Philipp von Hessen +, in: *Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde*, Bd. 88 (1980/1981).
- Platen-Hallermund, Alice**: Die Tötung Geisteskranker in Deutschland. Aus der deutschen Ärztekommision beim amerikanischen Militärgericht, Frankfurt a. M. 1948
- Plum, Günter**: Übernahme und Sicherung der Macht 1933/34, in: Broszat/Frei, *Reich* (1990), a. a. O., S. 34–47.
- Pohl, Dieter**: Von der „Judenpolitik“ zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939–1944, Frankfurt a. M. 1993.
- Poitrot, Robert**: Die Ermordeten waren schuldig? Amtliche Dokumente der Direction de la Santé Publique der Französischen Militärregierung in Deutschland, Baden-Baden o. J. [wahrscheinlich 1946].
- Pommerin, Rainer**: Sterilisierung der Rheinlandbasterde. Das Schicksal einer farbigen deutschen Minderheit 1918–1937, Düsseldorf 1979.
- Preiser, Gert**: Ludwig Rehn und Victor Schmieden. Ein Beitrag zur Geschichte der Frankfurter Medizinischen Fakultät, in: *Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst*, H. 59, Jg. 1985, S. 423–438.
- Pretsch, Hermann J.** (Hg.): „Euthanasie“. Krankenmorde in Südwestdeutschland. „Die Benachrichtigungen von Angehörigen sind bis auf weiteres zu unterlassen.“ Die nationalsozialistische „Aktion T4“ in Württemberg 1940 bis 1945, Zwielfalten 1996.
- Pretsch, Hermann J.**: Die Katholische Kirche in Zwiefalten zwischen 1933 und 1945 und der Ökonomeverwalter Metzger, in: Pretsch, „Euthanasie“ (1996), a. a. O., S. 95–109.
- Der **Provinzialverband** Westfalen in der Zeit des Nationalsozialismus. *Psychiatrie im Dritten Reich*, hg. v. Direktor des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Abt. Allgemeine Kommunalangelegenheiten (= *Texte aus dem Landeshaus*, 25), o. O. [Münster] 1996.
- Psychiatrie** im Nationalsozialismus. Auswirkungen der NS-Psychiatrie auf hessische Einrichtungen. Ein Tagungsbericht des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, hg. v. Landeswohlfahrtsverband Hessen, Kassel 1989.
- Psychiatrie** am Abgrund. Spurensuche und Standortbestimmung nach den NS-Psychiatrie-Verbrechen, hg. v. d. Archivberatungsstelle Rheinland, Köln 1991.
- Psychiatrie** in Heppenheim. Streifzüge durch die Geschichte eines hessischen Krankenhauses 1866–1992, bearb. v. Christina Vanja u. Peter Ellner, hg. v. Landeswohlfahrtsverband Hessen (= *Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Quellen und Studien* Bd. 2), Kassel 1993.
- Psychiatrie** im Nationalsozialismus. Die Heil- und Pflegeanstalt Klingenmünster 1933–1945, im Auftrag des Bezirksverbands Pfalz bearb. v. Karl Scherer, Otfried Linde u. Roland Paul (= *Beiträge zur pfälzischen Geschichte*, hg. v. Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde, Bd. 14), Kaiserslautern 1998.
- Psychiatrie** im Dritten Reich – Schwerpunkt Hessen. Fachtagung vom 2. bis 4. November 2001 in Nassau-Scheuern, hg. v. Arbeitskreis zur Erforschung der nationalsozialistischen „Euthanasie“ und Zwangssterilisation (= *Berichte des Arbeitskreises* Bd. 2), Ulm 2002.
- Ptok, Ursula / Dilling, Horst**: The psychiatrists Oscar Wattenberg and Johannes Enge and the history of psychiatry in the Hanseatic City of Lübeck between 1900 and 1945, in: *History of Psychiatry*, Vol. 10 Part 3 = Number 39 (Sept. 1999), S. 319–328.
- Püttner, Günter** (Hg.): *Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis*, hg. i. Verbindung m. d. kommunalen Spitzenverbänden unter Mitarbeit v. Michael Borchmann. Bd. 1: *Grundlagen*, Berlin/Heidelberg/New York (2. Aufl.) 1981; Bd. 2: *Kommunalverfassung*, Berlin/Heidelberg/New York (2. Aufl.) 1982.
- Raphael, Lutz**: Euthanasie und Judenvernichtung, in: *Euthanasie* (1991), a. a. O., S. 79–90.
- Rebentisch, Dieter**: Ludwig Landmann, Frankfurter Oberbürgermeister der Weimarer Republik, Wiesbaden 1975.
- Rebentisch, Dieter**: Der Gau Hessen-Nassau und die nationalsozialistische Reichsreform, in: *Nassauische Annalen*, Bd. 89, Jg. 1978, S. 128–162.
- Rebentisch, Dieter**: Politik und Raumplanung im Rhein-Main-Gebiet. Kontinuität und Wandel seit hundert Jahren, in: *Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst*, H. 56, Jg. 1978, S. 191–210.
- Rebentisch, Dieter**: Frankfurt am Main und das Reich in der NS-Zeit, in: *Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst*, H. 57, Jg. 1980, S. 243–267.
- Rebentisch, Dieter**: Die „politische Beurteilung“ als Herrschaftsinstrument der NSDAP, in: Peukert/Reulecke, *Reihen* (1981), a. a. O., S. 107–125.
- Rebentisch, Dieter**: Persönlichkeitsprofil und Karriereverlauf der nationalsozialistischen Führungskader in Hessen 1928–1945, in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte*, Bd. 33, Jg. 1983, S. 293–331.
- Rebentisch, Dieter**: Nationalsozialistische Revolution, Parteiherrschaft und totaler Krieg in Hessen (1933–1945), in: *Schultz, Geschichte* (1983), a. a. O., S. 232–248.
- Rebentisch, Dieter**: Zwei Beiträge zur Vorgeschichte und Machtergreifung des Nationalsozialismus in Frankfurt: Von der Splittergruppe zur Massenpartei; Straßenkämpfe und Wahlpropaganda in Frankfurt nach dem 30. Januar 1933, in: *Hennig, Hessen* (1984), S. 279–297.
- Rebentisch, Dieter**: *Innere Verwaltung*, in: *Jeserich/Pohl/v. Unruh, Verwaltungsgeschichte* (1983–1988) a. a. O., hier Bd. 4 (1985): *Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus*, S. 732–774.
- Rebentisch, Dieter**: Reichskanzlei und Partei-Kanzlei im Staat Hitlers. Anmerkungen zu zwei Editionsprojekten und zur Quellenkunde der nationalsozialistischen Epoche, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 25 (1985), S. 611–633.
- Rebentisch, Dieter / Teppe, Karl** (Hg.): *Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System*, Göttingen 1986.
- Rebentisch, Dieter**: *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939–1945* (= *Frankfurter Historische Abhandlungen*, hg. v. Johannes Fried, Lothar Gall u. a., Bd. 29), Stuttgart 1989.
- Rebentisch, Dieter**: Frankfurt am Main in der Weimarer Republik und im Dritten Reich 1918–1945, in: *Frankfurt am Main. Die Geschichte der Stadt in neun Beiträgen*, hg. v. d.

- Frankfurter Historischen Kommission (= Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission, Bd. 17), Sigmaringen 1991, S. 423–519.
- Recker, Marie-Luise:** Nationalsozialistische Sozialpolitik im Zweiten Weltkrieg (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 29), München 1985.
- Recker, Marie-Luise:** Der Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau. Zu Aufbau, Stellung und Arbeitsweise einer führerunmittelbaren Sonderbehörde, in: Rebentisch/Teppes, Verwaltung (1986), a. a. O., S. 333–350.
- Recker, Marie-Luise:** Hessen im Dritten Reich, in: Heidenreich, Bernd / Böhme, Klaus (Hg.): Hessen. Verfassung und Politik (= Schriften zur politischen Landeskunde Hessens, Bd. 4), Stuttgart/Berlin/Köln 1997, S. 258–273.
- Recker, Marie-Luise / Eizenhöfer, Doris / Kamp, Stefan (Hg.):** Intentionen – Wirklichkeiten. 42. Deutscher Historikertag in Frankfurt am Main. 8. bis 11. September 1998. Berichtsband, München 1999.
- Reibel, Carl-Wilhelm:** Die NSDAP-Ortsgruppen Dornbusch und Oberrad 1933–1945, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, H. 65, Jg. 1999, S. 53–120.
- Reibel, Carl-Wilhelm:** Das Fundament der Diktatur. Die NSDAP-Ortsgruppen 1932–1945, Paderborn/München/Wien/Zürich 2002.
- Reiter, Raimond:** Eine Geheimsprache des Tötens? Zum Sprachgebrauch der Nationalsozialisten bei den Euthanasie-Morden, in: Muttersprache, 105. Jg. (1995), S. 24–30.
- Renkhoff, Otto:** Nassauische Biographie. Kurzbiographien aus 13 Jahrhunderten (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. 39), Wiesbaden (2., vollst. überarb. u. erw. Aufl.) 1992.
- Reulecke, Jürgen:** Der Wohlfahrtsstaat in der Provinz. Das Beispiel der preußischen Westprovinzen, in: Abelshäuser, Werner (Hg.): Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft (= Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte, hg. v. Werner Conze +, Hermann Kellenbenz u. a., Nr. 81), Wiesbaden/Stuttgart 1987, S. 80–90.
- Reuling, Ulrich:** Von der „Atlaswerkstatt“ zur Landesbehörde. Das Hessische Landesamt für geschichtliche Landeskunde in Marburg in seiner institutionellen und forschungsgeschichtlichen Entwicklung unter Edmund E. Stengel und Theodor Mayer, in: Hundert Jahre Historische Kommission für Hessen 1897–1997. Festgabe dargebracht von Autorinnen und Autoren der Historischen Kommission, Marburg 1997, S. 1169–1203.
- Rexer, Martin:** Vorgeschichte und Auftakt der „Aktion T4“ in Zwiefalten, in: Pretsch, „Euthanasie“ (1996), a. a. O., S. 27–37.
- Rexer, Martin / Rüdtenburg, Bodo:** Schweigen und Verschweigen nach 1945, in: Pretsch, „Euthanasie“ (1996), a. a. O., S. 67–69.
- Richardz, Bernhard:** Heilen, Pflegen, Töten. Zur Alltagsgeschichte einer Heil- und Pflegeanstalt bis zum Ende des Nationalsozialismus, Göttingen 1987.
- Richter, Gunnar (Hg.):** Breitenau. Zur Geschichte eines nationalsozialistischen Konzentrations- und Arbeitserziehungslagers, Kassel 1993.
- Riedle, Peter Joachim (Hg.):** Wiesbaden und der 20. Juli 1944. Beiträge von Gerhard Beier, Lothar Bembek, Rolf Faber, Peter M. Kaiser und Axel Ulrich (= Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden, hg. v. Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden – Stadtarchiv, Bd. 5), Wiesbaden 1996.
- Rieger, Hubert:** Gedanken zu Vergangenheit und Zukunft – 100 Jahre Krankenhaus Weilmünster, in: Vanja, Heilanstalt (1997), a. a. O., S. 217–231.
- Rieß, Volker:** Die Anfänge der Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ in den Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland 1939/40, Frankfurt a. M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1995.
- Ritter, Falk:** Scharlatane, Heildiener und Parteigänger. Heilpraktiker und Mediziner im Kreis Schleswig (1889–1950), in: Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte, H. 33/34 (Sept. 1998).
- Roelcke, Volker / Hohendorf, Gerrit:** Akten der „Euthanasie“-Aktion T4 gefunden, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 41. Jg. (1993), H. 3 (Juli), S. 479–481.
- Roer, Dorothee / Henkel, Dieter (Hg.):** Psychiatrie im Faschismus. Die Anstalt Hadamar 1933–1945, Bonn 1986 [Nachdruck (2. Aufl.): Frankfurt a. M. 1996].
- Roer, Dorothee / Henkel, Dieter:** Funktion bürgerlicher Psychiatrie und ihre besondere Form im Faschismus, in: Roer/Henkel, Psychiatrie (1986), a. a. O., S. 13–37.
- Roer, Dorothee:** „Lebens-unwert“. Kinder und Jugendliche in der NS-Psychiatrie, in: Hamann/Asbeck, Vernunft (1997), a. a. O., S. 107–130.
- Rolling, John:** Das Problem der „Politisierung“ der kommunalen Selbstverwaltung in Frankfurt am Main 1900–1918, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, H. 57, Jg. 1980, S. 167–185.
- von Rönn, Peter / Marien-Lunderup, Regina / Wunder, Michael / Sonn, Eveline / Otto, Renate / Billhardt, Marc / Dahmen, Georg:** Wege in den Tod. Hamburgs Anstalt Langenhorn und die Euthanasie in der Zeit des Nationalsozialismus, hg. für das Allgemeine Krankenhaus Ochsenzoll v. Klaus Böhme u. für die Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg v. Uwe Lohalm (= Forum Zeitgeschichte, Bd. 2, hg. v. d. Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg), Hamburg 1993.
- van Roon, Ger:** Widerstand im Dritten Reich, München (6. überarb. Aufl.) 1994.
- Rose, Romani (Hg.):** Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma (Hg. d. Schriftenreihe: Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma), o. O. [Heidelberg] 1995.
- Rose, Romani (Hg.):** „Den Rauch hatten wir täglich vor Augen“. Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma, Heidelberg 1999.
- Roseman, Mark:** Die Wannsee-Konferenz. Wie die NS-Bürokratie den Holocaust organisierte, Berlin 2001.
- Roßbach, Peter:** Zur Baugeschichte des Krankenhauses Weilmünster, in: Vanja, Heilanstalt (1997), a. a. O., S. 61–72.
- Rössler, Mechthild:** Science et espace vital: l'histoire de la géographie (1933–1945), in: Olf-Nathan, La science (1993), a. a. O., S. 303–317.
- Roth, Claudia:** Parteikreis und Kreisleiter der NSDAP unter besonderer Berücksichtigung Bayerns, München 1997.
- Roth, Karl Heinz / Aly, Götz:** Das Gesetz über die „Sterbehilfe bei unheilbar Kranken“. Protokolle der Diskussion über die Legalisierung der nationalsozialistischen Anstaltsmorde in den Jahren 1938–1941, in: Roth, Karl Heinz (Hg.): Erfassung zur Vernichtung. Von der Sozialhygiene zum „Gesetz über Sterbehilfe“, Berlin 1984, S. 101–179.
- Roth, Karl Heinz (Hg.):** Erfassung zur Vernichtung. Von der Sozialhygiene zum „Gesetz über Sterbehilfe“, Berlin 1984.
- Roth, Karl Heinz:** Filmpropaganda für die Vernichtung der Geisteskranken und Behinderten im „Dritten Reich“, in: Aly u. a., Reform (1985), a. a. O., S. 125–193.
- Roth, Ralf:** Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main. Ein besonderer Weg von der ständischen zur modernen Bürgergesellschaft 1760–1914 (= Stadt und Bürgertum, hg. v. Lothar Gall, Bd. 7), München 1996.
- Rotzoll, Maike / Brand-Claussen, Bettina / Hohendorf, Gerrit:** Carl Schneider, die Bildersammlung, die Künstler und der Mord, in: Fuchs, T. / Jádi, I. / Brand-Claussen, B. / Mundt / Chr. (Hg.): Wahn Welt Bild (= Heidelberger Jahrbuch, Bd. 16), Berlin/Heidelberg 2002, S. 41–64.

- Ruck, Michael:** Führerabsolutismus und polykratisches Herrschaftsgefüge. Verfassungsstrukturen des NS-Staates, in: Bracher/Funke/Jacobsen, Deutschland (1993), a. a. O., S. 32–56.
- Ruck, Michael:** Zentralismus und Regionalgewalten im Herrschaftsgefüge des NS-Staates, in: Möller/Wirsching/Ziegler, Nationalsozialismus (1996), S. 99–122.
- Ruck, Michael:** Kontinuität und Wandel. Westdeutsche Verwaltungseliten unter dem NS-Regime und in der alten Bundesrepublik, in: Loth, Wilfried/ Rusienek, Bernd A. (Hg.): Verwaltungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt a. M./ New York 1998, S. 117–142.
- Rückerl, Adalbert:** NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse, München 1977.
- Rüdenburg, Bodo:** Die „Aktion T4“ in Zwiefalten, in: Pretsch, „Euthanasie“ (1996), a. a. O., S. 37–46.
- Runge, Wolfgang:** Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933 (= Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd. 5), Stuttgart 1965.
- Sandkühler, Thomas:** „Endlösung“ in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941–1944, Bonn 1996.
- Sandner, Peter:** „... zum Leben gewiß nicht mehr tauglich gewesen“. Mainzer Opfer der NS-„Euthanasie“-Verbrechen und die Rolle von Mainz und Rheinhessen im Rahmen der sogenannten „Vernichtung lebensunwerten Lebens“, in: Mainzer Geschichtsblätter. Veröffentlichungen des Vereins für Sozialgeschichte Mainz e. V., H. 9 („Ausgegrenzt“), Mainz 1994, S. 89–129.
- Sandner, Peter:** Die Landesheilanstalt Weilmünster im Nationalsozialismus, in: Vanja, Heilanstalt (1997), a. a. O., S. 121–164.
- Sandner, Peter:** Frankfurt. Auschwitz. Die nationalsozialistische Verfolgung der Sinti und Roma in Frankfurt am Main, hg. v. Adam Strauß (= „Hornhaut auf der Seele“. Dokumentationen der Verfolgung von Sinti und Roma in hessischen Städten und Gemeinden, Bd. 4), Frankfurt a. M. 1998.
- Sandner, Peter:** Die „Euthanasie“-Akten im Bundesarchiv. Zur Geschichte eines lange verschollenen Bestandes, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 47. Jg., H. 3 (Juli 1999) S. 385–400.
- Sandner, Peter:** Der Eichberg im Nationalsozialismus. Die Rolle einer Landesheilanstalt zwischen Psychiatrie, Gesundheitsverwaltung und Rassenpolitik, in: Vanja/Haas u. a., Wissen (1999), a. a. O., S. 164–220.
- Sandner, Peter:** Das Frankfurter „Universitätsinstitut für Erbbiologie und Rassenhygiene“. Zur Positionierung einer „rassenhygienischen“ Einrichtung innerhalb der „rassenanthropologischen“ Forschung und Praxis während der NS-Zeit, in: „Beseitigung des jüdischen Einflusses ...“. Antisemitische Forschung, Eliten und Karrieren im Nationalsozialismus, hg. v. Fritz Bauer Institut (= Jahrbuch 1998/99 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust), Frankfurt a. M./ New York 1999, S. 73–100.
- Sandner, Peter:** Ausschaltung eines freien Trägers aus der Wohlfahrtspflege. Ein Beispiel aus dem Bezirk Wiesbaden (1937/38), in: Protokoll der Tagung des Arbeitskreises zur Erforschung der „Euthanasie“ und Zwangssterilisation. Bernburg/Hoym, 2.–4. Oktober 1998 [hg. v. d. Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“-Verbrechen Bernburg], o. O. [Bernburg], o. J. [1999], S. 23–33.
- Sandner, Peter:** Nutzung des nassauischen Anstaltswesens für militärische Zwecke im Zweiten Weltkrieg, in: Arbeitskreis (2000), a. a. O., S. 38–44.
- Sandner, Peter:** Die Auseinandersetzungen seit 1987 um die nationalsozialistische Vergangenheit des Waldkrankenhauses Köppern, in: Vanja/Siefert, Umgebung (2001), a. a. O., S. 232–242.
- Sandner, Peter/ Aumüller, Gerhard/ Vanja, Christina (Hg.):** Heilbar und nützlich. Ziele und Wege der Psychiatrie in Marburg an der Lahn (= Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Quellen und Studien Bd. 8), Marburg 2001.
- Sandner, Peter:** Eine preußische Gründung. Die Entstehung der „Irrenheilanstalt Marburg“ im Spannungsfeld von Staatsinteressen und Selbstverwaltungsbestrebungen (1866–1876), in: Sandner/Aumüller/Vanja, Ziele (2001), a. a. O., S. 40–65.
- Sandner, Peter:** Das Führerprinzip und die Anstalt Scheuern. Die Auseinandersetzung der Inneren Mission mit der „Entkonfessionalisierung“ im Anstaltswesen von Hessen-Nassau und Hessen ab 1937, in: Psychiatrie (2002), a. a. O., S. 45–61.
- Sandner, Peter:** Die nationalsozialistische Anstaltspolitik in Hessen-Darmstadt unter Medizinalreferent Dr. Jakob Schmitt, in: George/Groß u. a., Psychiatrie (2003), a. a. O.
- Sandner, Peter:** Schlüsseldokumente zur Überlieferungsgeschichte der NS-„Euthanasie“-Akten gefunden, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 51. Jg., H. 2 (Apr. 2003) S. 285–290.
- Sattler, Siegbert:** Landeshaus, in: Neues Bauen in Wiesbaden 1900–1914 [Katalog zur Ausstellung in Wiesbaden 18.11.1984–30.12.1984], Wiesbaden 1984, S. 37–44.
- Sattler, Siegbert:** Das alte und das neue Landeshaus in Wiesbaden, in: Nassauische Annalen, Bd. 104, Jg. 1993, S. 239–275.
- Sauer, Klaus Martin:** Widerstand in der Bekennenden Kirche, in: Knigge-Tesche/Ulrich, Verfolgung (1996), a. a. O., S. 290–306.
- Scalpelli, Adolfo (Hg.):** San Sabba. Istruttoria e processo per il Lager della Risiera, 2 Bde., Milano 1988.
- Scharff, Alexander:** Schleswig-Holsteinische Geschichte – ein Überblick, Würzburg 1960.
- Schatz, Klaus:** Geschichte des Bistums Limburg (= Quellen und Abhandlungen zur mittelrheinischen Kirchengeschichte, Bd. 48), Mainz 1983.
- Schaub, Hermann:** Der Landeswohlfahrtsverband und seine Einrichtungen, in: Das Gesundheitswesen in Hessen [o. Hg.], Trautheim über Darmstadt/Mainz 1962, S. 53–62.
- Scheer, Rainer:** Die nach Paragraph 42 b RStGB verurteilten Menschen in Hadamar, in: Roer/Henkel, Psychiatrie (1986), a. a. O., S. 237–255.
- Schenk, Dieter:** Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen, Bonn 2000.
- Scherer, Karl/ Paul, Roland:** Die Heil- und Pflegeanstalt Klingenmünster in der NS-Zeit – ein Überblick, in: Meyer/Berkessel, Revolution (2000), a. a. O., S. 333–345.
- Schilter, Thomas:** Psychiatrieverbrechen im Dritten Reich. Die Karriere Horst Schumanns, in: Internationale Zeitschrift für Geschichte und Ethik der Naturwissenschaften, Technik und Medizin, 6 (1998), S. 42–55.
- Schilter, Thomas:** Unmenschliches Ermessen. Die nationalsozialistische „Euthanasie“-Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein 1940/41 (= Schriftenreihe der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, Bd. 5), Leipzig 1999 [Original-Dissertation unter dem Titel: „Euthanasie“-Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein 1940/41. Ein Beitrag zur Geschichte der Psychiatrie im Nationalsozialismus, Humboldt-Univ. Berlin (med. Diss.) 1997].
- Schilter, Thomas:** Die Landesanstalt Sonnenstein in der NS-Zeit (1933–1939). Die beginnende Ausgrenzung der chronisch psychisch Kranken, in: Geschichte der Heil- und Pflegeanstalt Pirna-Sonnenstein (1811–1939), hg. v. Kuratorium Gedenkstätte Sonnenstein e. V. (= Sonnenstein. Beiträge zur Geschichte des Sonnensteins und der Sächsischen Schweiz, H. 1), Pirna (2. Aufl.) 2000 [1. Aufl.: 1998], S. 85–97.
- Schmädeke, Jürgen/ Steinbach, Peter (Hg.):** Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesell-

- schaft und der Widerstand gegen Hitler, München/Zürich (2. Aufl.) 1986).
- Schmeling**, Anke: Josias Erbprinz zu Waldeck und Pyrmont. Der politische Weg eines hohen SS-Führers, Kassel 1993.
- Schmidt**, Christoph: Zu den Motiven „alter Kämpfer“ in der NSDAP, in: Peukert/Reulecke, Reihen (1981), a. a. O., S. 21–43.
- Schmidt**, Frank: Wahlen und Wählerverhalten in der Weimarer Republik am Beispiel des Kreises Limburg, in: Nassauische Annalen, Bd. 105, Jg. 1994, S. 195–221.
- Schmidt-von Blittersdorf**, Heidi / Debus, Dieter / Kalkowsky, Birgit: Die Geschichte der Anstalt Hadamar von 1933 bis 1945 und ihre Funktion im Rahmen von T4, in: Roer/Henkel, Psychiatrie (1986), a. a. O., S. 58–120.
- Schmiechen-Ackermann**, Detlef: Großstädte und Nationalsozialismus 1930–1945, in: Möller/Wirsching/Ziegler, Nationalsozialismus (1996), S. 253–270.
- Schmiechen-Ackermann**, Detlef: Der „Blockwart“. Die unteren Parteifunktionäre im nationalsozialistischen Terror- und Überwachungsapparat, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 48. Jg. (2000), H. 4, S. 575–602.
- Schmuhl**, Hans-Walter: Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung „lebensunwerten Lebens“, 1890–1945 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 75), Göttingen 1987.
- Schmuhl**, Hans-Walter: Rassismus unter den Bedingungen [...] Herrschaft. Zum Übergang von der Verfolgung zur Vernichtung gesellschaftlicher Minderheiten im Dritten Reich, in: Bracher/Funke/Jacobsen, Deutschland (1993), a. a. O., S. 182–197.
- Schmuhl**, Hans-Walter: Ärzte in der Anstalt Bethel, hg. v. Matthias Benad, Bielefeld 1998.
- Schmuhl**, Hans-Walter: Hirnforschung und Krankenmord. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung 1937–1945 (= Ergebnisse. Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, hg. i. A. d. Präsidentenkommission der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V.), o. O. 2000.
- Schneider**, Konrad: Neue Quellen zur Tätigkeit des Frankfurter Oberbürgermeisters Friedrich Krebs 1933–1945, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, H. 65, Jg. 1999, S. 350–362.
- Schneider**, Wolfgang Christian: Die Chronik der Stadt Stuttgart 1933 bis 1945 und die „Ausscheidung Minderwertiger“. Probleme einer Chronik der NS-Zeit, in: Demokratie- & Arbeitergeschichte, hg. v. d. Franz Mehring Gesellschaft Stuttgart, Bd. 4/5 (1985), S. 228–310.
- Schneider-Wendling**, Andrea Tanja: Anstaltspsychiatrie im Nationalsozialismus am Beispiel der Heil- und Pflegeanstalt Eichberg, Univ. Mainz (med. Diss.) 1997.
- Schoen**, Paul: Armenfürsorge im Nationalsozialismus. Die Wohlfahrtspflege in Preußen zwischen 1933 und 1939 am Beispiel der Wirtschaftsfürsorge (= Reihe: Beltz-Forschungsberichte), Weinheim/Basel 1985.
- Scholder**, Klaus: Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusion 1918–1934, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1977; Bd. 2: Das Jahr der Ernüchterung 1934. Barmen und Rom, Berlin 1985.
- Scholz**, Susanne / Singer, Reinhard: Die Kinder in Hadamar, in: Roer/Henkel, Psychiatrie (1986), a. a. O., S. 214–236.
- Schön**, Eberhart: Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen (= Mannheimer sozialwissenschaftliche Studien, hg. v. Hans Albert, Martin Irle u. a., Bd. 7), Meisenheim am Glan 1972.
- Schoppa**, Helmut: Tätigkeitsbericht des Landesamtes für geschichtliche Bodenaltertümer für die Zeit vom 1. 10. 1938 bis 31. 3. 1948, in: Nassauische Annalen, Bd. 61, Jg. 1950, S. 197–204.
- Schöttler**, Peter: Schreibmaschinen im Dienst des Führers. Historiker im Nationalsozialismus – eine Zwischenbilanz, in: Frankfurter Rundschau, 57. Jg., Nr. 67 (20.03.2001), S. 22.
- Schrappner**, Christian / Sengling, Dieter (Hg.): Die Idee der Bildbarkeit. 100 Jahre sozialpädagogische Praxis in der Heilerziehungsanstalt Kalmenhof (= Beiträge zur Geschichte der Sozialpädagogik, hg. v. Dieter Sengling, Christian Schrappner u. Norbert Neumann), Weinheim/München 1988.
- Schrappner**, Christian / Sengling, Dieter: Sozialpädagogik im Nationalsozialismus. Die Heilerziehungsanstalt Kalmenhof/Idstein 1888–1988. Ein Beispiel, in: Euthanasie (1991), a. a. O., S. 115–122.
- Schröter**, Sonja: Die Heil- und Pflegeanstalt Waldheim in Sachsen 1939–1945, in: Sozialpsychiatrische Informationen, 24. Jg. (1994), 1. Quartal (1/94), S. 13–20.
- Schulte**, Bettina: Die Forschung fängt erst an. Korrekturen an Goldhagen: Vorträge über den Holocaust an der Universität Freiburg, in: Frankfurter Rundschau, S-Ausgabe (13.02.1997), S. 7.
- Schulte**, Paul-Günter: Die Euthanasie in der Provinzial[-] Heil- und Pflegeanstalt Johannistal[, ] Abteilung Waldniel, insbesondere der dortigen Kinderfachabteilung, in: Orth, Transportkinder (1989), a. a. O., S. 98–110.
- Schultheis**, Eva: Unwort „Menschenmaterial“. Sprach-Jury geißelt Jahrhundert-Tendenz des Materialismus, in: Frankfurter Rundschau, 56. Jg., Nr. 21 (26.01.2000), S. 36.
- Schultheis**, Theodor: Das Hospital zum Heiligen Geist in Frankfurt/M., in: Stiftungen aus Vergangenheit und Gegenwart, hg. v. Heinrich Berndt, Herbert Weyerher+ u. Winfrid Fähr. v. Pölnitz-Egloffstein (= Lebensbilder deutscher Stiftungen, Bd. 2), Tübingen 1971, S. 225–239.
- Schultz**, Ulrich: Dichtkunst, Heilkunst, Forschung: Der Kinderarzt Werner Catel, in: Aly u. a., Reform (1985), a. a. O., S. 107–124.
- Schultz**, Uwe (Hg.): Die Geschichte Hessens, Stuttgart 1983.
- Schulze**, Dietmar: „Euthanasie“ in Bernburg. Die Landes-Heil- und Pflegeanstalt Bernburg/Anhaltinische Nervenklinik in der Zeit des Nationalsozialismus (= Historie in der Blauen Eule, Bd. 8), Essen 1999.
- Schuster**, Armin: Die Entnazifizierung in Hessen 1945–1954. Vergangenheitspolitik in der Nachkriegszeit (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. 66; Vorgeschichte und Geschichte des Parlamentarismus in Hessen, Bd. 29), Wiesbaden 1999.
- Schwabe**, Klaus (Hg.): Die preußischen Oberpräsidenten 1815–1945. Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 1981 (= Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit, Bd. 15), Boppard 1985.
- Schwartz**, Michael: Die Erlösung der Gesunden. Gesellschaftliche Vorbedingungen der „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ in Deutschland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 169 (24.07.2000), S. 13.
- Seele**, Günther: Der Kreis aus europäischer Sicht. Die über-gemeindliche Kommunalverwaltung im Spiegel der nationalstaatlichen Verwaltungsstrukturen und der europäischen Gemeinschaftspolitik (= Kommunalwissenschaftliche Schriften des Deutschen Landkreistages, Bd. 8), Köln u. a. 1991.
- Seibel**, Wolfgang: Staatsstruktur und Massenmord. Was kann eine historisch-vergleichende Institutionenanalyse zur Erforschung des Holocaust beitragen?, in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, 24. Jg. (1998), H. 4 („Genozid und Charisma“, hg. v. Helmut Berding), S. 539–569.
- Seidel**, Ralf / Sueße, Thorsten [= Torsten]: Werkzeuge der Vernichtung. Zum Verhalten von Verwaltungsbeamten und Ärzten bei der „Euthanasie“, in: Frei, Medizin (1991), a. a. O., S. 253–264.
- Seier**, Hellmut: Modernisierung und Integration in Kurhessen 1803–1866, in: Heinemeyer, Werden (1986), a. a. O., S. 431–479.
- Kommunale **Selbstverwaltung** in Deutschland [= Heftthe-ma], in: Das Parlament, 48. Jg., Nr. 11 (06.03.1998), S. 1–18.

- Sereny, Gitta:** Into That Darkness. From mercy killing to mass murder, London 1974. – Dt. Ausgabe unter dem Titel: Am Abgrund. Gespräche mit dem Henker. Franz Stangl und die Morde von Treblinka, München/Zürich (überarb. Neuausgabe, 2. Aufl.) 1995.
- Shorter, Edward:** Geschichte der Psychiatrie, Berlin 1999.
- Sick, Dorothea:** „Euthanasie“ im Nationalsozialismus am Beispiel des Kalmenhofs in Idstein im Taunus (= Materialien zur Sozialarbeit und Sozialpolitik, Bd. 9), Frankfurt a. M. (2. Aufl.) 1983.
- Siemen, Hans-Ludwig:** Menschen blieben auf der Strecke ... Psychiatrie zwischen Reform und Nationalsozialismus, Gütersloh 1987.
- Skizzen** aus der Geschichte der Heilerziehungs- und Pflegeheime Scheuern 1850–1990. 140 Jahre Hoffnung und Hilfe im Geiste des Evangeliums, hg. v. d. Heilerziehungs- und Pflegeheimen Scheuern, o. O. [= Nassau/Lahn] o. J. [= 1990].
- Sofsky, Wolfgang:** Die Ordnung des Terrors. Das Konzentrationslager, Frankfurt a. M. 1993.
- Sparing, Frank / Heuser, Marie-Luise (Hg.):** Erbbiologische Selektion und „Euthanasie“. Psychiatrie in Düsseldorf während des Nationalsozialismus (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 59), Düsseldorf 2001.
- Stahl, Karl Joseph:** 150 Jahre Genslersche Stiftung in Hadamar, hg. v. Verwaltungsrat des St. Anna-Krankenhauses [Hadamar], Hadamar 1979.
- Stehle, Hansjakob:** In ewiger Ruhe das Ungeheuerliche. Der Grabstein des Sturmbannführers Wirth in Costermanno bleibt ein Stein des Anstoßes, in: Die Zeit, Nr. 46 (08.11.1991), S. 87.
- Stein, Peter:** Die NS-Gaupresse 1925–33. Forschungsberichte, Quellenkritik, neue Bestandsaufnahme, München 1987.
- Steinbach, Peter:** Der Widerstand gegen die Diktatur. Hauptgruppen und Grundzüge der Systemopposition, in: Bracher/Funke/Jacobsen, Deutschland (1993), a. a. O., S. 452–473.
- Steinberg, Hans-Josef:** Die Haltung der Arbeiterschaft zum NS-Regime, in: Schmädke/Steinbach, Widerstand (1986), a. a. O., S. 867–874.
- Steinwolf, Anton:** Der lange Weg zur Erforschung des Terrors. Grünen-Anfrage über Nazi-Barbarei wurde nach 12 Jahren umfassend beantwortet, in: Frankfurter Rundschau, 51. Jg., Nr. 159 (12.07.1995), Ausgabe S, S. 25 („Hessen“).
- Stöckle, Thomas:** Die „Aktion T4“ am Beispiel Grafenecks, Stuttgart (Univ., Magisterarbeit) 1993.
- Stöffler, Friedrich:** Die Krankenhäuser des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Bericht über die Fürsorge für psychisch Kranke im Bereich des Landes Hessen in Vergangenheit und Gegenwart (= Schriften des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen), Kassel 1957. – Auszugsweise (Kap. II.) wieder abgedruckt unter der Überschrift „Das Erbe“ in: Mensch (1989), a. a. O., S. 23–34.
- Stöffler, Friedrich:** Die „Euthanasie“ und die Haltung der Bischöfe im hessischen Raum 1940–1945, in: Archiv für mittelrheinische Kirchengeschichte, 13. Jg. (1961), S. 301–325. – Wiederabdruck in: Mensch (1989), a. a. O., S. 35–65.
- Stommer, Rainer:** „Da oben versinkt einem der Alltag ...“. Thingstätten im Dritten Reich als Demonstration der Volksgemeinschaftsideologie, in: Peukert/Reulecke, Reihen (1981), a. a. O., S. 149–173.
- Struck, Wolf-Heino:** Die Gründung des Herzogtums Nassau, in: Herzogtum Nassau 1806–1866. Politik, Wirtschaft, Kultur. Eine Ausstellung des Landes Hessen und der Landeshauptstadt Wiesbaden (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. 32), Wiesbaden 1981, S. 1–17.
- Suchsland, Rüdiger:** Aus Tätersicht. 60 Jahre Wannsee-Konferenz, in: Frankfurter Rundschau, 58. Jg., Nr. 17 (21.01.2002), S. 11.
- Sueße, Torsten / Meyer, Heinrich:** Abtransport der „Lebensunwerten“. Die Konfrontation niedersächsischer Anstalten mit der NS-„Euthanasie“, Hannover 1988.
- Sueße, Torsten / Meyer, Heinrich:** Die „Kinderfachabteilung“ in Lüneburg. Tötung behinderter Kinder zwischen 1941 und 1945, in: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie, 42. Jg. (1993), Nr. 7, S. 234–240.
- Teller, Christine:** Carl Schneider. Zur Biographie eines deutschen Wissenschaftlers, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 16 (1990), S. 464–478.
- Tenfelde, Klaus:** Soziale Grundlagen von Resistenz und Widerstand, in: Schmädke/Steinbach, Widerstand (1986), a. a. O., S. 799–812.
- Tenfelde, Klaus:** 1914 bis 1990: Die Einheit der Epoche, in: Hettling, Manfred u. a. (Hg.): Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen, München 1991, S. 70–80.
- Tennstedt, Florian:** Fürsorgegeschichte und Vereinsgeschichte. 100 Jahre Deutscher Verein in der Geschichte der deutschen Fürsorge, in: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 27 (1981), H. 2, S. 72–100.
- Teppes, Karl:** Provinz – Partei – Staat. Zur provinziellen Selbstverwaltung im Dritten Reich, untersucht am Beispiel Westfalens (= Beiträge zur Geschichte der preußischen Provinz Westfalen, Bd. 1 / Veröffentlichungen der historischen Kommission für Westfalen, Bd. 38), Münster 1977.
- Teppes, Karl:** Die preußischen Oberpräsidenten 1933–1945, in: Schwabe, Oberpräsidenten (1985), a. a. O., S. 219–248.
- Teppes, Karl:** Der Reichsverteidigungskommissar. Organisation und Praxis in Westfalen, in: Rebentisch/Teppes, Verwaltung (1986), a. a. O., S. 278–301.
- Teppes, Karl (Hg.):** Selbstverwaltungsprinzip und Herrschaftsordnung. Bilanz und Perspektiven landschaftlicher Selbstverwaltung in Westfalen (= Veröffentlichungen des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volksforschung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Bd. 25, hg. v. Karl Teppes), Münster 1987.
- Thamer, Hans-Ulrich:** Das Dritte Reich. Interpretationen, Kontroversen und Probleme des aktuellen Forschungsstandes, in: Bracher/Funke/Jacobsen, Deutschland (1993), a. a. O., S. 507–531.
- Theopold, Wilhelm:** Dr. med. August de Bary und sein standesärztliches Wirken, in: Medizinhistorisches Journal, 9. Jg. (1974), H. 2, S. 100–105.
- Thom, Achim:** Kriegsoffer der Psychiatrie. Das Beispiel der Heil- und Pflegeanstalten Sachsens, in: Frei, Medizin (1991), a. a. O., S. 201–216.
- Totgeschwiegen 1933–1945.** Zur Geschichte der Wittenauer Heilstätten. Seit 1957 Karl-Bonhoeffer-Nervenlinik, hg. v. d. Arbeitsgruppe zur Erforschung der Geschichte der Karl-Bonhoeffer-Nervenlinik (= Deutsche Vergangenheit. „Stätten der Geschichte Berlins“, 17), Berlin (2., erw. Aufl.) 1989.
- Trunk, Volker:** Das Ziel ist, ein neues Bewußtsein zu verankern. Die Zukunft der Regionen (2). In Mittelhessen wächst die Bereitschaft, Aufgaben gemeinsam anzupacken, in: Frankfurter Rundschau, 54. Jg., Nr. 181 (07.08.1998), Ausgabe S, S. 31.
- Trunk, Volker:** Über Preis und Pläne wird geschwiegen. Schloß Dehrn hat wieder einen neuen Besitzer. Im Mittelalter eine Landsburg, in: Frankfurter Rundschau, 55. Jg., Nr. 141 (22.06.1999), Ausg. S, S. 32 („Hessen“).
- Tuchel, Johannes / Schattenfroh, Reinold:** Zentrale des Terrors. Prinz-Albrecht-Straße 8. Das Hauptquartier der Gestapo, Berlin 1987.
- Tüffers, Bettina:** Der Frankfurter Stadtkämmerer Friedrich Lehmann 1932–1946, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, H. 65, Jg. 1999, S. 306–349.
- Turner, Jr., H[enry] A[shby] (Hg.):** Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929–1932, Berlin 1978.
- Tyrell, Albrecht:** Auf dem Weg zur Diktatur: Deutschland 1930 bis 1934, in: Bracher/Funke/Jacobsen, Deutschland (1993), a. a. O., S. 15–31.

- v. **Unruh**, Georg Christoph: Der preußische Oberpräsident. Entstehung, Stellung und Wandel, in: Schwabe, Oberpräsidenten (1985), a. a. O., S. 17–31.
- Vanja**, Christina / Vogt, Martin: „Zu melden sind sämtliche Patienten ...“. Ein Überblick zur Einführung, in: Euthanasie (1991), a. a. O., S. 13–49.
- Vanja**, Christina (Hg.): Heilanstalt – Sanatorium – Kliniken. 100 Jahre Krankenhaus Weilmünster. 1897–1997 (= Historische Schriftenreihe, hg. v. Landeswohlfahrtsverband Hessen, Quellen und Studien Bd. 4), Kassel 1997.
- Vanja**, Christina: „eitel Lust und Freude herrscht wirklich nicht darin“ – Die Landes-Heil- und Pflegeanstalt Weilmünster 1897–1921, in: Vanja, Heilanstalt (1997), a. a. O., S. 15–60.
- Vanja**, Christina / Haas, Steffen / Deutsche, Gabriela / Eirund, Wolfgang / Sandner, Peter (Hg.): Wissen und irren. Psychiatriegeschichte aus zwei Jahrhunderten – Eberbach und Eichberg (= Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Quellen und Studien Bd. 6), Kassel 1999.
- Vanja**, Christina: „Die Irrenanstalt muss in einer anmutigen Gegend liegen“. Über die Gründung der Herzoglich Nassauischen Heil- und Pflegeanstalt Eichberg, in: Vanja/Haas u. a., Wissen (1999), a. a. O., S. 11–35.
- Vanja**, Christina / Siefert, Helmut (Hg.): „In walldig-ländlicher Umgebung ...“. Das Waldkrankenhaus Köppern: Von der agrikolen Kolonie der Stadt Frankfurt zum Zentrum für Soziale Psychiatrie Hochtaunus (= Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Quellen und Studien Bd. 7), Kassel 2001.
- Vanja**, Christina: Landleben als Therapeutikum. Zur Gründung des Waldkrankenhauses als „agricole Colonie“, in: Vanja/Siefert, Umgebung (2001), a. a. O., S. 36–75.
- Vanja**, Christina: Vom Hospital zur Irrenanstalt. Studien zur institutionellen Geisteskrankenfürsorge in Hessen von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg. Einführung [Auszug aus der Habilitationsschrift], o. O. [Universität Gesamthochschule Kassel], o. J. [2001].
- Vanja**, Christina: „Den Hilfsbedürftigen das größte Maß an Hilfe“. Zu Gründung und Geschichte des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, in: Chronik (2003), a. a. O., S. 10–23.
- Vierhaus**, Rudolf: Preußen und seine Provinzen, in: Teppe, Karl / Epkenhans, Michael (Hg.): Westfalen und Preußen. Integration und Regionalismus (= Westfälisches Institut für Regionalgeschichte/Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Münster, Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 3, hg. v. Karl Teppe), Paderborn 1991, S. 341–360.
- Vorlaufer-Germer**, Bernd: Josef Schwarzschild aus Steinbach, das Arbeitererziehungslager Hedderheim, sein Arbeitskommando Köppern und die „Aktion Brandt“, in: Vanja/Siefert, Umgebung (2001), a. a. O., S. 220–231.
- Wahl**, Rainer: Die Organisation und Entwicklung der Verwaltung in den Ländern, in: Jeserich/Pohl/v. Unruh, Verwaltungsgeschichte (1983–1988) a. a. O., hier Bd. 5 (1987), S. 208–292.
- Walter**, Bernd: Psychiatrie in Westfalen 1918–1945. Soziale Fürsorge – Volksgesundheit – Totaler Krieg, in: Teppe, Selbstverwaltungsprinzip (1987), a. a. O., S. 115–134.
- Walter**, Bernd: Psychiatrie und Gesellschaft in der Moderne. Geisteskrankenfürsorge in der Provinz Westfalen zwischen Kaiserreich und NS-Regime (= Westfälisches Institut für Regionalgeschichte. Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Münster. Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 16, hg. v. Karl Teppe), Paderborn 1996.
- Weber**, Matthias M.: Ernst Rüdin. Eine kritische Biographie, Berlin/Heidelberg u. a. 1993.
- Wege** zur Humanität. Katalog zur Psychiatrie-Ausstellung 1987, hg. v. Verband der bayerischen Bezirke, bearb. v. Siglinde Stiel, München 1987.
- Weindling**, Paul: „Mustergau“ Thüringen. Rassenhygiene zwischen Ideologie und Machtpolitik, in: Frei, Medizin (1991), a. a. O., S. 81–97.
- Weindling**, Paul: Human Experiments in Nazi Germany. Reflections on Ernst Klee's Book „Auschwitz, die NS-Medizin und ihre Opfer“ (1997) and Film „Ärzte ohne Gewissen“ (1996), in: Medizinhistorisches Journal, Bd. 33 (1998), H. 2, S. 161–178.
- Weingart**, Peter / Kroll, Jürgen / Bayertz, Kurt (Hg.): Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988.
- Weitensteiner**, Hans Kilian: Karl Flesch. Kommunale Sozialpolitik in Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 1976.
- Werner**, Wolfgang Franz: Die Rheinprovinz und die Tötungsanstalt Hadamar, in: Euthanasie (1991), a. a. O., S. 135–143.
- Der **Wert** des Menschen. Medizin in Deutschland 1918–1945, hg. v. d. Ärztekammer Berlin in Zusammenarbeit m. d. Bundesärztekammer. Red.: Christian Pross u. Götz Aly (= Deutsche Vergangenheit, Bd. 34), Berlin (1. Aufl.) 1989.
- Wery**, Andrea: Archivalien zu NS-Zeit und Euthanasieverbrechen, in: Dokumentation (2000), a. a. O., S. 15–20.
- Wery**, Andrea: Die Heilerziehungs- und Pflegeanstalt Scheuern in der NS-Zeit, in: Psychiatrie (2002), a. a. O., S. 63–99.
- Wettlaufer**, Antje: Die Beteiligung von Schwestern und Pflegern an den Morden in Hadamar, in: Roer/Henkel, Psychiatrie (1986), a. a. O., S. 283–330.
- Wickert**, Christl: Frauen zwischen Dissens und Widerstand, in: Benz/Pehle, Lexikon (1994), a. a. O., S. 141–156.
- Wiegleh**, Matthias: Zur Entwicklung der Heil- und Pflegeanstalt Pirna-Sonnenstein in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Geschichte der Heil- und Pflegeanstalt Pirna-Sonnenstein (1811–1939), hg. v. Kuratorium Gedenkstätte Sonnenstein e. V. (= Sonnenstein. Beiträge zur Geschichte des Sonnensteins und der Sächsischen Schweiz, H. 1), Pirna (2. Aufl.) 2000 [1. Aufl.: 1998], S. 43–48.
- Wildt**, Michael: Vor allem die Vereinsamung. Saul Friedländer deutet in seinem Buch „Das Dritte Reich und die Juden“ die Verfolgung der Juden als „Erlösungsantisemitismus“ [Rezension], in: Frankfurter Rundschau, 54. Jg., Nr. 182 (08.08.1998), Ausgabe S, S. 8.
- Winter**, Bettina: Hadamar als T4-Anstalt 1941–1945, in: Euthanasie (1991), a. a. O., S. 91–104.
- Winter**, Bettina: Die Geschichte der NS-„Euthanasie“-Anstalt Hadamar, in: Hadamar (1991), a. a. O., S. 29–187.
- Winter**, Bettina: Die Heil- und Pflegeanstalt Heppenheim von 1914–1945. Von der Krise in die Katastrophe, in: Psychiatrie (1993), a. a. O., S. 63–96.
- Winter**, Heinrich: Vom Affenstein zur Hüttenmühle. Geschichte der ehemaligen Frankfurter Nervenheilanstalt Hüttenmühle-Neuefeld in Köppern/Ts., in: Jahrbuch Hochtaunuskreis, 4. Jg. (1996), S. 219–222.
- Wippermann**, Wolfgang: Wie sich die „selbstbewußte Nation“ gegen Daniel Goldhagen wehrt. Vom Historikerstreit zur Kontroverse über das Buch „Hitlers willige Vollstrecker“. Wolfgang Wippermann analysiert die deutsche Reaktion, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 51 (01.03.1997), S. 9.
- Wirsching**, Andreas: Nationalsozialismus in der Region. Tendenzen der Forschung und methodische Probleme, in: Möller/Wirsching/Ziegler, Nationalsozialismus (1996), S. 25–46.
- Wibkirchen**, Martin: Idiotenanstalt – Heilerziehungsanstalt – Lazarett. Die Entwicklung des Kalmenhofs 1888 – 1945, in: Schrapp/Sengling, Idee (1988), a. a. O., S. 79–126.
- Wollasch**, Andreas (Hg.): Wohlfahrt und Region. Beiträge zur historischen Rekonstruktion des Wohlfahrtsstaates in westfälischer und vergleichender Perspektive (= Forum Regionalgeschichte, Bd. 5), Münster 1995.

**Wulf**, Josef: Aus dem Lexikon der Mörder. „Sonderbehandlung“ und verwandte Worte in nationalsozialistischen Dokumenten, Gütersloh 1963.

**Wuttke**, Walter: Medizin, Ärzte, Gesundheitspolitik, in: Borst, Otto: Das Dritte Reich in Baden und Württemberg, Stuttgart 1988, S. 211–235.

**Zarusky**, Jürgen: Jugendopposition, in: Benz/Pehle, Lexikon (1994), a. a. O., S. 98–112.

**Zibell**, Stephanie: Jakob Sprenger – Eine Studie zur Biographie und Politik des nationalsozialistischen Gauleiters in Hessen-Nassau, Univ. Mainz [Ortsangabe: Wiesbaden] (Diss.) 1998. – Veröffentlicht unter dem Titel: Jakob Sprenger (1884–1945). NS-Gauleiter und Reichsstatthalter in Hessen, Darmstadt/Marburg 1999.

**Ziegler**, Walter: Gaue und Gauleiter im Dritten Reich, in: Möller/Wirsching/Ziegler, Nationalsozialismus (1996), a. a. O., S. 139–159.

**Zimmermann**, Michael: Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische „Lösung der Zigeunerfrage“ (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, hg. v. d. Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Bd. 33), Hamburg 1996.

**Zimmermann**, Michael: Euthanasie und Endlösung, Untat und Generalprobe. Henry Friedlanders Studie über den Weg zum nationalsozialistischen Genozid [Rezension], in: Beilage der Süddeutschen Zeitung, Nr. 284 (10.12.1997), Seite L19.

**Zimmermann**, Volker: „Kann weiterbeschäftigt werden.“ „Entnazifizierung“ und Strafverfolgung von Ärzten und Personal der Rheinischen Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Düsseldorf-Grafenberg, in: Sparing/Heuser, Selektion (2001), a. a. O., S. 337–354.

**Zipfel**, Friedrich: Gestapo und SD in Berlin, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. IX/X, Jg. 1961, S. 263–292.

**Zitelmann**, Rainer: Hitler-Bild im Wandel, in: Bracher/Funke/Jacobsen, Deutschland (1993), a. a. O., S. 491–506.

**Zöhren**, Peter: Neben an – eine andere Welt. Vom Schicksal der Behinderten in der Anstalt Waldniel-Hostert 1909–1945, Schwalmtal o. J. [1988].

**Zukunft** gestalten. LWV-Reform, hg. v. Landeswohlfahrtsverband Hessen, Kassel 1998.

## B. 2. Nachschlagewerke/Inventare

*Bis 1945:*

Amtliches **Gemeindeverzeichnis** für das Großdeutsche Reich auf Grund der Volkszählung 1939, hg. v. Statistischen Reichsamt (= Statistik des Deutschen Reichs Bd. 550), Berlin (2., verb. Aufl.) 1944.

**Handbuch** über den Kgl. Preuß. Hof und Staat für das Jahr 1913, Berlin 1912.

**Handbuch** über den Preußischen Staat, 139. Jg., hg. v. Preußischen Staatsministerium für das Jahr 1935, o. O., o. J.

**Laehr**, Hans: Die Anstalten für Psychisch- und Nervenranke, Schwachsinnige, Epileptische, Trunksüchtige usw. in Deutschland, Österreich, der Schweiz und den baltischen sowie anderen Grenzländern, Berlin/Leipzig (8., v. Georg Ilberg Neubearb. Aufl.) 1929, hier als Sonderabdruck aus: Allgemeine Zeitschrift für Psychiatrie, Bd. 91.

**v. Papen**, (Hg.): Quentels Handbuch der Verfassung und Verwaltung des Bezirksverbandes Wiesbaden, Bd. 1, Wiesbaden 1927.

*Ab 1945:*

Hessische **Abgeordnete** 1820–1933. Biographische Nachweise für die Landstände des Großherzogtums Hessen (2.

Kammer) und den Landtag des Volksstaates Hessen, bearb. v. Hans Georg Ruppel u. Birgit Groß (= Darmstädter Archivschriften, hg. v. Hessischen Staatsarchiv Darmstadt, Bd. 5), Darmstadt 1980.

Hessische **Abgeordnete** 1820–1933. Ergänzungsband: Biographische Nachweise für die Erste Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen. Ergänzungen und Berichtigungen für die Zweite Kammer und den Landtag des Volksstaates Hessen, bearb. v. Hannelore Götz u. Klaus-Dieter Rack (= Darmstädter Archivschriften, hg. v. Hessischen Staatsarchiv Darmstadt, Bd. 10), Darmstadt 1995.

**Ämter**, Abkürzungen, Aktionen des NS-Staates. Handbuch für die Benutzung von Quellen der nationalsozialistischen Zeit. Amtsbezeichnungen, Ränge und Verwaltungsgliederungen, Abkürzungen und nichtmilitärische Tarnbezeichnungen, i. A. d. Instituts für Zeitgeschichte bearb. v. Heinz Boberach, Rolf Thommes u. Hermann Weiß (= Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 5), München 1997.

**Beck**, Christoph: Sozialdarwinismus – Rassenhygiene – Zwangssterilisation und Vernichtung „Lebensunwerten“ Lebens. Eine Bibliographie zum Umgang mit behinderten Menschen im Dritten Reich – und heute, Bonn (2., erw. Aufl.) 1995.

**Benz**, Wolfgang / Pehle, Walter H. (Hg.): Lexikon des deutschen Widerstandes, Frankfurt a. M. 1994.

Neue Deutsche **Biographie**, hg. v. d. Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, bislang 19 Bde., Berlin 1953–1999.

Frankfurter **Biographie**. Personengeschichtliches Lexikon, im Auftrag d. Frankfurter Historischen Kommission hg. v. Wolfgang Klötzer, bearb. v. Sabine Hock u. Reinhard Frost. Bd. 1, Frankfurt a. M. 1994. Bd. 2, Frankfurt a. M. 1996.

**Granier**, Gerhard / Henke, Josef / Oldenhege, Klaus: Das Bundesarchiv und seine Bestände, begründet v. Friedrich Facius, Hans Booms, Heinz Boberach, Boppard (3. erg. u. neu bearb. Aufl.) 1977.

**Inventar** archivalischer Quellen des NS-Staates. Die Überlieferung von Behörden und Einrichtungen des Reichs, der Länder und der NSDAP. Teil 1: Reichszentralbehörden, regionale Behörden und wissenschaftliche Hochschulen für die zehn westdeutschen Länder sowie Berlin, i. A. d. Instituts für Zeitgeschichte bearb. v. Heinz Boberach, unter Mitwirkung v. Dietrich Gessner u. a., München/London/New York/Paris 1991.

**Killy**, Walther / Vierhaus, Rudolf (Hg.): Deutsche biographische Enzyklopädie (DBE), 12 Bde., München/New Providence/London/Paris 1995–2000. [bis Bd. 2 hg. v. W. Killy, nach dessen Tod fortgesetzt v. R. Vierhaus]

**Quellen** zu Widerstand und Verfolgung unter der NS-Diktatur in hessischen Archiven. Übersicht über die Bestände in Archiven und Dokumentationsstellen, hg. v. Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, bearb. v. Herbert Bauch, Volker Eichler, Ulrich Eisenbach, Rolf Engelke u. Wolfgang Form (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. 57), Wiesbaden 1995.

**Schuder**, Werner (Hg.): Kürschners deutscher Gelehrten-Kalender 1961. Neunte Ausgabe, 2 Bde., Berlin 1961.

**Schwarz**, Max: MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965.

**Stockhorst**, Erich: Fünftausend Köpfe. Wer war was im Dritten Reich, Velbert/Kettwig 1967.

**Weiß**, Hermann (Hg.): Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1998.

**Wistrich**, Robert: Wer war wer im Dritten Reich. Anhänger, Mitläufer, Gegner aus Politik, Wirtschaft, Militär, Kunst und Wissenschaft, München 1983; Lizenzausgabe unter dem Titel: Wer war wer im Dritten Reich. Ein biographisches Lexikon. Anhänger, Mitläufer, Gegner aus Politik, Wirtschaft, Militär, Kunst und Wissenschaft, Frankfurt a. M. (überab. u. erw.) 1987.

## Index

Personen<sup>1</sup>

## A

A., Else (Büroangestellte, Hadamar) 410, 463  
 A., Erna (Büroangestellte, Pirna) 422  
 A., Ernst (Verlagsinhaber, Wiesbaden) 165  
 A., Eugen (Arzt, Scheuern) 393  
 A., Georg (Pfleger, Scheuern/Hadamar) 617  
 A., Hedwig, verh. H. (Sekretärin, Pirna/Bernburg/Hartheim) 407, 618, 423, **725**  
 A., Kurt (Pfleger, Hadamar) 463  
 A., Maria (Pflegerin, Niedermarsberg/Eichberg/Hadamar) 527, 618 f., **725**  
 A., Paul (1. Verwaltungsbeamter, Herborn) 267, 276, 431, **725**  
 A., Walter (Oberstabsarzt, ehem. Minsk) 527  
 Adickes, Franz 53  
 Adler (Amtsarzt, Dillenburg) 310  
 Adlhoeh, Walter 576  
 Allers, Dietrich 372 f., 469, 516, 556, 559, 574, 587, 609–613, 619 f., 622, 627–629, 636–642, 648 f., 651–653, **725**  
 Altvater, William 265, 288, 293, 316, 448, 452, 455, 480, 623, 708, **725**  
 Aly, Götz 10 f., 367, 373, 505, 511, 520 f., 528, 533, 547, 555, 568, 587 f., 628, 650, 703, 706  
 Amelburga (Oberin, Hadamar) 69  
 Andreea, Georg 160, 285, 319, 383 f., 388, 481, 489, 493 f.  
 Arnim (-Rittgarten), Dietloff von 287, 383, 399  
 Arntz (Stadtrat Frankfurt) 347  
 Asch, Bruno 121  
 Astel, Karl 246, 248 f., 272, 386, 567, **725**  
 Aveni, Wilhelm (Willi) 281, 344, 482 f., 594, 605, **725**

## B

B. (Frau von Rudolf B., Familienpflegestelle, Diethardt) 474  
 B. (Pflegerin, Eichberg) 156  
 B. (Rechtsanwalt, Wiesbaden) 205 f.  
 B. (Verwaltungsbeamter, ehem. Göttingen) 481  
 B., Alexander (Angehöriger, Bad Homburg) 365, 490  
 B., Anita (Schwester, Scheuern) 448  
 B., Anna (Direktorin, Steinmühle) 102, 264  
 B., Auguste (Küchenleiterin, Kalmenhof) 600  
 B., Elisabeth (Schwester, Weilmünster) 448, 455  
 B., Ernst (Arzt, Herborn/Weilmünster) 251, 392, 430, 515  
 B., Ernst (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 97  
 B., Emilie („Emmy“) (Verwaltungsangestellte, Hadamar/Eichberg) 426, **725**  
 B., Emma („Emmi“) (Pflegerin, Hadamar) 427, 462, 527, 618 f., **725**  
 B., Friedrich (Verwaltungsbeamter, Hadamar) 428, **725**  
 B., G. (Sohn von Arzt Ernst B.) 472, 501  
 B., Georg (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 147  
 B., Herbert (ehem. Patient, Herborn/Weilmünster) 298, 456, 497, 582, 613  
 B., Hermann (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 124, 130  
 B., Hugo (Obergärtner, Idstein) 194, 456  
 B., Johann (Arbeiter, Hadamar) 409, 420–423, 439, 464 f., **725**  
 B., Josef (Pfleger, Goddelau) 585  
 B., Karl (Verwaltungsangestellter, Wiesbaden) 364  
 B., Kurt (Leichenverbrenner, Hadamar/Sobibor) 529  
 B., Margarete (Angehörige, Frankfurt a. M.) 659  
 B., Mathias (Hilfsarbeiter, Hartheim) 439

B., Max (Pfleger, Hadamar) 463  
 B., Michael (Pfleger, Hadamar) 428, **725**  
 B., Otto (Patient/Arzt, Eichberg) 291, 570, 576  
 B., Philipp (Pförtner/Pfleger, Hadamar) 143, 145  
 B., Thekla, geb. M. (Verwaltungsangestellte, Hadamar) 429, 462 f., 465  
 B., Wilhelm (ehem. Pflegeheimdirektor, Darmstadt-Eberstadt) 330  
 B., Wilhelm (Sektionsgehilfe, Eichberg) 550  
 B., Willi (Arbeiter/Waschküche, Hadamar) 463  
 B., Willi (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 136 f., 147  
 Ba., Hans oder Ernst (Leichenverbrenner, Hadamar) 463  
 Baldes (Verwaltungsbeamter, Frankfurt a. M.) 578  
 Bauer, Fritz 19, 581  
 Bauer, Yehuda 705  
 Baumhard, Ernst 434, 439, 463, **725**, 728  
 Be. (Polizeibeamter, Hadamar) 420, 463  
 Becker, August 463, 516  
 Becker, Hans-Joachim 427, 482, 491, 556, 609 f., 627–630, 638, 641–644, 651–653, **726**  
 Becker, Herbert 516, 518 f., 543, 554  
 Beckmann, Ernst 313, 364  
 Behr, Hans-Joachim 26, 39, 75, 125, 704  
 Behagel, Fritz 664  
 Berger, Adolf Erwin 716  
 Bergmann, Alexander 501  
 Berkelmann (SS-Führer, Rhein/Westmark) 265, 283, 475, 676  
 Berner, Friedrich 434, 436 f., 439, 440, 463, 465, 523, **726**  
 Bernotat, Auguste, geb. R. 262, 348, 354 f., 410, 545, 556, 690, 709 f., 726  
 Bernotat, Fritz 38 f., 55, 57 f., 60, 94, 102 f., 105–114, 116–119, 130, 134, 138, 144, 149–151, 153, 157, 160 f., 165 f., 169, 172–175, 180 f., 186, 192, 194–197, 199–201, 205, 207–215, 218 f., 221 f., 225 f., 228 f., 232, 234 f., 242–244, 251, 261–281, 283–302, 305, 309 f., 312–317, 320 f., 323 f., 326, 329, 332, 338–340, 346, 348–360, 362–366, 376–379, 384, 390 f., 393 f., 396, 402, 404–406, 409–419, 426–428, 430 f., 433 f., 436–439, 441 f., 446, 448, 450, 453, 456–459, 461, 470, 473–478, 480–482, 485–488, 490, 492, 494 f., 499, 507, 509 f., 513 f., 518–521, 528, 530, 534, 537, 540–547, 549, 551–567, 569, 572–574, 576, 578–580, 584, 587 f., 591–593, 595, 600–605, 608–620, 622–626, 629–631, 635–640, 643–648, 651–669, 671–673, 676 f., 679, 682–686, 689–691, 693–699, 702, 708–711, 714–716, **726**, 727, 729, 732, 740  
 Bertram, Adolf 503  
 Bessel (Anstaltsdezerent, Königsberg) 285, 649  
 Best, Werner 167, 217, 352, 361, **726**  
 Beyerhaus, Georg 449  
 Binding, Karl 318, 393  
 Bismarck, Otto von 173  
 Blankenburg, Werner 372, 376, 378, 469, 475, 529, 544, 563, 620, 628, 631, 661  
 Blasius, Dirk 47  
 Blum, Peter Joseph 209  
 Blum, Philipp (Pförtner/Leichenbestatter, Hadamar) 408  
 Böckmann (Regierungsvizepräsident, Wiesbaden) 680, 689  
 Bodelschwingh, Friedrich von 194, 198, 202, 212 f., 215 f., 218 f., 221, 240, 289, 388, 417  
 Boeckmann, von (Landeshauptmann) 162  
 Bohne, Gerhard 377, 493  
 Bommel, Gerhard 272  
 Borkowski, Margarete 618, 658, 660 f., **726**  
 Borm, Kurt 380, 464  
 Bormann, Albert 370  
 Bormann, Martin 130, 234, 344, 351, 359, 370, 506, 673 f.  
 Bouhler, Philipp 370–372, 385, 417, 504, 528 f., **727**  
 Bracher, Karl Dietrich 704  
 Brack, Viktor 324, 369, 372 f., 377 f., 381 f., 385, 398–400, 407, 433, 436, 469, 475, 482, 499, 501, 506,

<sup>1</sup> Fett gedruckte Seitenzahlen verweisen auf Einträge im biografischen Anhang.

512, 516, 522, 526, 528 f., 533, 545, 568, 627 f., 631, **727**

Brandt, Karl 14, 318, 324 f., 369 f., 373, 546, 572–574, 577 f., 587 f., 609, 625, 627–629, 631–633, 637–639, 648, 651–653, 677, 702–704, **727**

Brandt, Rudolf 360 f.

Braune, Paul Gerhard 233, 503, **727**

Bremhorst, Albert 632

Bresler, Johann 319

Browning, Christopher R. 705, 707

Broszat, Martin 88, 239, 263, 334, 704

Bruchhäuser, Norbert 91

Brüning, Heinrich 89, 133, 173

Buch, Georg 103

Bünger (Verwaltungsleiter, Hadamar) 439, 463, 465

Bunke, Heinrich 380, 408, 464, 469

Bürckel, Josef 687, 735

Bürger-Prinz, Hans 435, 728

Burleigh, Michael 548

## C

C., Elfriede („Frieda“) (Ärztin, Eichberg) 129, 254, 393, 404, 448, 478, 535, **727**

C., Emmy (Verwaltungsangestellte, Wiesbaden) 247

C., Erich (jüdischer Patient, Weilmünster) 256

C., Friedrich (Anstaltsgeistlicher, Goddelau) 589

C., Heinz (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden/Prag) 354

C., Leopold (Arzt, Eichberg) 393, 448, 576, 647

C.-N. (Vormund, Saarrbrücken) 676

Caplan, Jane 89, 128, 133, 142

Catel, Werner 541, 709

Chroust, Peter 607

Ciano, Galeazzo 335

Cnyrim, Heinrich 370

Cording, Clemens 473, 707

Conti, Leonardo 234, 370, 373, 380, 386–389, 394, 408, 469, 512, 546, 572, 632 f., 659, 672, **727**

de Crinis, Max 377, 556, 587

Creutz, Walter 383, 444, 447, 449, 548, 558, 611, **727**

Cropp, Fritz 632–634, 636

Czerwick, Ernst 60

## D

D., Anna (ehem. Patientin, Weilmünster) 583, 592, 600

D., Edith (Verwaltungsangestellte, Bernburg) 468

D., Heinrich (Pfleger, Eichberg) 448

D., Hermine (Hausleiterin, Idstein) 600 f.

D., Jakob (Landwirt, Hattenheim) 603

D., Johann (in Hadamar ermordeter Patient) 491

D., Max (Arzt, Schwiegersonn von Ludwig/Louis W.) 552

D., Regine (ehem. Patientin, Weilmünster) 570, 582

D., Therese, verh. H. (Verwaltungsangestellte, Wiesbaden) 180, 270, 394, 415, 638, 645, 689 f., **727**

Daluege, Kurt 103

Darwin, Charles 238

Daub, Ute 12, 316

Daum, Monika 607

Debus, Dieter 482, 507

Deussen, Julius 551

Dickel, Horst 282 f.

Dietrich, Ernst Ludwig 169

Dietrich, Johanna 599, 602

Dietrich, Martin 599, 602 f.

Dörner, Oswald 716

Dorten, Adam 80–83, 103, **727**

Dreßen, Willi 397

Dubitscher (Reichsgesundheitsamt, Berlin) 248

Dubois, Karl Werner („Werner“) 463, 468, 529

Dürr (Kreisrat, Eglfing) 248

## E

E., Christian (Pförtner, Hadamar) 428, 655, **727**

E., Heinrich (Pfleger, Weilmünster) 292

E., Jakob („Taubstummenoberlehrer“, Camberg) 210

E., Johann (Telefonist/Verwaltungsangestellter, Eichberg) 458

E., Katharina („Käthe“) (Pflegerin, Eichberg) 448, 465, 468, 525

E., Maria, geb. L. (in Hadamar ermordete Patientin) 489

E., Willi (in Hadamar ermordeter Patient) 491

E., Willy (Assessor, ehem. Wiesbaden) 480

Eb. (mutmaßl. Verwaltungsangestellte, Hadamar) 463

Eberl, Irmfried 380 f., 400, 408, 414, 464, 526

Ebrecht (Angeklagter, Hannover) 326

Eck, Rudolf 199, 228

Ehrler, Fritz 59, 80, 101, **727**

Ehrlicher, Friedrich 664

Eichmann, Adolf 368 f.

Eigruber, August 381, 400, 469, **727**

Eimann, Kurt 326

Eller, Peter 273

Endruweit, Klaus 380

Enge, Johannes 319, 504

Engel, Gerhard 326

Engelbracht, Gerda 328, 582

Erzberger, Matthias 76, 78

Eulenburg, Botho Graf zu 32

Ewald, Gottfried 285 f., 371 f., 451, 504

Ex. (Fahrer, Hadamar) 463

## F

F. (Büroangestellte, Kalmenhof) 600

F. (Landesbankdirektor, Wiesbaden) 350

F., Alfred (Büromitarbeiter, Hadamar) 423, **727**

F., Elisabeth → N., Elisabeth, verh. F.

F., Elise, geb. T. (Verwaltungsangestellte, Grafeneck/Hadamar) 422, 524 f., **727**

F., Erich (Kurier, Berlin) 463

F., Ernst (Schuhmacher, Eichberg) 603

F., Gertrud, geb. K. (Verwaltungsangestellte, Hadamar) 412, 420, 462 f., 523, 527

F., Helmut (ehem. Sonnenstein/Hartheim, Ehemann von Elisabeth F. geb. N.) 423, 737

F., Karl (1. Verwaltungsbeamter, Weilmünster) 189, 265 f., 274, 277, 302, 431, 477, 529, 591–593, 644, 647, **727**

F., Karl (Leichenverbrenner, Hadamar) 463

F., Karoline (in Hadamar ermordete Patientin) 491

F., Hanna (Ehefrau von Ernst F., Eichberg) 603

F., Heinrich (Patient, Weilmünster) 494 f.

F., Herbert (Leichenverbrenner, Hadamar) 463

F., Jakob (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 137

F., Josef (Verwaltungsangestellter, Wiesbaden) 180, 472

F., Ludwig (Gutsverwalter, Idstein) 601

F., Margarete („Rita“) (Pflegerin, Eichberg) 537, 569, 677

F., Max (Verwaltungsangestellter, Wiesbaden/Hadamar) 617

F., Pauline (Pflegerin, Eichberg) 156

F., Rita → F., Margarete

F., Theodor (Pfleger, Hadamar) 463

F., Werner (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 73

F., Wilhelm (Richter, Fränkisch-Crumbach) 494 f.

F., Willy (Verwaltungsangestellter, Hadamar) 617

Faltlhauser, Valentin 377, 549, 685

Faulstich, Heinz 10, 65, 78, 225, 282 f., 286, 293, 295, 300, 304, 310–312, 314–316, 471, 572, 574, 577, 581, 585

Fausser, Martha 567

Fernholz, Alfred 386 f., 447, 541, 567, 608, **728**

Fiehler, Karl 231, **728**

Fischer, Hans Joachim 272, 285

Fischer-Defoy, Werner 223, 241, 320, 483, 537, 594, **728**

Forster, Albert 325, **728**

Frank (Eltern von Hans Frank) 490  
 Frank, Hans (in Hadamar ermordeter Patient) 490  
 Freisler, Roland 499, 501  
 Frick, Constantin 185, 198, 202, 212, 219  
 Frick, Wilhelm 90, 104, 106, 109, 127, 139, 141, 170, 228, 241, 336 f., 339 f., 344, 348–351, 356, 359, 362, 365, 370, 383, 469, 471 f., 673 f., 695  
 Frie, Ewald 35, 41, 45, 47, 61, 66 f., 71  
 Friedlander, Henry 10, 239, 264, 367 f., 370, 373 f., 378, 382, 430, 436, 464, 473, 528 f., 569, 628, 707  
 Friedrich, Hans 437, 545  
 Friedrich, Ulla 437, 545  
 Fromm, Franz 463  
 Fuchs, Franz 667  
 Funk, Walther 307

## G

G. (Fahrer, Wiesbaden/Prag) 354  
 G. (Landgerichtsdirektor, Wiesbaden) 191  
 G., Anneliese (Verwaltungsangestellte, Pirna-Sonnenstein) 423, **728**  
 G., Anton (Gärtner, Hadamar) 428, 432, **728**  
 G., Emilie (Zeugin, Frankfurt a. M.) 465  
 G., Ferdinand (Pfleger, Eichberg/Östlich) 603  
 G., Fritz (Pfleger, Hadamar) 463  
 G., Gustav (Angehöriger, Wesermünde) 625, 646  
 G., Hermann (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 655, 657  
*G., Ilse → L., Ilse, verh. G.*  
 G., Inge (in Hadamar ermordete Patientin) 491  
 G., Lina, geb. St. (Verwaltungsangestellte, Grafeneck/Hadamar/Eichberg) 524 f., 617, **728**  
 G., Ludwig (Angehöriger, Frankfurt a. M.-Griesheim) 491  
 G., Margot (Pflegerin, Hadamar) 463  
 G., Stanislaus (Zeuge, Weilmünster) 455 f., 570, 583  
 G., Walter (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 95, 173, 176, 264  
 Gablenz, Adolf v. 103, 159, 160  
 Galen, Clemens Graf von 381, 384, 502 f., 505  
 Ganssart, Kurt 91  
 Gareis (Direktor, Eltville) 545  
 Gauhl, Werner 114, 232, 657, 662, 665–668, 670, 677, 702, 709, 716, **728**  
 Geiler, Karl 452  
 Gemeinder, Peter 95  
 Gensler, Franz 68 f., 193, 203–206, 226  
 Georgi, Ernst 211–213, 215, 388, 567, 585, **728**  
 Gercke, A. („Rassenforscher“, Berlin) 254  
 Gerlach, Christian 14, 707  
 Gerland, Karl 674, 678, **728**  
 Gessner, Ludwig 162, 326, 382–384, 451, 494  
 Giese, Hermann 246, 250  
 Globocnik, Odilo 528 f.  
 Göbel (Pfarrer/Dekan, Hadamar) 181, 205  
 Goebbels, Joseph 86, 154, 163, 459, 481, 503, 505 f.  
 Goldzier, Hans 318  
 Gomerski, Hubert 463, 465, 468  
 Gorgaß, Hans Bodo 314, 380 f., 393, 434–437, 440, 451, 460, 463, 465, 467 f., 514, 522–527, 540, 559, 567, 698, 708, **728**  
 Gorgaß, K. (Ehefrau von Hans Bodo Gorgaß) 525, 527  
 Göring, Hermann 106, 122, 170, 261, 307, 334–337, 339, 347, 350–352, 357, 365, 370, 496, 674  
 Gottberg, Curt von 209, 235 f.  
 Grabowski, Walter 650, **729**  
 Graf, Willi (auch Willy) 207  
 Greife, H. (Autor) 157  
 Greiser, Arthur 325, **729**  
 Grimm, Hans 157  
 Grimm, Jacob u. Wilhelm 168  
 Gross (Staatskommissär, Prag) 235 f., 348

Grossmann (Ehefrau von Wilhelm Grossmann) 601  
 Grossmann, Wilhelm 448, 454, 460, 514, 540 f., 543 f., 600 f., 605, **729**  
 Gründel, Kurt 716  
 Gründgens, Gustav 358  
 Grzesinski, Albert 342  
 Gürtner, Franz 134, 371, 421  
 Gumbmann, Käthe 428, 527, 583, 618, 622 f., **729**

## H

H. (Patient/Kind, Eichberg) 536  
 H. (Verwaltungsangestellte, Wiesbaden/Prag) 354  
 H., Andreas (Arbeiter/Betreuer, Wacholderhof/Eichberg) 647, **729**  
 H., Auguste (Verwaltungsangestellte, Wiesbaden) 181, 354  
 H., Berthold (Koch, Hadamar) 428, 430, **729**  
 H., Charlotte (Patientin, Weilmünster/Hadamar) 570, 599  
 H., Dorothea von (Ärztin, Frankfurt a. M.) 537, 578 f.  
 H., E. (Gärtnerin/Erzieherin, Steinmühle) 281  
 H., Elfriede, verh. H. (Verwaltungsangestellte, Hadamar) 421, 423 f., 468, 524, **729**  
 H., Elsbeth (Verwaltungsangestellte, Wiesbaden) 247  
 H., Emil (Leichenverbrenner, Pirna-Sonnenstein) 725  
 H., Erika (Verwaltungsangestellte, Berlin) 370  
 H., Ferdinand (chem. Patient, Eichberg) 496, 537, 683  
 H., Franz (Fahrer, Hartheim) 407, 421, 526  
 H., Gerda (Verwaltungsangestellte, Wiesbaden) 655  
 H., Gertrud, verh. S. (Pflegerin, Hadamar) 423, 430, 433, 463, 465, 468 f., 475, 572, 619, **729**  
 H., Hedwig (Pflegerin, Hadamar) 618, **729**  
*H., Hedwig, geb. A. → A., Hedwig, verh. H.*  
 H., Heinrich (Angehöriger, Darmstadt) 446  
 H., Johann (landwirtschaftl. Arbeiter, Hadamar) 428, **729**  
 H., Johannes (Registramitarbeiter, Berlin) 408, 469  
 H., Josef (Oberpfleger, Eichberg) 603  
 H., Karl (Gutsverwalter, Wacholderhof/Eichberg) 604  
 H., Margarete („Marga“) (Verwaltungsangestellte, Wiesbaden) 270, **729**  
 H., Maria, geb. A. (Pflegerin, Hartheim) 526  
 H., Paul (Ernährungssachverständiger, Offenbach) 600  
 H., Paul (Pfleger, Hadamar) 431, 440, 468, 515, 523, 525, 527, 616, 623, **730**  
 H., Peter (Ernährungssachverständiger, Wiesbaden) 600  
 H., Rudolf (Verwaltungsangestellter, Hadamar/Berlin/Hartheim) 375, 410, 412, 429  
 H., Theophil (in Hadamar ermordeter Patient) 624 f., 646  
*H., Therese → D., Therese, verh. H.*  
 H., Walter (Arzt, Eichberg) 552  
 H., Willi (Beschäftigter der Stadtverwaltung, Hadamar) 685  
 Ha., Mathilde (Verwaltungsangestellte, Bernburg) 421  
 Haake, Heinz 86, 114 f., 162, 382 f., 449, 643, **730**  
 Haas, August 59, **730**  
 Haas, Steffen 80  
 Hackbarth, Käthe 423, 427, 462 f., 524 f., 615 f., 618, 623 f., 649, **730**  
 Haenisch, Konrad 60, 81, **730**  
 Hansen, Eckhard 225, 230 f., 330  
 Happich, Fritz 186, 197 f., 215 f., 219, 289  
 Harms, Ingo 299, 329  
 Harmsen, Hans 197, 319  
 Hartl, Albert 201, 229, 324  
 Härtle, Benedikt 70, 281, 423–425, 428, 439, 440, 455, 462, 468, 527, 610, 612, 686, **730**  
 Haug, Wilhelm 200, 228–230, 232, **730**  
 Haus, Friedrich 374, 401, 410, 429, 436, 621  
 Hebold, Otto 388, 549  
 Hecker (Mitarbeiter der Gauleitung, Frankfurt a. M.) 604  
 Hecker, Walter 664  
 Hefelmann, Hans 370, 372, 375, 377, 385, 401, 507, 532–536, 560, **730**

- Hefermehl (Landgerichtspräsident, Wiesbaden) 498  
 Heffter, Heinrich 59  
 Hegener, Richard von 372, 534–536, 541, 564, 672  
 Heinze, Hans 451, 543 f., 549, 555 f., 566, 588, 628, 651  
 Hendlner, Reinhard 125, 675  
 Henkel, Dieter 11  
 Henkel, Otto 66, 186, 189, 254, 256, 264 f., 278, 291, 367, 375, 377, 391, 394, 497, 563, 584, **730**  
 Hennecke, Günther 463, **730**  
 Herff, von (SS-Hauptpersonalamtsleiter, Berlin) 677  
 Hering, Gottlieb 463, 523, 525, 529  
 Herold (Arzt, Wiesbaden/Eichberg) 672  
 Herrchen, Hans (Jean) 119, 581  
 Herzfeld, Hans 59  
 Heß, Rudolf 92, 226, 234–352, 357–359, 362–366  
 Hessen, Margarethe Beatrice Landgräfin von 333 f.  
 Hessen, Philipp Prinz von 110–112, 116, 120, 123 f., 162, 167, 170, 186, 216 f., 228, 237, 246, 264, 266–268, 281, 296, 302, 307 f., 333–337, 339 f., 345, 409, 414–418, 427, 432, 484 f., 506, 561, 594, 597, 610, 654, 656, 665, 673, 688, 692 f., 696, 702, 708 f., **730**, 740  
 Hessen, Wolfgang Prinz von 334  
 Heuser, Matthias 43  
 Heyde, Werner 313, 371, 373–375, 378 f., 382, 388, 395, 397, 402, 411, 419 f., 434, 442, 449, 453, 463, 465, 469, 493, 501, 505, 512, 516, 524, 548, 729  
 Heydrich, Reinhard 168, 217 f., 225 f., 233, 235 f., 311, 339, 358, 375, 416, 421, 695, 726  
 Hilberg, Raul 15, 707  
 Hildebrand, Klaus 547, 705  
 Hildebrandt, Friedrich (Gauleiter, Schwerin) 233, 326, **731**, 741  
 Hildebrandt, Fritz (Bruder von R. Hildebrandt) 326  
 Hildebrandt, Richard 19, 92, 109, 115, 149, 162, 166, 179, 191, 200–202, 209, 217, 228, 234–236, 263–267, 279, 296, 312, 325–327, 332 f., 335–340, 342, 344–348, 350–363, 416, 557, 655, **731**  
 Hildebrandt, W. (Adjutant des Gauleiters, Frankfurt a. M.) 350  
 Hilf, Aloys Ant. 413  
 Hilfrich, Antonius 85, 170, 503 f.  
 Hilgenfeldt, Erich 201, 216, 218, 228–231, **731**  
 Hillgruber, Andreas 704  
 Himmler, Heinrich 92, 112, 115, 148, 168, 179, 191, 216 f., 228 f., 233, 236, 241, 266, 325 f., 333, 335 f., 339 f., 342, 344–347, 350–352, 358–361, 363, 365, 370, 372, 420, 528 f., 669, 674–679, 688, 695, 727, 741, 743  
 Hinsin, Wilhelm 18, 115, 150, 176, 203 f., 243, 249, 251, 253 f., 256 f., 259, 274, 278, 281, 289, 293 f., 317, 320–324, 330, 376, 434, 452, 454, 466, 496, 532, 538, 547, 558, 583 f., 696, 708, 710, **731**  
 Hirsch, Harald 177  
 Hirtreiter, Josef 411, 422 f., 426, 438 f., 523, 529, **731**  
 Hitler, Adolf 16, 86, 90, 93, 101, 108, 109, 116, 127, 130 f., 134, 136, 141, 151, 154, 158, 168, 172 f., 175, 233, 237 f., 261, 263, 284, 315, 318, 321, 324–326, 334 f., 339 f., 345, 357, 367, 369–372, 377, 383 f., 417, 449, 463, 501–503, 505 f., 509, 512, 526, 528, 567, 572, 574, 587, 607, 609, 625, 627–629, 651, 653, 663, 673, 679, 681, 687, 691, 697 f., 702 f., 705 f., 727, 739  
 Hoche, Alfred 318, 393  
 Hochmuth, Anneliese 207, 212  
 Hofmann (SD-Mitarbeiter, Frankfurt a. M.) 191, 198 f., 201 f., 205, 207, 213, 233  
 Hoffmann (Ministerialbeamter, Berlin) 363  
 Hoffmann, Heinrich 46  
 Hohmann (Amtsarzt, Weilburg) 278, 310  
 Holländer (Gaupersonalamtsleiter, Frankfurt a. M.) 356 f., 359  
 Horion, Johannes 34, 52, 75 f.  
 Huber, Irmgard 403, 406 f., 410, 423 f., 428, 438–440, 463 f., 479, 497, 524, 589, 610, 613, 615, 618, 623, 658, 660 f., 685 f., 708, **731**  
 Huber, Paul 33  
 Hugo, Kurt von 246, 250, 279, 283, 309, 341, 741  
 Hundinger (Mitarbeiterin der Inneren Mission, Berlin) 186, 201  
 Hülsen, Ernst von 59, 86, 103, 119, **731**
- I**
- Ilberg, Georg 504  
 Illing, Ernst 373  
 Irmen, Hildegard 745
- J**
- J. (Verwaltungsangestellter, Wiesbaden) 247  
 J., Anne (Schwester, Herborn/Hadamar) 430, 515, **731**  
 J., Anneliese, verh. B. (Mitarbeiterin, Bernburg) 425, **731**  
 J., Friedrich (chem. Patient, Eichberg) 676  
 J., Hermann (Schreinermeister, Eichberg) 603  
 J., Jakob (Oberpfleger, Weilmünster) 70, 143, 391, 456, 489  
 J., Johann (Familienpflegestelle, Hausen v. d. H.) 474  
 J., Konrad (Pfleger, Eichberg) 131, 150  
 J., Liselotte, geb. P. (Verwaltungsangestellte, Berlin) 398  
 Jainz, Kurt 370  
 Jaworsky (US-Oberst/Ankläger, Wiesbaden) 277, 686  
*Jennerwein* → *Brack, Viktor*  
 Jeserich, Kurt 25, 27, 34 f., 41, 50 f., 75 f., 125, 161, **731**  
 Joël (Ministerialbeamter, Berlin) 421  
 Johlen, Ludwig 55 f., 58, 62, 65, 67–71, 78, 96–98, 102, 109, 111–113, 116, 124, 132, 145, 150, 156, 161, 180, 186 f., 189–191, 193, 195–201, 204, 206 f., 222 f., 226–229, 231–236, 243, 258, 263 f., 267–269, 272, 288 f., 316, 329, 338 f., 348, 354, 369, 477, 480–482, 485, 499, 519, 522, 530, 561, 654–658, 669, 672, 693, 711, 714 f., **732**  
 Jordan, Rudolf 380, 399, 401, 492, 494, **732**  
 Jörgeling, A. (NSDAP-Kreisleiter, Weilburg) 581  
 Jühns, Robert 425 f., 469, 529, **732**  
 Jung (Ministerialbeamter, Berlin) 350
- K**
- K. (Rechtsanwalt, Wiesbaden) 205 f.  
 K. (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden/Prag) 354  
 K. (Verwaltungsangestellter, Hadamar) 463  
 K., Anna (Patientin, Herborn) 257  
 K., Christel (in Hadamar ermordete Patientin/Kind) 534  
 K., Eduard (Richter, Hadamar) 408, 464, 468, 479, 501  
 K., Elisabeth (Ärztin, Andernach) 454, 611  
 K., Elise (Angehörige, Marburg) 495  
 K., Emilie (Patientin, Eichberg) 584  
 K., Erwin (Pfleger, Hadamar) 463, 612 f.  
 K., Ewald (Arzt, Andernach) 454  
 K., Fanz-Josef (Arzt, Limburg) 623  
 K., Friedrich (NSDAP-Ortsgruppenleiter, Frankfurt a. M.-Oberrad) 500  
 K., Friedrich (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 130, 172 f., 270, **732**  
 K., Fritz (I. Verwaltungsbeamter, Hadamar) 296, 403, 405, 617, **732**  
 K., Fritz (Landesausschussmitglied, Wiesbaden) 70, 276, 278  
 K., Georg (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 130, 154, 156, 172–175, 428, **732**  
 K., Heinrich (Verwaltungsbeamter, Eichberg) 133 f., 538, 545  
 K., Heinrich (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 136, 232  
 K., Hans (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 84, 93–95, 110, 130, 143, 180, 247, 277, 356, 423, 540, 578, 585, 616, 644, 657, 716, **732**

- K., Ilse (in Hadamar ermordete Patientin) 491, 495  
 K., Ilse (Verwaltungsangestellte, Wiesbaden) 277  
 K., Johann („Hans“) (Mitarbeiter, Hadamar) 423, **732**  
 K., Julius (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 145  
 K., Karl (Fahrer, Weilmünster) 403, 410, 426, 448, 477 f., **732**  
 K., Karl (Oberpfleger, Gießen) 369  
 K., Karl (Landwirt, Kiedrich) 603  
 K., Karl (Verwaltungsangestellter, Wiesbaden) 129  
 K., Katharina („Käthe“) (Pflegerin, Eichberg) 478, 534 f., 538  
 K., Margarete (Verwaltungsangestellte, Kalmenhof) 514  
 K., Maria geb. R. (ehem. Verwaltungsangestellte, Hadamar) 276, 405, 615, 618, 625  
 K., Mathilde (Verwaltungsangestellte, Wiesbaden) 247  
 K., Otto (Fahrer, Hadamar) 463  
 K., Richard (Sohn von Ortsgruppenleiter Friedrich K.) 500  
 K., Susanne (in Hadamar ermordete Patientin) 495  
 K., Veronika (Küchenhilfe, Eichberg) 603  
 K., Walter (Patient, Hadamar/Weilmünster) 468  
 K., Werner (Verwaltungsangestellter, Hadamar) 463  
 K., Wilhelm (Landwirt, Hausen v. d. H.) 294  
 K., Wilhelm (Pfortner/Telefonist, Hadamar) 428, **732**  
 K., Willi (Patient, Hadamar) 667  
 Kaeseler, Käthe (Hausleiterin, Kalmenhof) 600 f.  
 Kaldewey, Walther 377, 611  
 Kalkowsky, Birgit 482, 607  
 Kallweit, Otto (Deckname von Fritz Bernotat) 263, 710, 726  
 Kaminsky, Uwe 10, 259, 315, 387, 574, 587, 628, 635  
 Kappenberg, Agnes, verh. Schrankel 276, 405, 428 f., 438, 462 f., 615, 618, **732**  
 Kaufmann, Adolf Gustav 374, 381, 399–401, 406–412, 418, 421–423, 426 f., 429, 436, 438 f., 447, 464, 469, 475, 697, **733**  
 Kaufmann, Holker 607  
 Kaufmann, Karl 437, 492, 585, **733**  
 Kaufmann, Reinhold 407, 409–411, 421  
 Kaul, Friedrich Karl 10, 370  
 Kempner, Robert M. 385, 417, 512, 590  
 Kerl, Hanns 504  
 Kershaw, Ian 16  
 Kersting, Franz-Werner 292  
 Keul, Heinrich 599, 602–604, **733**  
 Kihn, Berthold 371, 384  
 Kind, Friedrich 109, 117, 268, 338, 654, 714–716  
 Kirchner, Karl 102 f.  
 Kirsten, Otto 150, 338, 351, 359, **733**  
 Kitz, Wilhelm 383  
 Kl., Elisabeth (Verwaltungsangestellte, Bernburg) 421  
 Klee, Ernst 10, 185, 201, 216, 266, 328, 367, 370, 497, 572, 583  
 Klein, Alfons 271, 276 f., 279, 369, 393 f., 403–406, 409–414, 418, 421, 425, 427–432, 438 f., 475, 517, 523–525, 527, 530 f., 610 f., 615–624, 626, 640, 643, 647 f., 660 f., 685 f., 688 f., 708, **733**  
 Kleist, Karl 253, 257, 278, 289, 309 f., 312 f., 316, 319, 435, 448, 477, 577, 592, **733**  
 Klüppel, Manfred 329  
 Knab, Karl 294  
 Knauer (ermordetes Kind, Pseudonym) 324  
 Kneissler, Pauline 462, 525, 527, 571, 618 f., 621–623, 648, **733**  
 Knochen (SD-Mitarbeiter, Berlin) 233  
 Knopp, Guido 607  
 Ko. (Staatsanwaltschaft, Koblenz) 611  
 Koch (Regierungsbeamter, Darmstadt) 567, 585  
 Koch, Fritz 91, 93  
 Köhler (Arzt/Direktor, Wehnen) 590  
 Kolbow, Karl Friedrich 40, 114, 128, 148, 162 f., 230, 272, 381, 383 f., 392, 559 f., 566, 675  
 Koppe, Wilhelm 325, **733**  
 Korn (Landesbankdirektor, Wiesbaden) 209 f., 514  
 Korsch, Edith 465, 527, 618, 621, **733**  
 Kortheuer, August 198–200, 203, **734**  
 Krabbe, Wolfgang R. 41, 77, 125  
 Kranz, Heinrich Wilhelm 241 f., **734**  
 Kranzbühler, Max 56 f., 96 f., 102 f., 109–113, 116 f., 124, 130, 132 f., 135, 137 f., 145, 150, 153 f., 162, 172–178, 180, 194, 210, 242, 244–247, 251, 263 f., 266–268, 270, 323, 335, 338 f., 347–350, 356 f., 363–366, 376, 390 f., 405, 414, 416, 430, 433, 458, 472, 476–478, 480, 485, 487, 510, 513, 522 f., 545, 550, 563, 594, 596, 598, 609, 614, 615, 618, 654, 656–658, 666, 677, 679, 688–690, 693, 709, 711, 714–716, 724, **734**  
 Krebs, Friedrich 114, 121, 149, 171, 232, 306–308, 362, 483, 498, 521, 594, 597 f., 605, 674, 682, 724, **734**  
 Krekel, August 33, 53, 80, 713  
 Kreißl, Anton 363, 366, 560, 675, 678, 688  
 Kremer, Gabriele 74  
 Kremmer, Joseph 90, **734**  
 Kretschmann, Ernst 422, 682, **734**  
 Kretschmer, Ernst 313, **734**  
 Kröger (SD-Mitarbeiter, Berlin) 229  
 Krosigk, Schwerin von 496  
 Krücke, Georg 101, **734**  
 Kühl, Ernst 678  
 Küppers (Staatsanwalt, Frankfurt a. M.) 600, 604
- L**
- L. (Bibliothekar, Wiesbaden) 165  
 L. (Professor, Mainz) 489  
 L., Alexander (Verwaltungsbeamter, Hadamar) 133  
 L., Alfred (Mitarbeiter, Hadamar) 423, **734**  
 L., August (Pensionär, Aachen) 83  
 L., Bernhard (Schuhmacher/Aushilfspfleger, Hadamar) 616, **734**  
 L., Elisabeth (Mitarbeiterin, Hartheim) 422  
 L., Ferdinand (Kalmenhof) 194  
 L., Frieda/Friedel (Pflegerin, Grafeneck/Hadamar) 618, **734**  
 L., Fritz (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 124, 264  
 L., Hans (Koch, Hadamar/Weilmünster) 430, 433, 448, 523, 525 f., 589, 593, **735**  
 L., Heinrich (in Hadamar ermordeter Patient/Kind) 534  
 L., Ilse, verh. G. (Verwaltungsangestellte, Bernburg/Berlin/Hartheim) 370, 425, 427, 529, **735**  
 L., Josef (Patient/Arzt, Eichberg/Weilmünster) 536, 550, **735**  
 L., Juliane (Angehörige, Lampertheim) 490  
 L., Karl (in Hadamar ermordeter Patient) 491  
 L., Karl (landwirtschaftl. Verwalter, Steinmühle) 232  
 L., Maria (Mitarbeiterin, Hartheim) 407  
 L., Maximilian (Mitarbeiter, Hadamar) 420, 424 f., 437, 439, 465, 497, 524, **735**  
 L., Meta (Verwaltungsangestellte, Kalmenhof) 540, 600  
 L., Paul (Pfleger, Eichberg) 603  
 L., Rudi (Fahrer, Hadamar) 463  
 Lamay, Josef 190 f., 193, 201, 207, 223, 226 f., 288 f., 316  
 Lambert, Erwin 407, 411, 529  
 Lammers, Hans Heinrich 344, 362, 370, 504, 673  
 Landsberg (Provinzialverband Rheinprovinz) 383  
 Lang, Konrad 77  
 Lange, Karl 119, 143, **735**  
 Langelüddeke, Albrecht 389, 444 f., 499 f.  
 Langewiesche, Dieter 60  
 Lehmann, Friedrich 112, 120 f., 306 f., 594–597, 673, **735**  
 Lehmkuhl (Medizinalbeamter, Berlin) 208, 243, 251, 289, 294, 311 f., 411, 435  
 Leifheit, Susanne 639  
 Lempp (Arzt, Stuttgart) 536  
 Leonhard (Dozent, Frankfurt a. M.) 577  
 Leuschner, Wilhelm 342, **735**  
 Ley, Robert 506

- Leyser, Ernst Ludwig 111, 687–689, 709, 713 f., **735**  
 Lifton, Robert J. 367  
 Linden, Herbert 14, 208, 243, 248, 251, 289, 294, 311–313, 317, 373, 375, 378, 385 f., 390 f., 395, 398, 411, 427, 435, 449, 469, 505, 511–513, 516 f., 531, 544 f., 549, 553, 556, 558 f., 574, 577, 594, 609, 627–641, 644 f., 648 f., 651–653, 659, 662, 677, 699, 701 f., **735**  
 Linder, Karl 89, 95, 112, 114, 119 f., 122 f., 161 f., 307 f., 349, 359, 362, 596, 598, 616, **735**  
 Lindpaintner, Philipp Heinrich 43, 273  
 Lommel, Hans 119  
 Lonauer, Rudolf 430, 549, **735**  
 Lorent, Friedrich/Robert 374, 482, 491, 507, 523, 533, 539, 541, 544, 610, 621, 650  
 Loschelder (Ministerialbeamter, Berlin) 344  
 Lückoff, Wilhelm 143, 369, 430 f., 515, 523, 525, 527, 583, 599, 610, 612, 618, **735**  
 Ludewig, Max 116, 124, 135–137, 152, 174 f., 177 f., 263, 268, 654, 656, 711, 715, **736**  
 Lüninck, Ferdinand Freiherr von 124  
 Lüsebrink (Parteigericht, München) 336 f., 339 f., 357, 360  
 Lutsch, Wilhelm 53–55, 57, 70, 97, 101–103, 105–107, 111, 176, 713 f., **736**  
 Lutz, Petra 494
- M**
- M. (Ehefrau von Hermann M.) 132  
 M. (Verwaltungsbeamter, Haina) 678  
 M., August (Leichenverbrenner, Hadamar) 462 f., 529  
 M., Edith (Verwaltungsangestellte, Wiesbaden) 247  
 M., Elisabeth (Fürsorgerin, Wiesbaden) 388, 452, 468, 479, 497  
 M., Else (Verwaltungsangestellte, Hadamar) 411, 426  
 M., Freya (Verwaltungsangestellte, Grafeneck) 465  
 M., Helene (Verwaltungsangestellte, Hadamar) 428, 432, 523, **736**  
 M., Hermann (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 130–133, 155 f., 173, 181, 270, 657 f., **736**  
 M., Irene (Verwaltungsangestellte, Wiesbaden) 144 f., 180, 458, 515  
 M., Johann (Pfeger, Eichberg) 569  
 M., Johanna („Hanni“), verh. Sch. (Verwaltungsangestellte, Hadamar) 380, 421–425, 430, 439, 462, 465, 468, 523, 527, **736**  
 M., Karl (Patient/Aushilfspfleger, Hadamar) 624  
 M., Katharina, geb. Sch. (Zeugin, Hadamar) 641  
 M., Klara, geb. H., verw. D. (Verwaltungsangestellte, Berlin/Hartheim) 426, 432  
 M., Kurt (Registramitarbeiter, Berlin) 507  
 M., Marie (Schwester, Nieder-Ramstadt) 567  
 M., Martha (Zeugin) 364  
 M., Mina (Zeugin, Hadamar) 615  
 M., Otto (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden/Prag) 130, 155, 267, 270, 354, **736**  
 M., Otto (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 136, 139, 472  
 M., Paula (Verwaltungsangestellte, Eichberg) 669, 683  
 M., Pauline (Schulleiterin, Camberg) 210  
 M., Peter (Verwaltungsangestellter, Goddelau) 395, 489  
 M., Richard (Zeuge, St. Goarshausen) 668  
 M., Rudolf (Verwaltungsbeamter, Kassel) 147  
 M., Wilhelm (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 129, 657, **736**  
 M., Willi (Zeichner/Fotograf, Marburg) 167  
 M., Witold (Verwaltungsangestellter, Wiesbaden/Prag) 267, 354  
 Mai (Verwaltungsbeamter, Kassel) 338  
 Marien-Lunderup, Regina 573 f.  
 Marquardt (Medizinalbeamter, Braunschweig) 386  
 Martini, Oskar 664  
 Masorsky, Peter 251, 260, 278, 330, 402–405, 477, 614, **736**  
 Matthias (Anstaltsdezernent, Kattowitz) 285  
 Matzerath, Horst 12, 704  
 Mauthe, Otto 392, 469  
 Mauz, Friedrich 371  
 May, Ernst 271  
 Mayer, Joseph 324  
 Mayer, Theodor 167  
 Mazuw, Ernst 271, 325 f., 333, **736**  
 Maxeiner, Heinrich 625  
 Me. (Verwaltungsangestellter, Wiesbaden) 130, 154  
 Mecking, Christoph 12, 21 f.  
 Medicus (Ministerialbeamter, Berlin) 350  
 Meister, Wilhelm von 80, **736**  
 Mendel, Gregor 238  
 Mennecke (Mutter von Karl und Friedrich Mennecke) 254  
 Mennecke, Eva, geb. W. 19, 322 f., 375 f., 379–381, 384, 395, 402, 405, 434, 437, 443, 448 f., 457, 463, 506, 522, 524–526, 532, 536, 538, 540, 542–547, 549–552, 555–557, 559 f., 562–565, 567, 577, 584, 587, 602 f., 605, 610, 651, 673, 677, 699, 736  
 Mennecke, Friedrich 19, 94, 116, 150, 156, 176, 180 f., 224, 245, 252, 254, 258, 264, 266, 277, 289–291, 293, 295, 297 f., 309, 313 f., 316, 320–324, 326, 348, 372 f., 375–381, 384, 391–396, 398, 402, 404–406, 409, 411, 413, 416–418, 434, 436 f., 441 f., 446, 448, 452, 454–458, 463 f., 468 f., 474, 476, 478, 481, 489, 492, 496 f., 499, 505 f., 514, 519 f., 522–526, 529, 531 f., 534–536, 538, 540–569, 576 f., 584, 587 f., 590, 592, 598, 602 f., 605, 609 f., 619, 628, 630, 636, 647, 651, 654, 656, 671–673, 676 f., 685, 697, 705, 708, **736**  
 Mennecke, Karl 506  
 Merkle, Adolf 423, 615–617, **737**  
 Meyer, Alfred 381, 692, **737**  
 Meyer, Heinrich 12, 451  
 Michael, Hedwig 463  
 Mielke, Fred 336  
 Mitscherlich, Alexander 446  
 Momm, Willy 81, **737**  
 Mommsen, Hans 15 f., 58, 60, 89, 93, 127, 138, 704 f.  
 Monbart, Konrad von 311  
 Mörchen, W. (Gauärztführer, Frankfurt a. M.) 579  
 Moos, Erich 144, 180, 420, 430–432, 448, 455, 572, 616, 622, **737**  
 Mordacq, Henri 83  
 Mühl-Benninghaus, Sigrun 106, 108, 141  
 Müller (Landesoberbaurat, Wiesbaden) 107, 117, 714 f.  
 Müller (Stadtrat, Frankfurt a. M.) 485, 596  
 Müller, Emma 193, 600 f.  
 Müller, Ernst 193, 449, 454, 460, 543, 600 f., 605, **737**  
 Müller, Kurt 114, 470, 474 f., 517 f., 530, 545, 556, 558, 619, 630, 643, 655–657, 709, 716, **737**  
 Müller, Ludwig 169  
 Müller, Maria (Pflegerin, Kalmenhof) 540  
 Müller, Robert 549, 582  
 Müller-Bruckmüller (Arzt, Stuttgart) 536  
 Müller-Hacius, Otto 162  
 Murr, Wilhelm 399, 401, 469, 492, **737**  
 Mussolini, Benito 334 f., 674  
 Mutschmann, Martin 399–401, **737**
- N**
- N., Elisabeth, verh. F. (Verwaltungsangestellte, Hadamar) 421–423, **737**  
 N., Vinzenz (Leichenverbrenner, Hartheim) 439  
 Nagel, Ludwig 714  
 Neef, Hermann 90, **737**  
 Nell, A. (evangelischer Verbandsvorsitzender, Mönchengladbach) 195, 212 f., 219  
 Netscher (Verwaltungsleiter, Hadamar) 422, 463  
 Nicolai, Helmut 157

Nitsche, Paul 204, 237, 248, 298, 313, 328, 371 f., 374, 377, 395, 397, 400, 411, 449, 451 f., 469, 516, 518–520, 524 f., 532, 541, 543–545, 548 f., 551, 553–556, 558, 562, 567, 586–588, 628–630, 649, 651, 676 f., 740  
 Noakes, Jeremy 114, 123, 628  
 Nordmann (Amtsarzt, Rüdesheim) 289, 310  
 Nowak, Kurt 240

## O

O., Alfred (Verwaltungsmitarbeiter, Wiesbaden) 247  
 O., Franz (Studienrat, Mainz) 490  
 O., Robert (Pfleger, Herborn/Hadamar) 143, 146, 354, 430, 432, 515, 525, 527, **737**  
 Oels, Arnold 372–374, 421, 527, 619, 621 f.  
 Oeynhaus (Regierungspräsident, Minden) 218  
 Ohl, Otto 201, 401  
 Otto, Kurt 161 f., 382 f.

## P

P., Adolf (1. Verwaltungsbeamter, Eichberg) 278, 577, 579 f., 592, 598, 672 f., 690, **738**  
 P., Alois (Melker, Wacholderhof/Eichberg) 603  
 P., Alwine (Mutter des in Eichberg ermordeten Ernst P.) 537  
 P., Anneliese (Ärztin, Frankfurt a. M.) 537  
 P., Ernst (Arzt, Hadamar) 85, 106 f.  
 P., Ernst (in Eichberg ermordeter Patient) 537  
 P., Ernst (Patient, Weilmünster, in Hadamar ermordet) 583  
 P., Franziska (Pflegerin, Eichberg) 448, 456  
 P., Lotte E. (Angehörige, Frankfurt a. M.) 369  
 P., Philipp (Mitarbeiter/Küche, Hadamar) 423, **738**  
 P., Romuald (Gutsverwalter, Herborn) 181  
 P., Willi (Fahrer, Hadamar) 463  
 Pancke, Günther 235  
 Panske, Friedrich 371, 394  
 Papen, von (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 59  
 Paulstich (Abteilungsleiter, Berlin) 249, 252 f.  
 Pappenheim, Gottfried Rabe von 52  
 Petermann, Heinrich 559  
 Petri, Carl 401, 567  
 Pfannmüller, Hermann 369, 375, 377, 444, 481, 493, 550  
 Pfeffer, Fritz von 311 f., 352 f., 362, 498, 671, 702, **738**  
 Pfundtner, Hans 90, 216–218, 347, 359  
 Philipps, Wilhelm 401  
 Pick (Finanzdezernent, Wiesbaden) 716  
 PiékarSKI, Felix 95, 112, 114, 347, 689  
 Pineau (frz. Oberst, Wiesbaden) 81  
 Pius XI. (Papst) 170, 191  
 Plewe, Karl 55, 78, 103, 105–107, 116, 714, **738**  
 Pohl, Oswald 235  
 Pohlisch, Kurt 371, 394  
 Pork, Rudolf 559 f., 593, 634, **738**  
 Prestel, Rudolf 483, 578, 664, **738**  
 Preuschen, Freiherr von (Rechtsanwalt, Wiesbaden) 415, 674  
 Preuß, Hugo 341  
 Preußen, August Wilhelm Prinz von 334  
 Preußen, Margarethe Beatrice Prinzessin von, Landgräfin von Hessen 334, 674  
 Pünder, Tilman 73

## Q

Quambusch, Hans 321, 378, 497 f., 501 f., 600–602, 604

## R

R. (1. Verwaltungsbeamter, Herborn) 276  
 R. (Rechtsanwalt) 541  
 R. (Verwaltungsangestellter, Wiesbaden/Prag) 354

R., Auguste → Bernotat, Auguste, geb. R.  
 R., Bernhard (Arzt, Eichberg) 295, 456 f., 478, 489, **738**  
 R., Fritz (Registramitarbeiter, Berlin) 395  
 R., Fritz (ehem. Mitarbeiter des Generalstaatsanwalts, Frankfurt a. M.) 495  
 R., Helga (Schwester, Hadamar) 430, 515, 527, **738**  
 R., Hilde (Pflegerin, Hadamar) 526, 618, **738**  
 R., Hildegard („Hilde“) (Verwaltungsangestellte, Hadamar) 423–425, 462, 465, 468, **738**  
 R., Irmgard (Verwaltungsangestellte, Berlin) 371  
 R., Karl (Verwaltungsmitarbeiter, Hadamar) 423, **738**  
 R., Ludwig (Rechnungsdirektor, Wiesbaden) 173  
 R., Ludwig (Fahrer, Eichberg) 603  
 R., Minna (Witwe von Willi R., Hadamar) 433  
 R., Otto Werner (ehem. Patient, Eichberg) 569, 647  
 R., Reinhold (Arzt) 150, 252, 258, 293, 322  
 R., Richard (Zeuge, Weilmünster) 570, 576  
 R., Wilhelmine (Verwaltungsangestellte, Wiesbaden/Eichberg) 247, 477 f., **738**  
 R., Willi (Pfleger, Hadamar) 428, 433, **738**  
 R., Willi (Pfleger, Herborn/Hadamar) 430, 515, 527, 616, **738**  
 R.-G., Hans (Verwaltungsangestellter, Hadamar) 410, 413, 429, 463, 555  
 R.-G., Margot (Pflegerin, Hadamar) 463, 555  
 Ratka, Viktor 549  
 Rauch, Hans-Joachim 555  
 Rebentisch, Dieter 12, 88, 127, 148 f., 151 f., 337, 343 f., 350, 370, 526, 674 f., 705  
 Recker, Marie-Luise 547  
 Recktenwald, Johann 447, 449, 454, 466, **738**  
 Rediess, Wilhelm 325, 327  
 Reiner, Heinrich 103, 114, 119, 200, 213–215, 228, 291, 388  
 Reiter, Hans 534  
 Renno, Georg 381  
 Rentzsch, Martin 620  
 Reuling, Ulrich 167  
 Reuter, Paul 144, 430–432, 448, 525, 527, 572, 616–618, 623, **739**  
 Riefenstahl, Leni 155  
 Ro. (Fahrer, Hadamar) 463  
 Rodenberg, Karl 248, 377  
 Roemer, Hans 248  
 Roer, Dorothee 11, 367  
 Röhrich, Hanns 209, 236  
 Rolling, John 53  
 Rosenberg, Alfred 92, 157, 166–168, 296, 363  
 Rösener, Erwin 354, 358, 360  
 Rossel, Ludwig 714  
 Ruck, Michael 51, 104, 113 f.  
 Rucker, Karl 188, 190, 270 f., 282, 285 f., 289, 296, 302, 305, 319, 384, 386, 389, 417, 444 f., 451, 492, 517 f., **739**  
 Rüdin, Ernst 248 f., 254, 260, 556, **739**  
 Runckel, Curd 549, 554, 586, 588  
 Runkel (Pfarrer, ehem. Scheuern) 194, 453  
 Ruoff, Heinrich 616, 685, **739**  
 Ruppert, Fritz 659, 661 f., **739**  
 Rust, Bernhard 339

## S

S. (Bibliothekar, Wiesbaden) 165  
 S., A. (Notarin, Frankfurt a. M.) 479  
 S., Adolf (Arzt, Wiesbaden) 177  
 S., Adolf („Transportleiter“, Hadamar) 459, 463  
 S., Anatolij (in Hadamar ermordeter Patient/Zwangsarbeiter) 683  
 S., Anton (Pfleger, Hadamar) 428, **739**  
 S., August (Arbeiter, Hadamar) 405, 412, 423, 439, **739**

- S., Emil (Schlosser/Elektriker/Fahrer, Hadamar) 411 f., 423, 428, 433, 438–440, 464 f., 528, 530, 616, **739**
- S., Gerhard („Transportleiter“, Hadamar) 374, 463, 729
- S., Gerhard (Verwaltungsangestellter, Hadamar) 463, 465
- S., Gerhard Walter von (Verwaltungsangestellter, Wiesbaden) 247
- S., *Gertrud* → *H., Gertrud, verh. S.*
- S., Hedwig („Hede“), geb. L. (Erzieherin/Köchin, Hadamar, Ehefrau von Emil S.) 405, 410, 412, 420, 428, 439, 440, 462, 464 f., 528, **739**
- S., Heinrich (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 136, 256–258
- S., Heinz (Patient, Kalmenhof/Idstein) 490
- S., Hildegard (Pflegerin, Hadamar) 427, 527, 618, 621 f., **739**
- S., *Ingeborg* → *W., Ingeborg („Inge“, verh. S.*
- S., Jakob (Pfleger, Weilmünster) 265, 277
- S., Josef (Arzt, Hadamar/Eichberg) 405
- S., Judith, verh. T. (Verwaltungsangestellte, Hadamar) 180, 422, 425, 439, 462, 505, 525, 615 f., 625, 642, 647, 686, **739**
- S., Paula (Verwaltungsangestellte, Hadamar) 423, 425, 439, 468, 491, 524, 616, **739**
- Sartorius, Otto 33, 713
- Sauckel, Fritz 88, 469, 492, 671, 682–684
- Sauerbier, Georg 296 f., 354 f., **740**
- Savoyen, Mafalda Prinzessin von 334, 358, 674, 730, **740**
- Sch. (Fahrer/Beifahrer, Hadamar) 423, 425 **740**
- Sch. (Kommerzienrat/stv. Anstaltsvorstand, Scheuern) 196
- Sch. (Rechtsanwalt, Eltville) 603
- Sch. (Verwaltungsbeamter, Eichberg) 561
- Sch. (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden/Prag) 354
- Sch., Anna (Angehörige, Hanau) 537
- Sch., Arthur (Telefonist, Hadamar) 617
- Sch., Bruno (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 130, 136, 138, 250
- Sch., Clara (Malerin/Patientin, Eichberg) 467 f.
- Sch., Eleonore (Verwaltungsangestellte, Wiesbaden/Prag) 354
- Sch., Erich (in Hadamar ermordeter Patient) 491
- Sch., Eva (Köchin, Eichberg) 603
- Sch., Fritz (Schlosser, Weilmünster) 264, 410–412, 439, 447, 690, **740**
- Sch., Georg (Pförtner, Eichberg) 563
- Sch., Georg (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 83, 278, 295, 448, 489, 658, 679, 690
- Sch., Gertrud (Verwaltungsangestellte, Wiesbaden/Prag) 354
- Sch., Gustel (Verwaltungsangestellte, Wiesbaden) 270, 357, 364
- Sch., Hedwig (Schwester, Scheuern) 450
- Sch., Heinrich (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 175
- Sch., Jakob (Heizer, Eichberg) 603
- Sch., *Johanna* → *M., Johanna („Hanni“, verh. Sch.*
- Sch., Josef (Schlosser, Hadamar) 411–413, 428, 523 f., 616, 648, 659, **740**
- Sch., Karl (Pfleger, Hadamar) 463
- Sch., Karl (Pfleger, Eichberg) 478, 493
- Sch., Käthe (Pflegerin, Eichberg) 728
- Sch., Katharina (Pflegerin, Eichberg) 448, 456, 467
- Sch., Margot (Verwaltungsangestellte, Hadamar) 463, 523 f., 527
- Sch., Maria (Mitarbeiterin, Kalmenhof/Scheuern) 544
- Sch., Minna (in Hadamar ermordete Patientin) 491
- Sch., Rosa (Verwaltungsangestellte, Hadamar) 424, **740**
- Sch., Wilhelm (Schreiner, Hadamar) 423–425, 428, 659, **740**
- Sch., Wilhelmine (Angehörige, Wiesbaden) 291
- Sch., Wilma (Verwaltungsangestellte, Wiesbaden) 247
- Schr. (Fahrer, Hadamar) 463
- Schachermeyer, Stefan 381
- Schäfer, Heinz Emil 137
- Schaub, Hermann 655
- Scheer, Rainer 607
- Schellmann, Otto 320, 338 f., 366, 384 f., 417, 659, 661 f., 678 f., **740**
- Schiese, Paul 59, 256, 271, 274, 278, 298, 369, 392, 447–450, 452, 467, 477, 515 f., 556, 614, **740**
- Schiller, Friedrich von 163
- Schilter, Thomas 386, 473
- Schindel, Fritz 682
- Schirmacher (Direktor Innere Mission, Berlin) 198, 202
- Schlabrendorff, Fabian von 415, 674
- Schlaich, Ludwig 219
- Schleinitz, von (Landesrat, Merseburg) 248
- Schlemmer, Paul, 105 f., 150, 162, 285, 338, 351, **740**
- Schlegelberger, Franz 501
- Schlosser, Horst Dieter 20, 282
- Schlüter, Willi 55 f., 82, 96, 102 f. 112 f., 116, 124, 135, 150, 153, 159–161, 165, 180, 188, 191, 242, 245, 254, 263–266, 268, 270 f., 283, 287, 296, 301, 321, 338, 349–351, 364, 472, 476, 483–485, 498, 501, 510, 591, 596–598, 606, 654, 687–690, 693, 701, 708 f., 711, 714–716, **740**
- Schmalenbach, Curt 408, 451, 463, 522 f., 526 f., 543, 545, 549, **740**
- Schmiedel, Fritz 374, 432
- Schmidt (Medizinalbeamter, Wiesbaden) 577
- Schmidt, Gerhard 581
- Schmidt, Walter 150, 180, 264, 327, 354, 369, 376 f., 392, 405 f., 449, 452, 457, 468, 479, 486, 492, 522, 524 f., 532 f., 535–542, 545, 547 f., 550–556, 559, 561, 563, 569, 576–579, 584, 588, 590, 603, 609 f., 642, 645, 647, 666, 677, 689 f., 708, **741**
- Schmidt-Klevenow, Kurt 236
- Schmidt-von Blittersdorf, Heidi 482, 607 f.
- Schmitt (Chef des SS-Personalamts, Berlin) 265
- Schmitt, Jakob 215, 266, 381, 385 f., 388, 394 f., 445 f., 518, 567, 577, 585, **741**
- Schmuhl, Hans-Walter 10, 318, 367, 370, 607
- Schneider (Verwaltungsbeamter, Münster) 559
- Schneider, Carl 208, 243, 251, 289, 294, 311–313, 317, 372 f., 375, 411, 435, 518–520, 532, 543–556, 566, 570, 576, 628, 651, **741**
- Schneider, Ernst 58 f., 66, 143 f., 273 f., 277 f., 281, 292, 295, 302, 308, 354, 390–392, 395, 390 f., 446–449, 451 f., 454, 466, 467 f., 477, 489 f., 505, 535, 543, 571, 576, 579, 583, 592, 647, 677, **741**
- Schneider, Gustav 549
- Schneider, Heinrich 272 f., 275, 283, 287, 290, 296, **741**
- Schneider, Hermann 394
- Schneider, Otto 202, 212 f., 215, 386, 388, 446, **741**
- Schneider, Willy 374, 414–416, 427, 432, 610, 432
- Schneider, Wolfgang C. 568
- Scholz, Susanne 607
- Schrader, Erich 257, 275, 289, 294, 309, 311, 321, 378, 421, 497 f., 502, 537, 604
- Schränkel, Agnes* → *Kappenberg, Agnes, verh. Schränkel*
- Schreck, Josef Artur 377
- Schröder (SS-Hauptsturmführer, Hauptamt für Volkswohlfahrt) 229
- Schüler, Anton 562, 566
- Schürg, Helene 392, 448, 452, 455–457, 479, 514, 524, 536, 538, 579, 683, **741**
- Schütte (Ärztin, Stuttgart) 536
- Schütte-Lihotzky, Margarete 271
- Schütz, Hugo Freiherr von 48
- Schulmeyer, Klaus 607
- Schulte, Alfred 101, **741**
- Schulte, Franz 248
- Schultze, Walter 371, 385, 444, 481, 493, **741**
- Schulz, Eugen Alfred 549

- Schulz, Robert 115, 233, 325, **741**  
 Schulze, Dietmar 402, 443  
 Schumann, Horst 450, 549  
 Schwede-Coburg, Franz 233, 325, 407, 650, 692, **742**  
 Schwenninger, Hermann 459 f.  
 Scriba (Oberlandesgerichtspräsident, Darmstadt) 344, 502  
 Scriba, Karl 395  
 Seibel, Wolfgang 508, 706  
 Seidel, Ralf 444  
 Senft, Andreas 448, 538, 569, **742**  
 Severing, Carl 89, 262  
 Siebert, Gerhard 573 f.  
 Siemen, Hans-Ludwig 71  
 Siems, Heinrich 591  
 Simon, Gerhard 369, 371  
 Simon, Hermann 70 f.  
 Singer, Reinhard 607  
 Sioli, Emil 46  
 Six, Franz-Alfred 217, 233, 311, **742**  
 Snell, Ludwig 273  
 Snell, Richard 70  
 Sommer, Carl 164–166, 313, 338, 357, **742**  
 Sommer, Walther 120, 342, 350, 359–361, 363, **742**  
 Sp., Anna/Maria (Oberpflegerin, Eichberg) 129  
 Sp., Karl (Mitarbeiter, Pirna-Sonnenstein/Bernburg) 421 f.  
 Speck (Busunternehmer, nahe Eichberg) 647  
 Spornhauer, Emil 193 f., **742**  
 Sprauer, Ludwig 371, 385, 469, 512, **742**  
 Sprenger (Ehefrau von Jakob Sprenger) 161  
 Sprenger, Jakob 33, 52, 86, 88–92, 94–96, 102 f., 110–112, 114–116, 118 f., 122 f., 129 f., 148 f., 158 f., 161 f., 164, 166 f., 170, 179, 192, 200, 207, 211, 213, 215, 217, 228 f., 231, 236, 242, 262, 265–267, 270, 296, 307, 311 f., 323, 332–334, 336 f., 339–353, 355–362, 364–366, 369, 380 f., 399 f., 406, 409, 414 f., 417 f., 422, 469, 475, 492, 494, 510, 519, 557, 560, 562, 564, 577, 585, 597, 604 f., 618, 639, 654 f., 665, 668, 670–674, 678–682, 685–690, 696, 702, **742**  
 St., August (Pfleger, Hadamar) 428, **742**  
 St., Friedel (Pflegerin, Hadamar) 618, **742**  
 St., Fritz (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 556  
 St., Gertrud (Archivamtsmitarbeiterin, Marburg) 166  
 St., Hans (Regierungsbeamter, Kassel) 335, 506  
 St., Hedwig (Verwaltungsangestellte, Hadamar) 617  
 St., Heinrich 421  
 St., Ingeborg („Inge“), verh. Sch. (Verwaltungsangestellte, Hadamar) 424, **742**  
 St., Jakob (Pfleger, Hadamar) 428, **742**  
 St., Paul-Dieter (Verwaltungsangestellter, Wiesbaden) 135  
 St., Stephan (landwirtsch. Arbeiter/Pfleger, Hadamar) 428, **742**  
 St., Walter (Fahrer, Bernburg) 526  
 St., Wilhelm (Pfleger, Herborn) 142  
 Staab, Else 210  
 Staab, Robert 103, 107, 117, 714, 716, **742**  
 Stähle, Eugen 272, 371, 385 f., 398, 442, 469, 567, 684, **742**  
 Stangl, Franz 400, 529  
 Steeg (Bürgermeister, Berlin) 678  
 Stein, Karl Freiherr vom 21, 25  
 Steinhäuser, Hans-Joachim 156, 162, 172, 176, 189, 191, 200, 208 f., 214, 225, 229, 232, 269 f., 339, 369, 403, 665, **742**  
 Steinmeyer, Theodor 377, 392 f., 549, 598, 684 f.  
 Steinwaller, Bruno 319  
 Stemmler (Ehefrau von Wilhelm Stemmler) 245  
 Stemmler, Wilhelm 155 f., 189, 244–252, 255, 257 f., 261, 319, 330, 696, 714, **743**  
 Stengel, Edmund 167  
 Stöckle, Thomas 387  
 Stöffler, Friedrich 11, 56, 73 f., 78, 107, 113, 116, 288, 299, 521, 709 f., 714, 717, **743**  
 Straub, Erich 285, 384, 451, 532, 542–544, 549, **743**  
 Strüning, Karl 600 f.  
 Struve (Senatsbeamter, Hamburg) 573  
 Stuckart, Wilhelm 84, 157, 216–218, 233 f., 311, 333, 336, 342, 344, 350, 358 f., 363, 560, 632, 673 f., 678–681, **743**  
 Stürtz, Emil 399, 409  
 Sueße, Torsten 12, 443, 451  
 Surén, Friedrich Karl 177, 333, 342, 344, 350, 483, 665, 667, 675, **743**  
 Sybel, Walter von 177 f., **743**
- T**
- T. (Kriminalbeamter) 536  
 T., Alfred (Zeuge im Hadamar-Prozess) 438  
 T., F. (Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.) 668  
 T., *Judith* → S., *Judith*, verh. T.  
 T., Martin (Fahrer, Hadamar) 427, 463, 739  
 T., Monika (Angehörige, Freistadt) 489, 494  
 T., Philipp („Taubstumm“ oberlehrer, Camberg/Wiesbaden) 473  
 Tenfelde, Klaus 60  
 Tell, Wilhelm 163  
 Teppe, Karl 12 f., 22, 50–53, 75 f., 78 f., 104, 108, 120–122, 124 f., 162, 279, 299, 315, 392, 473, 707  
 Terboven, Josef 492  
 Th., Adolf (Anstaltsarzt, Scheuern) 194, 393, 446, 448 f., 544, 454, 458–460, 507, 646, 663  
 Thierack, Georg 501  
 Thies, Otto 117  
 Thomas, Lydia 180, 411, 430 f., 437–439, 440, 462, 505, 515, 523, 525, 527, 616, 618, **743**  
 Thomas, Max 208, 210  
 Tillmann, Friedrich 374, 383, 401, 469  
 Todt, Fritz 338 f., 572, 574, 645  
 Todt, Karl 194–200, 219, 393, 446, 448 f., 451, 453 f., 457–460, 475, 495, 507, 543 f., 558, 574, 645 f., 657, 663, 682, **743**  
 Traupel (Ehefrau von Wilhelm Traupel) 160  
 Traupel, A. (Bruder von Wilhelm Traupel) 229  
 Traupel, Wilhelm 19, 33, 40, 46, 73, 91–93, 98, 101, 105 f., 109, 111–118, 123 f., 130 f., 134, 137, 145, 147–151, 153, 156–160, 162–169, 174–176, 178 f., 182 f., 185–187, 189–194, 196–199, 201 f., 211 f., 215–219, 221 f., 225 f., 228 f., 231–233, 234–236, 244–247, 250 f., 254, 262–276, 278 f., 281, 283, 286 f., 290, 293, 296, 300, 303, 305–308, 311–313, 315–317, 320–323, 326 f., 329, 332 f., 335–342, 344–366, 375–377, 383 f., 389 f., 394, 402, 406, 414–418, 427, 432, 435, 444–446, 452, 461, 476, 479, 483, 592, 610, 654, 670, 678 f., 688, 691, 693 f., 696 f., 702, 708 f., 711, 713 f., 732, 740, **743**  
 Trenz (SD-Mitarbeiter, Berlin) 208, 218, 225 f., 229 f., 233, 235, 243, 251, 289, 294, 311 f., 411, 435
- U**
- U., Elisabeth („Liesel“) (Verwaltungsangestellte, Hadamar) 421, 423–425, 439, 465, 523 f., 527, **744**  
 U., Ernst (in Hadamar ermordeter Patient) 491  
 U., Mathilde (Angehörige, Duisburg-Hamborn) 492, 494  
 U., Max (Blindenoberlehrer, Wiesbaden) 473  
 U., Olga 618, **744**  
 Uerpmann, Karl 119  
 Ullrich, Aquilin 380, 464  
 Unger, Hellmuth 319  
 Ungewitter (Oberlandesgerichtspräsident, Frankfurt a. M.) 501  
 Unverhau, Heinrich („Heinz“) 462 f., 527, 529  
 Urban, Max 716  
 Uta von Naumburg 156

## V

V. (Bibliothekar, Wiesbaden) 165  
 V., Elisabeth (Patientin/Ärztin, Eichberg) 291, 437, 537 f., 554, 569 f., 575, 584, 683, 690  
 V., Karl (Arzt, Wiesbaden/Weilburg) 247, 277, 437, **744**  
 V., Ottilie („Tilly“) (Pflegerin, Weilmünster/Hadamar) 477, 617 f., 623  
 Vagts, Erich 382  
 Vanja, Christina 7, 42, 46 f.  
 Verschuer, Otmar Freiherr von 241, 249, 734  
 Viktor Emanuel III. (ital. König) 334  
 Vierhaus, Rudolf 21, 50 f.  
 Villinger, Werner 215  
 Volk, Heinrich 603  
 Vorberg, Reinhold 372–374, 383, 401, 442, 493, 572, 650

## W

W. (Bäcker, Hadamar/Weilmünster) 426  
 W. (Pfarrer, Bruder von Johann W.) 175, 178  
 W. (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 130  
 W., Adolf (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 136, 180  
 W., Adolf (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 131 f., 159, 173 f., 176  
 W., Christi(a)ne („Christel“) (Pflegerin, Hadamar) 618, 620, **744**  
 W., Ernst (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden/Prag) 354  
 W., Franz (Fotograf, Hadamar) 412, 425, 463, 525, 529  
 W., Georg (Verwaltungsangestellter, Wiesbaden) 247  
 W., Georg (Oberschlosser, Eichberg) 603  
 W., Georg (Wiesbaden) 112  
 W., Hans (Arbeitsamtsarzt, Frankfurt a. M.) 685, 687, **744**  
 W., Hedwig, geb. I. (Arbeitsvermittlerin, Frankfurt a. M.) 421, 423  
 W., Heinrich (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 95, 97, 616, **744**  
 W., Helmut (in Hadamar ermordeter Jugendlicher) 658  
 W., Ingeborg („Inge“), verh. S. (Verwaltungsangestellte, Hadamar) 421 f., 425 f., 468, 497, **744**  
 W., Isabella („Bella“), verh. W. (Pflegerin, Hadamar) 428 f., 465, **744**  
 W., Jean (Kaufmann, Eltville) 603  
 W., Jo. (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 264  
 W., Johann („Hans“) (Verwaltungsbeamter, Wiesbaden) 85, 109, 155 f., 159, 169, 171–179, 182, 171 f., 272, 706, 711, 714, **744**  
 W., Johann (Magazinwärter, Eichberg) 603  
 W., Johanna (Ehefrau von Jean W.) 603  
 W., Jos. (Domvikar, Limburg) 206  
 W., Josef (Magazinwärter, Eichberg/Erbach) 537  
 W., Lina (in Hadamar ermordete Patientin) 491  
 W., Ludwig („Louis“) (1. Verwaltungsbeamter, Eichberg) 277 f., 405, 457, 466, 486, 552, 603 f., **744**  
 W., Ludwig (Rechtsanwalt/Notar, Lippe) 160, 416  
 W., Ludwig (Theologiestudent, Mainz) 181, 602  
 W., Margarete (Schwester, Weilmünster) 155 f., 455 f., 570, 576, 583  
 W., Rosel (Verwaltungsangestellte, Wiesbaden) 153, 265, 349 f.  
 W., Walter (Bauleiter, Hadamar) 411, 463  
 W., Wilhelm (Obergärtner, Eichberg) 455, 584, 603  
 Wa., Klara (Pflegerin, Bernburg) 421  
 Wachsmuth, Hans 70  
 Wackermann, Kurt 501 f., 530  
 Wagner (Staatsanwalt, Ffm) 298, 369, 613  
 Wagner, Adolf 380, 385, 492 f.  
 Wagner, Gerhard 318  
 Wagner, J. (NSDAP-Kreisleiter, St. Goarshausen) 604  
 Wagner, Josef 359  
 Wagner, Richard 319

Wagner-Jauregg, Julius 314  
 Wahlmann, Adolf 251, 294, 391, 406, 551 f., 591 f., 614 f., 619, 622 f., 625 f., 640, 642, 660 f., 685, 687, 708, **744**  
 Waldeck, Josiah Erbprinz zu 358, 678, **744**  
 Wallot, Paul 34  
 Walter, Bernd 13, 272, 279, 315, 318, 331, 367 f., 370, 391, 568 f., 616, 635, 639, 650  
 Walter, Willi 452  
 Weber, Emma 600 f.  
 Weber, Julius 375 f.  
 Weber, Mathilde 393, 460, 540 f., 543, 550, **744**  
 Weifenbach, Fritz (Medizinalbeamter, Darmstadt) 567, 585  
 Weiffenbach (Ministerialbeamter, Darmstadt) 664, 666, 668 f.  
 Weiler, Emil 409  
 Weinrich, Karl 89, 149, 217, 334, 342, 360, 362 f., 673 f., 679, **745**  
 Wentzler, Ernst 544  
 Werz, Friedrich 33  
 Wesse, Hermann 541, 544, **745**  
 Wettlaufer, Antje 429, 607  
 Widmann, Albert 410, 559, 594  
 Wildhof (Pseudonym von Philipp von Hessen) 674  
 Wilhelm II. (Kaiser) 334  
 Willig, Karl 144, 429 f., 432, 515, 572, 616, 623, 660, **745**  
 Windmüller, Frieda 540  
 Winterfeld-Menkin, Joachim von 39  
 Wischer, Gerhard 549  
 Wirth, Christian (Landesdirektor, Wiesbaden) 29, 529, 713  
 Wirth, Christian („T4“-Aufseher, u. a. Hadamar) 439, 463  
 Wirth, Kurt 207  
 Wirz (Professor) 632  
 Witte, Otto 55, 58, 62 f., 73, 84 f., 96, 103, 105–108, 111, 114, 116, 208–210, 266, 274, 514, 709, 713 f., **745**  
 Wittig, Heinz 370  
 Wödl, Anny 373  
 Woell, Wilhelm 53, 82, 713, **745**  
 Wöhrmann (Pastor/Kanzleileiter, Bethel) 194  
 Wolff (Sanatoriumsleiter, Katzenelnbogen) 302, 474, 579, 674  
 Wolff, Karl 92 f., 105, 115, 148–150, 158, 166, 168, 179, 245, 327, 336, 338, 340, 346, 352, **745**  
 Wolframm, Albert 716  
 Woweries, Franz Hermann 580  
 Wrona, Änne 541, **745**  
 Wurm, Theophil 503

## Y

Young, Owen D. 58

## Z

Z., Elsbeth (Verwaltungsangestellte, Wiesbaden) 173  
 Z., Ernst (Fotograf/Pfleger, Grafeneck/Hadamar) 427, 523, 525, 527, 529, **745**  
 Z., Karl-Heinz (Patient, Kalmenhof) 667  
 Z., Maria (Pflegerin, Eichberg/Hadamar) 298  
 Z., Marie („Mieke“) (Oberpflegerin, Weilmünster) 129, 448, 497, 589, 681 f.  
 Zachow, Minna 465, 525, 618, 622, **745**  
 Zeiß, Erich 389, 445, 460  
 Zengerling, Franz 279, 283, 285  
 Zibell, Stefanie 95, 161  
 Zielke, Christel 618 f., 746  
 Zillessen, Otto 309  
 Zimmermann, Michael 367 f.  
 Zimpelmann, Friedrich 107  
 Zirpel (Regierungsbeamter, Wiesbaden) 545  
 Zschintzsch, Werner 101, **746**  
 Zucker, Konrad 549

## Orte und Anstalten

## A

Achern 549  
 Admont 236  
 Afrika 472  
 Allmendfeld 161  
 Alsfeld 87  
 Altscherbitz 443, 634, 639 f., 642  
 Alzey 11, 211, 213 f., 446, 457, 459, 518 f.  
 Amerika (Vereinigte Staaten) → USA  
 Amsterdam 121  
 Andernach 299, 442, 444, 447–449, 454, 456, 466 f., 470, 537, 558, 611, 683  
 Anhalt 300, 380, 397, 399, 418, 427, 509 f., 564, 685, 697  
 Ansbach 639  
 Antoniusheim („Am Bahnhof“, Wiesbaden) 209, 236  
 Antoniusheim → Fulda  
 Aplerbeck → Dortmund  
 Arnsdorf 443, 459 f.  
 Arolsen (auch: Bathildisheim) 87, 257, 299, 520  
 Aschaffenburg 463  
 Assmannshausen 208, 409  
 Attersee 373, 408, 464, 528, 530, 677  
 Aulhausen (auch: Vincenzstift) 191, 199, 208 f., 220, 256, 312, 320, 514  
 Aurich 679  
 Auschwitz 395

## B

Bad ... → [Ortsname]  
 Baden 51, 89, 104, 113, 304, 371, 379, 385, 387, 398, 401, 442 f., 450 f., 461, 466, 469 f., 512, 517, 557, 564, 582, 627, 683, 698  
 Baden-Baden 547  
 Balkan 92, 424  
 Bathildisheim → Arolsen  
 Bayern 26 f., 232, 371, 385, 387 f., 395, 397 f., 443 f., 474, 493, 505, 517, 564, 567, 569, 573, 590, 605, 639, 661, 705, 712  
 Bayerische Ostmark 232, 505  
 Bedburg-Hau 377, 387, 397, 558  
 Beelitz/Mark 211  
 Beiserhaus → Rengshausen  
 Belgien 157  
 Belzec 462 f., 528 f.  
 Bendorf-Sayn 530  
 Bensberg 267  
 Bergnassau → Nassau a. d. Lahn  
 Bergstraße 518  
 Berlin 17, 19 f., 23, 34, 37, 82, 85, 155, 157, 161, 174, 178, 191, 195, 197 f., 200 f., 209, 213, 217, 225, 229, 232, 235, 248 f., 259, 272, 276, 291, 306, 311 f., 324 f., 335, 347, 350 f., 353, 356, 358, 360, 367, 369, 372 f., 376–379, 381–383, 385, 387 f., 391, 394 f., 409 f., 412, 416 f., 419–423, 425 f., 436, 438, 442–444, 448–451, 456, 463, 467, 475 f., 483, 490, 493, 495, 497, 501 f., 505 f., 511, 517, 521, 524, 532, 536, 539–541, 551, 560, 566 f., 587, 594, 609 f., 612, 620, 622, 625, 627–630, 632, 634 f., 638 f., 649, 652, 654, 661–663, 674 f., 677 f., 686, 691 f., 697, 702 f., 708  
 Berlin-Buch 369, 427  
 Bernburg 10, 380 f., 397, 399–402, 406, 408, 411 f., 414, 420–422, 425, 427, 430, 443 f., 461 f., 464 f., 468 f., 491, 504, 526, 564, 571, 573, 608, 610, 634  
 Bethel → Bielefeld  
 Biebrich am Rhein (auch: Wiesbaden-Biebrich) 56, 498, 624  
 Biedenkopf 27, 43, 87, 89, 712

Bielefeld (auch: v. Bodelschwing'sche Anstalten Bethel) 194, 198, 212 f., 215 f., 218, 221, 223, 289, 388 f., 417, 534  
 Blankenburg 672  
 Blankenhain 518  
 Böhmen und Mähren (Reichsprotektorat) 234–236, 348, 353 f., 632  
 Bonn 371, 394, 539  
 Bornhofen 209  
 Brandenburg (Provinz) (auch: Mark Brandenburg) 21, 23, 25, 39, 54, 162, 211, 245, 287, 300, 382, 397, 399 f., 427, 442 f., 461, 490–492, 501, 517, 544, 558, 627, 632, 634, 646, 650, 683, 712  
 Brandenburg a. d. Havel (auch: Görden) 369, 371, 387, 397, 399, 401 f., 406 f., 409, 411, 442, 462, 469, 533, 536, 540 f., 543 f., 549, 634, 636  
 Brasilien 160  
 Braubach 156  
 Braunschweig 380, 386, 397, 443, 461, 517, 568, 639, 661  
 Breitenau 44, 246, 287, 403  
 Bremen (auch: Anstalt Ellen) 301, 328, 387, 398, 471, 517, 567, 573, 610 f., 624 f., 627, 632  
 Breslau 231, 363, 564  
 Brünn 236  
 Buchenwald 395, 436, 674  
 Büdingen 87  
 Bunzlau 639

## C

Camberg 29, 48, 73, 208, 210, 269, 530, 721  
 Caritashaus → Montabaur  
 Cholm 466  
 Costermano 463  
 Cottbus 690  
 Czarnowken 262

## D

Dachau 395  
 Dänemark 157  
 Danzig 232, 325–327, 338, 341, 358, 360, 429, 492  
 Danzig-Westpreußen 233 f., 325–327, 397, 639, 672  
 Darmstadt 37, 86, 89 f., 95 f., 114, 158 f., 169 f., 197 f., 200, 207, 211–215, 221, 228, 230, 232, 264, 330, 341, 343 f., 358, 371, 380, 386, 388, 422, 445 f., 502, 514, 518, 567, 585, 604, 639, 664, 666, 668, 672 f., 680, 685, 688  
 Dehrn 72, 232, 268, 286, 320, 428, 513, 721  
 Dernbach 68 f., 203 f., 206  
 Dessau 380, 399, 402, 414  
 Diez 79, 429, 497  
 Dillenburg (auch: Dillkreis) 37, 39, 71, 86 f., 112, 142, 434, 514 f., 688  
 Dortmund (auch: Dortmund-Aplerbeck) 578  
 Dresden 248, 254 f., 386 f., 400, 402, 421, 447, 473, 522, 541, 567, 691  
 Driedorf 161  
 Düren 299, 558  
 Dürkheim (Bad) 156  
 Düsseldorf (auch: Düsseldorf-Grafenberg) 31, 50, 52, 86, 188, 249 f., 252 f., 260, 363, 382 f., 394, 444, 447, 466, 470, 500, 509, 558, 567, 643, 659, 661

## E

Eberbach/Rheingau 42 f., 156, 273, 448, 545, 609  
 Eberswalde 549, 634  
 Eglfing (auch: Eglfing-Haar) 248, 377, 443, 549, 581  
 Eichberg 11, 18 f., 29, 43, 45, 48, 57, 65–67, 69–71, 80, 83, 87, 115, 129, 150, 159, 176, 180 f., 204, 208, 224, 243, 245, 251–259, 267, 273 f., 277 f., 289–291, 293–295, 297–299, 301 f., 305, 308–310, 313 f., 316 f., 320–324, 326 f., 330,

354, 369, 375–377, 380 f., 389, 392–396, 404–406, 413, 416, 426, 441 f., 446–449, 452, 454–458, 466 f., 470, 474, 476, 478–481, 486, 489 f., 492 f., 496, 498 f., 502, 514 f., 518, 522, 524–526, 532, 534–544, 547–557, 559–561, 563–567, 569–572, 575–581, 583–587, 590–593, 599–605, 609, 611, 613, 616, 619, 626, 634, 636, 638–640, 644–648, 650–652, 654, 662 f., 666 f., 669, 672 f., 676 f., 683, 689 f., 696 f., 699–701, 708, 717, 721, 723  
 Eichberg-Eberbach (Ortsgruppe) 324 f., 562 f., 603  
 Eickelborn 389, 474, 496, 557 f., 645  
*Elisabethenstift* → *Katzenelnbogen*  
*Ellen* → *Bremen*  
 Elsass 144, 434, 517, 627, 640, 683  
 Elsass-Lothringen 60, 140  
 Eltville 156, 602 f.  
 Elz 410  
 Ems (Bad) 79, 156, 543  
 Erbach 584  
 Erbenheim (Wiesbaden) 262  
 Erfurt 492, 685  
 Erlangen 639  
 Ernsthofen 266  
 Essen (auch: Franz-Sales-Haus) 91 f., 154, 191, 378, 492  
 Eupen/Malmedy 140

**F**

*Feldhof* → *Graz*  
 Flandern 363  
 Flossenburg 358, 395, 674  
 Franken 232, 388, 474  
 Frankenberg 87, 215, 299  
 Frankfurt a. M. 11, 22, 26–30, 32, 37–41, 44, 46, 52–54, 59, 63, 74, 77, 81 f., 84, 86–93, 95, 112, 114 f., 120 f., 123, 129, 138, 148 f., 158–161, 163 f., 169 f., 176–179, 187 f., 193, 198, 205, 207, 209 f., 217, 223, 232, 235 f., 240 f., 249, 252, 255–258, 265, 271, 281 f., 289, 304–309, 316 f., 319–321, 332–335, 337, 339, 341–347, 355, 359, 362, 365, 368, 378 f., 406, 411, 417, 420–426, 433, 435, 437, 439 f., 462 f., 466, 470, 473, 476 f., 482–484, 489, 495, 497–501, 506, 508, 513, 530, 535, 537, 547, 554, 560, 563, 570 f., 577–581, 592, 594–601, 603 f., 606 f., 611, 638, 659 f., 670 f., 673 f., 682, 685, 687–689, 695 f., 698, 700–702, 706, 708, 712 f.  
 Frankfurt a. M.-Bockenheim 87, 579  
 Frankfurt a. M.-Heddernheim 422  
 Frankfurt a. M.-Höchst 37, 70, 79, 375, 579  
 Frankfurt a. M.-Oberrad 500  
 Frankfurt a. M.-Praunheim 422  
 Frankfurt a. M.-Römerstadt 422  
 Frankfurt a. M.-Sachsenhausen 424, 682, 687  
 Frankreich 21, 27, 80–84, 114, 131, 167, 256, 335, 341, 364, 377, 406, 434, 438, 513, 678  
*Franz-Sales-Haus* → *Essen*  
 Freiburg i. Br. 318, 436  
 Friedberg/Hessen 106, 688  
 Friedrichsdorf 11  
 Fulda (auch: Antoniusheim) 87, 89, 94, 190 f., 201, 211, 213, 246, 263, 399, 520, 658, 688, 710  
 Fulda-Werra 201, 205, 232 f.

**G**

Gackenbach 209  
 Galkhausen 442, 447, 449  
 Galizien 705  
 Gangelt (auch: Kloster Maria Hilf) 191  
 Gassenbach (Gut) 600  
 Geisa 690  
 Gelnhausen 88, 341, 672, 680  
*Generalgouvernement* → *Polen*  
 Gersfeld 27, 712

Gießen 11, 86, 89, 159, 211, 214, 241, 342, 369, 394, 446, 463, 466, 518, 583, 585, 588, 637, 688  
 Gleiwitz 495  
 Goddelau (auch: Philipphospital) 11, 42, 211, 214, 273, 395, 446, 457, 495, 518, 557, 585 f., 589, 639, 645, 666  
 Goldalp 262, 710  
*Görden* → *Brandenburg a. d. Havel*  
 Göttingen 285, 371, 397, 451, 470, 504, 643  
*Grafenberg* → *Düsseldorfer Grafenberg*  
 Grafeneck 379, 381, 387, 397 f., 401 f., 406, 409 f., 414, 420 f., 427, 434, 440, 442, 448, 462 f., 467, 469 f., 500, 523, 567, 571, 697  
 Gräfenhausen (auch: Ohly-Stift) 666  
 Graz 564  
*Grenzmark* → *Posen-Westpreußen*  
 Großbritannien 500  
 Groß-Rosen 395  
 Großschweidnitz 443, 541, 549, 607  
 Gugging 588, 649  
 Gumbinnen 262  
 Günzburg 639  
 Gütersloh 70, 459 f., 557, 645

**H**

Haina 11, 42, 44, 215, 218, 246, 266, 273, 287, 289, 297, 299, 328, 369, 444 f., 460, 516, 519 f., 571, 585 f., 678  
 Hadamar 11, 13, 18 f., 44, 46 f., 65, 67–71, 74, 85, 87, 106, 143 f., 150, 180 f., 188 f., 193, 203–210, 220, 224, 243, 251 f., 254, 256, 260 f., 267, 273, 276–279, 281 f., 286, 288, 291, 294, 296–298, 301 f., 305, 308, 314, 316, 328, 364, 369, 373, 375, 379–381, 383, 387, 389, 396–398, 401–406, 408–423, 425–433, 435–448, 451–457, 459–471, 474–477, 479, 481, 483, 486–495, 497–502, 504 f., 507–509, 513–515, 517 f., 521–532, 534, 538, 545, 547, 551, 557 f., 568–573, 575 f., 581, 583, 592, 594, 604, 607–611, 613–617, 619–628, 630 f., 636–638, 640–652, 654, 659–663, 666 f., 669 f., 672, 676 f., 681–690, 697–703, 708, 710, 717, 720 f., 723  
 Hagen 463  
 Hall (Solbad) 639  
 Halle 712  
 Hamburg (auch: Langenhorn) 232, 304, 387 f., 397, 423, 437, 492, 515, 517, 521, 539, 572 f., 575, 620, 624, 627, 634, 636, 646, 660, 662, 683  
 Hanau 87–89, 341, 362, 672 f., 688  
 Hannover 12, 22, 26–28, 33, 39 f., 54, 79, 162, 260, 285, 301, 319, 323, 326, 339, 363, 380, 382 f., 388, 397 f., 401 f., 442, 444, 451, 460 f., 470 f., 481, 489, 492–494, 496, 509, 517, 557 f., 561, 571, 573, 628, 631, 645, 679, 691, 698, 712  
 Hardt (auch: St. Josefshaus) 191  
 Hartheim 372, 381, 387, 398, 400, 402, 406, 408, 412, 421, 423, 429 f., 436, 464 f., 469 f., 481, 491, 526, 529, 549, 608, 612 f., 628, 641, 684  
 Hattenheim 647  
 Hechingen 106  
 Heidelberg 311 f., 372, 375, 435, 442, 468, 518, 532, 534, 545 f., 549, 551–555, 565 f., 570, 614  
 Heidesheim 446, 467, 514, 518  
 Heilbronn 442  
 Helgoland 23  
*Hephata* → *Mönchengladbach*; → *Treysa*  
 Heppenheim 11, 42, 211, 213 f., 369, 446, 453, 455, 457, 466, 518 f.  
 Herborn 46 f., 58 f., 65, 67, 69–71, 82, 85 f., 142 f., 156, 180, 190, 204, 243, 252–254, 256–259, 261, 271, 273 f., 276–278, 281, 286–288, 290 f., 293 f., 296–298, 301 f., 305, 308–310, 314, 316, 369, 389, 392, 394, 403, 405, 415, 431 f., 440, 442, 444 f., 448–450, 452, 454–456, 458, 466 f., 470, 474, 477, 479, 486, 491, 497, 499, 514–516, 518 f., 522, 525, 531, 569, 572, 582, 592 f., 595, 614, 676, 698 f., 717, 721, 723 f.

Herbstein 579  
 Hersfeld 94, 426, 686, 688  
 Hessen (gesamt)<sup>1</sup> 9, 11, 18 f., 23, 26, 29, 33, 37 f., 40, 63, 73, 87 f., 168, 224, 229–231, 267, 298, 315, 341, 361, 415, 422, 435, 478 f., 491, 519, 521, 637, 655, 668, 682, 710, 713, 717  
 Hessen [-Darmstadt]<sup>2</sup> 11 f., 14, 16, 26 f., 42, 63, 79, 84, 86–89, 91, 93, 106, 115, 159, 161, 166, 169, 203, 211–215, 219, 221 f., 225, 227–230, 233, 266, 273, 291, 293, 341–345, 351, 358, 369, 380, 385 f., 388, 394, 398 f., 401, 442, 444, 446, 457, 466 f., 470, 489, 502, 517–519, 531, 557, 585, 645, 664–667, 669 f., 672, 679–682, 684–686, 688, 696, 698, 712  
 Hessen [-Kassel] (auch: Kurhessen)<sup>3</sup> 11 f., 21, 26–28, 31 f., 42, 87, 89, 147, 150, 158, 162, 166 f., 186, 190, 192, 197 f., 202, 210 f., 215 f., 218 f., 221, 224, 231, 241, 246 f., 250, 257, 270, 272–275, 283, 285–287, 289 f., 293, 295, 297, 299, 320, 328 f., 332 f., 337, 339, 342, 344–346, 351, 362, 364, 366, 369, 371, 384 f., 389 f., 393, 417, 427, 444–446, 451, 466, 470, 485, 492, 495, 509, 517–521, 557, 568, 586, 593, 659, 661, 663, 672 f., 678–680, 682, 684–686, 688, 712  
 Hessen-Homburg (Landgrafschaft) 27, 29, 39, 49, 712  
 Hessen-Nassau (NS-Gau) 11 f., 89 f., 92 f., 102, 114 f., 190, 207, 209, 228–230, 232, 235 f., 242, 283, 307, 316, 320, 342, 345, 347, 359 f., 362, 366, 401, 424, 663 f., 666, 668, 670 f., 680  
 Hessen-Nassau (preuß. Provinz/Provinzialverband) 9, 12, 14, 16, 21, 23, 26–32, 34, 40, 45, 51, 54, 59, 79, 84, 86, 110, 116, 119 f., 123, 162 f., 166, f., 185 f., 207, 209, 214, 217 f., 225, 228, 231, 233, 235–237, 241, 245 f., 255, 282 f., 295, 300, 307, 332–337, 340–342, 344–347, 351, 356, 363 f., 383, 388 f., 393, 397 f., 459, 482, 496, 517, 520 f., 531, 543, 571, 582, 594, 597, 654, 658, 661, 669, 671, 679–682, 688, 692, 696, 698, 712 f., 718  
 Hessen-Nassau-Nord (NS-Gau) 87 f.  
 Hessen-Nassau-Süd (NS-Gau) 88–91, 93, 95  
 Hildesheim 388, 397, 470,  
 Hochheim 209  
 Höchst am Main → *Frankfurt a. M.-Höchst*  
 Hochwaldhausen 579  
 Hof 505  
 Hofheim (b. Goddelau) 42, 273  
 Hofheim/Taunus 209  
 Hohemark → *Oberursel*  
 Hohenzollern 23, 27, 54, 398, 712  
 Holstein → *Schleswig-Holstein*  
 Homburg/Efze 202, 210, 661  
 Homburg (Landgrafschaft) → *Hessen-Homburg*  
 Homburg v. d. H. (Bad) (auch: Kreis Obertaunus) 27, 43, 159, 232, 269  
 Hördt 540  
 Hoven (Kloster) → *Zülpich*  
 Hubertusberg 400  
 Huntlosen 632

## I

Idstein (auch: Kalmenhof) 11, 19, 71 f., 93, 193 f., 208, 224, 258, 267 f., 288, 312, 314, 393 f., 435 f., 442, 444, 446, 448 f., 452–454, 458, 460 f., 470 f., 478 f., 485, 488, 490, 502, 514, 519 f., 525, 530, 534, 539–544, 550 f., 559, 561, 565, 569 f., 599–601, 604, 640, 654, 660, 666 f., 690, 698, 700 f., 709, 721

<sup>1</sup> Gesamtregion (Kassel/Wiesbaden/Darmstadt); Bundesland (Groß-Hessen/Hessen); Landeswohlfahrtsverband.

<sup>2</sup> Großherzogtum Hessen; Volksstaat Hessen; NSDAP-Gau Hessen-Darmstadt; Land Hessen (1933–1945).

<sup>3</sup> Kurfürstentum Hessen (Kurhessen); Bezirksverband Hessen; NSDAP-Gau Kurhessen; preuß. Provinz/Provinzialverband Kurhessen.

Ilbeshausen 579  
 Illenau 248, 294, 387  
 Istrien 529  
 Italien 334, 358, 422, 674, 688

## J

Jena 371, 384  
 Jerichow 443  
 Jülich 398  
 Jülich-Kleve-Berg 21, 712

## K

Kaiserswerth 201, 212  
 Kalmenhof → *Idstein*  
 Karlsbad 387, 448  
 Karlsruhe 379, 385  
 Kärnten 639  
 Kassel 18, 22 f., 26–33, 35, 37, 39 f., 42–45, 51 f., 56, 59, 63, 84, 87–89, 97, 101, 103, 111, 120, 123–125, 158, 162, 166 f., 170, 174, 186, 191, 197 f., 202, 209, 213, 215–218, 221 f., 227, 241, 245–247, 257, 263, 270, 272, 275, 279, 283, 285–287, 295, 307, 313, 320, 332–342, 344–351, 357 f., 360, 362–365, 376, 383 f., 386, 389 f., 414 f., 417, 419, 427, 442, 444 f., 450, 461, 470, 476, 479, 492, 513, 517–519, 568, 585 f., 656, 658, 661 f., 671, 673 f., 678 f., 682, 685, 688, 692 f., 696 f., 710, 712 f.  
 Katzenelnbogen (auch: Dr. Dr. Wolff's Heilanstalten/Sanatorium; Elisabethenstift) 302, 459, 470, 474, 579  
 Kaufbeuren 377, 568, 571, 685  
 Kaukasus 363  
 Kelkheim 209  
 Kenty b. Bulowitz 639  
 Kiedrich (auch: Valentinushaus) 43, 181, 191, 213, 220, 222, 289, 312, 514, 519 f., 562  
 Kiel 186, 285, 384, 544, 573, 633  
 Kinzig 673  
 Kirchähr 209  
 Klengenmünster 683  
 Kloster zum Guten Hirten → *Marxheim*  
 Koblenz 12, 31, 79, 89, 149, 175, 262, 382, 406, 442, 530, 492  
 Koblenz-Trier 232  
 Köln 82, 159, 177, 401, 433, 442, 515, 610 f.  
 Köln-Aachen 232  
 Königsberg 262, 325, 371, 649  
 Königshofen 209, 438, 440  
 Königsutter 443, 461, 568  
 Königstein 37, 63, 269  
 Konradstein 326  
 Konstanz 387  
 Köppern 11, 252, 632  
 Korbach 87  
 Kössen/Tirol 690  
 Krakau 472  
 Krumau 463  
 Kückenmühle → *Stettin*  
 Kurhessen → *Hessen [-Kassel]*  
 Kutzenberg 397

## L

Lahn 159  
 Lahnberg (Scheuern) 195, 543  
 Lahn-Dill-Kreis → *Wetzlar*  
 Lakehurst 159  
 Landsberg a. d. Warthe 372  
 Langenhorn → *Hamburg*  
 Lauenburg a. d. Elbe 23  
 Lauenburg/Pommern 327

Lauterbach 87, 89  
 Leipzig 81, 165, 318, 324, 328, 363, 435, 540 f., 709  
 Lemgo (auch: Lindenhaus) 398  
 Limburg (auch: Kreis Limburg; Kreis Limburg-Weilburg) 19, 37, 39, 44, 46, 69 f., 81, 85, 87, 159, 161, 170 f., 188, 190–193, 201, 205–209, 222 f., 226, 232, 256, 268 f., 288 f., 316, 401, 411, 503 f., 613, 624, 644, 659, 688  
*Lindenhaus* → *Lemgo*  
 Linz a. d. Donau 335, 372, 381, 398, 400, 406, 422 f., 430, 436, 469, 549, 641, 684  
 Lippe 398, 517  
 Litauen 262, 682  
 Lohr 397  
 Lorch 79, 81, 172, 409  
 Lörchingen 683  
 Loreley 163 f., 694  
 Lothringen 683  
 Lübeck (auch: Strecknitz) 319, 504, 571, 574 f., 577, 630, 645  
 Lüben 639  
 Lublin 528 f., 705  
 Luckenwalde 245  
 Lüneburg 397, 452, 470, 496  
 Luxemburg 157

**M**

Magdeburg 31, 712  
 Magdeburg-Anhalt 232, 380  
 Mainfranken 388, 397 f.  
 Mainkofen 639  
 Mainz 79 f., 89, 91, 93, 178, 181, 211 f., 258, 441, 688  
 Mainz-Weisenau 667  
 Mammolshöhe 63, 155, 269, 297, 428, 709, 721  
 Mandschuko 363  
 Mannheim 709  
 Marburg 11, 42, 59, 86, 89, 166 f., 241, 246 f., 299, 313, 328, 333, 335–338, 342, 351, 353, 369, 389, 403, 444 f., 451, 453, 459, 495, 499, 516, 519, 521, 557, 586, 590, 678, 683 f.  
*Maria Hilf (Kloster)* → *Gangelt*  
 Marienhausen (b. Rüdeshcim) 208 f., 278, 514  
*Mark Brandenburg* → *Brandenburg (Provinz)*  
 Marsberg (auch: Niedermarsberg) 377, 389, 392, 549  
 Marxheim (auch: Kloster zum Guten Hirten) 209  
 Mecklenburg 232–234, 293, 397, 639  
 Merseburg 31, 161, 243, 248, 382, 444, 712  
 Merxhausen 11, 42, 44, 215 f., 218 f., 246, 257, 273, 287, 289, 299, 328, 369, 389, 444 f., 450, 516, 519, 521, 571, 585 f.  
 Merzig 206  
 Meseritz 639  
 Meseritz-Obrwalde 564, 568, 607, 633, 640, 649–651, 702 f.  
 Metz 130, 138  
*M.-Gladbach* → *Mönchengladbach*  
 Mitteldeutschland 159, 387  
 Mittelfranken 388, 397 f.  
 Mittelhessen 342  
 Mittel-Jodupp 262  
 Modautal 266  
 Mönchengladbach (auch: Hephata) 191, 636  
 Monikaheim (Frankfurt a. M.) 470  
 Montabaur (auch: Unterwesterwaldkreis; Caritashaus; Vincenzstift) 79, 87, 106, 171, 188 f., 208, 227, 282  
 Moringen 669  
 Mühlhausen (auch: Pfafferode) 429, 611, 639–641, 684  
 Mühlheim am Main 666 f.  
 München 89 f., 210, 225, 231, 249, 253 f., 283, 285, 288, 341, 360 f., 370, 372, 385, 505, 544  
 Münsingen 381  
 Münster 13, 41, 163, 248, 254, 381, 383 f., 388, 390, 392, 395, 451, 492, 502 f., 505, 515, 559, 561, 644, 678, 692

**N**

Nassau a. d. Lahn 18, 46, 66, 79, 156, 194 f., 240, 393  
 Nastätten 86  
 Nauheim (Bad) 159  
 Neuhoof b. Fulda 263, 710  
 Neumark 372  
 Neuruppin 419, 427, 442 f.  
 Neustadt a. d. Weinstraße 687  
 Neustadt/Holstein 573  
 Neuwied 188  
 New York 259  
 Niederbarnim 412  
 Niederbayern 398  
*Niederdonau* → *Niederösterreich*  
 Niederlahnstein 89  
 Niederlande 157  
*Niedermarsberg* → *Marsberg*  
 Nierdernhart 430, 549  
 Niederösterreich (auch: Niederdonau) 232, 639, 649  
 Nieder-Ramstadt 11, 203, 211–215, 218 f., 221, 229, 388, 446, 518, 585  
 Niederrhein 21, 712  
 Niedersachsen 12, 572  
 Niederschlesien 285, 363, 397, 564, 639, 712  
 Nietleben 282  
 Nonnenmühle 70  
 Nordamerika 160, 363  
 Norddeutschland 44, 387, 572–574, 577  
 Nordeuropa 157  
 Nordfrankreich 157  
 Nordhessen 87, 89, 186, 198, 215, 218, 245, 275, 287, 296, 299, 328, 389 f., 417, 444–446, 516, 519, 586, 678  
 Nordostdeutschland 233  
 Nordwestdeutschland 387, 631  
 Norwegen 157, 350, 393, 425, 492, 535 f.  
 Nürnberg 105, 131, 133, 156, 170, 318, 325, 369, 417, 446, 465, 496, 526, 627, 662, 708

**O**

Oberbalzheim 463  
 Oberbayern 279, 380, 387, 398, 428, 690  
*Oberdonau* → *Oberösterreich*  
 Obererlenbach (auch: Steinmühle) 72, 232  
 Oberfranken 388, 397 f.  
 Oberhessen 87, 161, 343  
*Oberlahnkreis* → *Weilburg*  
 Oberlahnstein 39, 262  
 Oberpfalz 398  
 Oberösterreich (auch: Oberdonau) 372 f., 387, 398, 400, 406, 408, 430, 456, 464, 528  
 Oberscheld 37, 112  
 Oberschlesien 79, 246, 397, 495, 639, 712  
*Obertaunus (Kreis)* → *Homburg v. d. H. (Bad)*  
 Oberursel (auch: Hohemark) 520  
 Odenwald 266, 494  
 Offenbach 88, 211 f., 427, 429, 688  
*Ohly-Stift* → *Gräfenhausen*  
 Oldenburg 278, 290, 297, 299, 328, 387 f., 398, 401, 471, 517 f., 567, 573, 590 f., 632, 672  
 Oranienburg 497  
 Orb 27, 712  
 Orient 363  
 Ortenberg 658  
 Osnabrück 401, 470, 679  
 Ostasien 363  
 Ostdeutschland 387  
 Österreich (auch: Ostmark) 26, 157, 234, 334, 340, 373, 387, 392, 395, 397, 400, 406 f., 447, 492, 528, 568, 576, 672, 674  
 Osteuropa 705

Osthessen 87, 89  
*Ostmark* → *Österreich*; → *Bayerische Ostmark*  
 Ostpreußen 21, 23, 25, 54, 161, 232, 262, 285, 325, 327,  
 397, 517, 642, 647, 710, 712  
 Ostsee 325, 333

## P

Paris 364  
*Paulinenberg* → *Schwalbach (Bad)*  
 Pfaffenwald 686  
*Pfafferode* → *Mühlhausen*  
 Pfalz 27, 88, 398, 466, 517, 683  
*Philippshospital* → *Goddelau*  
 Pirna (auch: Sonnenstein) 10, 238, 248, 251, 291, 298, 374,  
 377, 397 f., 400, 402 f., 406, 411, 414, 421 f., 436, 443, 447,  
 459, 465, 469, 504, 522, 526, 567, 608, 610  
 Plagwitz 564  
 Pommern 21, 23, 25, 35, 41, 54, 115, 194, 233, 290, 325–  
 327, 397, 407 f., 510, 517, 564, 568 f., 607, 639 f., 650 f.,  
 691 f., 712  
 Polen (auch: Generalgouvernement) 9, 233, 262, 325 f.,  
 340 f., 363, 403, 406, 466, 472, 513, 660, 682, 684, 686,  
 688, 705  
 Posen 21, 30, 325, 472, 492, 639, 712  
 Posen-Westpreußen (auch: Grenzmark) 650, 712  
 Potsdam 383, 399, 409  
 Prag 234 f., 270, 335, 338, 348, 353 f., 357, 655  
 Preußen (Land) 10, 12–14, 21–30, 32–35, 37, 39 f., 40,  
 43 f., 47–52, 58–64, 66 f., 72–76, 78–80, 82, 84–86, 88–90,  
 93, 95–97, 99, 101, 106–108, 113, 115, 118–120, 122–124,  
 126, 129 f., 132, 139–141, 153, 159, 161 f., 166, 170, 178,  
 183, 187, 199, 211, 213, 216, 223 f., 229, 231, 246, 248,  
 262, 272, 282, 291, 298, 300, 307, 309, 318, 333 f., 341 f.,  
 371, 379, 388, 396–398, 401, 443, 482, 510, 675, 680, 688,  
 691–693, 712 f., 717 f.  
 Preußen (Provinz) 23, 25, 54, 712  
*Protectorat* → *Böhmen und Mähren*

## R

Radom 363  
 Raunthal 209  
 Ravensbrück 395, 524  
 Regensburg 639  
 Reichenberg 675  
*Reichsprotectorat* → *Böhmen und Mähren*  
 Reims 678  
 Reit im Winkl 690  
 Remscheid-Lüttringhausen (auch: Tannenhof) 388, 401,  
 558  
 Rengshausen (auch: Beiserhaus) 202, 213, 227  
 Rhein 21, 79 f., 163, 156, 163, 170, 178, 208, 262  
 Rhein (SS-Oberabschnitt) 149, 156, 191, 209, 375 f., 437, 676  
 Rheinblick (Eichberg) 581, 639, 672 f.  
 Rheinbund 41  
 Rheingau 42 f., 79, 173, 191, 289, 478, 544, 555  
*Rheingaukreis* → *Rüdesheim*  
 Rheinhessen 56, 341, 343, 467, 518  
 Rheinhöhe (Eichberg) 578–580  
 Rhein-Main 40, 88, 91, 102, 115, 158–160, 230, 341–343,  
 345, 347, 366, 422, 596, 671–674, 679, 681 f., 685 f., 688 f.,  
 696, 702  
 Rhein/Westmark 475  
 Rheinische Republik/Rheinstaat 79–82, 84, 103, 106 f.  
 Rheinland 12 f., 67, 79–85, 132, 170, 191, 256, 388, 395,  
 401, 437, 454 f., 569, 611  
 Rheinland-Pfalz 12  
 Rheinprovinz 12 f., 27, 31, 34, 39 f., 50, 54, 67, 71, 75,  
 79 f., 114, 162, 188 f., 201, 282, 299 f., 383, 387 f., 398,  
 401–403, 433, 437, 442, 444, 447–449, 451, 453, 455, 461,

466, 470 f., 492, 509, 534, 557–559, 611, 627, 632 f., 643 f.,  
 646, 652 f., 659, 661, 683, 698, 712  
 Rhön 690  
 Rickling 573  
 Rödelheim 28  
 Rom 334 f., 358, 674, 709  
 Rotenburg a. d. Fulda 87, 572  
 Rotenburg a. d. Wümme 470, 573  
 Rüdesheim (auch: Rheingaukreis) 71, 87, 90, 191, 208, 256,  
 291, 320, 537, 576  
 Ruhr 81, 401, 509  
 Runkel 28  
 Russland 262, 370, 472, 526 f., 563, 688  
 Rybnik 639

## S

Saar, Saarland/-gebiet 53, 91, 188 f., 191, 206, 215, 326,  
 398, 403, 471, 594, 644, 687  
 Saarbrücken 189, 262  
 Saarpfalz 232, 687, 713  
 Sachsen (Land) 232, 246, 297 f., 315, 343, 371, 386 f., 397,  
 399 f., 409, 414, 418, 427, 435, 443 f., 447, 449, 454, 459,  
 461, 473, 509 f., 517, 521, 541, 567–569, 607 f., 622, 627,  
 662, 685, 691, 697  
 Sachsen (Provinz) 21, 23, 25, 31, 54, 162, 243, 248, 282,  
 328, 382 f., 388, 397, 443, 461, 493, 517, 558, 569, 634,  
 639, 642, 679 f., 685, 712  
 Sachsenhausen (b. Oranienburg) 395, 497, 647  
*Sachsenhausen* → *Frankfurt a. M.-Sachsenhausen*  
 Salzburg 492, 678  
 Schaumburg 341, 712, 719  
 Schaumburg-Holzappel 28  
 Scheuern 11, 18, 46, 66, 77, 193–205, 208, 211–213, 216,  
 219–222, 224 f., 227, 229, 240, 255, 312, 393 f., 397, 442,  
 444–446, 448–451, 456–458, 460 f., 467, 470 f., 474, 485,  
 491, 493, 495, 519 f., 534, 542–544, 551, 564, 569, 572,  
 574 f., 617, 634, 636, 640, 644, 646, 652, 657, 660–663,  
 666 f., 683, 695  
 Schildow 412  
 Schlangenbad 209, 604  
 Schlesien 21, 23, 25, 54, 312, 397, 573, 712  
 Schleswig (Stadt, Anstalt) 633  
*Schleswig (Herzogtum)* → *Schleswig-Holstein*  
 Schleswig-Holstein (auch: Holstein; Schleswig) 22, 26, 28,  
 87, 140, 285, 384, 387, 397, 517, 521, 573, 712  
 Schlossborn 203  
 Schlüchtern 88, 341, 672, 680, 689  
 Schmalkalden 88, 341, 680, 718  
 Schnepfenhausen (Gut) 70, 403–405, 414, 417, 470, 523, 616  
 Schönfließ (Bad) 372  
 Schotten 87  
 Schussenried 684  
 Schwaben 398  
 Schwäbische Alb 398  
 Schwalbach (Bad) (auch: Untertaunuskreis) 71, 209, 372  
*Schwalmstadt-Treysa* → *Treysa*  
 Schwedt 372  
 Schweinheim 463  
 Schweiz 70, 254  
 Schwerin 233, 326  
 Selters 658  
 Sigmaringen 27, 358, 398, 712  
 Skandinavien 92, 238  
 Sobibor 412, 462 f., 528 f.  
*Sonnenstein* → *Pirna*  
 Sowjetunion 157, 400, 427, 617, 684  
*St. Annahaus* → *Hadamar*  
 St. Blasien 322  
 St. Georgen 265  
 St. Goarshausen 71, 86, 163, 562

*St. Josefsanstalt* → *Hadamar*  
*St. Josefshaus* → *Hardt*; → *Waldbreitbach*  
 St. Lambrecht 236  
 Stadtroda 568, 639  
 Stalingrad 617  
 Starkenburg 343  
 Steiermark 232, 236, 564  
 Steineck 372  
*Steinhof* → *Wien*  
*Steinmühle* → *Obererlenbach*  
 Stephansfeld 640  
 Stetten im Remstal 219, 387  
 Stettin (auch: Kückenmühle) 194, 197, 233, 325, 327, 333, 650, 692  
 Stralsund 327  
*Strecknitz* → *Lübeck*  
 Stuttgart 272, 385, 398 f., 402, 442, 462, 492, 509, 536, 567, 691  
 Stutthof 326  
 Sudetenland/-gau 206, 232, 234, 340 f., 354, 397, 564, 639, 672, 675  
 Süchteln 558  
 Südamerika 160, 363  
 Süddeutschland 28, 70  
 Südhessen 86 f., 166, 342, 519, 585  
 Südwestdeutschland 37, 113, 159 f., 455, 542  
 Suitland 19

## T

*Tannenhof* → *Remscheid-Lüttringhausen*  
 Tapiau 642  
 Taunus 63, 107, 632  
 Tegernsee 349  
 Teupitz 443, 634, 638, 650  
 Thüringen 37, 88, 90, 232, 246, 248, 272, 304, 386 f., 456, 460, 492, 518, 568, 611, 639, 641, 661, 685  
 Tirol 406, 564, 690  
 Tirol-Vorarlberg 639  
 Treblinka 412, 462 f., 528 f.  
 Treysa (auch: Hephata) 11, 186, 197 f., 200, 202, 216, 219, 221, 240, 245, 318 f., 521  
 Trier 12, 299  
 Tschechien 234 f., 353  
 Türkei 92

## U

Uchtspringe 443, 634, 640  
 Uckermark 669  
 Ückermünde 639 f.  
 Ukraine 683, 705  
*Untertaunuskreis* → *Schwalbach (Bad)*  
*Untersteswaldkreis* → *Montabaur*  
 USA 18 f., 91, 147, 341, 408, 537, 601, 688 f., 708  
 Usingen 155, 208, 423, 580

## V

*Valentinushaus* → *Kiedrich*  
*Vereinigte Staaten* → *USA*  
 Verona 463  
 Versaille 79 f., 262  
*Vincenzstift* → *Aulhausen*; → *Montabaur*  
 Vogelsberg 89, 579, 658  
 Vöhl 27, 712

## W

Wabern 287  
 Waldbreitbach (auch: St. Josefshaus) 171, 188 f., 299

Waldeck 27, 88, 166, 341, 358, 712, 718  
 Waldheim 443, 662  
 Waldmannshausen (Gut) 70, 161, 222, 280 f., 430, 720  
 Warschau 351  
 Warstein 390, 392 f., 583, 634, 641 f., 672  
 Wartheland/-gau 115, 325, 327, 397 f., 517, 572, 686  
 Wehnen 278, 290, 297, 299, 328, 401, 567, 590 f.  
 Weilburg (auch: Kreis Oberlahn) 39, 46, 53, 71, 86, 96, 143, 155, 282, 310, 437, 579, 613  
 Weilmünster 11, 46, 59, 63, 66, 72, 81, 94, 129, 143 f., 146, 150, 152, 155 f., 181, 188 f., 197, 204, 214, 222, 242 f., 256, 265 f., 269, 274, 277–284, 288, 291–293, 296–298, 301 f., 305, 308–310, 314, 323, 327, 349, 354, 369, 389–392, 394, 396, 402 f., 410, 412, 426, 431 f., 437, 440, 442, 444, 446–449, 451 f., 454, 456 f., 460, 466–468, 470, 476–479, 486, 489–491, 494 f., 497, 499, 515, 518, 524–526, 530, 535, 543, 551, 557, 561, 569–572, 575–577, 579–587, 589, 591–594, 599, 611, 613 f., 616–618, 644 f., 647 f., 652, 676 f., 681, 683, 689 f., 698, 700, 708, 717, 721, 723 f.  
 Weimar (ohne: Weimarer Republik usw.) 272, 388, 469, 567, 671, 690  
 Weinsberg 442, 455, 470  
 Weinstraße 156  
 Weißenau 442 f.  
 Weißenbach 372, 408, 464, 528  
 Weißrussland 526, 528, 531, 699  
 Weser-Ems 232  
 Westdeutschland 70, 544  
 Westerbürg 28, 87  
 Westerwald 36, 53, 87, 161, 341  
 Westeuropa 157  
 Westfalen 12 f., 21 f., 33, 35, 39–41, 44 f., 48, 61, 66, 71, 77, 104, 108, 114, 117, 128, 147, 162, 167, 194, 215, 230, 232, 237, 239, 248, 250 f., 255, 261, 272, 279, 285, 292 f., 299, 301, 315, 331, 359, 381, 383 f., 388–392, 395, 398, 401 f., 442, 444, 451, 460 f., 463, 470 f., 474, 493, 495 f., 503, 509, 517, 521, 542, 557–561, 566, 568 f., 578, 583, 593 f., 627, 632–634, 640, 642, 644–646, 652, 662–664, 672, 675, 679, 683, 691 f., 698, 703, 707  
 Westfalen-Lippe 12 f., 18  
 Westfrankreich 157  
 Westmark 683, 687, 713  
 Westpreußen 21, 712  
 Wetzlar (auch: Lahn-Dill-Kreis) 27, 39, 47, 71, 341, 660, 688, 712, 718  
 Wien 21, 41, 232, 318, 373, 448, 492, 588, 649  
 Wiesengrund 564  
 Wiesloch 442, 450, 467, 470, 550, 564, 683  
 Wildungen (Bad) 87  
 Winnental 639  
 Wittenaauer Heilstätten (Berlin) 419, 427  
 Wittstock 443  
*Dr. Dr. Wolffs' Heilanstalten/Sanatorium* → *Katzenelnbogen*  
 Wolfsschanze 674  
 Wollstein 121  
 Worms 56, 211 f.  
 Wunstorff 369, 388, 442, 460, 470, 557, 645  
 Wuppertal 463  
 Württemberg 51, 89, 104, 113, 272, 371, 379, 381, 385, 387, 391, 398 f., 401, 418, 442 f., 450 f., 455, 462 f., 466, 468–470, 493, 503, 509 f., 517, 557, 567 f., 639, 684, 691, 697 f.  
 Würzburg 159, 371, 374, 546, 548

## Z

Ziegenhain 87  
 Zschadraß 443  
 Zülpich (auch: Kloster Hoven) 610 f., 623, 643  
 Zürich 335  
 Zwiefalten 568

## Abkürzungen

a. a. O.	am angegebenen Orte	LdsR	Landesrat
ab:	Abgangsdatum des Schreibens	LG	Landgericht
Abg.	Abgeordnete(r)	LH/LHe	Landeshauptmann/Landeshauptleute
Abs.	Absatz	LHA	Landesheilstalt
Abschr.	Abschrift	LHEA	Landes-Heil- und Erziehungsanstalt
ADC	Archiv des Deutschen Caritasverbandes (Freiburg)	LHPA	Landes-Heil- und Pflegeanstalt
ADW	Archiv des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirchen in Deutschland (Berlin)	LI	Landesinspektor
AHS	Archiv der Heime Scheuern (Nassau)	LKH	Landeskinderheilstätte
ao.	außerordentlich(er)	LS	Landessekretär
apl.	außerplanmäßig(er)	LOI	Landesoberinspektor
BA	Bundesarchiv	LOS	Landesobersekretär
BBG	Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums („Berufsbeamtengesetz“)	LVA	Landesversicherungsanstalt
BDC	Berlin Document Center (jetzt Teil des Bundesarchivs)	LVAss	Landesverwaltungsassistent
Best.	Bestand	LVR	Landesverwaltungsrat
BGBI.	Bundesgesetzblatt	LWL	Landschaftsverband Westfalen-Lippe (Münster)
Bl.	Blatt	LWV	Landeswohlfahrtsverband Hessen (Kassel)
BV	Bezirksverband	Mag.-A.	Magistratsakte
CA	Central-Ausschuss [für die Innere Mission]	MdA	Mitglied des Abgeordnetenhauses
CDU	Christlich Demokratische Union	MdI	Minister(ium) des Innern
CdZ	Chef der Zivilverwaltung	MdL	Mitglied des Landtags
Da	Darmstadt	MdR	Mitglied des Reichstags
DAL	Diözesanarchiv Limburg	Min.	Minister(ium)
DDP	Deutsche Demokratische Partei	MP	Ministerpräsident
DDR	Deutsche Demokratische Republik	Mr	Marburg
DGT	Deutscher Gemeindetag	NARA	National Archives and Record Administration (Washington D. C.)
Dez.	Dezernat	NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
Diss.	Dissertation	NSDAP	Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
div.	diverse	NSKOV	Nationalsozialistische Kriegspopferversorgung
DNVP	Deutschnationale Volkspartei	NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
Dok.	Dokument(e)	OB	Oberbürgermeister
DVP	Deutsche Volkspartei	o. Bl.-Nr.	ohne Blattnummer
Erl.	Erlass	o. D.	ohne Datum
f.	für / folgende (Sing.)	o. J.	ohne Jahr
FDP	Freie Demokratische Partei	OLG	Oberlandesgericht
ff.	folgende (Plur.)	o. O.	ohne Ort
Ffm	Frankfurt am Main	OP	Oberpräsident/Oberpräsidium
ggü.	gegenüber	ORR	Oberregierungsrat
Gekrat	Gemeinnützige Krankentransport G. m. b. H. [„T4“-Tarnbezeichnung]	OStAnw	Oberstaatsanwalt
GenStAnw	Generalstaatsanwalt	OVG	Oberverwaltungsgericht
gez.	gezeichnet	Pers.-A.	Personalakte(n)
h. c.	honoris causa (ehrenhalber)	PHA	Provinzialheilstalt
HEA	Heilerziehungsanstalt	PHPA	Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt
HEPA	Heilerziehungs- und Pflegeanstalt	PKH	Psychiatrisches Krankenhaus
HPA	Heil- und Pflegeanstalt	PLT	Provinziallandtag
HSSPF	Höherer SS- und Polizeiführer	PV	Provinzialverband
HStA	Hauptstaatsarchiv	PVR	Provinzialverwaltungsrat
Hv	Hauptverhandlung	RA/RAe	Rechtsanwalt/Rechtsanwälte
i. A.	im Auftrag	RAG	Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten [„T4“-Tarnbezeichnung]
IfStG	Institut für Stadtgeschichte	RDB	Reichsbund der Deutschen Beamten
IM	Innere Mission	RdErl.	Runderlass
i. V.	in Vertretung	Reg.-Bez.	Regierungsbezirk
Kap.	Kapitel	RFSS	Reichsführer-SS
kfm.	kaufmännisch	RFSSuChdDtPol	Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei
Kkh.	Krankenhaus	RGA	Reichsgesundheitsamt
KLT	Kommunallandtag	RJWG	Reichsjugendwohlfahrtsgesetz
Korresp.	Korrespondenz	RM	Reichsmark
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands	RMdI	Reichsminister(ium) des Innern
KPLSt	Kriminalpolizeileitstelle	RP	Regierungspräsident/Regierungspräsidium
KV	Kommunalverwaltung	RPA	Rechnungsprüfungsamt
LAH	Landesaufnahmeheim	RuPrMdI	Reichs- und Preußischer (-s) Minister(ium) des Innern
LAM	Landesamtmann	RVK	Reichsverteidigungskommissar
LBD	Landesbürodirektor	S.	Seite
		s.	siehe
		SBZ	Sowjetische Besatzungszone
		SD	Sicherheitsdienst (der SS)
		SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

---

SPZ	Sozialpädagogisches Zentrum	Vm.	Vermerk
StA	Staatsarchiv	Wi	Wiesbaden
StAnw	Staatsanwalt(schaft)	WP	Wirtschaftspartei
StdF	Stellvertreter des Führers	z. d. A.	zu den Akten
TOP	Tagesordnungspunkt	zit.	zitiert
Univ.	Universität	ZSP	Zentrum für Soziale Psychiatrie
VA	Verwaltungsakte(n)	ZStA	Zentrales Staatsarchiv (der DDR)
VDA	Verein für das Deutschtum im Ausland	Zug.	Zugang (Zugangsjahr)
verh.	verheiratet(e)	ZVSt	Zentralverrechnungsstelle Heil- und Pflegeanstalten [„T4“-Tarnbezeichnung“]
Vfg.	Verfügung		

**Dank**

Herzlichen Dank sage ich allen, die mich bei der Anfertigung dieser Arbeit unterstützt haben. Dazu zählen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Archive, die mir wohlwollend und engagiert den Zugang zu den Quellen ermöglicht haben.

Für Quellenhinweise oder die Beschaffung von Literatur, für die Betreuung der Arbeit, für inhaltliche Diskussionen und Anregungen oder für Unterstützung beim Korrekturlesen und in technischen Fragen bedanke ich mich namentlich bei:

Dr. phil. Thomas Beddies, Berlin  
Dr. phil. Boris Böhm, Pirna  
Peter Eller, Heppenheim  
PD Dr. phil. Barbara Fait, Köln  
Dr. med. Heinz Faulstich, Konstanz  
Uta George, M. A., Hadamar  
Oliver Gnad, M. A., Frankfurt a. M.  
Tim Gollik, Freiburg  
Hubert Hecker, Hadamar  
Dr. med. Gerrit Hohendorf, Dachau  
Dr. phil. Uwe Kaminsky, Berlin  
Ernst Klee, Frankfurt a. M.  
Kirsten Kötter, M. A., Frankfurt a. M.  
Dr. phil. Gabriele Kremer, Gießen  
PD Dr. phil. habil. Georg Lilienthal, Hadamar

Petra Lutz, Berlin/Dresden  
Dr. phil. Matthias Meusch, Düsseldorf  
Prof. Dr. med. Jürgen Peiffer, Tübingen  
Prof. Dr. phil. Marie-Luise Recker, Frankfurt a. M.  
Dr. phil. Carl-Wilhelm-Reibel, Frankfurt a. M.  
Dr. med. Maike Rotzoll, Heidelberg  
Martina Sandner, Markt Schwaben  
Stefan Sandner, Bonn  
Wolfram Schäfer, Marburg  
Dr. med. Thomas Schilter, Berlin  
Dr. phil. Dietmar Schulze, Leipzig  
PD Dr. phil. habil. Christina Vanja, Kassel  
Andrea Wery, Euskirchen  
Anita Winklhöfer, Kassel